

DEUTSCHLAND & EUROPA

Heft 66 – 2013



Erweiterungs- und Austritts- diskussionen in der EU

lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch,
Geographie, Kunst und Wirtschaft

DEUTSCHLAND & EUROPA

HEFT 66-2013

»Deutschland & Europa« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE

Lothar Frick

REDAKTION

Jürgen Kalb, juergen.kalb@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Sylvia Rösch, sylvia.roesch@lpb.bwl.de

BEIRAT

Günter Gerstberger, Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Renzo Costantino, Ministerialrat, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Prof. Dr. emer. Lothar Burchardt, Universität Konstanz

Dietrich Rolbetzki, Oberstudienrat i.R., Filderstadt

Lothar Schaechterle, Professor am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Esslingen/Neckar

Dr. Beate Rosenzweig, Universität Freiburg und Studienhaus Wiesneck

Dr. Georg Weinmann, Studiendirektor, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim

Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung

Jürgen Kalb, Studiendirektor, Landeszentrale für politische Bildung

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart

Telefon: 0711.16 40 99-45 oder -43;

Fax: 0711.16 40 99-77

SATZ

Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG

Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit

Telefon: 0711.44 06-0, Fax: 0711.44 06-179

DRUCK

Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm mbH
89079 Ulm

Deutschland & Europa erscheint zweimal im Jahr.

Preis der Einzelnummer: 3,- EUR

Jahresbezugspreis: 6,- EUR

Auflage 17.000

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesendete Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport sowie der Heidehof Stiftung.



Die EU im Wandel

© Europäische Kommission, Bilderdienst

THEMA IM FOLGEHEFT 67 (APRIL 2014)

Politische Entscheidungen auf europäischer Ebene

Erweiterungs- und Austrittsdiskussionen in der EU

Vorwort des Herausgebers	2
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
1. Erweiterung und Vertiefung: Zielkonflikte in der Europäischen Union (Jürgen Kalb)	3
2. Probleme bei der Herausbildung einer europäischen Identität (Dieter Fuchs)	8
3. Welches Kroatien in welchem Europa? Überlegungen angelegentlich des kroatischen Beitritts (Dietmar Dirmoser)	18
4. Der westliche Balkan: So nah und doch so fern – Beitrittsdebatte um die Balkanstaaten (Holger-Michael Arndt)	32
5. Die Türkei und ihre EU-Perspektive – Eine journalistische Betrachtung (Michael Matting) ..	42
6. »In or out?« Mehr Fragen als Antworten in der britischen Europapolitik (Georg Weinmann)	56
7. Rechtspopulismus und Euroskepsis (Florian Hartleb)	64

DEUTSCHLAND & EUROPA INTERN

D&E – Autorinnen und Autoren – Heft 66	72
»Don@u-Online: Europawahlen im Donauraum«	72

Vorwort des Herausgebers

Anlässlich der Veröffentlichung der Fortschrittsberichte der Beitrittskandidaten zur Europäischen Union durch die Europäische Kommission hat deren Präsident, der Portugiese José Manuel Barroso, im Oktober 2013 erneut die zeitnahe Aufnahme der Länder des westlichen Balkans in die EU gefordert. Zum 1. Juli 2013 wurde bereits Kroatien 28. Mitgliedstaat. Und der Antrag der Türkei auf Aufnahme in die EU währt nun schon Jahrzehnte. Barroso verwies in diesem Zusammenhang auf die Begründung des Nobelpreiskomitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 2012 an die EU: Wie keine andere Institution habe diese zur Friedenssicherung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen.

Gleichzeitig wird deutlich, dass angesichts von Problemen wie der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, des Klimawandels und der Migrationsströme sowie nicht zuletzt der dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Ländern nationale Lösungen allein nicht mehr ausreichen werden, um im globalen Wettbewerb der politischen, ökonomischen und sozialen Systeme zu bestehen.

Erfordert dies damit als Ziel eine »Erweiterung und Vertiefung« der Europäischen Gemeinschaft? Ein »Mehr« an Europa findet in manchen Gesellschaften der Mitgliedstaaten aktuell weniger Zustimmung als in früheren Zeiten. Oft ist von »Überdehnung« die Rede, aber auch von »Renationalisierung« zumindest bestimmter Politikfelder. Seit der britische Premierminister David Cameron angekündigt hat, 2017 eine Volksabstimmung über den weiteren Verbleib Großbritanniens in der EU durchführen zu lassen, ist die Diskussion über den Grad der politischen, ökonomischen und sozialen Integration, aber auch über mögliche Grenzen der Erweiterung in vollem Gange.

Nicht nur weil die EU das Jahr 2013 zum »Jahr der Europäischen Bürgerinnen und Bürger« ausgerufen hat, ist eine öffentliche Debatte über die Ziele und Grenzen der Europäischen Einigung dringend notwendig. Noch immer gilt für viele die EU als »Elitenprojekt«. Vielleicht hat man zu lange die europäische Gesellschaft ausgeblendet, »die Rechnung ohne den Souverän gemacht, den Bürger« (Ulrich Beck). Wenn europaweit eine breite Diskussion über die zentralen Werte der europäischen Einigung geführt wird, könnten sich, so die Hoffnung vieler, noch deutlichere Zeichen für die Herausbildung einer »europäischen Identität« verfestigen. Besonders die Schulen und Hochschulen sind dazu ein geeignetes Forum.



Lothar Frick
Direktor
der Landeszentrale
für politische Bildung
in Baden-Württemberg



Jürgen Kalb
LpB Baden-Württemberg,
Chefredakteur von
»Deutschland & Europa«



Andreas Stoch, Mitglied des Landtags,
Minister für
Kultur, Jugend und Sport
in Baden-Württemberg

Geleitwort des Ministeriums

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

»Die EU ist ein einzigartiges Projekt, das Krieg durch Frieden und Hass durch Solidarität ersetzt hat.« So formulierte es der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union im vergangenen Jahr. Die Europäische Union erhielt die Auszeichnung für ihren großen Beitrag zur Verbreitung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa.

Durch das Zusammenwachsen Europas ist Frieden für uns heute eine Selbstverständlichkeit. Ich bin daher der festen Überzeugung, dass wir den Weg in Richtung eines vereinten Europas auch in Zukunft gemeinsam fortsetzen müssen – auch wenn er zum Teil mit großen Herausforderungen für die Mitgliedstaaten und deren Bürgerinnen und Bürger verbunden ist.

Die vorliegende Ausgabe von *Deutschland & Europa* gibt anhand der aktuellen Erweiterungs- und Austrittsdebatte einen sehr guten Überblick, wie vielschichtig und kontrovers die Zukunft Europas in den einzelnen Ländern gesehen und diskutiert wird. Die Beiträge über Renationalisierungstendenzen, Kritik an der EU-Erweiterung und die Zunahme rechtspopulistischer Bewegungen zeichnen dabei ein eher negatives Bild.

Im Gegensatz dazu steht die positive Erkenntnis aus dem Beitrag von Prof. Dr. Dieter Fuchs, der innerhalb der Europäischen Union erste Anzeichen einer kollektiven Identität und eines europäischen »Wir-Gefühls« empirisch nachgewiesen hat.

Die Kombination aus journalistischen Texten und aktuellen Forschungsbeiträgen in *Deutschland & Europa* liefert eine hervorragende Grundlage, um Schülerinnen und Schüler für diese wichtige Thematik zu sensibilisieren und ihnen die aktuellen politischen Entwicklungen in Europa näher zu bringen. Dies ist auch im Hinblick auf die Europawahlen am 25. Mai 2014 von großer aktueller Bedeutung.

Mit herzlichen Grüßen

Andreas Stoch, MdL
Minister für Kultur, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg

1. Erweiterung und Vertiefung: Zielkonflikte in der Europäischen Union

JÜRGEN KALB

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, betont derzeit, dass er das Scheitern der Europäischen Union erstmals seit Jahren für »ein realistisches Szenario« (Schulz, S. 7) halte. Ausgelöst wurde diese jüngste Debatte um die Zukunft der EU nicht zuletzt durch eine Äußerung des britischen Premierministers David Cameron Anfang des Jahres 2013, als er ankündigte, er strebe für 2017 an, einen Volksentscheid im Vereinigten Königreich zum weiteren Verbleib in der EU durchführen zu lassen. Dabei gilt als sicher, dass Cameron, im Unterschied zu vielen seiner Parteifreunde und einem großen Teil der britischen Öffentlichkeit durchaus für die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU eintritt, diese aber gleichwohl entscheidend reformieren möchte. Beobachter sprechen davon, er wolle die EU wieder stärker in Richtung »Common Market« führen, wenn er von »mehr Binnenmarkt und weniger Regeln aus Brüssel« (Cameron) spricht. Demgegenüber stehen Positionen, etwa die von Schulz oder die des baden-württembergischen Ministers für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, Peter Friedrich, beide SPD, die sich insbesondere nach den Erfahrungen der weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise eine EU wünschen mit »mehr Demokratie durch eine funktionierende Gewaltenteilung und einen lebendigen Föderalismus, eine soziale und gerechte Union und die Verwirklichung einer echten Fiskal- und Wirtschaftsunion« (Peter Friedrich, Rede am 5.2.2013 in Stuttgart, S. 14). Die Diskussion um eine »Vertiefung« oder aber »Renationalisierung« bekommt durch beachtliche Wahlerfolge rechtspopulistischer und europaskeptischer Parteien in nahezu allen Mitgliedstaaten einen erneuten Schub. Passte es in dieser Situation ins Bild, an die gleichzeitig geführten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und den Staaten des westlichen Balkans zu erinnern? Mit Kroatien hat die EU erst jüngst, zum 1.7.2013 ihr 28. Mitglied aufgenommen. Bürgerproteste in der Türkei in den Sommermonaten des Jahres 2013 haben europaweite Diskussionen darüber ausgelöst, unter welchen Bedingungen eine Mitgliedschaft in der EU überhaupt möglich sein könne und ob sie nicht längst »überdehnt« sei. Dabei erweist sich Großbritannien durchaus als Befürworter des »Enlargement«, der Erweiterung, auch um die Renationalisierungsdebatte zu befördern. Eine breite öffentliche Diskussion, auch im Schulunterricht, über die Werte und die Finalität der EU scheint angesichts dieser Ereignisse deshalb wieder einmal »angesagt«, nicht zuletzt weil angesichts der bevorstehenden Europawahlen am 25. Mai 2014 die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union besonders in den Fokus geraten. Eine niedrige Wahlbeteiligung oder die Zunahme der Wahlergebnisse für die Euroskeptiker könnte die Vertrauenskrise in der EU weiter verschärfen.



Abb. 1 »Und eins, und zwei, und ...? ...«

© Gerhard Mester, 26.1.2013

Die Diskussion um den Stand einer »Europäischen Identität«

Zur Rechtfertigung der Machtverlagerung auf eine transnationale Ebene benötigt eine supranationale Organisation wie die Europäische Union Zustimmung bzw. Vertrauen oder mit einem Fachbegriff: Legitimation durch ihre Bürgerinnen und Bürger, um zu einer »Bürgerunion« (D&E-Ausgabe 56/2008) zusammenzuwachsen. Dies geschieht einerseits seit 1979 durch die Direktwahlen des Europäischen Parlaments, andererseits durch umfangreiche Informationsbemühungen der Verantwortlichen sowie seit dem 1. April 2013 zusätzlich durch das Instrument der transnationalen »europäischen Bürgerinitiative« (vgl. dazu D&E-Ausgabe 65). Seit 1973 fordert die Europäische Union zudem besondere Anstrengungen aller Beteiligten zur Herausbildung einer gemeinsamen »Europäischen Identität« innerhalb der Mitgliedstaaten der EU. Die Verantwortlichen sind sich einig, dass es für die Legitimierung der EU dringend erforderlich sei, dass sich ein »we-feeling« (Cerutti) innerhalb der EU herausbilden müsse. Große Anstrengungen wurden nicht zuletzt dahingehend unternommen, eine stärkere Öffnung hin zu einem europäischen Diskurs, ja zu einer »europäischen Öffentlichkeit« innerhalb der EU herauszubilden. Strittig bleibt, ob es bereits ein Zeichen »europäischer Öffentlichkeit« sei, wenn in den nationalen Medien verstärkt europäische Themen diskutiert werden? Dass die transnational angelegten Internetangebote der EU sowie diverse TV- und Radioangebote bislang nur einen verschwindend kleinen Teil der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger erreicht, dürfte im Übrigen auch nicht allzu sehr überraschen.

Professor Dr. Dieter Fuchs von der Universität Stuttgart hat in seinem Beitrag »Probleme bei der Herausbildung einer europäischen Identität« anhand der regelmäßig von der Europäischen Kommission veranlassten Eurobarometer-Umfragen einerseits ernüchternde Ergebnisse, andererseits doch auch erste Hoffnungszeichen eines Wir-Gefühls in der EU konstatieren können. Man



Abb. 2 »Wir Engländer lieben nun mal unsere Selbstständigkeit!«

© Klaus Stuttmann, 27.1.2013

könnte hier durchaus von ersten Anzeichen einer kollektiven Identität sprechen, die andererseits noch lange nicht an die der nationalen Identität heranreicht. Aber ist es nicht ohnehin sinnvoll, von einer »multiplen Identität« der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auszugehen, d. h. dass neben die nationale, die lokale und regionale in einem langwierigen Prozess auch eine »europäische Identität« treten könnte?

Allerdings gibt es, wie Dieter Fuchs in seinem Beitrag aus der Analyse der Eurobarometer-Umfragen zeigt, durchaus deutliche nationale Unterschiede. Und Euroskeptiker finden sich nicht nur im Vereinigten Königreich. Andererseits geben durchaus hohe Teile der Befragten an, sie hätten deutlich mehr Vertrauen in die EU-Institutionen als in ihre nationalen Regierungen und Parlamente. Und angesichts der weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen scheint sich dieser Prozess weiter verstärkt zu haben. Allerdings weist Peter Graf Kielmansegg (S. 16) zurecht darauf hin, dass sich die nationalen Identitäten zumeist bereits seit dem 19. Jahrhundert und häufig vor der Demokratisierung der Staaten, dazu noch über kriegerische Auseinandersetzungen herausgebildet haben. Er sieht auch deshalb die von Jürgen Habermas geforderte Herausbildung einer europäischen Identität über eine europäischen Öffentlichkeit und eine transnationale Demokratie zur Legitimierung der europäischen Einigung sehr skeptisch. Er vermisst im europäischen Einigungsprozess insbesondere eine »Kommunikations- und Erinnerungskultur«. Von der Herausbildung eines europäischen »Demos« (Volkes) könne noch lange keine Rede sein. Und aktuell entfernen sich ja nicht nur Bevölkerungsteile in den wohlhabenderen nördlichen Mitgliedstaaten vom europäischen Gedanken, angesichts von Meldungen über Jugendarbeitslosigkeitszahlen nahe an oder gar über 50 % in einigen südlichen Mitgliedstaaten erodiert auch dort das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der EU und der aktuellen Spar- bzw. Austeritätspolitik ganz erheblich.

■ Die Austrittsszenarien

Insbesondere im Vereinigten Königreich von Großbritannien werden Rufe nach einem Austritt in der EU immer lauter. Innerhalb der Konservativen Partei, aber auch bei der UKIP (»United Kingdom Independence Party«), die aufgrund des Verhältniswahlrechts bei Europawahlen auch im Europäischen Parlament sitzt, wird seit langem ein Volksentscheid über die weitere Mitgliedschaft in Großbritannien gefordert. **Dr. Georg Weinmann** hat in

seinem Beitrag: »In or out – Mehr Fragen als Antworten in der britischen Europapolitik« diese innenpolitische Debatte analysiert und mit ihren kontroversen Standpunkten dokumentiert. Seit seinem Beitritt hatte das Vereinigte Königreich eine Sonderrolle in der Union, wobei die »opting-out«-Klausel bezüglich der (Nicht-)Einführung des Euros nur der augenfälligste Beweis für diese Position darstellt. Auch der legendäre Winston Churchill hat 1946 in seiner legendären »Rede zu Europa! in Zürich mit einem Aufruf zur westeuropäischen Einigung nicht an die britischen Inseln gedacht. Aber was wäre die EU ohne Großbritannien? Was bedeutete dies politisch, ökonomisch und kulturell? Schon bisher verweigert sich Großbritannien bei der gemeinsamen Währung und den freien, unkontrollierten Grenzabkommen (»Schengener Abkommen«). Viele Bewohner des Inselstaates, ins-

besondere wenn sie aus England kommen, sehen sich seit jeher eher in der Nähe der Vereinigten Staaten von Amerika oder ihr Herz hängt nach wie vor am Commonwealth, der Nachfolgeorganisation des einst so mächtigen »Britischen Empire«. Noch komplexer wird diese Fragestellung, wenn man an die schottischen Separationsinitiativen denkt. Im September 2014 wird es zu einem Referendum über den Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich kommen. Auch wenn es im Moment nicht so aussieht, als werde die Mehrheit der Schotten für einen Austritt stimmen, so sind es nicht nur regionale Motive, die diesen Separationswunsch befördern. Immer mehr hebt sich ein sozial orientiertes schottisches Modell vom englischen, das immer noch stark durch Margaret Thatcher geprägt ist, ab. »Die immer nachhaltigere Kommerzialisierung des Bildungs- und des Gesundheitssystems in England zum Beispiel mochte man in Schottland nicht mitmachen. Auch nicht den scharfen Sozialabbau der letzten Jahre. Von freier Altersfürsorge etwa oder von Arzneien ohne Rezeptgebühren, wie es sie in Schottland gibt, kann man in England nur träumen. Englische Studenten müssen, weil die Londoner Regierung Bildung als Ware begreift, 9.000 Pfund im Jahr Studiengeld bezahlen. Für schottische Studenten in Schottland ist das Studium bis heute gratis.« (Nonnenmacher, StZ. 19.10.2013)

Gerade soziale Fragen befördern auch anderorts in den Mitgliedstaaten die Diskussion um die Finalität der EU und nähren die Euroskepsis. **Dr. Florian Hartleb** hat in seiner Analyse »Rechtspopulismus und Euroskepsis« deutlich zwischen den unterschiedlichen Formen der Euroskepsis und des Rechtspopulismus bis hin zum Rechtsradikalismus unterschieden. Noch, so Hartleb, seien diese Strömungen in sich zerstritten, was sich nicht nur in der fraktionellen Zusammenarbeit im Europaparlament zeige. Andererseits gewannen sie doch deutlich an Zulauf, seien es nun die radikaleren Strömungen wie der »Front Nationale« in Frankreich, der bei Umfragen zur Europawahl im Moment sogar als stärkste Kraft gilt, oder gemäßigte Parteien, wie die fast aus dem Nichts zur Bundestagswahl angetretene »Alternative für Deutschland«, die dort beachtliche 4,7 % der Stimmen bundesweit erhielt. Noch ist nicht entschieden, ob sich die AfD wie bisher eher elitär als »Volkswirtschaftsprofessorenpartei« profilieren wird oder ob sie die Chancen eher im Protestwählerzustrom z. B. in den neuen Bundesländern sieht, um sich dadurch zu einer »rechtspopulistischen Partei« mit fremdenfeindlichen Parolen zu entwickeln. Dazu kommt, dass es bei der bevorstehenden Europawahl nur eine »3%-Klausel« geben wird. Nicht nur der Kommissionspräsident Manuel José Barroso und der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz sehen im »Rechtspo-



Abb. 3 Feierlichkeiten anlässlich des Beitritts Kroatiens als 28. Mitgliedstaat zur EU am 30.6.2013 in Zagreb

© epa, Amonia Bar, dpa, picture alliance

pulismus« aktuell eine der größten Gefahren für die europäische Einigung.

Vordergründig geht es häufig nur um die gemeinsame Währung, den Euro. Die stark emotional geführten Debatten zeigen aber längst, dass es zunehmend Tendenzen in nahezu allen Mitgliedstaaten der EU gibt, die eine deutliche Renationalisierung, wenn nicht gar eine Reduktion der Europäischen Union hin zu einem »gemeinsamen Binnenmarkt«, einer Freihandelszone, jedenfalls ohne politische, wirtschaftspolitische oder gar soziale Union wünschen.

»Überdehnung der EU«? – Die aktuellen Erweiterungsdiskussionen

Im Dezember 2012 hatte die EU den Friedensnobelpreis erhalten. In der Begründung wurde betont, ihre historisch herausragende Leistung läge vor allem darin, dass es ihr gelungen sei, aus einem »Kontinent des Krieges einen Kontinent des Friedens« (Torbjorn Jagland, Laudator des Nobelpreiskomitees) zu gestalten.

Martin Schulz erinnerte in diesem Zusammenhang z. B. an den französischen Staatsmann Robert Schuman, der sich im französischen Parlament Ende der vierziger Jahre noch als »boche« (wörtlich: »Holzkopf«, französischer, abwertender Spottbegriff für Deutsche) bezeichnen lassen musste, weil er dafür eintrat, dass Westdeutschland, d. h. die Bundesrepublik Deutschland, als gleichberechtigter Partner in die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl« (EGKS, kurz: Montanunion) aufgenommen werden sollte. Er war davon fest überzeugt, dass man die Bundesrepublik in den Westen integrieren müsse, auch um in Deutschland eine stabile Wirtschaft und Demokratie aufzubauen.

Ähnlich mutig war in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Süderweiterung, die nach dem Sturz der Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland möglich wurde. Auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den Jahren 1989ff. gab es wenig Skepsis bei der 2004 und 2007 vollzogenen Osterweiterung, obwohl deren ökonomische Integration in den Euroraum zum Großteil noch eine gewisse Zeit in Anspruch nahm, bzw. immer noch nehmen wird. Politische, aber auch humanitäre Motive standen zumindest gleichwertig neben den nicht zu verleugnenden Hoffnungen insbesondere der Industriebetriebe in den Gründerstaaten nach neuen lukrativen Absatzmärkten und günstigeren Produktionsstätten.

Der Leiter des Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kroatien und Slowenien, **Dr. Dietmar Dirmoser**, zeigt in seinem Beitrag »Welches Kroatien in welchem Europa? Überlegungen angelegentlich des kroatischen EU-Beitritts.« auf, wie wenig visionär die heutige Erweiterungsdiskussionen auf Seiten der aufnehmenden Mitgliedstaaten, aber auch auf Seiten des seit 2013 neuen Mitgliedstaates »Republik Kroatien« verlaufen. Jenseits der in Kopenhagen 1979 formulierten Ziele und deren Überwachung in den jährlichen »Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission«

mehren sich die Stimmen, die die EU heute bereits als »überdehnt« betrachten. Die Akzeptanz der Erweiterung, so eines der Hauptargumente der Skeptiker, wachse von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat, erst recht, wenn ein mehrheitlich von der islamischen Religion geprägtes Land wie die Türkei aufgenommen werden sollte. Die Rechtslage, die sich die EU selbst gegeben hat, spricht aber nicht von kulturellen oder religiösen Schranken. Die EU bekennt sich hier eindeutig zur Vielfalt und Toleranz. In den Kopenhagener Kriterien werden politische, ökonomische und rechtliche Kriterien als entscheidend formuliert. Ob diese nun tatsächlich alle beim jeweiligen Beitritt erfüllt wurden und welche effektiven Mechanismen die EU besitzt, die »Stabilitätskriterien« nach einem Beitritt auch durchzusetzen, wird derzeit in den Medien heftig diskutiert. Neben Griechenland stehen insbesondere Rumänien und Bulgarien, zunehmend aber auch Ungarn in der Diskussion. Aber auch im Falle des Neumitglieds »Kroatien« gibt es Stimmen, die von einem neuen Problemfall reden. Dirmoser stellt in seiner Untersuchung die ökonomischen, aber auch die autoritär-historisch-politischen Probleme des Neumitglieds deutlich dar. Nicht zuletzt durch die »Jugoslawien-Kriege« der neunziger Jahre lasten immer noch schwere Hypothesen auf der ganzen Region des Westbalkans, weswegen in den Beiträgen von Dirmoser und im darauf folgenden von Holger-Michael Arndt Exkurse zur unmittelbaren Vorgeschichte des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts geführt werden, die unmittelbar »vor der Haustür« der EU stattfanden. Dirmoser zeigt in seinem Beitrag auch auf, wie wenig sich bisher eine lebendige kroatische Zivilgesellschaft herausbilden konnte, teilweise alte »Seilschaften« fortbestehen und »Europaskepsis« keineswegs nur ein Phänomen der etablierten Mitgliedstaaten ist.

Und trotz allem lässt sich belegen, dass der Reformdruck auf die Beitrittsländer, insbesondere im Prozess des Beitrittskandidatenstatus, groß und die Fortschritte in dieser Phase zum Teil ganz erstaunlich sind.

Holger-Michael Arndt vom Düsseldorfer »Civic-Institut für internationale Bildung« zeigt anhand der Beitrittskandidaten des westlichen Balkans, nahezu alle Nachfolgestaaten des früheren kommunistischen Vielvölkerstaates Jugoslawien und seiner Nachbarländer, wie kompliziert es ist, eine funktionierende Demokratie und ein sich daraus ableitendes rechtsstaatliches System inklusive der Achtung der Menschenrechte (»erstes Kriterium der Kopenhagener Beschlüsse«) in diesen Ländern zu etablieren. Aber auch die Anpassung an marktwirtschaftliche Konkurrenz und den freien Binnenmarkt (»zweites Kriterium«) bedeutet nicht selten den Bankrott bislang subventionierter und international nicht mehr konkurrenzfähiger Branchen wie etwa der Werftindustrie in Kroatien. Hohe EU-Subventionen fließen dabei auch für Mitgliedstaaten keineswegs (mehr) in dem Ausmaß, wie erwartet oder gar in den reicheren EU-Mitgliedstaaten in den Medien unterstellt wird. Mindestens genauso kompliziert gestaltet sich schließlich das »dritte Kriterium«, die Übernahme des umfangreichen, derzeit ca. 6.000 Seiten umfassenden Rechtsbestands der

EU, des »Acquis communautaire«. Manche deuten dies als besten Beweis für den Fortschritt der bereits vollzogenen Integration, andere als Ausdruck einer überbordenden »Bürokratie aus Brüssel«. Der Beitrittswunsch vieler Staaten des Westbalkan wie Serbien, Mazedonien, Montenegro, Albanien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, scheint trotzdem nach wie vor ungebrochen.

Die EU muss sich hier ihrer Rolle und Aufgabe bewusst werden, ob sie diese Balkanstaaten besser innerhalb oder außerhalb der EU im Sinne der europäischen Werte und Institutionen beeinflussen kann und möchte. Aufgrund komplexer historischer, aber auch jüngster Ereignisse in den 90er Jahren (der sogenannten »Jugoslawien-Nachfolgekriege«) sowie ethnischer Mehr- und Minderheiten in den jeweiligen Siedlungsgebieten wäre die Achtung der zentralen Werte der EU wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtssicherheit zur langfristigen Friedenssicherung in der Region des Westbalkans von ganz besonderer Bedeutung.

■ Die Türkei-Diskussion

Zugespitzt zeigt sich die Erweiterungs- bzw. Überdehnungs-Diskussion nunmehr schon seit Jahrzehnten angesichts des Beitrittswunsches der Türkei zur EU, wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtungen, besonders aber auch, weil nach Schätzungen rund drei Millionen »Menschen mit Migrationshintergrund« in Deutschland ihre familiären oder religiösen Wurzeln in der Türkei haben. Seit 2005 besitzt die Türkei offiziell den Beitrittsstatus, den der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, als »Verlobungsversprechen« der EU bezeichnet, wengleich in diesen spezifischen Verhandlungsrunden immer wieder von einem »ergebnisoffenen Verfahren« gesprochen wird. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wolfgang Schäuble (beide CDU) präferieren seit Jahren in aller Öffentlichkeit deshalb das Angebot einer »privilegierten Partnerschaft« für die Türkei, den, so die Kritiker dieser Position, die Türkei als Status längst genieße.

Die Ereignisse im Sommer 2013 in Istanbul, aber danach auch landesweit, haben nun erneut einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass die Türkei große Probleme besitzt, die Kopenhagener Kriterien der EU zu erfüllen. Der ehemalige Korrespondent der ARD in der Türkei und derzeitige SWR-Redakteur **Michael Matting** zieht in seinem Beitrag: »Die Türkei und ihre EU-Perspektive – Eine journalistische Betrachtung« eine deutliche Bilanz. Als mögliches EU-Mitglied dürfte die Türkei keineswegs Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Protestbewegung, wie in den Sommermonaten des Jahres 2013 geschehen, mit Polizeigewalt auflösen und strafrechtlich verfolgen, nur um ein lokales Bauvorhaben in Form eines Einkaufszentrums durchzusetzen. Im Wege stünden zudem, auch darauf weist Michael Matting hin, strittige Fragen wie z. B. der Kurdenkonflikt und die Zypernfrage oder generell der Umgang mit den Menschenrechten und der freien journalistischen Berichterstattung. Andererseits zeigte der Beitrittsprozess auch unter der Erdogan-Administration deutliche erste Erfolge in Richtung auf Demokratisierung und Marktöffnung, worauf z. B. der jüngste Fortschrittsbericht der EU vom 18. Oktober 2013 hinweist. Haben nun gar die Proteste vom Sommer 2013 in der Türkei einen Wandel hin zu einer modernen pluralistischen Zivilgesellschaft eingeläutet? Michael Martens hat in der FAZ nach Gesprächen mit Vertretern der führenden demoskopischen Institute in der Türkei sogar gegenteilige Tendenzen ausgemacht. Erst seit der brutalen Niederschlagung der Proteste habe Erdogan und

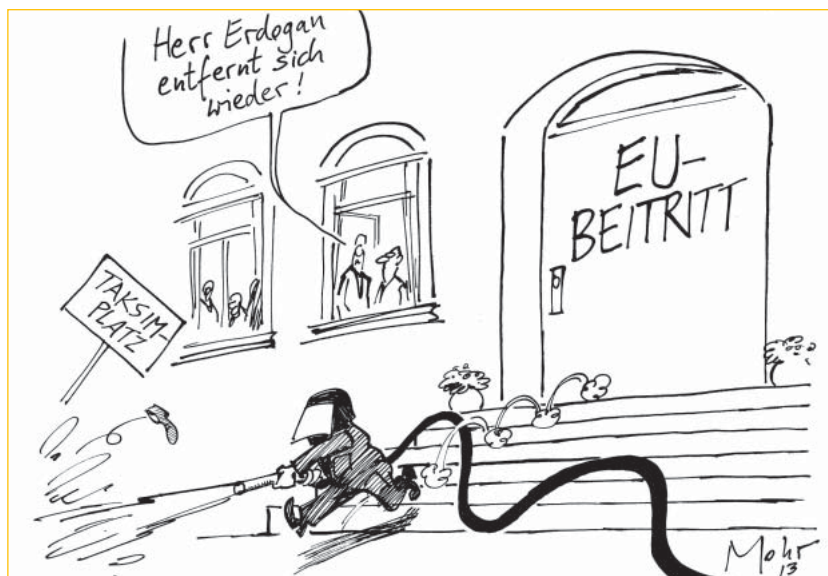


Abb. 4 »Abseitsposition«

Burkhard Mohr, 13.6.2013

seine AKP wieder stärkeren Rückhalt in der türkischen Gesellschaft, der durch vorherige Zugeständnisse an die EU zu bröckeln gedroht habe. Und strittig bliebe, ob die derzeitige Opposition, die »Kemalisten« in ihrer autoritären Tradition verharren oder sich tatsächlich modernisierten. Die Gründung einer »Partei der Mitte« stünde in der Türkei noch aus. Bislang neigten die Oppositionellen eher zur Wahlenthaltung.

Aber was wäre, wenn der EU-Druck nachließe und sich die Türkei gar stärker gen Osten orientierte? Solche Stimmen mehren sich in der Türkei in den letzten Monaten deutlich. Was geschähe dann mit den ersten zivilgesellschaftlichen und westorientierten Ansätzen in der Türkei, die sich entgegen ihrer kemalistischen Tradition »islamisierte«?

■ Szenario: Eine EU mit z. B. 36 Mitgliedstaaten

Nehmen wir einmal an, die »Verlobungsversprechen« (Schulz) gegenüber der Beitrittskandidaten würden tatsächlich eingelöst. Vermutlich bezögen sich die primären Befürchtungen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den bisherigen Mitgliedstaaten in solch einem Fall auf Fragen der Freizügigkeit, also der Ängste um die Konkurrenz um Arbeitsplätze, auch um die sogenannte »Armutseinwanderung«. Auch wenn sich das tatsächliche Eintreffen solcher Befürchtungen, die z. B. im Falle Polens auch bestanden, schwer vorherzusagen ist, so ist doch zu vermuten, dass im Vorfeld der Verhandlungen insbesondere national-argumentierende oder rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen neuen Zulauf erhalten werden.

Bereits jetzt ist der Anteil der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die ein positives Bild von der EU haben, nach wie vor nur geringfügig höher als der Anteil an Befragten, die ein negatives Bild haben, wie die zweimal jährlich durchgeführten Eurobarometer-Umfragen ergeben. Wie bereits im Herbst 2012 ist eine große Mehrheit der Europäer auch im Frühjahr 2013 der Ansicht, dass die Länder der EU infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise enger zusammenarbeiten werden müssten (84%). Mehr als die Hälfte der Europäer ist darüber hinaus der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird (53%). Die EU wird weiterhin als der Akteur angesehen, der am besten in der Lage ist (22%), mit der Krise fertig zu werden, dicht gefolgt von den nationalen Regierungen (21%), den G20-Staaten (13%), dem IWF, (13%) und den Vereinigten Staaten (8%). Allerdings können die Werte insgesamt wenig überzeugen. Die Vertrauenskrise der EU ist auch eine Krise der nationalen und internationalen Institutionen: das Vertrauen

in die Politik und die Ökonomie weltweit schwindet bedrohlich.

Sind die EU und ihre Mitgliedstaaten darauf vorbereitet? Erst jüngst wurde wieder ein Versprechen des Lissabener Vertrags, nämlich die Anzahl der EU-Kommissare nach der nächsten Europawahl zu reduzieren, zurück genommen, ohne dass eine europäische Öffentlichkeit laut aufgeschrien hätte. Noch immer möchte jedes der nun 2 Mitgliedstaaten einen eigenen »Kommissar«. Nationale Regierungen könnten sich solch eine Konstruktion eines Regierungskabinetts kaum leisten. Und schon wieder umstritten ist die Vereinbarung, dass nach der nächsten Europawahl am 25. Mai 2014 der neue Kommissionspräsident – je nach Wahlergebnis – aus den zuvor benannten Spitzenkandidaten der großen politischen Lagern der Konservativen, der Sozialdemokraten, der Liberalen oder der Grünen hervorgehen sollte. Zuvor vereinbarte Schritte in Richtung »Demokratisierung der EU« werden also erneut durch nationale Egoisten ersetzt. Jürgen Habermas warnt ausdrücklich davor, die Rechte des transnationalen Europäischen Parlaments auszuhöhlen und sich nur noch auf die Problemlösungskompetenz der führenden Vertreter des Europäischen Rats zu verlassen, den er akademisch als »europäischen Exekutiv-Föderalismus« bezeichnet. Ohne Akzeptanz und stärkere Partizipation

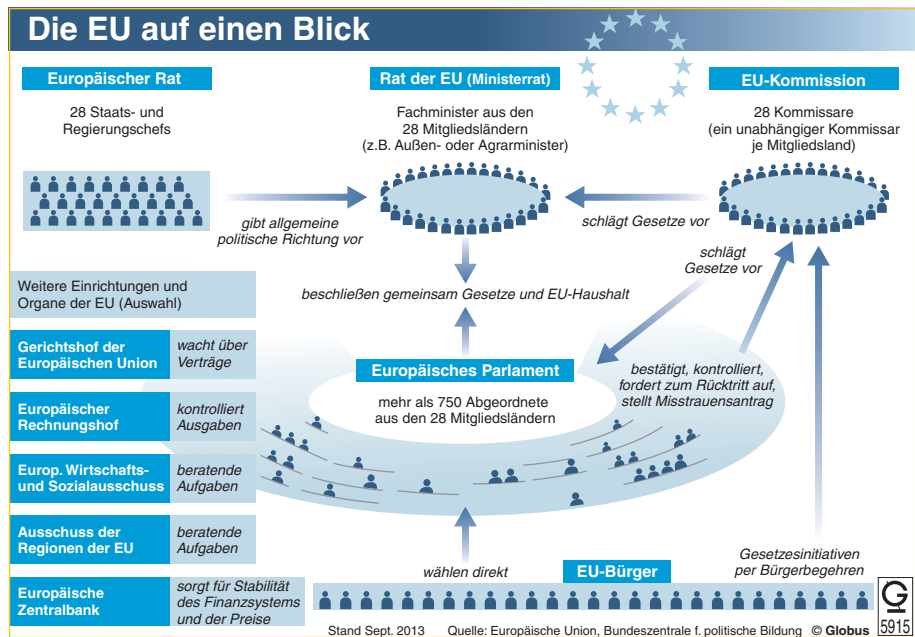


Abb. 6 Die Institutionen der Europäischen Union

© dpa, September 2013

tion der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, d. h. ohne »Bürgerunion«, wird eine Vertiefung der EU hin zu einer Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion allerdings nicht zu erreichen sein. Neue Erweiterungsrounden stoßen zudem im Moment auf großen Widerstand in einigen zentralen Mitgliedstaaten.

Literaturhinweise

- Cohn-Bendit, Daniel/ Verhofstadt, Guy (2012): Für Europa. Ein Manifest. München.
- Beck, Ulrich (2012): Das deutsche Europa. Suhrkamp. Berlin.
- Europäische Kommission (2013): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard Eurobarometer 79, Frühjahr 2013. (Befragung Mai 2013, Veröffentlichung Juli 2013) http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm
- Guérot, Ulrike (2013): Zwischen Haushalts- und Legitimationsdefizit: Zur Zukunft der europäischen Demokratie. In: APuZ, 6–7, 2013, S. 3–10, Bonn.
- Friedrich, Peter (2013): Baden-Württemberg und Europa – Quo vadis? Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union. Rede am 5.2.2013 im Haus der Wirtschaft, Stuttgart.
- Habermas, Jürgen (2013): Im Sog der Technokratie. Kleine Politische Schriften XII. Suhrkamp. Berlin.
- Heinrich-Böll-Stiftung/ GEF (Hrsg.)(2013): Rechtspopulismus in Europa. Planet-Verlag. Sankt Pölten, Österreich.
- Martens, Michael (2013): Gezi-Park ohne Folgen. Eine Begegnung mit den beiden führenden Demoskopen der Türkei. FAZ vom 10.10.2013, S. 6
- Neyer, Jürgen (2013): Europa: Integration und Demokratie. In: FAZ vom 8.4.2013, S. 7
- Nonnenmacher, Peter (2013): Die Schotten mögen Europa lieber als London. Stuttgarter Zeitung vom 19.10.2013, S. 7
- Schäuble, Wolfgang (2013): Kein deutsches Europa! In: Süddeutsche Zeitung vom 20.6.2013, S. 22 (in Kooperation mit Gazeta Wyborcza (PL), The Guardian (GB), La Stampa (I), Le Monde (F) und El País (E).
- Schulz, Martin (2013): Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance. Rowohlt. Berlin.

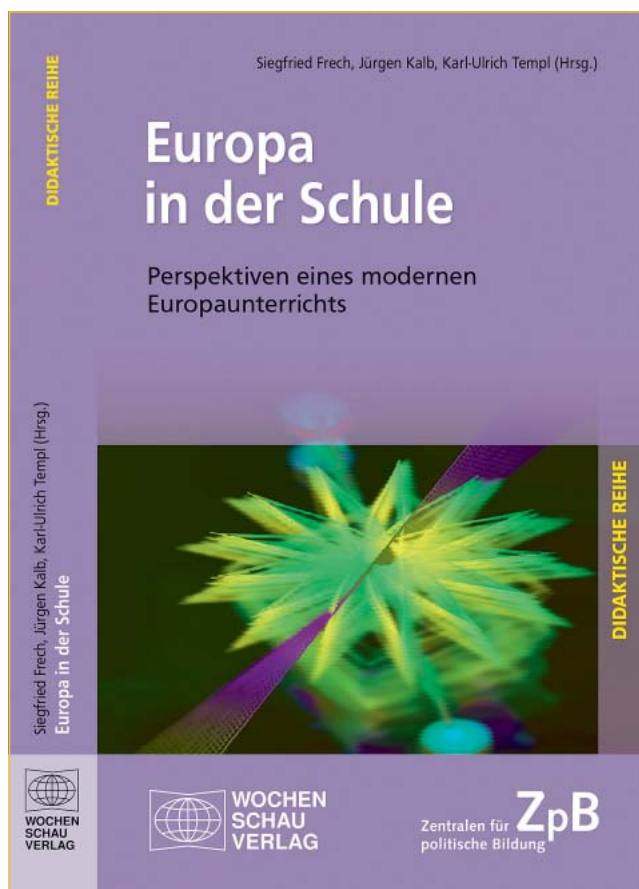


Abb. 5 Neuer Band aus der Didaktischen Reihe der LpB: Europa in der Schule – in Kooperation mit dem Wochenschau-Verlag – Ergebnisse einer Europatagung vom Mai 2012 im Stuttgarter Rathaus. Zu bestellen unter: www.lpb-bw.de

2. Probleme bei der Herausbildung einer europäischen Identität

DIETER FUCHS

Was macht die Identität Europas aus? Diese Frage war bereits in den frühen 1950er Jahren Gegenstand einer intellektuellen Debatte, aber erst in neuerer Zeit gibt es darüber eine intensive wissenschaftliche Diskussion. Veranlasst wurde diese Diskussion durch drei Ereignisse. Erstens durch die Transformation der Europäischen Union (EU) von einem intergouvernementalen zu einem supranationalen Regime. Diese Entwicklung, die durch den Vertrag von Maastricht (1992/1993) eingeleitet und durch weitere Verträge fortgesetzt wurde, warf die Frage nach dem Selbstverständnis der EU und der Finalität dieser Transformation auf. Zweitens durch die Osterweiterungen der EU in den Jahren 2004 und 2007 (und zuletzt 2013) und drittens durch die Diskussion über einen möglichen Beitritt der Türkei zur EU. Mit den beiden letztgenannten Ereignissen ist die Frage nach den Grenzen der EU und Europas verbunden. Eine Grenzziehung kann nur dann sinnvoll vorgenommen werden, wenn bestimmt werden kann, was innerhalb der Grenze liegt und was demzufolge nicht dazu gehört.

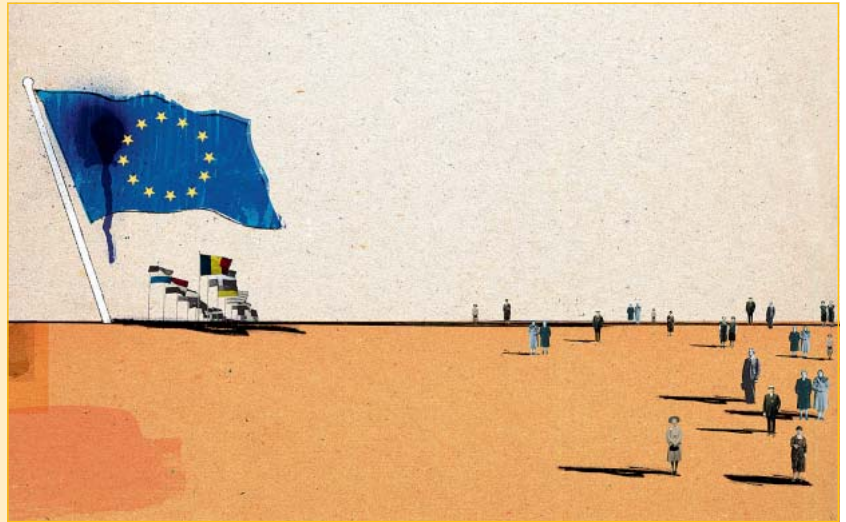


Abb. 1 EU-Flagge überschattet nationale Flaggen

© picture alliance, icon images

Die folgende Analyse greift mehrere Aspekte des Themas auf: Zum einen werden die Debatte über europäische Identität und Probleme bei der Herausbildung einer europäischen Identität dargestellt. Zum anderen wird ein Konzept europäischer Identität entwickelt und auf dessen Grundlage einige empirische Befunde präsentiert. Einen Schwerpunkt der empirischen Analyse bilden die bislang beobachtbaren Auswirkungen der Finanzkrise auf die europäische Identität.

■ Diskussion über europäische Identität

Bei der Diskussion über eine europäische Identität lassen sich zwei ganz unterschiedliche Ansätze unterscheiden, ein substanzieller und ein funktionaler Ansatz. Der substanzielle Ansatz zeichnet sich dadurch aus, dass inhaltliche Merkmale gesucht werden, die die europäische Identität objektiv ausmachen. Dabei wird vor allem auf historische und philosophische Überlegungen rekurriert, wie z. B. auf das Erbe der Antike, die christliche Tradition, die Aufklärung oder den Humanismus. Diese Debatte ist durch sehr divergierende Positionen charakterisiert. Ein Begriff europäischer Identität, der eine gewisse Verbindlichkeit beanspruchen könnte, ist bislang noch nicht ansatzweise identifiziert worden.

Symptomatisch für die Schwierigkeit, solche substanziellen Kriterien zu finden, die eine europäische Identität ausmachen, war die Diskussion über den Verfassungsentwurf der EU, bei der man sich nicht einmal auf minimale Merkmale einigen konnte. Dieses Grundproblem des substanziellen Ansatzes hat unter anderem damit zu tun, dass der Fundus an potenziell relevanten historischen und philosophischen Überlegungen extrem reichhaltig ist und die Auswahl maßgeblich von der normativen Position desjenigen abhängt, der eine Definition europäischer Identität trifft. Zudem bleibt bei diesem Ansatz die Frage des »Wozu?« des ange-

strebten Identitätsbegriffs offen, und das heißt, dass ein klarer Referenzpunkt für die Analyse fehlt.

Im Unterschied dazu gibt es beim funktionalen Ansatz einen solchen Referenzpunkt, dieser ist bereits im Begriff der Funktion enthalten. Worin besteht also die Funktion einer europäischen Identität? Mit seiner allgemeinen Theorie des politischen Systems hat David Easton (1965) die funktionale Perspektive in die Politikwissenschaft eingeführt. Danach hat eine politische Gemeinschaft mit einer kollektiven Identität die Funktion, die Persistenz (bzw. Stabilität) und das Funktionieren eines politischen Systems zu gewährleisten. Diese Funktionsbestimmung ist für die EU und die europäische Identität als einer Form einer kollektiven Identität jedoch noch zu abstrakt, sie muss weiter spezifiziert werden. Die Notwendigkeit einer europäischen Identität und d. h. ihre funktionale Relevanz kann unter anderem mit zwei Folgen begründet werden, die sich einerseits aus der Transformation der EU zu einem supranationalen Regime ergeben und andererseits aus den Osterweiterungen der EU. Beide Entwicklungen gehen mit einer Komplexitätssteigerung der EU einher, die zunehmend Mehrheitsentscheidungen erforderlich macht. Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die getroffenen Mehrheitsentscheidungen auch von den überstimmten Minderheiten akzeptiert werden, wird von vielen darin gesehen, dass eine Gemeinschaft der Europäer mit einer europäischen Identität existiert, die die Mehrheit und die Minderheiten gleichermaßen einschließt.

Eine zweite Folge dieser Entwicklung sind Umverteilungspolitiken, die zur Reduktion der ökonomischen Entwicklungsdisparitäten zwischen den westlichen Mitgliedsländern der EU und den neuen Mitgliedsländern aus Mittel- und Osteuropa notwendig sind (Habermas 2004). Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise kommen in zunehmendem Maße auch ökonomische Disparitäten zwischen den nördlichen Ländern und den südlichen Ländern hinzu. Erst eine Gemeinschaft der Europäer mit einer europäischen Identität kann nach Auffassung vieler Autoren die Solidarität erzeugen, die Transferzahlungen von den reicheren Mitgliedsländern der EU an die ärmeren ermöglicht.

Ein drittes Argument für die Notwendigkeit einer europäischen Identität ergäbe sich dann, wenn eine weitere politische Integra-

tion der EU mit einer Demokratisierung des EU-Regimes angestrebt werden würde. Diese Entwicklung würde eine Gemeinschaft der Europäer mit einer europäischen Identität voraussetzen oder – mit anderen Worten – einen europäischen Demos, der sich selbst auch als solcher begreift.

Aus dieser funktionalen Perspektive ergeben sich zwei Schlussfolgerungen für das Konzept der kollektiven Identität im Allgemeinen und für das Konzept der europäischen Identität im Besonderen. Erstens kann eine kollektive Identität nicht auf sogenannten objektiven Kriterien beruhen. Es kann sich dabei nur um ein subjektives Phänomen handeln, und das heißt, kollektive Identität bezieht sich auf Perzeptionen und Bewertungen, die die relevanten Subjekte selbst vornehmen. Zweitens kann es sich bei diesen relevanten Subjekten nicht nur um politische Eliten handeln, sondern muss alle Bürger umfassen, da diese Bürger in ihrer Gesamtheit erst die politische Gemeinschaft konstituieren. Im nachfolgenden Abschnitt wird ein solches Konzept einer europäischen Identität erläutert.

Das Konzept der europäischen Identität

Die europäische Identität ist eine Form einer kollektiven Identität. Die Identität eines Kollektivs oder einer Gemeinschaft allgemein – beide Begriffe werden synonym verwendet – konstituiert sich auf der Grundlage von kognitiven Operationen und vor allem von affektiven Identifikationen einer Gruppe von Individuen. Die kognitiven Operationen, die die Basis für die affektiven Identifikationen darstellen, bestehen zum einen in der Vorstellung, dass es ein bestimmtes Kollektiv gibt und dass dieses einen Namen hat. Sie bestehen zum anderen in der subjektiven Zurechnung zu diesem Kollektiv wie bspw. im Fall der nationalen Identität, dass ein Individuum sich als Deutscher oder Franzose oder als Europäer begreift. Diese Zurechnung hat primär einen kognitiven Charakter, sie hat aber auch schon eine gewisse affektive Bedeutung, denn ein Individuum rechnet sich vermutlich keinem Kollektiv zu, wenn es dieses nicht positiv einschätzt.

Die affektiven Identifikationen bestehen in der psychologischen Bindung des Individuums an das Kollektiv. Diese Bindung wird in der soziologischen und sozialpsychologischen Literatur als ein Wir-Gefühl bezeichnet oder als ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Sie besteht bspw. darin, dass man sich mit dem Kollektiv der Deutschen, der Franzosen oder der Europäer gefühlsmäßig verbunden fühlt. Ein solches Wir-Gefühl kann sich aber nicht inhaltsleer herausbilden, sondern beruht auf gemeinsamen Erfahrungen, gemeinsamen Erinnerungen und auf unterstellten Gemeinsamkeiten, die von ganz unterschiedlicher Art sein können wie gemeinsame Sprache, Kultur, Lebensform, Territorium etc. Für die europäische Identität ist die Frage nach der inhaltlichen Basis von zentraler Bedeutung und stellt nach Ansicht vieler ein zentrales Problem dar. Sie entscheidet darüber, ob es eine europäische Identität überhaupt geben kann und wie ausgeprägt diese gegebenenfalls ist. Diese Probleme einer europäischen Identität werden im nächsten Abschnitt diskutiert.

Zunächst werden auf der Grundlage dieser allgemeinen Überlegungen zur kollektiven Identität zwei operationale Definitionen von europäischer Identität vorgenommen. Die Identität wird erfasst durch das Ausmaß, in dem die Bürger der EU gleichermaßen



Abb. 2 Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Stand 2013

© dpa, picture alliance

eine Zurechnung zu der Gemeinschaft der Europäer vornehmen und gleichermaßen eine affektive Bindung an die Gemeinschaft der Europäer aufweisen. Die erste operationale Definition bezieht sich auf den kognitiven und die zweite auf den affektiven Aspekt der Identifikation:

1. Je mehr Bürger der EU sich der Gemeinschaft der Europäer zurechnen, desto größer ist die Identität dieser Gemeinschaft.
2. Je mehr Bürger der EU eine affektive Bindung an die Gemeinschaft der Europäer aufweisen, desto größer ist die Identität dieser Gemeinschaft.

Probleme einer europäischen Identität

Die nationale Identität und die europäische Identität sind zwei Formen kollektiver Identitäten. Für die Bürger der EU-Mitgliedsländer ist ihre jeweilige nationale Identität (z. B. Deutsche, Franzosen) die maßgebliche kollektive Identität. Diese nationalen Identitäten sind in einem langen und teilweise konfliktreichen historischen Prozess entstanden und im Bewusstsein der Bürger tief verankert. Worin eine solche nationale Identität besteht, wird sehr plastisch von zwei Historikern formuliert:

»Was ist eine Nation? Eine Kurzdefinition könnte folgendermaßen lauten: Eine Großgruppe, die sich als Einheit versteht, eine eigene Tradition besitzt (oder zu besitzen glaubt), und zusammen bleiben will (...) Nationen sind (...) durch Herrschaft und die bewusste Aneignung einer oft fiktiven Geschichte entstandene Traditions-, Erinnerungs- und Erfahrungsgemeinschaften.« (Schmidt 1999: 29–30)

»Eine Nation wird durch gegenseitige Sympathie ihrer Angehörigen zusammengehalten, die zwischen diesen und anderen Menschen nicht be-

steht. Sie kann auf gleicher Rasse und Abstammung beruhen, auf Gemeinsamkeit von Sprache und Religion, auf Besitz eines bestimmten Territoriums. Am wichtigsten ist aber die gemeinsame Geschichte mit den kollektiven Gefühlen des Stolzes und der Scham, der Freude und des Leids, die sich daraus ergeben.« (Reinhard 1999: 440)

Im Unterschied zur nationalen Identität kann sich eine europäische Identität nicht auf derartige historische Erinnerungen und Erfahrungen, zu denen auch die Kriege zwischen den europäischen Nationalstaaten gehören, stützen. In diesem Punkt besteht in der Debatte eine große Einigkeit. Worauf kann sich aber dann eine europäische Identität stützen? Peter Graf Kielmansegg (2003) bezweifelt, dass sich überhaupt eine europäische Identität herausbilden kann, in jedem Falle keine belastbare europäische Identität. Etwas optimistischer ist die Auffassung anderer Autoren, die annehmen, dass sich eine europäische Identität herausbilden kann, dass diese aber nur eine politische Identität sein kann und sein muss (Fuchs 2000; Cerutti 2008, Habermas 2004, 2011).

Eine solche politische Identität zeichnet sich nach Furio Cerutti (2008: 39–40) durch folgende Merkmale aus:

“In its core definition, political identity is the overarching and inclusive project that is shared by the members of the polity, or in other words the set of political and social values and principles in which they recognize themselves as a ‘we’.”

Jürgen Habermas (2004, 2011) stellt ähnliche Überlegungen an und postuliert einen Wechsel von der Staatszentrierung der nationalen Identitäten zu einer Verfassungsorientierung, die auf grundlegenden demokratischen Werten beruht, die in den Verfassungen der europäischen Demokratien enthalten sind oder ihnen zugrunde liegen. Erst durch diesen Orientierungswechsel kann nach Habermas die nationalstaatliche Fokussierung der kollektiven Identität aufgebrochen und eine postnationale Identität ermöglicht werden. Er geht weiter davon aus, dass auch eine solche Verfassungsorientierung eine Bindewirkung erzielen kann und fasst dies unter dem Begriff des »Verfassungspatriotismus« zusammen.

Beim Konzept einer europäischen Identität als politische Identität stellen sich aber mehrere Fragen:

1. Kann sich eine europäische Identität wirklich als eine solche politische Identität herausbilden?
2. Hat diese politische Identität tatsächlich die postulierte Bindewirkung, die zur Erfüllung der Funktionen notwendig ist, die der europäischen Identität zugeschrieben werden?
3. Wie ist das Verhältnis von europäischer Identität zu den nationalen Identitäten und wie belastbar ist eine europäische Identität im Konfliktfall mit den nationalen Identitäten?

In den nachfolgenden Abschnitten werden empirische Evidenzen zu einigen dieser genannten Fragen und Probleme dargestellt.

Empirische Befunde zum Ausmaß der europäischen Identität

Die erste empirisch zu klärende Frage bezieht sich auf das gegenwärtige Ausmaß der nationalen und der europäischen Identität. In **Abb. 3** sind die Prozentsätze für vier Antwortkategorien aufgeführt: Sehen sich die Bürger lediglich als Mitglied ihrer eigenen Nation, sehen sie sich als Mitglied der eigenen Nation und als Europäer, sehen sie sich als Europäer und als Mitglied der eigenen Nation und sehen sie sich nur als Europäer? Zusätzlich zu den Prozentsätzen für die einzelnen Länder ist auch ein nach Bevölkerungsgröße gewichteter Durchschnitt für die EU insgesamt aufgeführt. Diese Daten wurden im Jahre 2012 in 27 Mitgliedsländern der EU erhoben. Sie stammen wie auch die folgenden Daten aus den Eurobarometerstudien, das sind repräsentative Bevölkerungsumfragen, die regelmäßig in den EU-Mitgliedsländern durchgeführt werden.

Diese Messung entspricht mit einer Einschränkung der ersten operationalen Definition von europäischer Identität: Je mehr Bür-

Abb. 3 Nationale und europäische Identität (in Prozent)

Mitgliedstaaten der EU	Nur nationale Identität	Nationale und europäische Identität	Europäische und nationale Identität	Nur europäische Identität	Weiß nicht
Belgien	29	57	9	5	1
Bulgarien	48	42	7	1	2
Dänemark	41	53	4	1	0
Deutschland	33	57	7	3	0
Estland	54	40	4	1	1
Finnland	53	43	4	1	0
Frankreich	35	56	5	3	1
Griechenland	45	50	4	1	1
Großbritannien	61	33	3	2	1
Irland	53	41	2	1	3
Italien	34	49	11	3	4
Lettland	50	38	10	2	1
Litauen	57	35	4	2	1
Luxemburg	20	55	13	11	0
Malta	39	57	3	0	1
Niederlande	31	58	9	2	1
Österreich	41	44	9	4	2
Polen	37	58	3	1	2
Portugal	37	56	4	1	2
Rumänien	43	34	11	7	6
Schweden	39	56	3	1	1
Slowakei	33	56	8	2	1
Slowenien	39	50	7	3	1
Spanien	33	54	6	4	3
Tschechien	50	42	5	1	1
Ungarn	46	47	4	2	1
Zypern	40	47	9	4	1
EU 27*	39	50	6	3	2

* gewichteter Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer

Frage: »Sehen Sie sich in der nahen Zukunft lediglich als Mitglied Ihrer eigenen Nation, sehen Sie sich als Mitglied der eigenen Nation und als Europäer, sehen Sie sich als Europäer und als Mitglied der eigenen Nation oder nur als Europäer?«

© Eurobarometer 77.3 (2012)

ger der EU sich der Gemeinschaft der Europäer zurechnen, desto größer ist die Identität dieser Gemeinschaft. Die Einschränkung besteht darin, dass in dieser Frage von vornherein die nationale Identität als Alternative enthalten ist. Wenn davon ausgegangen werden kann, dass die nationale Identität die primäre und grundlegendere Form der kollektiven Identität ist, dann sind die in **Abb. 3** präsentierten Befunde wenig überraschend. 39 Prozent der EU-Bürger insgesamt weisen nur eine nationale Identität auf und 50 Prozent in erster Linie eine nationale und in zweiter Linie eine europäische Identität. In erster Linie eine europäische und in zweiter Linie eine nationale besitzen 6 Prozent und nur eine europäische Identität lediglich 3 Prozent. Nach diesen Ergebnissen haben 59 Prozent der EU-Bürger zumindest auch eine europäische Identität.

Ein etwas positiveres Bild ergibt sich für eine andere Messung der ersten operationalen Definition. Bei den in **Abb. 4** dargestellten Befunden wird nach der Selbstbeschreibung als EU-Bürger gefragt. Die Frage enthält vier Antwortkategorien und zwar, ob sich die Befragten definitiv als EU-Bürger, teilweise als EU-Bürger, nicht sehr als EU-Bürger und definitiv nicht als EU-Bürger fühlen. Unter den EU-Bürgern insgesamt sehen sich 19 Prozent definitiv

Abb. 4 Selbstbeschreibung als EU Bürger (in Prozent) ...
 »Fühle mich als EU-Bürger ...«

Mitgliedstaaten der EU	Ja, definitiv	Ja, teilweise	Nein, nicht sehr	Definitiv nein	Weiß nicht
Belgien	25	46	24	6	0
Bulgarien	14	34	31	21	1
Dänemark	29	45	21	5	0
Deutschland	26	48	17	8	1
Estland	22	43	24	11	0
Finnland	17	53	22	7	0
Frankreich	23	43	20	12	2
Griechenland	12	37	31	20	0
Großbritannien	14	28	33	24	1
Irland	20	48	22	9	1
Italien	9	35	42	12	2
Lettland	13	40	32	14	0
Litauen	17	43	27	12	1
Luxemburg	45	40	11	4	1
Malta	34	38	17	9	2
Niederlande	22	41	28	9	1
Österreich	12	49	27	12	1
Polen	13	51	22	7	7
Portugal	11	48	28	12	2
Rumänien	19	41	28	8	4
Schweden	24	41	23	12	1
Slowakei	19	51	22	7	1
Slowenien	21	45	25	9	0
Spanien	26	44	19	11	0
Tschechien	12	40	29	18	1
Ungarn	15	35	31	17	1
Zypern	19	42	24	15	0
EU 27*	19	42	26	12	2

* gewichteter Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer

Frage: »Teilen Sie mir bitte mit, welche der folgenden Möglichkeiten am ehesten Ihrer Meinung entspricht: Sie fühlen sich definitiv als EU-Bürger, teilweise als EU-Bürger, nicht sehr als EU-Bürger, definitiv nicht als EU-Bürger?«

© Eurobarometer 77,3 (2012)

und 42 Prozent teilweise als EU-Bürger. Das bedeutet, dass sich eine Mehrheit von 61 Prozent definitiv oder teilweise als EU-Bürger begreift, und nur 38 Prozent sehen sich nicht sehr oder definitiv nicht als EU-Bürger.

Bemerkenswert sind die starken Länderunterschiede. Nach den in **Abb. 3** dargestellten Befunden hat in Estland, Finnland, Großbritannien, Irland, Litauen und Tschechien eine Mehrheit der Bürger nur eine nationale Identität, während in Belgien, Deutschland, Luxemburg, Niederlande und Spanien dies bei weniger als einem Drittel der Bürger der Fall ist. Bei den in **Abb. 4** präsentierten Ergebnissen zur Selbstbeschreibung als EU-Bürger gibt es ebenfalls beträchtliche Länderunterschiede, doch diese nicht so stark ausgeprägt wie bei der Frage nach der nationalen und europäischen Identität. Die Befunde zu beiden Fragen zeigen, dass die europäische Identität in den Mitgliedsländern aufgrund ganz unterschiedlicher Traditionen und Kontexte sehr unterschiedlich gesehen wird. Von einer homogenen Gemeinschaft der Europäer mit einem weitgehend ähnlichen Selbstverständnis kann also nicht ausgegangen werden.

Leider gibt es keine aktuelle Messung für die zweite operationale Definition von europäischer Identität: Je mehr Bürger der EU eine affektive Bindung an die Gemeinschaft der Europäer aufweisen,

Abb. 5 Bindung an Europa und die eigene Nation (in Prozent)
 »Fühle mich sehr verbunden /ziemlich verbunden mit«

Mitgliedstaaten der EU	Europa	Nation	Europa und Nation (multiple Identität)
Belgien	75	85	68
Bulgarien	64	96	63
Dänemark	82	97	81
Deutschland	71	88	67
Estland	49	95	48
Finnland	70	96	69
Frankreich	63	92	61
Griechenland	48	98	47
Großbritannien	52	86	49
Irland	62	95	61
Italien	70	91	68
Lettland	54	91	52
Litauen	46	93	45
Luxemburg	82	92	78
Malta	71	96	69
Niederlande	59	83	53
Österreich	59	94	59
Polen	80	97	79
Portugal	63	96	61
Rumänien	68	94	66
Schweden	79	95	76
Slowakei	65	93	63
Slowenien	65	95	64
Spanien	68	91	65
Tschechien	74	92	71
Ungarn	88	96	85
Zypern	38	94	37
EU 27*	67	91	64

* gewichteter Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer

Frage: »Menschen können sich hinsichtlich ihrer Bindung an ihr eigenes Land und Europa unterscheiden. Teilen Sie mir bitte mit, wie verbunden Sie sich fühlen (a) zu Ihrem eigenen Land, (b) zu Europa? (Sehr verbunden, ziemlich verbunden, nicht sehr verbunden, überhaupt nicht verbunden)«

© Eurobarometer 67,1 (2007)

desto größer ist die Identität dieser Gemeinschaft. Diese Frage wurde zuletzt in einem Eurobarometer aus dem Jahr 2007 gestellt. Bei dem dort verwendeten Indikator wird gefragt, wie stark die gefühlsmäßige Bindung an das eigene Land und an Europa ist und beides wird separat ermittelt. Nach den in **Abb. 5** dargestellten Befunden geben 91 Prozent der Befragten an, eine Bindung an das eigene Land zu besitzen; dieser hohe Prozentsatz entspricht den Erwartungen. Insgesamt 67 Prozent fühlen sich aber auch mit Europa verbunden. 64 Prozent besitzen sowohl eine Bindung an das eigene Land als auch eine Bindung an Europa, dies kann als multiple Identität bezeichnet. Zumindest im Jahr 2007 bilden also die nationale und die europäische Identität keinen Gegensatz, sondern sind komplementär. Inwieweit diese Ergebnisse auch noch gegenwärtig Geltung besitzen, muss wegen fehlender aktueller Daten offen bleiben.

Insgesamt können aus den bisherigen empirischen Befunden vier Schlussfolgerungen gezogen werden: 1. Es gibt gegenwärtig ein nennenswertes Ausmaß einer europäischen Identität. 2. Nationale und europäische Identität sind weitgehend komplementär. 3. Die nationale Identität hat eine eindeutige Priorität vor der europäischen Identität. 4. Das Ausmaß der europäischen Identität

Abb. 6 Inhaltliche Elemente der europäischen Identität (in Prozent)

Mitgliedstaaten der EU	Gemeinsame Währung	Demokratische Werte	Kultur	Geschichte	Erfolge der EU-Wirtschaft	Geographie	Europäische Flagge	EU-Motto	Europäische Hymne	Weiß nicht	Keine Identität	Anderes
Belgien	64	44	26	22	18	11	20	14	8	2	3	1
Bulgarien	32	43	19	28	24	25	32	14	18	7	3	1
Dänemark	17	70	43	59	14	31	7	15	0	2	2	0
Deutschland	52	57	31	26	21	15	17	16	7	2	4	0
Estland	48	28	29	22	11	15	18	6	6	12	8	1
Finnland	59	59	21	25	12	23	16	9	3	1	2	1
Frankreich	59	47	29	29	21	13	22	12	7	3	2	0
Griechenland	56	37	29	23	11	28	13	9	2	1	9	1
Großbritannien	16	30	29	27	17	21	10	8	2	13	9	1
Irland	59	37	19	35	16	26	18	15	3	7	2	3
Italien	35	38	22	18	30	12	14	13	8	6	6	3
Lettland	31	22	24	21	14	38	31	10	12	4	4	0
Litauen	25	40	29	23	24	21	17	8	7	8	4	1
Luxemburg	55	38	33	35	29	12	16	13	4	2	2	0
Malta	36	45	22	27	10	17	13	14	4	8	5	0
Niederlande	70	47	18	23	24	19	12	26	2	2	3	1
Österreich	50	46	21	25	20	24	19	23	10	1	9	2
Polen	19	25	24	25	21	15	20	10	12	13	4	1
Portugal	32	27	23	22	17	19	17	11	7	14	8	1
Rumänien	45	43	20	35	18	26	24	12	15	8	1	1
Schweden	21	65	35	46	22	36	11	14	0	3	2	0
Slowakei	65	29	17	20	27	17	30	16	16	2	1	1
Slowenien	64	24	22	28	16	22	35	15	13	1	2	2
Spanien	48	29	24	19	16	14	10	8	3	6	8	0
Tschechien	16	46	22	25	28	21	18	13	7	4	6	0
Ungarn	32	38	24	30	22	27	17	10	7	5	6	1
Zypern	56	57	39	29	6	24	28	10	8	1	4	0
EU 27*	41	40	26	26	21	18	16	12	7	6	5	1

* gewichteter Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer

Frage: »Die europäische Identität kann sich aus mehreren Elementen zusammensetzen. Welche der folgenden sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Elemente, die eine europäische Identität ausmachen?«
© Eurobarometer 77.3 (2012)

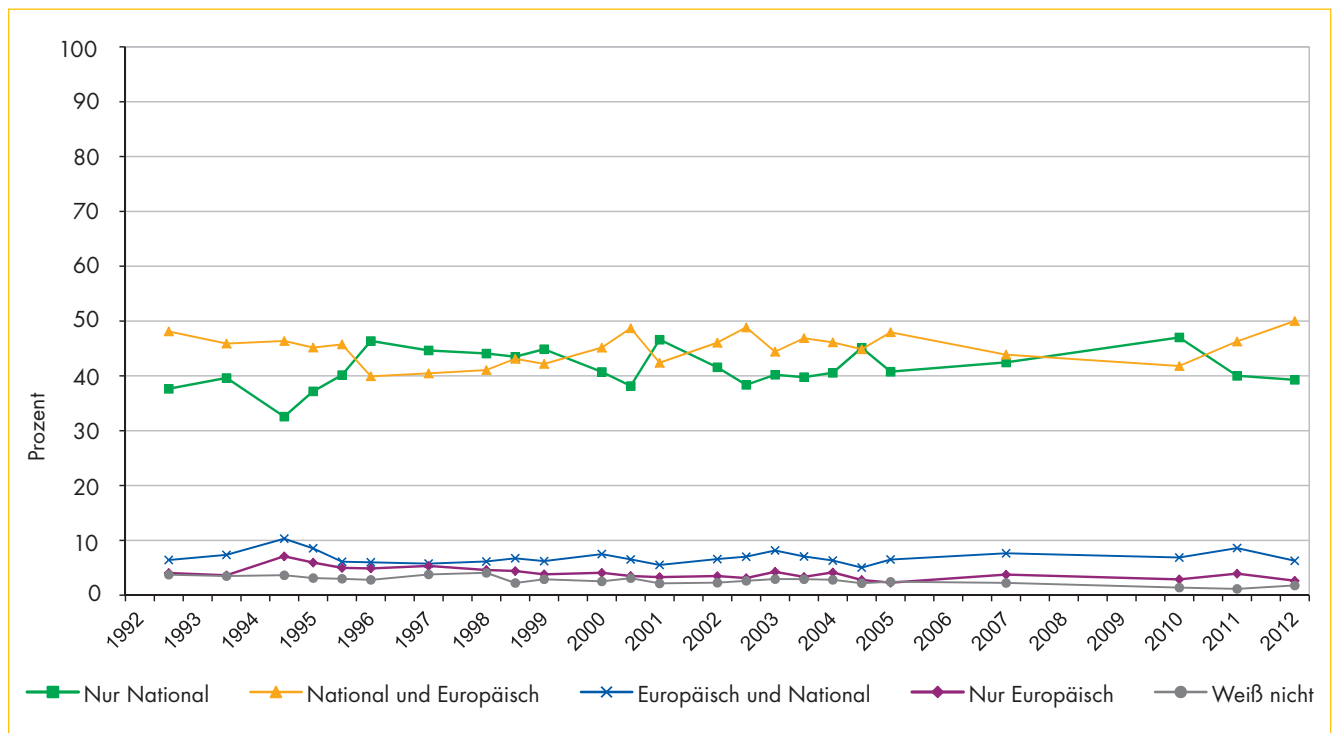
unterscheidet sich zwischen den Mitgliedsländern der EU erheblich.

Es wurde bereits festgestellt, dass sich eine europäische Identität wie jede kollektive Identität nicht inhaltsleer herausbilden kann. Die empirischen Befunde in **Abb. 6** geben Hinweise, worauf sich eine europäische Identität im Jahr 2012 gründet. Mit der dort präsentierten Frage wird erfasst, was nach Meinung der Befragten die wichtigsten Elemente einer europäischen Identität sind. Die »gemeinsame Währung« wird mit 41 Prozent am häufigsten genannt. Das ist vermutlich auf die Erfahrungen vieler EU-Bürger zurückzuführen, dass im eigenen Land und in den meisten Mitgliedsländern mit der gemeinsamen Währung bezahlt werden kann. Dies kann möglicherweise auch auf die Diskussion über den Euro im Rahmen der Finanzkrise zurückgehen. Diese könnte das Bewusstsein verstärkt haben, dass es eine gemeinsame Währung gibt und dass Probleme, die mit dieser Währung zusammenhängen, auch auf europäischer Ebene gelöst werden müssen. Fast genauso hoch wie für die »gemeinsame Währung« ist der Prozentsatz, der auf »demokratische Werte« entfällt. Das zeigt, dass es im Bewusstsein der Bürger zumindest Ansatzpunkte für die theoretisch postulierte europäische Identität als politische Identität gibt.

Interessanterweise haben auch jeweils 26 Prozent der EU-Bürger »Geschichte« und »Kultur« als Merkmale einer europäischen Identität angegeben. Eine nennenswerte Minderheit der Europäer sieht also auch in diesen Merkmalen, die normalerweise nur der nationalen Identität zugeschrieben werden, Gemeinsamkeiten, die die Gemeinschaft der Europäer auszeichnet. Merkmale wie »Frieden in Europa« oder »unbegrenzte Reisefreiheit«, die nach anderen Studien von vielen Bürgern ebenfalls mit Europa verbunden werden, wurden in dieser Umfrage leider nicht erhoben.

Insgesamt zeigen diese in **Abb. 6** dargestellten empirischen Ergebnisse, dass es eine inhaltliche Basis einer europäischen Identität gibt und dass diese nicht so schmal ist wie vielfach angenommen. Das bietet Ansatzpunkte für verschiedene Strategien einer Identitätspolitik oder einer identitätsstiftenden Politisierung der EU unter Einbeziehung der Bürger. Damit könnte die europäische Identität verstärkt werden wie dies Habermas in seinen wissenschaftlichen und journalistischen Publikationen immer wieder fordert.

Abb. 7 Nationale und Europäische Identität im Zeitverlauf bei den EU-Bürgern insgesamt*



*gewichteter Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer zum Erhebungszeitpunkt

Frage: »Sehen Sie sich in der nahen Zukunft lediglich als Mitglied Ihrer eigenen Nation, sehen Sie sich als Mitglied der eigenen Nation und als Europäer, sehen Sie sich als Europäer und als Mitglied der eigenen Nation oder nur als Europäer?« © Eurobarometer 37-77 (1992-2012)

Empirische Befunde zu den Auswirkungen der Finanzkrise

Die in den |Abb. 3|, |Abb. 4| und |Abb. 5| dargestellten empirischen Befunde zur europäischen Identität beziehen sich auf das Jahr 2012, dem letzten Zeitpunkt, zu dem entsprechende Daten vorlagen. Welchen Effekt hatte bislang die europäische Finanzkrise? Und wie sieht es mit der weiteren Entwicklung der europäischen Identität aus? Über diese in die Zukunft gerichtete Frage kann natürlich nur spekuliert werden, aber einige Anknüpfungspunkte für solche Spekulationen können Analysen geben, die die zeitliche Entwicklung der europäischen und nationalen Identität untersuchen.

In |Abb. 7| ist die Entwicklung der europäischen und nationalen Identität im Zeitraum von 1992 bis 2012 für die EU-Bürger insgesamt verzeichnet. Die Zeitreihe beginnt 1992, das Jahr, in dem der Vertrag von Maastricht verabschiedet und eine Transformation der EU zu einem supranationalen Regime eingeleitet wurde. Nach der Auffassung mehrerer Autoren bedeutet diese Transformation, dass zunehmend Entscheidungen durch EU-Organe getroffen wurden, die erfahrbare Auswirkungen auf die Lebenswelt der Bürger haben. Danach bewerten die Bürger die EU deshalb anhand derjenigen normativen Standards, die sie auch an die eigene nationalstaatliche Demokratie anlegen. Als Folge davon werde das Demokratiedefizit der EU für die Bürger deutlich und dies würde zu einer Erosion der Legitimität der EU führen. Diese Legitimitätserosion müsste auf die Dauer auch negative Rückwirkungen auf die europäische Identität haben. Nach den im |Abb. 7| dargestellten zeitlichen Trends der europäischen und nationalen Identität sind beide Orientierungen ausgesprochen stabil. Mit Ausnahme von relativ kurzfristigen Schwankungen sind keine andauernden Trends einer Ab- oder Zunahme der europäischen und der nationalen Identität zu erkennen.

In neuerer Zeit könnte sich die seit einigen Jahren andauernde Finanzkrise als besonders bedeutsam für die kollektive Identität in der EU erweisen. Mit dieser ist ein Konfliktpotential zwischen den

Geber- und Nehmerländern bzw. Krisenländern der EU verbunden. Wenn man von der Prämisse ausgeht, dass im Konfliktfall die nationale Identität einen Vorrang vor der europäischen Identität hat, dann müsste diese Entwicklung bei den Geber- als auch bei den Krisenländern zu einer neuen Konstellation beider Identitätsformen führen. Das Ausmaß der nationalen Identität müsste auf Kosten der europäischen Identität zunehmen, und zwar aus ganz unterschiedlichen Gründen sowohl bei den Geber- als auch den Krisenländern.

Wie sehen die entsprechenden empirischen Befunde aus? Zunächst einmal ist – entgegen der Erwartung – seit 2010 eine Abnahme und keine Zunahme des Anteils der Bürger feststellbar, die nur eine nationale Identität besitzen. Demgegenüber ist der Anteil derjenigen mit einer nationalen und europäischen Identität gestiegen. Die Abnahme einer ausschließlich nationalen Identität ist nicht nur für die EU-Bürger insgesamt feststellbar. Die in |Abb. 8| dargestellten Trends zeigen, dass dies ebenfalls auf die vier Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien zutrifft.

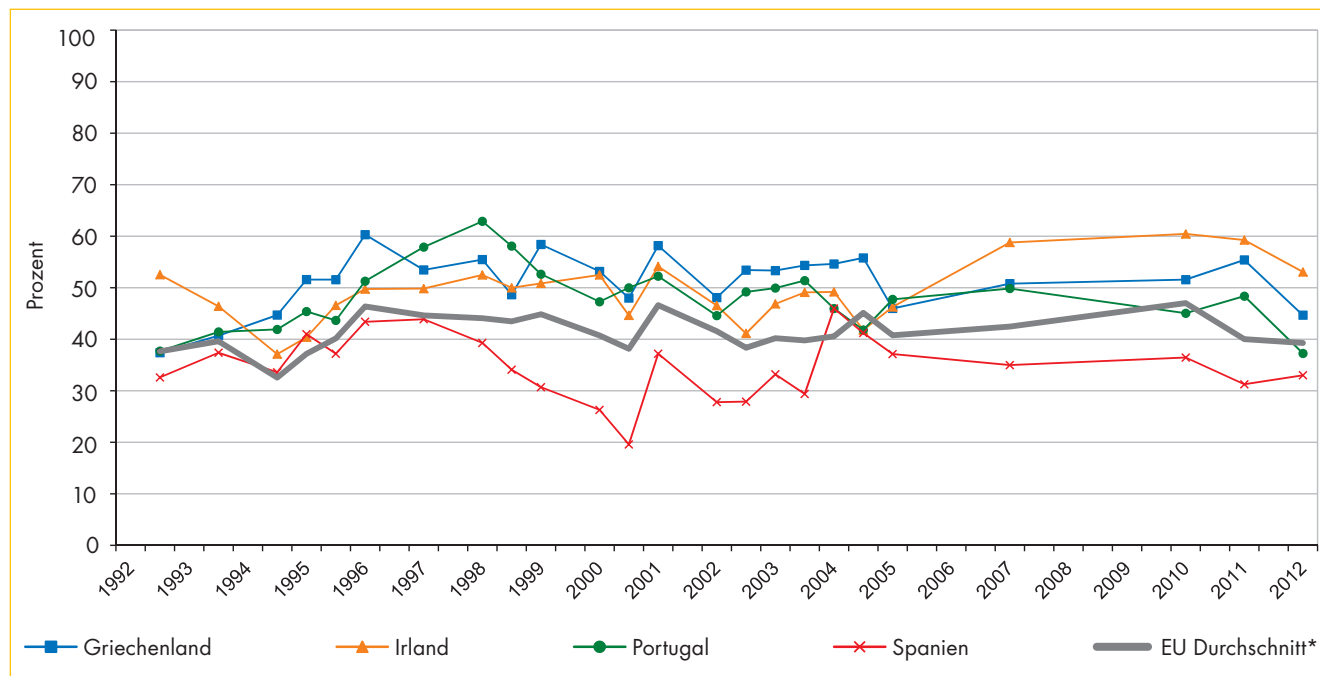
Dieser Rückgang einer ausschließlich nationalen Identität sowie die Zunahme einer nationalen und europäischen Identität ist umso erstaunlicher, wenn man andere empirische Befunde berücksichtigt. Nach den in |Abb. 9| präsentierten Daten ist die Zufriedenheit der Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU seit 2009, dem Zeitpunkt also zu dem die Finanzkrise eine starke öffentliche Diskussion in den EU-Ländern ausgelöst hat und in den Krisenländern gravierende Auswirkungen spürbar geworden sind, bei den EU-Bürgern insgesamt deutlich gesunken, vor allem aber bei den Bürgern in den Krisenländern. Diese Abnahme der Demokratiezufriedenheit mit der EU ist sehr plausibel, denn die Maßnahmen zur Behebung der Finanzkrise sind praktisch ausschließlich durch politische Eliten und Experten getroffen worden, die nationalen Parlamente spielten dabei entweder überhaupt keine Rolle oder hatten lediglich eine akklamatorische Funktion.

Vergleichbare empirische Befunde ergeben sich auch bei verschiedenen Indikatoren der generalisierten Unterstützung der EU. Die generalisierte Unterstützung der EU hat seit 2009 ebenfalls stark abgenommen. Zum letzten Erhebungszeitpunkt im Jahre 2012 gaben beispielweise 53 Prozent der EU-Bürger an, dass sich die EU in die falsche Richtung entwickelt und nur 21 Prozent in die richtige Richtung (Daten werden hier nicht im Einzelnen ausgewiesen).

Resümee

Nach den präsentierten empirischen Befunden hat die Finanzkrise in der EU beträchtliche Auswirkungen auf die Einstellung der Bürger zur EU gehabt. Das trifft aber nur für die Demokratiezufriedenheit und für die generalisierte Unterstützung der EU zu, beides hat sich als Folge der Krise deutlich verschlechtert und das vor allem in dem Krisenländern. Dem gegenüber ist es nicht zu

Abb. 8 Nationale Identität im Zeitverlauf in vier Krisenländern und im EU-Durchschnitt

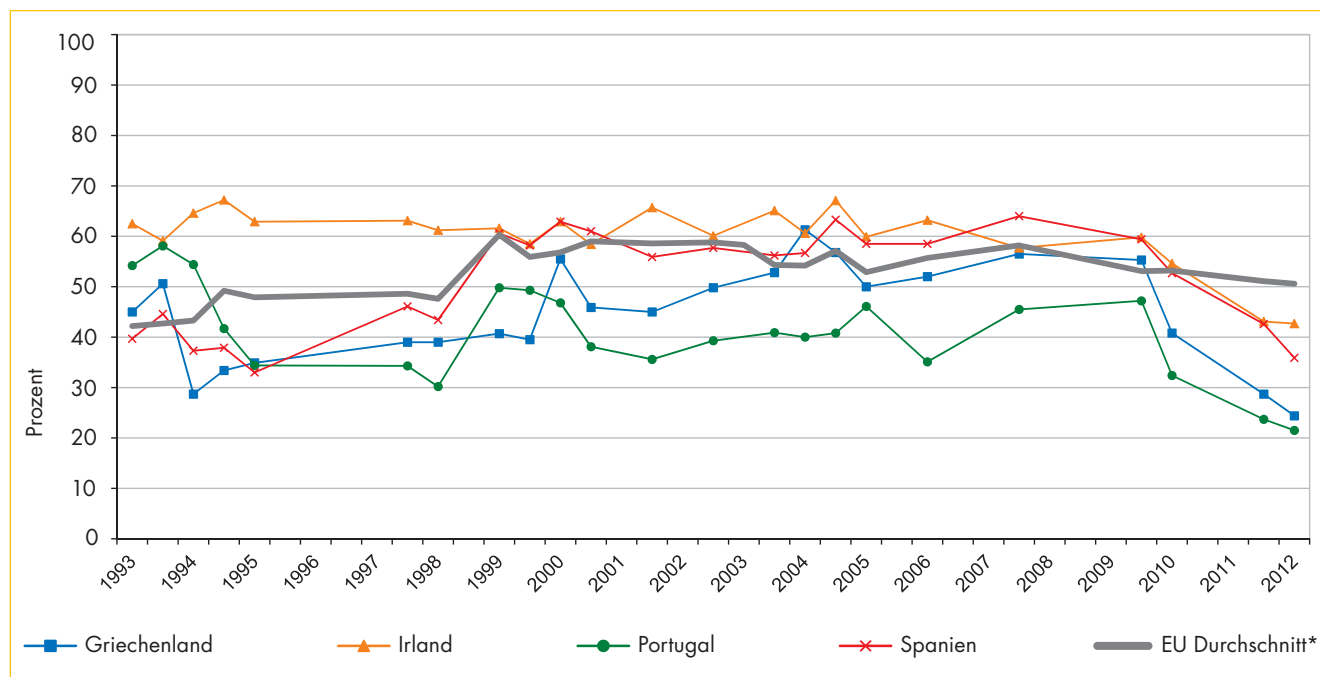


*gewichteter Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer zum Erhebungszeitpunkt

Frage: »Sehen Sie sich in der nahen Zukunft lediglich als Mitglied Ihrer eigenen Nation, sehen Sie sich als Mitglied der eigenen Nation und als Europäer, sehen Sie sich als Europäer und als Mitglied der eigenen Nation oder nur als Europäer?« (Hier: Prozentsatz der Befragten, die nur eine nationale Identität besitzen).

© Eurobarometer 37-77 (1992–2012)

Abb. 9 Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU im Zeitverlauf in vier Krisenländern und im EU-Durchschnitt



*gewichteter Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer zum Erhebungszeitpunkt

Frage: »Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert: sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden, überhaupt nicht zufrieden.« (Hier: Prozentsatz der Befragten, die antworteten »sehr zufrieden« und »ziemlich zufrieden«).

© Eurobarometer 39–77 (1993–2012)

einer Verstärkung einer ausschließlich nationalen Identität und einer entsprechenden Abschwächung einer europäischen Identität gekommen. Im Jahre 2012, dem Tiefpunkt des Rückgangs der Demokratiezufriedenheit in der EU und der generalisierten Unterstützung der EU, besitzt eine eindeutige Mehrheit der Bürger auch eine europäische Identität (siehe die **Abb. 3** und **Abb. 4**).

Wie kann dieses Paradoxon erklärt werden? Die Finanzkrise und die damit einhergehende öffentliche Diskussion hat den Bürgern deutlich gemacht, dass alle gewissermaßen in einem Boot sitzen, dass die Behebung dieser Krise nur auf europäischer Ebene erfolgen kann und vermutlich auch, dass es zur Europäischen Union keine realistische Alternative gibt. Daraus resultiert, dass sich die Mehrheit der Bürger der Mitgliedsländer auch als Europäer sehen. Dabei handelt es sich aber um eine primär kognitiv-rationale Form einer europäischen Identität. In wieweit sich daraus eine belastbare europäische Identität herausbilden kann, die die ihr zugeschriebenen Funktionen auch erfüllen kann, ist eine offene Frage.

Literaturhinweise

- Cerutti, Furio (2008): »Why Political Identity and Legitimacy Matter in the European Union«, in: Furio Cerutti/ Sonia Lucarelli (Hrsg.), *The Search for European Identity. Values, Policies, and Legitimacy of the European Union*, London/New York: Routledge.
- Cerutti, Furio (2011): »How to (Mis)understand Political Identity in the European Union«, in: Furio Cerutti/Sonia Lucarelli (Hrsg.), *Debating Political Identity and Legitimacy in the European Union*, London/New York: Routledge.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*, New York: Wiley.
- Fuchs, Dieter (2000): »Demos und Nation in der Europäischen Union«, in: Hans-Dieter Klingemann/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderung im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin: edition sigma.
- Fuchs, Dieter (2011): »Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU: A theoretical framework«, in: Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Fuchs, Dieter (2013): »What Kind of Community and How Much Community does the European Union Require?« in: Richard McMahon (Hrsg.), *Post-identity? Culture and European Integration*, London/New York: Routledge.
- Gerhards, Jürgen/Holger Lengfeld (2013): *Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger*, Wiesbaden: Springer VS.
- Habermas, Jürgen (2004): *Der gespaltene Westen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Sprachenvielfalt in der EU

Von je 100 befragten EU-Bürgern ab 15 Jahren sprechen

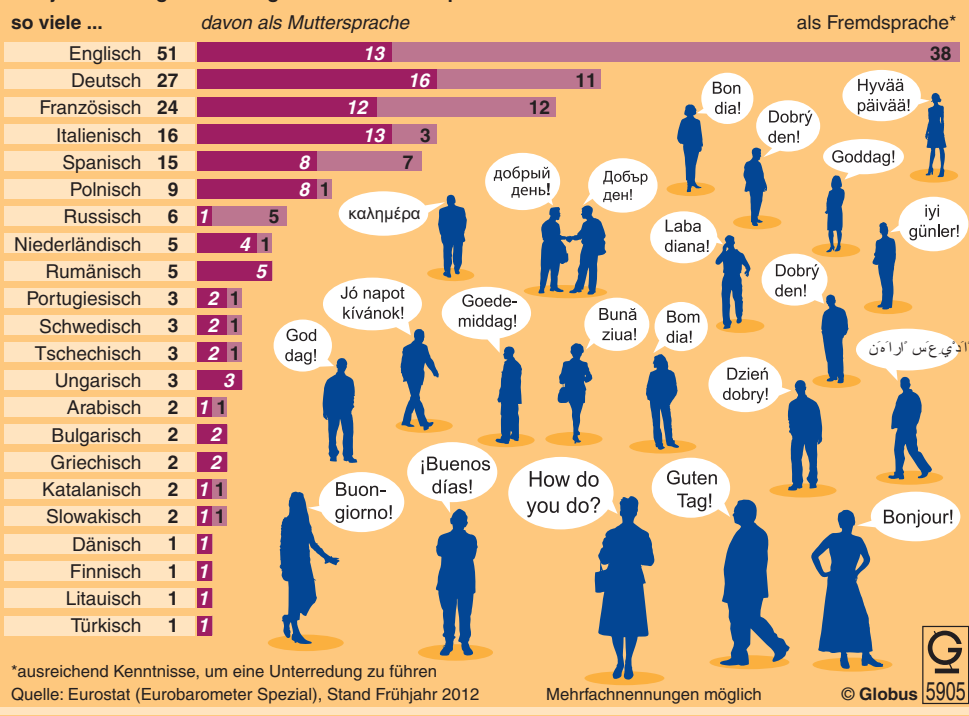


Abb. 10 Sprachenvielfalt in der Europäischen Union

© dpa, picture alliance

Habermas, Jürgen (2011): *Zur Verfassung Europas: Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.

Kaina, Viktoria (2009): *Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kielmansegg, Peter Graf (2003): »Integration und Demokratie«, in: Markus Jachtenfuchs/ Beate Kohler-Koch (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen: Leske + Budrich (2., überarbeitete Auflage).

Reinhard, Wolfgang (1999): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München: Beck.

Schlenker-Fischer, Andrea (2013): »Multiple Identities and Attitudes towards Cultural Diversity in Europe: A Conceptual and Empirical Analysis«, in: Dieter Fuchs/ Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Cultural Diversity, European Identity and the Legitimacy of the EU*, Cheltenham: Edward Elgar.

Schmidt, Georg (1999): *Geschichte des alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495–1806*, München: Beck.

MATERIALIEN

M 1 Dokument des Europäischen Rats über die europäische Identität, Kopenhagen, 14.12.1973

Die neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften halten die Zeit für gekommen, ein Dokument über die europäische Identität auszuarbeiten, mit dem sie vor allem ihre Beziehungen zu den übrigen Ländern der Welt sowie ihre Verantwortlichkeiten und ihren Platz in der Weltpolitik näher bestimmen wollen. Sie haben die nähere Bestimmung dieser Identität in eine dynamische Perspektive gestellt und beabsichtigen, sie zu einem späteren Zeitpunkt im Lichte der Fortschritte beim europäischen Einigungswerk zu vertiefen. Eine nähere Bestimmung der europäischen Identität macht es erforderlich,

- das gemeinsame Erbe, die eigenen Interessen, die besonderen Verpflichtungen der Neun und den Stand des Einigungsprozesses in der Gemeinschaft zu erfassen,
- den bereits erreichten Grad des Zusammenhalts gegenüber der übrigen Welt und die daraus erwachsenden Verantwortlichkeiten festzustellen,
- den dynamischen Charakter des europäischen Einigungswerks zu berücksichtigen. (...)

Die neun europäischen Staaten, deren Vergangenheit ebenso wie die egoistische Verteidigung falsch verstandener Interessen sie zur Zerrissenheit hätte drängen können, haben ihre Gegnerschaft überwunden und in Erkenntnis der fundamentalen europäischen Notwendigkeiten beschlossen, sich zusammenzuschließen, um das Überleben einer Zivilisation zu sichern, die ihnen gemeinsam ist.

In dem Wunsch, die Geltung der rechtlichen, politischen und geistigen Werte zu sichern, zu denen sie sich bekennen, in dem Bemühen, die reiche Vielfalt ihrer nationalen Kulturen zu erhalten, im Bewusstsein einer gemeinsamen Lebensauffassung, die eine Gesellschaftsordnung anstrebt, die dem Menschen dient, wollen sie die Grundsätze der repräsentativen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit, die das Ziel des wirtschaftlichen Fortschritts ist, sowie der Achtung der Menschenrechte als die Grundelemente der europäischen Identität wahren. Die Neun sind davon überzeugt, dass dieses Vorhaben dem inneren Streben ihrer Völker entspricht, die an seiner Verwirklichung, vor allem durch ihre gewählten Vertreter, teilhaben müssen. (...)

© Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Dezember 1973, Nr. 12, S. 131f.

M 2 Peter Graf Kielmansegg: Europäische Integration – Integration und Demokratie

Eine politisch belastbare Identität der Europäer als Europäer gibt es nicht, noch nicht, wie man hoffnungsvoll hinzufügen mag – das zeigt sich auch nach einem halben Jahrhundert Integrationspolitik noch in jeder Krise mehr als deutlich. Sie lässt sich auch nicht rasch herbeizwingen oder herbeireden, wie es die Europapolitik in ihrem aktivistischen, konstruktivistischen Impetus immer wieder zu glauben scheint. Wir haben es beim Aufbau der Europäischen Institutionen und bei der »Europäisierung des Bewusstseins« mit zwei ganz verschiedenen, nicht synchronisierbaren geschichtlichen Geschwindigkeiten zu tun. Zwar sind kollektive Identitäten von der hier in Rede stehenden Art keine



M 3 »Die Europafahne tiefer hängen, viel tiefer!«

© Gerhard Mester, 11.3.2013

natürlichen, ein für allemal gegebenen, sondern historische, »künstliche« Phänomene. Wie sie sich herausbilden, lässt sich an der Geschichte der Entwicklung der europäischen Nationen studieren. Aber gerade diese Geschichte zeigt, dass es um sehr langwierige Wachstumsprozesse handelt, die – das ist für unser Thema wichtig – im Fall der Nationen in Westeuropa weitgehend abgeschlossen waren, als der Übergang zur Demokratie begann. Jahrzehnte sind für sie kein hinreichendes Zeitmaß. Kollektive Identitäten stehen also nicht einfach zur Disposition der Politik. Es lässt sich wohl Einfluss auf ihre Entwicklung nehmen, aber sie lassen sich nicht nach Belieben und in Zeiträumen, die der Politik verfügbar sind, aufbauen oder zerstören.

Warum gibt es keine belastbare kollektive Identität der Europäer als Europäer? Die Antwort lautet: Es sind Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften, in denen kollektive Identität sich herausbildet, sich stabilisiert, tradiert wird. Europa, auch das engere Westeuropa, ist keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft. (...)

Es gibt keine europäische »Zivilgesellschaft«; die Bedingungen der Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Verfassung werden auch in Zukunft zu einem guten Teil an die Kommunikationsgemeinschaften, die wir Nationen nennen, gebunden bleiben. In besonderem Maße gilt das für die »Öffentlichkeit«, die ja, als Forum des politischen Diskurses verstanden, ein Kernstück der hier in Rede stehenden Struktur ist. Der von Massenmedien getragene öffentliche politische Diskurs, der Politik überhaupt erst zu einer Sache der Allgemeinheit und damit die Demokratie erst zur Demokratie macht, bleibt seiner Natur nach an Sprachräume gebunden. Ein europäischer Diskurs, getragen von europäischen Medien, geführt von einem und mit einem europäischen Publikum – das mag eine Vision sein, Wirklichkeit ist es nicht.

© Peter Graf Kielmansegg (1996): Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs/ Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, UTB, Opladen 1996, S. 54–57

M 4 Jacques Derrida / Jürgen Habermas (2004): Was die Europäer verbindet. Tücken einer europäischen Identität.

Eine attraktive, ja ansteckende »Vision« für ein künftiges Europa fällt nicht vom Himmel. (...) Uns allen schwebt das Bild eines friedlichen, kooperativen, gegenüber anderen Kulturen geöffneten und dialogfähigen Europas vor. Wir begrüßen das Europa, das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts exemplarische Lösungen für zwei Probleme gefunden hat.

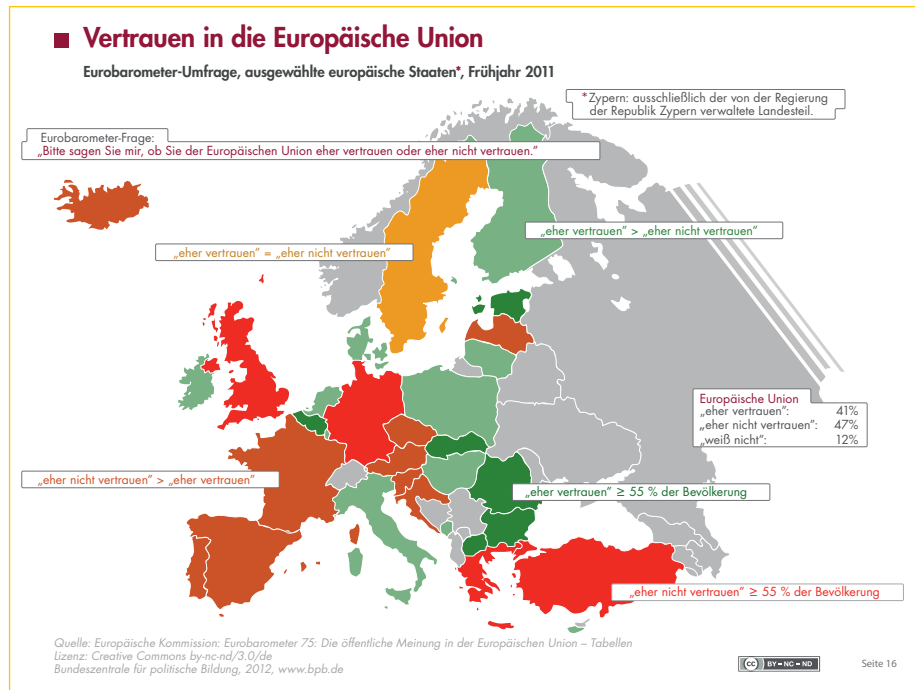
Die EU bietet sich schon heute als eine Form des »Regierens jenseits des Nationalstaates« an, das in der postnationalen Konstellation Schule machen könnte. Auch die europäischen Wohlfahrtsregime waren lange Zeit vorbildlich. Auf der Ebene des Nationalstaates sind sie heute in die Defensive geraten. Aber hinter die Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit, die sie gesetzt haben, darf auch eine künftige Politik der Zählung des Kapitalismus in entgrenzten Räumen nicht zurückfallen. Warum sollte sich Europa, wenn es mit Problemen dieser Größenordnung fertig geworden ist, nicht auch der weiteren Herausforderung stellen, eine kosmopolitische Ordnung auf der Basis des Völkerrechts gegen konkurrierende Entwürfe zu verteidigen und voranzubringen? (...)

In den europäischen Gesellschaften ist die Säkularisierung verhältnismäßig weit vorangeschritten. Hier betrachten die Bürger Grenzüberschreitungen zwischen Politik und Religion eher mit Argwohn. Europäer haben ein relativ großes Vertrauen in die Organisationsleistungen und Steuerungskapazitäten des Staates, während sie gegenüber der Leistungsfähigkeit des Marktes skeptisch sind. Sie besitzen einen ausgeprägten Sinn für die »Dialektik der Aufklärung«, hegen gegenüber technischen Fortschritten keine ungebrochen optimistischen Erwartungen. Sie haben Präferenzen für die Sicherheitsgarantien des Wohlfahrtsstaates und für solidarische Regelungen. Die Schwelle der Toleranz gegenüber der Ausübung von Gewalt gegen Personen liegt vergleichsweise niedrig. Der Wunsch nach einer multilateralen und rechtlich geregelten internationalen Ordnung verbindet sich mit der Hoffnung auf eine effektive Weltinnenpolitik im Rahmen einer reformierten UNO. (...)

© Jacques Derrida/Jürgen Habermas (2004) Der 15. Februar oder: Was die Europäer verbindet. In: Jürgen Habermas: Der gespaltene Westen. Edition Suhrkamp. Frankfurt. S. 46–49. Der Text war Teil einer Initiative, die in verschiedenen europäischen Zeitungen erschien.

M 5 Thomas Meyer: Europäische Identität (2009)

Wie für jedes andere politische Gemeinwesen auch, so ist für die Europäische Union ein ausreichend ausgebildeter Sinn gemeinsamer Bürgeridentität eine notwendige Bedingung sowohl für die Legitimität ihres politischen Handelns als auch für die Solidarität ihrer Bürger. Obgleich die EU kein Staat in demselben Sinne ist wie die modernen Nationalstaaten und dies wohl auch nicht werden wird, kann kein Zweifel darüber bestehen, dass sie eine Reihe der wichtigsten Merkmale von Staatlichkeit teilt, insbesondere eine Form der staatsähnlichen Institutionalisierung mit demokratisch legitimierten Souveränitätsrechten in definierten politischen Entscheidungsbereichen. Es gibt gleichwohl einen weit reichenden Konsens sowohl in den akademischen wie den politischen Debatten, dass die Europäische Union heute weit davon entfernt ist, sich auf ein ausreichendes Maß politischer Bürgeridentität stützen zu können. Eine politische Identität der EU als Gemeinwesen ist erst in Ansätzen ausgebildet und noch nicht in der Lage, die wesentlichen Funktionen zu erfüllen, die ihr zukommen. Dieses häufig beklagte Defizit ist eine der Hauptursachen für die gegenwärtige politische Vertrauenskrise in der Union und eines der Haupthindernisse für weitere Integrationsfortschritte.



M 6 Eurobarometer: »Vertrauen in die Europäische Union«, Frühjahr 2011

© bpb.de

Diese Krise hat sich im Laufe des Ratifizierungsprozesses der Europäischen Verfassung in zwei Dimensionen entfaltet, als Krise der Identität des politischen Projektes der EU und, darauf bezogen, als Krise des politischen Bewusstseins der Menschen, die ihr zugehören.

Europäische Identität, die Identität der Europäischen Union, kann aus einer Reihe zwingender Gründe nur als ein politisches Konzept verstanden werden und nicht als eine kulturelle Substanz oder Erbschaft, die es lediglich aufzudecken und für aktuelle Zwecke zu reformulieren gilt. Weil die Europäische Union sich vor allem als liberale, partizipatorische und soziale Demokratie versteht, würde das Bestehen auf kulturellen Identitätsformeln, die über die politische Kultur der Demokratie hinausreichen, in ernsthaftem Widerspruch zu ihrer verfassungsmäßigen Identität treten und ihre wesentlichen Legitimationsnormen unterminieren (Cerutti 2001). Gewiss, auch eine Diskussion über die allgemein-kulturellen Grundlagen der politischen Kultur der Demokratie ist notwendig und fruchtbar, aber es gibt keine Rechtfertigung in den vertraglichen und verfassungsmäßigen Grundlagen der EU, für das Einigungsprojekt eine kulturelle Identität der Bürgerinnen und Bürger vorauszusetzen oder anzunehmen. Das ist der Hauptgrund, warum die Vorstellung, die christliche Tradition und ihren Gottesbezug in der europäischen Verfassung privilegiert zu verankern, von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. (...)

Die Normen, die eine rechtsstaatliche Demokratie braucht, um auf Dauer lebensfähig zu sein, sind Normen der politischen Kultur. Die rechtsstaatliche Demokratie würde in dem Maße mit sich selbst in Widerspruch geraten, wie sie über diejenigen Normen hinaus, die die autonomen lebensweltlichen Entfaltungsspielräume der in ihr Lebenden sichern sollen, auch noch kulturelle Regeln der Lebensweise selbst verbindlich machen wollte. Ein solcher Übergriff wäre der erste Schritt in ein fundamentalistisches Kulturverständnis, das nicht nur die Regeln der Moral und des Rechts für alle verbindlich machen will, sondern darüber hinaus der spezifischen Ethik eines der miteinander lebenden Kollektive Verbindlichkeit auch für die anderen zusprechen möchte. (...)

© Thomas Meyer (2009): Europäische Identität, in: Thomas Meyer/Johanna Eisenberg (Hrsg.): Europäische Identität als Projekt. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 15f.

3. Welches Kroatien in welchem Europa? Überlegungen angelegentlich des kroatischen Beitritts

DIETMAR DIRMOSEK

Seit dem 1. Juli 2013 ist Kroatien das 28. Mitglied der EU. Dies war nach offiziellen Verlautbarungen aus der aufnehmenden Gemeinschaft und aus dem beitretenden Land der logische, notwendige, ja unvermeidliche Abschluss eines Prozesses, der um die Jahrtausendwende in Gang gesetzt wurde, und zwar von beiden Seiten mit großem Nachdruck. In den Worten prominenter europäischer Funktionsträger hat dieser Prozess das Land »heim nach Europa« geführt, wo es nun, so die politisch Verantwortlichen in Kroatien, wieder den »ihm gebührenden Platz« einnimmt. Die Formulierung einer Rück- oder Heimkehr der Staaten Mittel-, Ost und Südosteuropas nach Europa geht zurück auf Vaclav Havel und war in den 1990er Jahren in der europäischen Debatte über die Osterweiterung omnipräsent. Dass solche alten Metaphern für die Feierlichkeiten anlässlich des kroatischen Beitritts reaktiviert wurden, signalisiert eine gewisse Ratlosigkeit. Schließlich wären die Festivitäten zur Begrüßung des ersten Neuankömmlings seit 2007 eine gute Gelegenheit gewesen, um Ideen für ein Neues Europa zu präsentieren.

Die Reaktivierung überholter Metaphern vermag nicht zu verdecken, dass der EU seit geraumer Zeit jede Erweiterungseuphorie abhanden gekommen ist und gleichzeitig die Gruppe der Erweiterungsskeptiker und -gegner wächst. Selbst viele überzeugte Europäer assoziieren heute mit Erweiterung eine Zunahme der ohnehin erheblichen Problemlasten, an denen sich die Gemeinschaft abarbeiten muss. Zu diesen Lasten gehört auch, dass die Divergenzen und Ungleichzeitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten derart zugenommen haben, dass eine Debatte über mögliche Alternativen zum Konzept des allmählichen, die Unterschiede nivellierenden Zusammenwachsens begonnen hat. Im Gespräch ist u. a. das Abkoppeln von Kerneuropa, ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten, die Reduzierung der Gemeinsamkeiten auf einen lockeren Verbund. Hinzu kommt, dass Europapatriotismus mittlerweile als unpassend gilt; wer heute politisch punkten will gibt sich europaskeptisch oder baut, wie diverse Rechtspopulisten, gleich seine gesamte politische Botschaft auf der Gegnerschaft zu Europa auf.

Die Finanzkrise, das zunehmende Auseinanderdriften der Union in Zentrum und Peripherie sowie die abnehmende Zugkraft der Gemeinschaft bei den Bürgern wird über kurz oder lang ein Konzept für ein Neues Europa notwendig machen. Im folgenden wird versucht, einen Beitrag zur Beantwortung der Frage zu leisten,



Abb. 1 EU-Beitritt Kroatiens. Offizielle Feier in Zagreb am 30.6.2013

© dpa, picture alliance

welche Rolle die Erweiterung des Länderverbands in einem solchen Konzept spielen kann oder sollte. Dazu werden die Motive, die politischen Zielsetzungen, die Instrumente und die Resultate der Erweiterungspolitik in den Blick genommen. Im Kern geht es dabei um die Frage, ob auf Grund der bisherigen Erfahrungen zu erwarten steht, dass die EU in der Lage ist, auch Länder die weit von einer funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft entfernt sind, durch ihre Instrumente der Heranführung so nachhaltig zu verändern, dass sie der Gemeinschaft als Mitglied nicht zur Last fallen. Dies ist weit mehr als die Förderung von Transformationsprozessen, die ohnehin bereits im Gange und auf gutem Wege sind. Es handelt sich vielmehr um eine weit reichende und äußerst anspruchsvolle entwicklungspolitische Aufgabe.

Ob die EU wirklich weiß, wie man, zum Teil in unwilligen Ländern, eine funktionierende (soziale) Marktwirtschaft organisiert und dafür sorgt, dass Fassadendemokratien ihre Strukturdefizite überwinden, darf im Licht der historischen Erfahrungen bezweifelt werden. Der kroatische Fall, der von den Brüsseler Verantwortlichen als Erfolgsgeschichte gepriesen wird, kann die Zweifel an der Fähigkeit der Union, mit ihren gesetzlichen und finanziellen Werkzeugen der Kooperation, Prozesse nachholender Entwicklung zum Erfolg zu führen, nicht ausräumen.

Euphorie war gestern: Lehren aus vier Jahrzehnten Erweiterung

Das Europa, zu dem Kroatien im Jahr 2013 gestoßen ist, ist ein ganz anderes als das, das die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung unter Ivica Racan im Jahr 2000 vor Augen hatte, als sie das Land auf Europakurs brachte. Als Kroatien in Brüssel erste

Sondierungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU aufnahm, herrschte dort größte Expansionseuphorie. Das Projekt der Osterweiterung, das die Gemeinschaft bis 2007 von 15 auf 27 Mitglieder anwachsen ließ, war zu diesem Zeitpunkt aber bereits zu weit fortgeschritten, als dass Kroatien noch hätte einbezogen werden können. Doch niemand zweifelte daran, dass die nächsten Erweiterungsrunden nicht lange auf sich warten lassen würden. Große Teile der EU-Politelite hatten sich die Idee zu eigen gemacht, der Erweiterungsprozess müsse kontinuierlich fortgesetzt werden, wenn die EU in der wirtschaftlichen und politischen Konkurrenz mit den anderen globalen Akteuren nicht hoffnungslos zurückfallen wolle. Wissenschaftler und EU-Strategen diskutierten damals mit großem Enthusiasmus über Europa als »kosmopolitisches Empire« (Ulrich Beck), über Europa als »zukünftige Weltmacht« (Mark Leonhard), über Europa als »Hoffnungsträger für eine gerechtere Welt« (Jeremy Rifkin), u. a. m.

Die Idee einer Expansion der Gemeinschaft bis an die geographischen Grenzen Europas – und darüber hinaus – war im europäischen Einigungsprozess von Anfang an präsent, schon bei den Gründungsvätern der EWG in den 1950er Jahren. Doch standen die Grenzen mehrere Jahrzehnte lang unverrückbar fest. Frankreich wollte zunächst keine Beteiligung Großbritanniens. Der Eiserner Vorhang bildete eine unüberwindbare Ostgrenze und die potenziellen Beitrittskandidaten im Süden waren nicht beitragsfähig, weil sie Diktaturen waren. Deshalb kam der Erweiterungsprozess erst allmählich in Gang; 1973 konnten mit Großbritannien und Dänemark zwei wichtige Mitglieder des Konkurrenzunternehmens EFTA zum Übertritt in die EU bewegt werden; die Demokratisierung nach dem Ende der Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal, die in den 1970er Jahren begonnen hatte, ermöglichte im Jahrzehnt danach die Süderweiterung. Doch erst mit der Norderweiterung nach Skandinavien (plus Österreich) nahm der Erweiterungsprozess 1995 allmählich Fahrt auf. Das Ende des Ost-Westkonfliktes hat ihn explosiv beschleunigt.

Anfang der 1990er Jahre gab es in Europa zwar einen breiten Konsens, den Übergang der ehemaligen RGW-Länder zu Marktwirtschaft und Demokratie zu unterstützen und abzusichern, und viele setzten große Hoffnungen auf Frieden, Versöhnung und Prosperität in einem »gemeinsamen europäischen Haus«. Doch dass das Endergebnis eine Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft um zwölf Staaten sein würde, war zunächst nicht abzusehen.

Instrumentarien der Inkorporation

Ein erster Schritt der Heranführung der östlichen Transformationsländer an die Gemeinschaft war das Wirtschaftsförderungsprogramm PHARE, dem auch Gelder von außerhalb Europas zufließen, das aber von der EG administriert und 1992 vom europäischen Parlament unter einen Demokratisierungsvorbehalt gestellt wurde. Ein zweites Instrument waren die sog. Europa-Abkommen, durch die die Assoziierung der mittelosteuropäischen Staaten vorangetrieben werden sollte; 1991 unterzeichneten Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei solche Abkommen und bis Mitte des Jahrzehnts kamen Rumänien und Bulgarien sowie die baltischen Staaten hinzu, 1996 als Nachzügler Slowenien. Nicht nur in Deutschland wurde damals eine breite Debatte über die Notwendigkeit und die strategischen Ziele einer Osterweiterung geführt, in der gesamteuropäische Visionen aufschienen, die viel weiter reichten als die euro-atlantischen Konzepte, die später umgesetzt wurden.

Da die Unterzeichnerstaaten der Europaabkommen sich mit einer Assoziierung nicht zufrieden geben wollten und unter Berufung auf das Beitrittsangebot in Artikel 49 des Vertrages über die Europäische Union auf den Beitritt zur Gemeinschaft drängten, sah sich die EG alsbald genötigt, Kriterien für die Beitrittsfähigkeit,

sowie Strategien zu Verbesserung der Aufnahme-fähigkeit der Gemeinschaft zu entwickeln.

Die Beitrittsbedingungen wurden erstmals 1993 auf dem Ratstreffen in Kopenhagen ausformuliert und gelten seitdem als maßgebliche Messlatte. Die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft sind vier: stabile demokratische Institutionen, eine funktionierende Marktwirtschaft, die Fähigkeit zur Übernahme des »Acquis Communautaire« sowie die Unterstützung der integrationspolitischen Zielsetzungen, die mit der Europäischen Währungsunion verbunden sind. Die weitreichenden Programme der Heranführungshilfe, die seit den 1990er Jahren entwickelt wurden entpuppten sich als wirksames Anreizsystem, nicht zuletzt wegen ihrer Ausstattung mit beträchtlichen Finanzmitteln.

Parallel wurden die Rückwirkungen der sich anbahnenden Erweiterung auf die Gemeinschaft zu einem kontrovers diskutierten Thema. Warner gaben zu bedenken, dass durch eine allzu forsche Erweiterung eine monströse »entscheidungsunfähige Gremien-Galaxie« (Peter Glotz) entstehen könnte. Und sie befürchteten darüber hinaus, dass durch Selbstüberforderung die Prozesse des Zusammenwachsens blockiert werden könnten. Am Ende stünde dann, statt einer integrierten Region, ein loser Staatenbund mit ein wenig gemeinsamem Markt. Die Notwendigkeit, die Union durch weitreichende Reformen für die Osterweiterung fit zu machen, wurde zunächst im Zusammenhang mit dem Maastricht-Vertrag thematisiert, der Ende 1993 in Kraft trat, und stand in den Folgejahren regelmäßig auf der Agenda der Treffen des Europäischen Rates. Es ging dabei um die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat, die Stärkung des Kommissionspräsidenten, mehr Transparenz und eine bessere parlamentari-

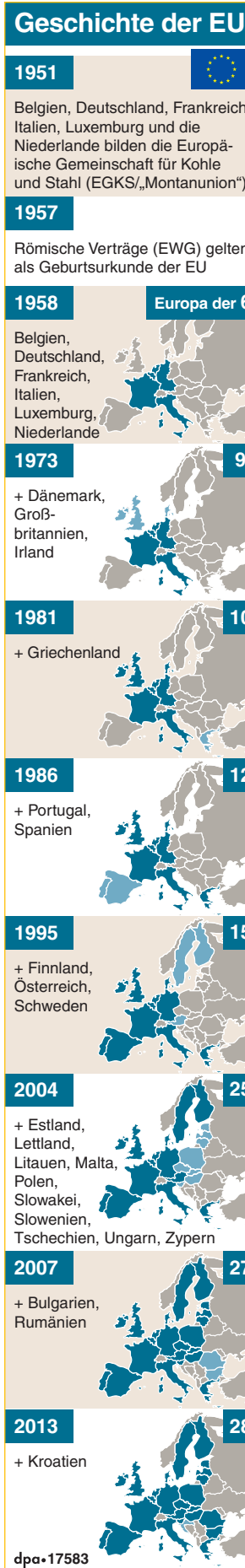


Abb. 2 Erweiterungsschritte der EU
© dpa, picture alliance

Die Geschichte der EU

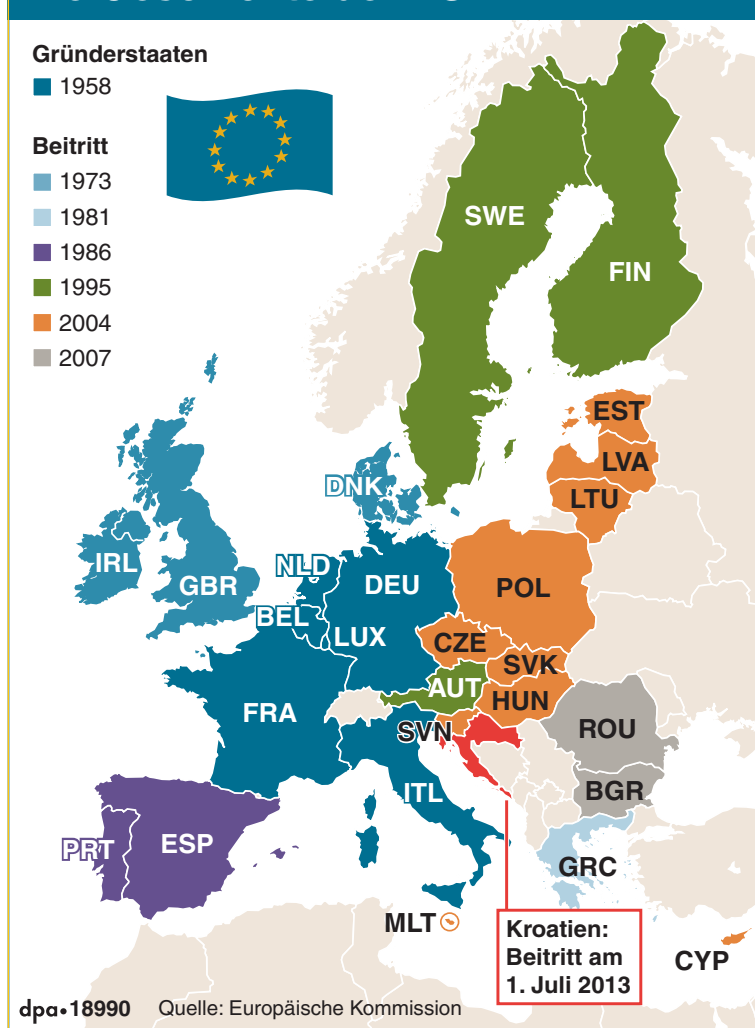


Abb. 3 Die EU und ihre 28 Mitglieder, Stand 2013

© dpa, picture alliance

sche Kontrolle. Im Zusammenhang mit der Agenda 2000 der Kommission von 1997 gerieten die finanziellen Konsequenzen der Erweiterung unter Beschuss, insbesondere im Bereich der Agrarsubventionen, sowie die Effizienzprobleme der Struktur- bzw. Kohäsionsfonds. Zwar wandte sich in dieser Phase niemand frontal gegen die Erweiterung, doch das Erschrecken über die Kosten war unübersehbar. Nettozahler wie Deutschland verlangten, dass die Expansion der Gemeinschaft kostenneutral erfolgen sollte.

Weiteren Regelungsbedarf gab es bei den konkreten Modalitäten der Erweiterung. Schon auf dem Gipfel von Kopenhagen 1993 wurde die »Strukturierung der Beziehungen« zu den Beitrittsaspiranten in Angriff genommen, verbunden mit einer rascheren Öffnung des EU-Binnenmarktes sowie der Steigerung der Infrastrukturinvestitionen im Rahmen des Programms PHARE. Für regelmäßige Konsultationen sollte ein multilateraler Rahmen geschaffen werden. Die Kommission legte bereits im Sommer 1994 ausgearbeitete Überlegungen für eine »Pre-accession-strategy« vor. Dort werden in zunehmender Differenzierung eine Vielzahl von Abläufen und Parametern fixiert, die bei der Kooperation zur Heranführung von Ländern an die Beitrittsfähigkeit als Leitlinie gelten.

Die Agenda 2000 aus dem Jahr 1997 enthielt erstmals eine detaillierte Evaluierung des Stands der Reformprozesse in den beitriffsinteressierten Ländern. Diese »Opinions« waren die Grundlage für die sog. Empfehlung 5+1: der Beitrittsprozess von Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland plus Zypern sollte unverzüglich in Gang gesetzt werden. Nach intensiven internen Ausein-

andersetzungen wurde aber auf dem Luxemburger Ratsgipfel im Dezember 1997 beschlossen, den Beitrittsprozess formal für alle zehn Staaten Mittelosteuropas (5 + Slowakei, Lettland, Litauen, Rumänien und Bulgarien = MOE-10) gleichzeitig in Gang zu setzen, die Phase der bilateralen Regierungskonferenzen aber nur für die fünf fortgeschrittenen Reformländer einzuleiten.

Im Fall der anderen wurde die Heranführung an die EU intensiviert, durch zusätzliche Finanzhilfen, Beitrittspartnerschaften und individuelle Konvergenzprogramme, deren Umsetzung mit Hilfe von regelmäßig aktualisierten Checklisten nachgehalten wurde. Bereits damals zeichnete sich eine Zweiteilung des Beitrittsprozesses in eine Screening- und Heranführungsphase und die eigentlichen Beitrittsverhandlungen ab, und bereits damals begann die Entwicklung eines differenzierten Instrumentariums, das erlauben sollte, die Fortschritte bei der Heranführung regelmäßig zu bewerten und vor allem in die richtige Richtung zu steuern.

Dass der Beitrittsprozess für alle MOE-10-Staaten gleichzeitig begann, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in einem Teil der Gruppe der Entwicklungsstand deutlich niedriger war als etwa in Polen, Tschechien und Ungarn. Doch war nicht nur die Ausgangslage in den meisten MOE-10-Staaten schlechter, sondern auch die Transformationsprozesse in Richtung auf Demokratie und Marktwirtschaft waren viel weniger weit gediehen. Deshalb insistierten eine Reihe von Regierungen in den 1990er Jahren, darunter auch die deutsche, auf der Überwindung der Reformdefizite und der Erfüllung der »notwendigen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen« (Helmut Kohl) vor der Aufnahme in die Union. Zweifel insbesondere an der ökonomischen Integrationsreife der Mehrheit der Aspiranten stehen hinter einer Reihe von Vorschlägen, nach denen die politische Annäherung abgekoppelt und in Form spezieller Außenbeziehungen als politischer Dialog mit der Perspektive einer Teilmitgliedschaft organisiert werden sollte.

Alle Einwände blieben letztlich folgenlos. Die Kommission setzte ihren Plan durch, die MOE-10-Staaten im Paket aufzunehmen. Um Kritikern Genüge zu tun wurden die Heranführungshilfen verstärkt, hin und wieder Sanktionen angedroht und manchmal sogar verhängt. So war Rumänien wegen Menschenrechtsverstößen zeitweise der Zugang zu Mitteln des PHARE-Fonds versperrt und die Slowakei wurde wegen dem Verstoß gegen demokratische Prinzipien vorübergehend aus der Verhandlungsgruppe ausgeschlossen. Gleichwohl erreichten beide Länder im Jahr 2004 und 2007 unbeschadet den Beitritt. Rumänien und Bulgarien durften 2007 beitreten, ohne die Beitrittsbedingungen erfüllt zu haben und stehen deshalb bis heute unter besonderer Beobachtung. Die anderen Länder sind bis zu ihrem Beitritt bei der Übernahme des europäischen Regelwerks, trotz intensiver Bemühungen auf beiden Seiten sehr unterschiedlich weit gekommen.

Dies zeigt, dass der Vollzug der Erweiterung letztlich eine politische Entscheidung war. Alle Hoffnungen wurden darauf verschoben, dass die Heranführung an den europäischen Durchschnitt nach dem Beitritt weitergehen würde. Die Union hat also nicht darauf bestanden, die nachholende Entwicklung der zurückgebliebenen Beitrittsländer gemeinsam mit diesen vor dem Beitritt bis zu einem messbaren Erfolg voranzutreiben. An dem zunehmenden Gefälle zwischen europäischem Zentrum und Peripherie ist ablesbar, dass durch den Beitritt in den meisten Fällen keine nennenswerten Fortschritte beim Aufholen von Entwicklungsrückständen erzielt wurden.

Insgesamt ist festzustellen, dass die EU die historische Notwendigkeit und Chance einer An- und Einbindung der ehemaligen Ostblockstaaten mit einer Erweiterungsinitiative beantwortet hat. Im Laufe eines Jahrzehnts wurde, nicht zuletzt wegen Vorbehalten innerhalb der EU-15, ein institutionalisierter und verrechtlichter Mechanismus entwickelt, durch den beitragswillige Staaten wirtschaftlich und politisch-institutionell in die Lage versetzt werden sollten, sich in die Europäische Gemeinschaft einzufügen. Von der entwicklungspolitischen Dimension dieses Projekts hat sich die EU indes mit der politischen Entscheidung zur Erweiterung der Gemeinschaft auf 27 Mitglieder verabschiedet. Weitergebare Erfahrungen, mit welchen Instrumenten eine nachholende Entwicklung erreicht werden kann, hat die Osterweiterung nicht gebracht.

Schon vor deren Vollzug setzten deshalb in der Kommission Überlegungen ein, wie die Expansion der Union ohne die Aufnahme neuer Mitglieder weitergehen könnte. In dem Kommissionspapier »Größeres Europa« von 2003, das die Grundlinien der Nachbarschaftspolitik skizziert, ist von einem »Ring befreundeter Staaten« – explizit ohne Aussicht auf Mitgliedschaft – die Rede, der von der Ukraine und Weißrussland über den Südkaukasus und den Nahen Osten bis nach Nordafrika reicht. In der Nachbarschaftspolitik sind die entwicklungspolitischen Ansprüche, die in der Erweiterungspolitik aufscheinen, nicht mehr enthalten. Der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen und die teilweise Übernahme des europäischen Rechtsbestandes in den Nachbarländern dient einzig und allein dem Ziel, sie in eine »Großeuropäische Wirtschaftszone« zu integrieren. Die Länder würden schon davon profitieren, da liberale Reformen und mehr Handel mit der EU ohnehin automatisch zu mehr Prosperität führen würden. Zu einem »sanften Hegemon« passt es, Verantwortung für die Entwicklung der Länder der Region zu übernehmen. Der Nachbarschaftspolitik liegt dagegen nach Ansicht vieler Kritiker ein Ansatz »imperialer Politik« (Alan Posener) zu Grunde.

■ Sonderfall Westbalkan

In der politischen Rhetorik bezog sich die Politik der Osterweiterung immer auf das geographische Europa als Ganzes. Doch gab es von Beginn an einen Konsens, dass Russland, die Ukraine, Belarus, Moldavien und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens nicht zum Kreis der Kandidaten gehörten. Bei diesen Ländern gab es zu viel Anlaß für Zweifel, sowohl am Willen als auch an der Fähigkeit, in einem überschaubaren Zeitraum demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen zu entwickeln.

Besonders offenkundig war dies in den Postjugoslawien-Staaten, wo der Zerfall Jugoslawiens in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu verlustreichen militärischen Auseinandersetzungen geführt hatte. Diese Kriege in unmittelbarer Nähe der europäischen Zentren bewirkten in EU-Europa einen Schock. Weil die Kriegsparteien zur Durchsetzung ihrer ethnonationalistisch fundierten Staatsbildungsprozesse rücksichtslos »ethnische Säuberungen« durchführten und auch sonst vor Grausamkeiten nicht zurückschreckten, weil sie die gesamte Sicherheitsarchitektur erschütterten und bis weit nach Norden reichende Flüchtlingsströme auslösten, avancierten die Probleme der Region alsbald zur größten sicherheitspolitischen Herausforderung Europas. Ein Jahrzehnt lang hatte sich Europa an einer Vielzahl diplomatischer, militärischer, wirtschafts- und handelspolitischer Initiativen, an Wiederaufbauprogrammen und der Administration zweier Protektorate beteiligt, ohne dass es gelungen war, die Region dauerhaft zu stabilisieren. Um die Jahrtausendwende verdichtete sich schließlich die Überzeugung, dass ein entschlossener Anlauf not-

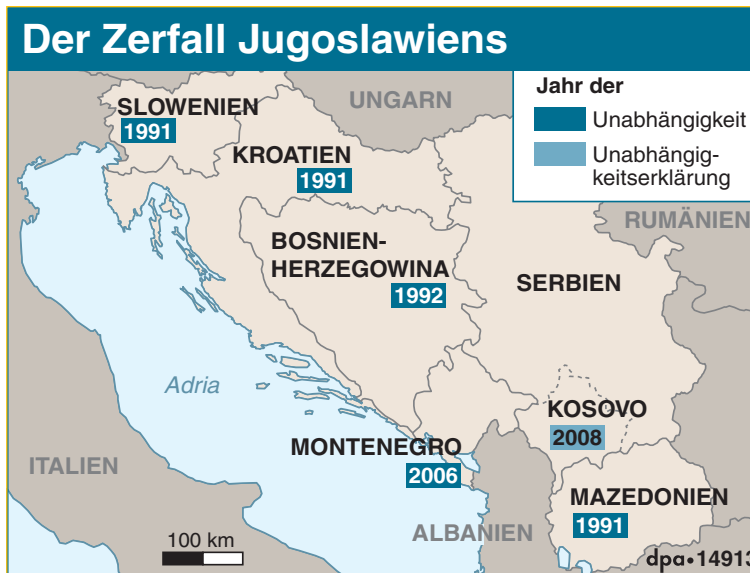


Abb. 4 Der Zerfall Jugoslawiens – Jahr der Unabhängigkeit, Stand 2013 © dpa, picture alliance

wendig war, die Lösung der Strukturprobleme der Region in Angriff zu nehmen.

Unter dem Eindruck des Kosovo – Krieges (1999) erklärte die EU das »Megaprojekt« der Stabilisierung Südosteuropas für prioritär. Der Europäische Rat von Helsinki formulierte im Dezember 1999 den Anspruch der EU, eine »führende Rolle bei der Förderung von Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung in Südosteuropa« zu übernehmen. Dies sollte nicht in erster Linie durch den Einsatz der noch in Entwicklung befindlichen außen- und sicherheitspolitischen Instrumentarien geschehen sondern durch die massive Unterstützung demokratischer und wirtschaftlicher Transformationsprozesse und der Perspektive des EU-Beitritts als Stimulans. Erstmals wird den Westbalkanländern die EU-Mitgliedschaft auf dem Ratstreffen des Jahres 2000 in Feira in Aussicht gestellt. Drei Jahre später wird das Angebot in Thessaloniki noch einmal bekräftigt.

Als erster praktischer Schritt kam es im Jahr 1999, auf deutsche Initiative, zur Gründung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, dem über 40 Staaten und internationalen Organisationen beitraten, und der 2008 in den »Regional Cooperation Council« (RCC) überführt wurde. Der Pakt sollte in der Region einen Prozess multilateraler Kooperation auf diversen Ebenen in Gang setzen und dadurch zum Abbau der Spannungen zwischen den Ländern beitragen. Gleichzeitig wurde bilateral die Assoziierung der einzelnen südosteuropäischen Länder mit der EU vorangetrieben. Bereits auf dem Ratstreffen in Helsinki wurden beide Aktionslinien als komplementär definiert. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess wurde zwischen dem Jahr 2000 und 2003 ausgestaltet und mit Instrumenten versehen, ein wichtiges waren die Europäischen Partnerschaften, die die Agenda von Thessaloniki vorsieht, die »autonomen Handelsmaßnahmen« sowie das finanzielle Unterstützungsprogramm CARDS.

Mit dem Voranschreiten der Integration in die EU war die Hoffnung verbunden, dass dadurch Prozesse der Konvergenz innerhalb der Region gefördert und damit durch Reduzierung des bilateralen Regelungsbedarfs Konfliktpotenziale abgebaut würden. Im Fall des Westbalkan folgt die Erweiterungspolitik also primär einem sicherheitspolitischen Impuls. Der bilateral organisierte Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess kam indes trotz Einsatz diversifizierter Instrumentarien in den Jahren seit dem Ratstreffen von Feira im Jahr 2000 nicht weit voran. Von den Adressaten hat es bislang nur Kroatien bis zur Mitgliedschaft gebracht. Serbien, Montenegro und Makedonien sind zwar offizielle Beitrittskandidaten. Die formellen Beitrittsverhandlungen mit Serbien werden vermutlich 2014 beginnen und nach bisherigen



Abb. 5 Kroatien – Basisdaten 2013

© dpa, picture alliance

Erfahrungen ein knappes Jahrzehnt dauern. In Bosnien-Herzegowina und im Kosovo ist derzeit nicht abzusehen, wann die nur eingefrorenen aber nach wie vor ungelösten Konflikte zwischen den Volksgruppen überwunden sein werden – für die EU eine der zentralen Voraussetzungen für die Einleitung von Regierungsverhandlungen.

In dem Maße wie die Krisen und Kriege der 1990er Jahre allmählich Geschichte werden, scheint aus Sicht der Union die Dringlichkeit nachzulassen, die demokratischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in der Region voranzubringen. Vielfach herrscht die Überzeugung vor, die Länder würden sich nicht genug anstrengen, um die Aufnahmebedingungen zu erfüllen; Beitrittsmüdigkeit habe sich breitgemacht. Deshalb seien Initiativen oder besonderes Engagement von Seiten der EU wie weiland um die Jahrtausendwende heute nicht am Platze. Das Komplement der Beitrittsmüdigkeit in den Kandidatenländern ist auf europäischer Ebene Erweiterungsmüdigkeit.

Das Argument, ein besonderes Engagement der EU auf dem Westbalkan sei heute nicht mehr erforderlich, hat eine gewisse Berechtigung, denn Stabilisierungsfortschritte in der Region können nicht geleugnet werden. Dazu hat der Abbau militärischer Kapazitäten beigetragen; ein weiteres stabilisierendes Element war und ist die Präsenz ausländischer Truppen und ziviler Kontrolleure in den Protektoraten. Hinzu kommt die Verdichtung der friedlichen Interaktion, stimuliert u. a. durch umfangreiche Finanz- und Entwicklungshilfeleistungen der EU, die regionale Interdependenzen gestärkt haben.

Es gibt also nachvollziehbare Gründe, für die Herabstufung Südosteuropas in der EU-Prioritätenliste in einer Zeit wo andere Probleme auf den Nägeln brennen. Dies bedeutet aber, dass die Union den Anspruch des Helsinki-Ratstreffens im Jahr 2000, eine »führende Rolle bei der Förderung von Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung in Südosteuropa« zu übernehmen, klammheimlich aufgegeben hat.

■ Kroatien – Beitritt als Reformmotor

Kroatien hat seit dem Jahr 2000 erhebliche Anstrengungen unternommen, die Transformation des Landes voranzutreiben, Demokratie und Rechtsstaat zu stärken und die Marktwirtschaft zum Funktionieren zu bringen. In den 1990er Jahren war Kroatien ein autoritärer Staat. Der »Vater des Vaterlands«, Franjo Tudjman, nutzte seine Popularität (er wurde 1992 und 1997 direkt gewählt), sowie die in der Verfassung abgesicherte immense Machtfülle des Präsidenten zum Aufbau einer autokratischen Klientelstruktur. Das Parlament spielte eine marginale Rolle, Entscheidungen wur-

den unter Ausschluss der Öffentlichkeit in kleinen informellen Zirkeln getroffen.

Durch den Krieg (1991–1995), das Waffenembargo gegen Kroatien und die Beschaffungsaktionen auf den internationalen Schwarzmärkten entstanden mafiaartige Verflechtungen zwischen Teilen des Staatsapparats und der Unterwelt. Die Privatisierungen jener Zeit wurden wegen der bisweilen unverfrorenen privaten Aneignung von Staatseigentum durch Parteigänger des Regimes bald allgemein als Raubzug bezeichnet. Währenddessen kam der Umbau des Justizsystems nicht voran, die Gerichte erstickten in hunderttausenden von Altfällen und wegen der institutionellen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Rechtsnormen entstand eine Kultur der Übergriffe, der Rechtsverstöße und der Straflosigkeit. Dazu gehört auch, dass alles was mit dem Krieg zusammenhängt tabuisiert wurde; eine juristische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen fand nach Kriegsende kaum statt und zunächst ging auch die ethnische Diskriminierung v. a. der kroatischen Serben ungebrochen weiter.

Zu einem Neuanfang kam es erst nach Tudjmans Tod. Eine von den Sozialdemokraten angeführte Viererkoalition unter Ivica Račan gewann die Wahlen, übernahm im Jahr 2000 die Regierung und versuchte das Land in Richtung Europa zu orientieren. Durch eine Verfassungsänderung wurde die Macht vom Präsidenten ins Parlament und zur diesem verantwortlichen Regierung verlagert; dem autoritären Präzidentialismus war dadurch dauerhaft der Boden entzogen. Auch in anderen wichtigen Bereichen wurde eine Wende eingeleitet: die Regierung begann, trotz heftiger Anfeindungen, mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal zu kooperieren, sie unternahm Schritte zur Aussöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern, sie schuf die Voraussetzungen für eine ernsthafte Bekämpfung der Korruption, und sie setzte das EU-Beitrittsverfahren in Gang. Anfang 2003 wurde der Antrag auf EU-Mitgliedschaft formalisiert, der von einer breiten Allianz von links bis rechts unterstützt wurde. Die Račan-Regierung hat den in den 1990er Jahren stockenden Transformationsprozess zwar nicht vollendet jedoch entscheidend vorgebracht.

Zwar zerbrach die von den Sozialdemokraten angeführte Koalition und nach den Wahlen im November 2003 kehrte die Tudjman-Partei HDZ an die Regierung zurück. Doch die neue Parteiführung unter Ivo Sanader drängte die rechtsnationalistischen Kräfte der Partei und in ihrem Umfeld an den Rand, versuchte die Mitte zu besetzen und bezog eine klar proeuropäische Position. Unter der Verantwortung der HDZ begannen im Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit Verspätung (2001 war das Assoziierungs- und Beistandsabkommen unterzeichnet worden, 2004 hatte Kroatien den Kandidatenstatus erhalten), weil sich die kroatische Regierung bei der von der EU geforderten »konstruktiven Kooperation« mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien schwer tat. Der Verhandlungsprozess wurde dann von einem breiten Bündnis der Elite unter Einschluss der sozialdemokratischen SDP und der konservativen HDZ getragen. Das Parlament war systematisch einbezogen, doch waren die Bürger an der Debatte über Europa zu keinem Zeitpunkt beteiligt. Die Annäherung an Europa fand gleichsam unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Die Beweggründe und Motivationslagen für die Europäisierung speisen sich in Kroatien aus zwei gegensätzlichen Europabildern. Konservative berufen sich gerne darauf, dass Kroatien das christliche Abendland und die europäische Zivilisation an der habsburgischen Militärgrenze schließlich mehrere Jahrhunderte lang gegen die in nordwestlicher Richtung vorrückenden muslimischen Türken verteidigt habe. Als Vorposten der Festung Europa habe man dafür einen hohen Preis entrichtet, ohne dass dies dem Land je gedankt worden sei. Deshalb stehe Europa gleichsam bei Kroatien in der Schuld. Während des Tudjman-Regimes kam allerdings

ein Beitrittsantrag nicht in Frage, da der Präsident und die ihn flankierenden Nationalisten es als Schande empfunden hätten, Konditionen zu erfüllen und sich von Brüsseler Bürokraten herumkommandieren zu lassen. Eine große Gruppe sieht die europäischen Perspektiven des Landes nüchtern und pragmatisch. Europa steht für Prosperität und demokratische Stabilität in einer modernen Gesellschaft. Sich in diese Richtung zu entwickeln sei Kroatien durch den Sozialismus fast ein halbes Jahrhundert lang verwehrt worden. Um aufzuholen benötige man raschest möglich Zugang zu den Instrumenten und Ressourcen, die den Mitgliedern der EU zur Verfügung stehen.



Abb. 7 Volksabstimmung in Kroatien über die Mitgliedschaft in der EU: am 22.1.2012: 66 % stimmten mit Ja, 33 % mit nein. Die Wahlbeteiligung lag bei 43,6%. Bei der Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament (April 2013) lag die Wahlbeteiligung bei nur 20,8 %.

Europaindifferenz der Bürger

In einer Volksbefragung sprachen sich im Januar 2012 zwei Drittel der Teilnehmer für den Beitritt Kroatiens zur EU aus, allerdings bei einer Wahlbeteiligung von nur 43,6 %, während sich an Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zwischen 50 % und 60 % der Wähler beteiligen. Anders als bei früheren Beitrittskandidaten gibt es in Kroatien einen ausgeprägten Europaskeptizismus und einen hohen Grad an Europaindifferenz. Daran änderte sich auch durch den näher rückenden Beitrittstermin nichts. Im April 2013 waren die kroatischen Wähler aufgerufen, die zwölf Abgeordneten zu bestimmen, die das Land in den verbleibenden Monaten der laufenden Legislaturperiode des europäischen Parlaments vertreten sollen. Mit einer Wahlbeteiligung von nur 20,8 % (der EU-Durchschnitt liegt bei 43 %) platzierte sich Kroatien als das Land mit dem zweitgeringsten Interesse an Europawahlen; nur die Slowakei hat diesen Wert bislang unterboten. Das geringe Interesse an den europäischen Wahlen ist nicht der einzige Hinweis auf die Distanz eines Großteils vieler Kroaten gegenüber Europa. Nach den regelmäßigen Eurobarometer-Meinungserhebungen hält nur ein Drittel der Befragten die EU für »eine gute Sache«, ein weiteres Drittel bezeichnet die Union dezidiert als eine »schlechte Sache«, und das letzte Drittel ist indifferent. Addiert man Gegner und Gleichgültige so kommt man in den letzten zehn Jahren stets auf eine Zweidrittel- bis Dreiviertelmehrheit. Im EU-Durchschnitt liegt dagegen das Bekenntnis zur

EU (»gute Sache«) dauerhaft über 50 %. Außerdem war in den letzten zehn Jahren in Kroatien eine klare Mehrheit der Befragten der Meinung, eine EU-Mitgliedschaft bringe keine Vorteile; erst in neuester Zeit ist diese Mehrheit geschrumpft. Im EU-Durchschnitt dagegen sahen die Befragten im gleichen Zeitraum mehrheitlich durchaus Vorteile durch die Mitgliedschaft.

Die Europaskepsis könnte in nächster Zeit noch zunehmen. In vielen Bereichen werden die Menschen die Konkurrenz aus dem EU-Raum deutlich zu spüren bekommen, denn der Wettbewerbsdruck wird zunehmen. Große Teile der Landwirtschaft, die Adria-fischer, die Metallverarbeitung, der Maschinenbau u. a. m. dürften schwerlich in der Lage sein mitzuhalten, und könnten auf ihren angestammten Märkten unter Druck geraten. Hinzu kommt, dass durch die EU-Bestimmungen der Handel mit den Nachbarländern auf dem Balkan, die für Kroatien bislang wirtschaftlich äußerst wichtig waren, erschwert und verteuert wird. Diese Nachteile werden vor der Hand auch nicht durch den freien Zugang zum EU-Markt ausgeglichen, denn es gibt kaum Unternehmen, die wettbewerbsfähig genug sind, um diese Chance zu nutzen. Auch die vielbeschworenen EU-Fonds – theoretisch stehen für Kroatien in den nächsten sieben Jahren 11,7 Milliarden EUR bereit – werden die Skeptiker kaum besänftigen können, denn Gelder werden nur fließen wenn Kroatien regelkonforme Projekte entwickelt und die verlangten Eigenfinanzierungsanteile bereitstellt, was Neumitgliedern in der Anfangsphase aber stets schwer gefallen ist.

Wenn der Beitritt zunächst vor allem Probleme und kaum Vorteile bringt, könnte sich rächen, dass die Elite während der letzten zehn Jahre nie eine breite Debatte über Europa geführt hat und dass die Verhandlungen mit der EU nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurden. Zwar bekennt sich das Gros der politischen Elite klar zu Europa, ein Thema der öffentlichen Debatte war Europa aber bestenfalls am Rande. Zudem wurde wenig getan, um die sichtbar wachsenden Befürchtungen zu zerstreuen, das Land werde durch den Beitritt von einer übermächtigen identitätszerstörenden Assimilationsmaschinerie aufgesogen und überdies in die europäische Krise hineingezogen. Wenn die kroatische

%	Hätte Vorteile		Wäre nicht der Fall		Weiß nicht	
	EB	Diff. EB	EB	Diff. EB	EB	Diff. EB
	79,3	78,1	79,3	78,1	79,3	78,1
Nord-Zypern	68	7	20	0	12	-7
Kroatien	53	7	37	-7	10	0
Türkei	48	8	37	-7	15	-1
Mazedonien	64	-2	25	0	11	2
Island	33	0	57	0	10	0
Montenegro	61	2	25	2	14	-4
Serbien	46	6	29	-6	25	0

Abb. 6 »Wäre die Mitgliedschaft (unseres Landes) in der Europäischen Union für Sie Ihrer Meinung nach ...« © Europäische Kommission, Eurobarometer 79, Datenerhebung: Frühjahr 2013, Datenanhang S. 37

Elite nicht bald eine längerfristige Kommunikationsstrategie entwickelt, um die Vorbehalte und Vorurteile der Bürger gegenüber Europa abzubauen, könnten sich alsbald Nationalpopulisten des Themas bemächtigen.

Aufschließen zu Europa: Hindernisse für eine nachholende Entwicklung

Kroatien hat inzwischen fünf Jahre ohne Wirtschaftswachstum hinter sich. Kein Land der Welt hält eine Krise lange Zeit unbeschädigt durch. Eine Erholung ist dringend notwendig, weil die Arbeitslosenquote von 20% und die mit 40% dritthöchste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, allmählich zur Bedrohung der sozialen Kohäsion werden könnten; die Armutsrate stieg seit 2008 von 11% auf 14% der Bevölkerung. Konflikte sind zwar bislang ausgeblieben, doch hat die Politikverdrossenheit zugenommen und das Institutionenvertrauen geht zurück. Um wieder auf einen Wachstumspfad zu kommen braucht Kroatien allerdings weit mehr als nur eine Konjunkturspritze; das Land benötigt nicht weniger als ein neues tragfähiges Wirtschaftsmodell. Die EU kann dabei wenig helfen; sie schafft Rahmenbedingungen und Anreize, doch eine Blaupause für eine nachhaltig wachsende Ökonomie liefert sie nicht.

Als Wachstumstreiber wirkten zwischen 2001 und 2008 ausländische Direktinvestitionen, billige Auslandskredite und die Überweisungen der Auslandskroaten. Positiv schlug auch die prosperierende Tourismusindustrie zu Buche, nicht zuletzt, weil die von ihr eingespielten Devisen in der Größenordnung von 10 Mrd. EUR mithelfen, die Negativsalden in der Warenhandelsbilanz zu finanzieren. Kroatische Industrieprodukte stoßen zwar im Ausland durchaus auf eine Nachfrage, ein Wachstumstreiber war der Industriesektor seit der Unabhängigkeit indes nie. Bis heute hat die Industrieproduktion nicht wieder das Produktionsvolumen von 1990 erreicht; die Beschäftigtenzahlen pendelten sich bei 40% der Werte des Jahres 1990 ein; eine Modernisierung der in wichtigen Bereichen immer noch staatlichen Betriebe fand nicht statt. Mit Beginn der internationalen Finanzkrise im Jahr 2008 hörten die Wachstumstreiber auf zu wirken. Die ausländischen Direktinvestitionen brachen ein, Auslandskredite zu günstigen Konditionen sind seitdem nicht mehr zu bekommen und die Familienangehörigen im Ausland schicken weniger Geld. Hinzu kommt: Die Exporte verarbeiteter Produkte litten unter dem Nachfragerückgang in den Abnehmerländern. Der prosperierende Tourismussektor allein konnte diese negativen Entwicklungen nicht kompensieren.

Die hohen Wachstumsraten in den Jahren bis 2008 hatten sich gleichsam von selbst ergeben. Sie waren das Resultat einer Laissez-faire-Politik, zufälliger interner Konstellationen und günstiger internationaler Rahmenbedingungen. Inzwischen ist klar, dass die Zeiten mühelos erzielbarer Produktionszuwächse vorüber sind. Billiges Geld oder nennenswerte ausländische Direktinvestitionen wird es auf absehbare Zeit für Länder wie Kroatien nicht mehr geben. Das Ausbleiben ausländischer Direktinvestitionen ist angesichts der Art der bislang getätigten Investitionen möglicherweise zu verschmerzen. Im vergangenen Jahrzehnt bewirkten sie lediglich ein konjunkturelles Strohfeuer (und stützten vorübergehend die Zahlungsbilanz), denn sie flossen wesentlich



Abb. 8 Werft in der Nähe von Split, Kroatien. Lange Zeit wurde die Schifffahrtsindustrie in Kroatien hoch subventioniert. Heute sucht sie Investoren im Rahmen der angekündigten Privatisierung. Wenn sich weiterhin keine Investoren finden, droht den Werften in Kroatien die Schließung. © dpa, picture alliance, 2009

in die Übernahme bestehender Unternehmen (in den Sektoren Banken, Telekommunikation, Energie, Pharmazie u. a.) und dienen nicht der Schaffung neuer Kapazitäten oder der Anhebung des technologischen Niveaus der Produktion. Inzwischen sind die Filetstücke allesamt verkauft und die Standortattraktivität Kroatiens für »Greenfield«-Investitionen ist nach wie vor gering.

Hinzu kommt, dass das Wachstumsmodell eine Schuldenexplosion ausgelöst hat. Die Brutto-Außenverschuldung betrug 2001 gerade 13,6 Milliarden EUR; mittlerweile liegt sie bei 46 Milliarden (2012), 100% des BIP; als ohne Schaden verkraftbar gelten 40%. Insgesamt erreichen die Schuldenindikatoren Werte, die von denen der europäischen Problemfälle nicht weit entfernt sind. Dass das Land nicht in akuter Gefahr schwebt verdankt es seinem vergleichsweise stabilen Finanzsektor. Es gibt keine maroden Banken, wie in Slowenien, die aus dem Staatshaushalt gestützt werden müssten (wenngleich mittlerweile 14% der Kredite als notleidend eingestuft werden); auch die Finanzierung des staatlichen Haushaltsdefizits ist vorerst sichergestellt. Bei der Refinanzierung der Auslandsschulden sind akut keine größeren Probleme absehbar, wenngleich der Schuldenberg so groß ist, dass der »externe Schock« eines Anstiegs der Refinanzierungskosten eine erhebliche Destabilisierung der Ökonomie zur Folge hätte. Solange der Wachstumsmotor nicht anspringt, bewegt sich Kroatien auf eine Schuldenfalle zu; das Land hat sich zwischen 2010 und 2012 jedes Jahr 12,5% des BIP leihen müssen, um seine Defizite zu decken und seine Schulden zu refinanzieren.

Kroatien benötigt also nicht nur dringend Wachstum sondern neue Wachstumsquellen. Dies ist nur durch aktive politische Gestaltung erreichbar. Dass tiefreichende Strukturreformen nötig sind, darüber sind sich alle Akteure vom IWF über die Unternehmerorganisationen, die Gewerkschaften bis zu den politischen Parteien einig. Ohne ernsthafte und kreative Bemühungen, eine solide Grundlage für die Rückkehr auf einen Wachstumspfad und Strukturen einer dauerhaft tragfähigen Wirtschaft zu schaffen, führt der Weg Kroatiens nirgendwohin.

Allerdings werden weder Kroatien noch die anderen Länder in der Region aus eigener Kraft in der Lage sein, zukunftsfähige ökonomische Strukturen zu entwickeln, schlicht, weil dafür Investitionen nötig sind, die sie nicht werden mobilisieren können. Einsichtigen ist dies seit langer Zeit klar. So stellte u. a. die österreichische Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik Ende der 1990er Jahre das Projekt eines »Marshallplans für den

Balkan« zur Diskussion. Die durch ein Überangebot an billigen Krediten bewirkte wirtschaftliche Scheinblüte nach der Jahrtausendwende schien dauerhaft unnötig zu machen. Doch mittlerweile stellen sich die Probleme, die weiland mit dem Balkanplan angegangen werden sollten, wieder ebenso drängend wie damals.

Es ist an der Zeit, dass sich die EU wieder auf ihre entwicklungspolitische Verantwortung für die Region besinnt, die sie angesichts der akuten Krise der 1990er Jahre übernommen hat. Nur so wird sie eine dauerhafte Aufspaltung der EU in Zentrum und Peripherie verhindern können. Und nur so wird sie verhindern können, dass durch die allmähliche Zersetzung der sozialen Kohäsion alte Konflikte reaktiviert werden und neue Sicherheitsprobleme entstehen.



Abb. 9 Makarska, Dalmatische Küste, Kroatien: Der Tourismus ist aktuell die größte Einnahmequelle Kroatiens
© Ivo Cagalj/Pixsell 19.8.2013, dpa, picture alliance

Literaturhinweise

Beck, Ulrich (2005): Das kosmopolitische Empire. Plädoyer für ein Europa jenseits des Nationalstaats. In: Internationale Politik 7, Juli 2005, S. 6–12

Dirmoser, Dietmar (2013): Der lange Weg nach Europa. Kroatiens EU-Beitritt. Bonn. <http://library.fes.de/pdf-files/id/10148.pdf>

Dirmoser, Dietmar (2012): Die Skeptiker kommen. Kroatien nach der Wahl und vor dem EU-Referendum. Bonn. <http://library.fes.de/pdf-files/id/moe/08858.pdf>

Ecker-Ehrhard, Matthias (2006): Argumente, Koalitionen, Kognitionen. Konstruktivistische Diskursanalyse am Beispiel der deutschen Debatte über die Osterweiterung der Europäischen Union. Berlin (Diss.).

Franicevic, Vojmir (2013): Croatia's Troubled Economy and Society. In: Bartlett, Will und Milica Uvalic (Hrsg.): The Social Consequences of the Global Economic Crisis in South East Europe. LSEE Research. London. S. 75–93. <http://www.lse.ac.uk/europeanInstitute/research/LSEE/PDFs/Publications/Social-Consequences-Final.pdf>

Leonhard, Mark (2007): Warum Europa die Zukunft gehört. dtv, München.

Mappes-Niediek, Norbert (2009): Kroatien. Das Land hinter der Adria-Kulisse. bpb, Bonn. Schriftenreihe (Bd. 791)

Neue Rundschau 2013/3: Kroatien in der EU. Frankfurt.

Otto, Robert (2013) Expansion der EU – Chancen und Risiken: Auswertung potentieller Beitrittskandidaten am Beispiel Island, Kroatien, Montenegro, Mazedonien, Türkei. Diplomica Verlag. Hamburg.

PuZ (2013): Kroatien, Ausgabe 17. bpb, Bonn. www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/158176/kroatien

Schiller, Ulrich (2010): Deutschland und »seine« Kroaten. Vom Ustasa-Faschismus zu Tudjman's Nationalismus. Donat Verlag. Bremen.

Sundhausen, Holm (2012): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen. Böhlau Verlag. Wien, Köln, Weimar.

Zakošek, Nenad und Tomislav Maršić (2010): Das politische System Kroatiens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Vs Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. (3. aktualisierte und erweiterte Auflage), S. 773–835

MATERIALIEN

M 1 Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland: Grundsätze der Erweiterungspolitik – Vier Prinzipien der Erweiterung (1.7.2013)

Mit zunehmender Mitgliederzahl wächst die Herausforderung, Erweiterung und Integrationsfähigkeit und -dynamik auszubalancieren. Die Parameter der EU-Erweiterungspolitik haben sich im Laufe der letzten Jahre stetig weiterentwickelt und konkretisiert.

Seit 2006 setzt die EU im Rahmen des »Erneuten Konsens zur Erweiterung« auf eine Erweiterungsstrategie, die sich auf vier Prinzipien stützt:

- (1) **Konsolidierung:** Die EU steht zu ihren Verpflichtungen und bleibt bei ihren Zusagen gegenüber den Beitrittskandidaten
- (2) **Konditionalität:** Die fairen aber strikten Kriterien und Bedingungen für einen Beitritt zur EU müssen von den Kandidatenländern eingehalten werden
- (3) **Kommunikation:** Größere Transparenz und verbesserte Kommunikation sollen die Zustimmung der Gesellschaften zum Erweiterungsprozess sicherstellen
- (4) **Gewährleistung der Aufnahmefähigkeit der EU:** Die Fähigkeit der EU, weitere Mitgliedstaaten aufzunehmen und erfolgreich integrieren zu können, ohne die eigene Handlungsfähigkeit und Weiterentwicklung zu gefährden.

Die Bundesregierung steht zu diesen Prinzipien und engagiert sich für die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses. Sie setzt sich auf europäischer Ebene für eine Erweiterungspolitik »mit Augenmaß« ein. Um den Brückenschlag zwischen Erweiterung und innerer Konsolidierung der EU zu erreichen, besteht Deutschland auf der Einhaltung der Beitrittskriterien. Die Beitrittsfähigkeit der Kandidatenländer ist für die Bundesregierung ebenso maßgeblich wie die Aufnahmefähigkeit der EU.

Rechtliche Grundlagen

Nach Artikel 49 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) kann grundsätzlich jeder europäische Staat, der die Grundsätze der Europäischen Union achtet, Mitglied der Union werden:

»Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet, und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt.

Die Aufnahmebedingungen und die durch eine Aufnahme erforderlich werdenden Anpassungen der Verträge, auf denen die EU beruht, werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch alle Vertragsstaaten gemäß ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften.«

Artikel 2: *»Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.«*

Kopenhagener Kriterien

In Vorbereitung auf die fünfte und größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der EU (»Osterweiterung«) formulierte der Europäische Rat von Kopenhagen im Jahr 1993 Beitrittskriterien. Die sogenannten Kopenhagener Kriterien haben in den anschließenden Erweiterungsprozessen weitere Präzisierung erfahren und bieten den Kandidatenländern wichtige Orientierung.

Gemäß den Kopenhagener Kriterien muss ein Beitrittskandidat folgende Anforderungen erfüllen, um Mitglied der EU zu werden:

- (1) **Politisches Kriterium:** »Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten«;
- (2) **Wirtschaftliches Kriterium:** »Eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten«;
- (3) **Acquis-Kriterium:** Die Fähigkeit, alle Pflichten der Mitgliedschaft – d. h. das gesamte Recht sowie die Politik der EU (den sogenannten »Acquis communautaire«) – zu übernehmen, sowie
- (4) **das Einverständnis mit den Zielen der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion. (...)**

Der Europäische Rat von Kopenhagen betonte zudem, dass die »Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die **Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten** [...] ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt« darstellt. Die Voraussetzung der Aufnahmefähigkeit der EU wurde lange Zeit als das »vergessene Kriterium« von Kopenhagen bezeichnet. Dieser Bedingung, auf welche die Kandidatenländer wenig Einfluss haben, kommt mit jeder Erweiterungsrunde eine wachsende Bedeutung zu.

Im Jahr 1995 präziserte der Europäische Rat von Madrid, dass es für einen Beitritt nicht ausreicht, den EU-Acquis vollständig in innerstaatliches Recht zu übernehmen. Ein Beitrittskandidat muss zudem durch Anpassung seiner Verwaltungs- und Justizstrukturen die wirksame Implementierung der EU-Rechtsvorschriften gewährleisten.

Der Europäische Rat von Luxemburg beschloss im Dezember 1997, dass ein Beitrittskandidat bereits für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllen muss. Die wirtschaftlichen Kriterien sowie die Fähigkeit, die sich aus dem Beitritt ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen (»Acquis-Kriterium«), seien zu diesem Zeitpunkt »aus einer zukunftsorientierten, dynamischen Sicht heraus« zu beurteilen.

Für die (potenziellen) Beitrittskandidaten des Westlichen Balkans hat die EU vor dem eigentlichen Beitrittsprozess den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess geschaltet. Vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen müssen die Länder diesen mehrstufigen Heranführungsprozess erfolgreich durchlaufen. Eine wichtige Stufe in diesem Prozess ist der Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA), das neben wirtschaftlicher Assoziierung auch die Übernahme von Teilen des Acquis sowie Kooperationen in einer Vielzahl von Politikbereichen vorsieht. Im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses sind die (potenziellen) Kandidatenländer außerdem zu intensiver regionaler Zusammenarbeit, zur Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen und Versöhnung sowie zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien verpflichtet.

© www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Grundsaeetze_Erweiterungspolitik_node.html, Stand 1.7.2013

M 2 EU-Erweiterung: Instrument für Heranführungshilfe

Mit dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA) unterstützt die EU Reformen in den beitrittswilligen Ländern durch finanzielle und technische Hilfe. Das IPA fördert während des gesamten Beitrittsprozesses den Kapazitätsaufbau in diesen Ländern und stößt so progressive, positive Entwicklungen in der Region an.

Im Zeitraum 2007–2013 beläuft sich das IPA-Finanzierungsvolumen auf circa 11,5 Milliarden Euro. Empfängerländer sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Kosovo*, Montenegro, Serbien und die Türkei. Die für jedes einzelne Land verfügbaren Finanzmittel sind im indikativen Mehrjahresfinanzrahmen (MIFF) für das IPA aufgeführt.

Das IPA ersetzt die früheren Unterstützungsprogramme Phare, ISPA, SAPARD, das Heranführungshilfeinstrument für die Türkei und das Finanzierungsinstrument für die westlichen Balkanländer, CARDS. Seit 2007 werden EU-Finanzhilfen und Unterstützung für die beitrittswilligen Länder nur noch auf diesem Wege erbracht.

Zweck
Die im Rahmen der Heranführung bereitgestellten Mittel erleichtern politische und wirtschaftliche Reformen in den Empfängerländern und bereiten diese auf die Rechte und Pflichten vor, die mit der EU-Mitgliedschaft verbunden sind. Durch die von der EU geleistete Hilfe eröffnen sich den Bürgerinnen und Bürgern in den Erweiterungsregionen neue Chancen und allgemein bessere Lebensbedingungen. Ihre Länder können die gleichen Standards entwickeln, die wir als EU-Bürgerinnen und Bürger gewohnt sind. Die Heranführungshilfe erleichtert der EU auch das Erreichen ihrer eigenen Ziele im Hinblick auf nachhaltige wirtschaftliche Erholung, Energieversorgung, Verkehr, Umweltschutz, Klimawandel usw. Sie stellt eine solide Investition in die Zukunft dar.

Die Bereitstellung von EU-Mitteln im Rahmen der Heranführungshilfe unterstützt die Umsetzung politischer Prioritäten der Erweiterungsstrategie in konkrete Maßnahmen. Durch das IPA bietet die EU den beitrittswilligen Ländern eine wirksamere Orientierung an den zur Annäherung an EU-Standards und das EU-Recht notwendigen Prioritäten.

Prioritäten der EU-Finanzierung

Die IPA-Empfängerländer haben sehr unterschiedlichen Finanzierungsbedarf. Das IPA ist so konzipiert, dass es diesen jeweils unterschiedlichen Bedarf flexibel decken und über die als »Komponenten« bezeichneten nachfolgenden Kanäle maßgeschneiderte Lösungen bereitstellen kann:

(1) **Hilfe beim Übergang und Institutionenaufbau** – für Maßnahmen zum Institutionenaufbau und damit verbundene Investitionen. Diese Komponente unterstützt den Übergang zu



M 3 Informationsportal der Europäischen Kommission zum EU-Erweiterungsprozess

© http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm, 27.6.2013

Demokratie und Marktwirtschaft und leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Verwaltung und Justiz sowie zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

- (2) **Grenzübergreifende Zusammenarbeit** – für die grenzübergreifende Zusammenarbeit unter beitrittswilligen Ländern oder zwischen ihnen und EU-Ländern. Diese Komponente spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen, der regionalen Zusammenarbeit sowie der Maßnahmen für eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung von Grenzregionen. Sie dient auch der Vorbereitung der Länder auf die Verwaltung der Strukturfonds nach dem Beitritt.
- (3) **Regionale Entwicklung** – für Investitionen in Verkehr, Umweltschutz und wirtschaftlichen Zusammenhalt und damit verbundene technische Unterstützung. Die Beteiligung an solchen Programmen dürfte es den Empfängerländern erleichtern, die nach ihrem EU-Beitritt bereitgestellte EU-Regionalförderung effizienter zu nutzen.
- (4) **Humanressourcenentwicklung** – unterstützt die Entwicklung von Humankapital und wirkt der sozialen Ausgrenzung entgegen. Die in diesem Bereich durch das IPA geleistete Unterstützung trägt zur Verbesserung fachlicher Qualifikationen, zu mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie zu sozialer Integration und Gleichberechtigung bei.
- (5) **Ländliche Entwicklung** – fördert nachhaltige ländliche Entwicklung. Diese Komponente unterstützt die Modernisierung der Landwirtschaft und deren Anpassung an EU-Standards.

© http://ec.europa.eu/enlargement/instruments/overview/index_de.htm, 27.6.2013

M 4 FAZ: »Die EU heißt ein neues Problemland willkommen«

Kroatien tritt der EU bei. Es steckt seit langem in einer Rezession, Bürokratie lähmt die Wirtschaft. Und ihm droht gleich ein Defizitverfahren. Die Hoffnungen, die kroatische Bürger mit dem EU-Beitritt ihres Landes am 1. Juli 2013 verbinden, sind gering. In einer im Juni veröffentlichten Umfrage der Agentur Ipsos Puls gaben nur noch zehn Prozent an, dass sie eine Verbesserung ihrer Lage erwarteten. Jeder Dritte bezeichnete sich als arm. Die Einschätzung ihrer finanziellen Lage durch die Kroaten war in dieser Umfrage deutlich schlechter als in einer vergleichbaren, die vor sieben Jahren durchgeführt wurde.

Die subjektive Wahrnehmung der Bürger entspricht weitgehend dem objektiven Zustand der kroatischen Wirtschaft im fünften Jahr einer Rezession, deren Ende sich nach optimistischen Schätzungen erst 2014 abzeichnet. Auf mittlere Sicht dürfte der EU-Beitritt und der damit verbundene Zugang zu den Strukturfonds das Wachstum stärken, heißt es in einer Studie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Die größten Gefahren drohten dem Land demnach durch die geringe Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, den überdimensionierten Staatssektor, die hohe Auslandsverschuldung und die konjunkturelle Abhängigkeit von der Eurozone.

Die durchschnittlichen Bruttolöhne sind höher als in der Tschechischen Republik, in Polen, in der Slowakei oder in Ungarn. Der Arbeitsmarkt ist streng reguliert, Unternehmer klagen über mangelnden Investitionsschutz und langwierige bürokratische Prozeduren. Die sozialdemokratisch dominierte Regierung Milanovic will die Genehmigungsverfahren für Investitionen von mehr als 20 Millionen Euro mit einem Gesetz über strategische Investitionen beschleunigen. Der Staat behält bei diesen »strategischen Entscheidungen« die Kontrolle, es steht zu erwarten, dass davon vor allem gemeinwirtschaftliche Unternehmen profitieren werden. Die Regierung denkt nicht daran, die bürokratischen Hürden für alle Investitionen abzubauen, was unter anderem die weit verbreitete Korruption auf lokaler Ebene eindämmen könnte.

Die kroatische Arbeitslosenrate beträgt knapp 21 Prozent und ist damit fast doppelt so hoch wie die durchschnittliche der 27 bisherigen EU-Mitgliedsländer. Ungeachtet der Förderungsmaßnahmen der Regierung ist in der Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren jeder Dritte arbeitslos. Die Beschäftigungsquote ist außergewöhnlich gering. Von den 4,5 Millionen neuen EU-Bürgern sind 360 000 arbeitslos und 1,1 Millionen Rentner, beide Bevölkerungsgruppen werden aus dem Budget alimentiert.

Als EU-Mitglied ist Kroatien zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien verpflichtet. Nach den Erwartungen der EU-Kommission dürfte die Neuverschuldung in diesem Jahr auf 4,7 Prozent des BIP ansteigen. Die Maastricht-Grenze von 60 Prozent bei der Gesamtverschuldung dürfte 2013 überschritten werden. Dem neuen EU-Mitglied droht also gleich einmal ein Defizitverfahren. Das muss sich nicht unbedingt negativ auswirken, denn unter dem Druck der EU könnte es der Regierung leichter fallen, einige dringend nötige Einsparungen politisch durchzusetzen.

Finanzminister Slavko Linic rechnet jedoch selbst nicht damit, dass die Drei-Prozent-Regel vor 2016 eingehalten werden könnte. Kroatien brauche noch Jahre, um die Strukturprobleme zu lösen, sagte Linic der Agentur Reuters: »Unsere Rentenfonds decken weniger als 50 Prozent der Rentenzahlungen ab. Das ist unser größtes Strukturproblem, und es kann nicht über Nacht gelöst werden.«

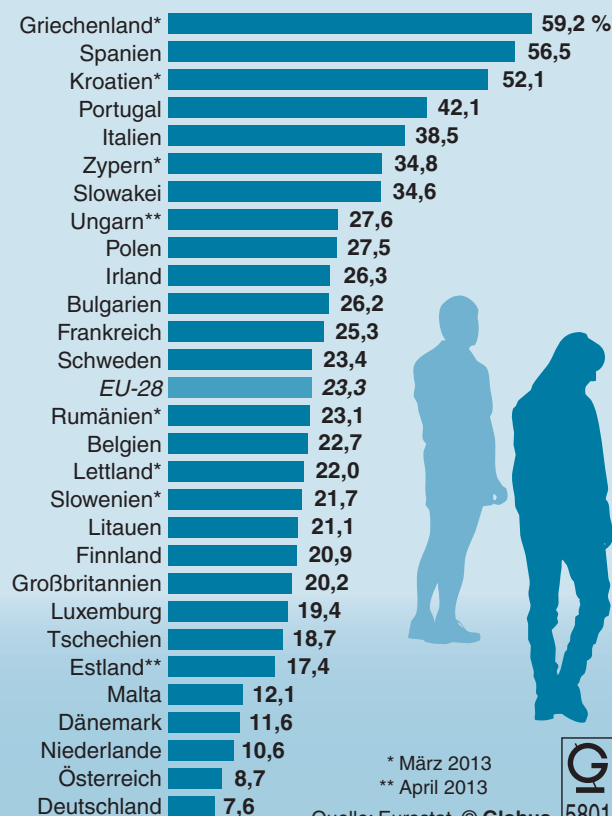
© Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.6.2013, S. 12

M 5 Knut Krohn: »Die EU am eigenen Leib erfahren«

Nicht alle in Deutschland lebenden Kroaten verstehen, weshalb viele ihrer Landsleute die EU inzwischen skeptisch sehen. Josip Juratovic ist verärgert. Der kroatischstämmige SPD-Bundestags-

Arbeitslose Jugendliche in der EU

Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen im Mai 2013 in %



M 6 Arbeitslose Jugendliche in der EU

© 11.7.2013, dpa, picture alliance

abgeordnete kann nicht nachvollziehen, warum in Kroatien zuletzt die Zahl der Menschen zugenommen hat, die dem EU-Bertritt ihres Landes skeptisch gegenüberstehen. »Ich muss mich entscheiden, mit wem ich meine Zukunft verbringen will«, sagt der Politiker noch deutlicher. »Entweder im Kreis von 27 anderen demokratischen Staaten oder als isoliertes Land auf dem Westbalkan.« Aber vielleicht, räumt er ein, können die Kroaten, die ausgewandert sind und schon länger in Deutschland leben, besser einschätzen, welche Vorteile die Europäische Union mit sich bringt. »Sie haben die EU praktisch am eigenen Leib erfahren«, sagt Juratovic im Großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses. Rund 200 Besucher haben den Weg dorthin gefunden, um über die Zukunft Kroatiens in der Union zu diskutieren und natürlich auch den Beitritt des Landes zu feiern. (...) Das Land sei nun endlich in jenem Kreis angekommen, in den es von Natur aus gehöre, unterstrich der kroatische Generalkonsul Ante Cicvaric. (...) »Rund 250 000 Kroaten leben in Deutschland«, rechnet Generalkonsul Cicvaric, »davon fast ein Drittel in Baden-Württemberg.« (...) Einig waren sich bei der Veranstaltung alle, dass die ersten Jahre für Kroatien in der EU schwer werden. Thomas Blenke, Landtagsabgeordneter der CDU und Vorsitzender des Freundeskreises Baden-Württemberg – Kroatien, unterstrich immer wieder, wie wichtig nun die direkte Hilfe eines reichen Landes wie Deutschland sei. Ihm schweben Partnerschaften zwischen kleineren Gemeinden vor, im Zuge derer die Bewältigung ganz alltäglicher Probleme wie der Ausbildung junger Menschen oder dem Aufbau einer funktionierenden Verwaltung angegangen wird. »Was die Politik entschieden hat, muss jetzt von den Menschen mit Leben

erfüllt werden«, sagte Blenke, anders funktioniere die Union nicht.

Für viele Kroaten, die in Deutschland leben, hat der Beitritt aber auch unmittelbare und ganz konkrete Auswirkungen: aufgrund der Regelung zur doppelten Staatsbürgerschaft dürfen sie nun die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen und ihren kroatischen Pass dennoch behalten.

© Knut Krohn: Die EU am eigenen Leib erfahren, Stuttgarter Zeitung vom 29.6.2013, S. 4

M 7 Norbert Mappes-Niediek: »Kroatien – ein Sanierungsfall?«

Hinter der reichen Adria-Kulisse verstecken sich Korruption, Armut und katastrophale Wirtschaftsdaten. Sorgen, dass die EU mit Kroatien einen neuen Sanierungskandidaten bekommen könnte, sind allerdings wenig begründet.

Visionen gebe es in Kroatien keine, sagt Ivan Grubisic, einer der originellsten Politiker des Landes. »Höchstens Provisionen.« Wenn von der Wirtschaft die Rede ist, gedeiht unter Kroaten der Sarkasmus. Hinter der reichen Adria-Kulisse verstecken sich Korruption, Armut und katastrophale Wirtschaftsdaten. Das neue EU-Land steckt das fünfte Jahr in Folge in der Rezession. Anders als die Mitgliedsländer hat Kroatien seit Einbruch der Krise keine Erholung erlebt; gegenüber 2008 liegt der Einbruch bei erschreckenden zwölf Prozent. Die Arbeitslosigkeit hat sich auf knapp 15 Prozent verdoppelt, bei den Jugendlichen sind es 43 Prozent, der zweitschlechteste Wert hinter Griechenland. »Für die Entwicklung des Landes sind das verlorene Jahre«, sagt Sandra Svaljek, bis vor kurzem Leiterin des unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstituts in Zagreb. Es ist nicht nur die Krise, es ist die Struktur – besonders die Industrie. »Noch die Beitrittskandidaten der Jahre 2004 und 2007 haben im Durchschnitt 55 Prozent ihrer Produktion exportiert«, hat Svaljek ausgerechnet, »und wir exportieren nur 20 Prozent.« Nur mit Zigaretten machen kroatische Produzenten traditionell gute Geschäfte, und nur die Lebensmittelindustrie hat sich seit den kriegereischen 90er Jahren gefangen.

Ausgerechnet diese beiden Branchen jedoch müssen unter dem EU-Beitritt am meisten leiden: Sie haben ihre Märkte in den ex-jugoslawischen Nachbarländern, vor allem Bosnien und Serbien. Mit dem 1. Juli 2013 fallen dort für kroatische Produkte künftig Zölle an. Versuche der EU-Kommission, eine neue Freihandelszone auszuhandeln, waren bisher nicht von Erfolg gekrönt. »Und selbst wenn«, sagt Svaljek: »Dann würde die Zollfreiheit nicht nur kroatischen, sondern allen EU-Exporteuren zugute kommen.«

High Tech hat nur einen verschwindenden Anteil. Den Werften, einst der Stolz der kroatischen Industrie, droht das Aus, wenn sich nicht rasch Investoren finden. Die hohen Subventionen, die sie verschlingen, sind nicht EU-konform. Andere Branchen der Schwerindustrie sind schon in den 90er Jahren verschwunden. Von Rohstoffen und Absatzmärkten gleichermaßen abgeschnitten, schaffte die Industrie es nicht, die Abhängigkeit von den jugoslawischen Nachbarrepubliken zu kompensieren.

Hinzu kam eine gescheiterte Privatisierung, mit deren Folgen das Land noch heute zu kämpfen hat. Getreu seiner nationalistischen Orientierung wollte Staatsgründer Franjo Tudjman für die kommende kapitalistische Ära eine nationale Wirtschaft aufbauen, gestützt auf »200 Familien« und einige »kroatische Rockefeller«. Staatsfirmen wurden gezielt in die Hände eines Kreises aus national zuverlässigen Landsleuten privatisiert, die ihre Betriebe filetierten und den unproduktiven Rest dem Staat überließen. Aus-



M 8 »Bitte eintreten!«

© Jürgen Tomicek, Juni 2013

ländische Banken, allen voran die Kärntner Hypo-Alpe-Adria, bildeten Netzwerke mit lokalen Politikern und schütteten Kredite an umstrittene Geschäftsleute aus.

Regionalentwicklung fand so gut wie nicht statt. In den einstigen Kriegsgebieten wurde schon deshalb nicht investiert, um die vertriebene serbische Minderheit nicht zur Rückkehr anzureizen. Zwischen dem armen Ostslawonien und dem reichen Zagreb liegt der Einkommensunterschied bei eins zu drei – im zwanzigmal größeren Deutschland stehen das arme Mecklenburg-Vorpommern und das reiche Bayern nur im Verhältnis 1:1,8.

Vor dem Kollaps bewahrte Kroatien seine wichtigste Ressource: eine Küste von 1778 Kilometern, länger als die spanische, dazu mit 1185 Inseln. Mit dem Fremdenverkehr wird in Kroatien jede vierte Kuna verdient. Dabei hat die Branche noch starke Reserven: Die Saison ist kurz, und vor allem die Inseln sind für die immer beliebteren Kurzurlaube nur schwer zu erreichen.

Weil die Anlieger in Dalmatien ihren überkommenen Zimmer-freiturismus nicht aufgeben wollen, haben es Konzepte zur Tourismusentwicklung schwer. Ausländische Investoren sind eher unwillkommen. Seit zwanzig Jahren mahnen die Consultants, dass das Angebot bereinigt gehört und Platz für kleine, familiäre Hotels geschaffen werden muss – vergeblich. Immerhin hat das Ausbleiben von Investoren die Küste vor Verschandlung bewahrt.

Sorgen allerdings, dass die EU mit Kroatien einen neuen Sanierungskandidaten bekommen könnte, sind trotz der schwachen Wirtschaft wenig begründet. Eine überdimensionierte Finanzwirtschaft, wie etwa Zypern, hat Kroatien nicht. Weil es auf absehbare Zeit keine Chance hat, Mitglied der Eurozone zu werden, ist das Land auch ohnehin kein Anwärter auf den Euro-Rettungsschirm.

Für ihr 28. Mitglied hat die Union in den Finanzrahmen bis 2020 zusätzliche 500 Millionen Euro eingestellt. Der Zugang zu den großen Fonds der EU – Sozialfonds, Kohäsionsfonds, regionale Entwicklung – ist für Neumitglieder eher schwierig. Schon seit der Tudjman-Ära betreibt Kroatien eine konsequente Hartwährungspolitik, die dem Tourismus hilft, der Industrie aber schadet. Sollte die Währung Kuna dennoch unter Druck geraten, würde die EU sich nach dem Vorbild Ungarns und Rumäniens zwar wohl beteiligen; der Löwenanteil der Haushaltshilfen müsste aber vom Weltwährungsfonds kommen.

© Norbert Mappes-Niediek: »Kroatien – ein Sanierungsfall?«, Frankfurter Rundschau vom 30.9.2013, www.fr-online.de/politik/eu-beitritt-kroatien-kroatien---ein-sanierungsfall-1472596,23549002.html

M 9 Ludwig Steindorff: » Ein kurzer Gang durch die Geschichte Kroatiens«, Aus Politik und Zeitgeschichte, 17/16.4.2013, S. 19ff.

Die jugoslawischen Kommunisten gelangten weitestgehend ohne fremde Hilfe an die Macht. (...) Bereits Ende 1945 waren die bürgerlichen Parteien als politische Faktoren ausgeschaltet. Das aus manipulierten Wahlen hervorgegangene Parlament proklamierte die Republik, und Jugoslawien erhielt Anfang 1946 eine Verfassung nach sowjetischem Vorbild. Die Gliederung in sechs gleichberechtigte Teilrepubliken, darunter Kroatien, folgte zugleich Konzepten der bürgerlichen Opposition aus den 1930er Jahren. (...) Zum Aufbau des neuen Staats- und Gesellschaftssystems durch die Kommunisten gehörten die Nationalisierung von Großgrundbesitz, Industrie und Handel und die Schikane der Religionsgemeinschaften, in Kroatien war vor allem die katholischen Kirche betroffen.

Die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen kühlten sich trotz der Ähnlichkeiten der politischen Systeme bald ab. Die Sowjetunion warf Jugoslawien Eigenmächtigkeit vor, dieses sah sich bevormundet und benachteiligt.

(...) Mit der Einrichtung der Arbeiterselbstverwaltung 1950 begann die Abgrenzung vom sowjetischen Modell des »demokratischen Zentralismus«. Die Kollektivierung der Landwirtschaft, die man nach 1948 forciert hatte, wurde 1953 gestoppt. Die bestehenden Kollektivwirtschaften konnten sich wieder auflösen. Die Begrenzung der Hofgröße erwies sich jedoch in den folgenden Jahrzehnten als Bremse der Agrarmodernisierung. Das Modell des Selbstverwaltungssozialismus, das sich bis Ende der 1960er Jahre ausformte, zielte auf Zurückdrängung des Staates. Betriebe in »gesellschaftlichem Eigentum« verfügten über weite Entscheidungsfreiheit. Die Preisbildung erfolgte teils über Marktmechanismen. Es gab zudem einen großen Sektor an Privatbetrieben in Handwerk und Dienstleistungen. Offene Grenzen seit Ende der sechziger Jahre ermöglichten die Arbeitsmigration und die Entfaltung des Tourismus. Die politische Dezentralisierung schwächte die Föderation gegenüber den Teilrepubliken.

Nach der Verfassung von 1974 funktionierte Jugoslawien als Konföderation, die vom Konsens der Republiken abhing. Klammern für den Gesamtstaat waren die Person Titos, die Ideologie, die Armee und der relative Wohlstand. (...) Mit dem Tod Titos am 4. Mai 1980, den Unruhen bei den Kosovo-Albanern 1981 und der wirtschaftlichen Stagnation seit ungefähr 1980 begann die Staatskrise Jugoslawiens. Der neue serbische Parteichef Slobodan Milošević griff 1987 die Stimmung nationaler Mobilisierung in Serbien auf und wurde so zum Sympathieträger großer Teile der serbischen Öffentlichkeit. Mit der von ihm betriebenen Aufhebung der Autonomie des Kosovo im März 1989 zerbrach der Verfassungskonsens für den Gesamtstaat, und das Misstrauen der anderen Republiken gegenüber Serbien wuchs. (...)

Freie Wahlen, Unabhängigkeit und jugoslawische Nachfolgekriege

Im Laufe des Jahres 1989 entstanden, vom System geduldet, in Slowenien und Kroatien bereits neue Parteien. Am Tag nach der »Kerzenrevolution«, einer gemeinsamen Demonstration der neuen Parteien auf dem Zagreber Hauptplatz am 10. Dezember, beschloss ein Parteitag der kroatischen Kommunisten freie Wahlen. Neuer Parteichef wurde Ivica Račan als Vertreter der Reformgeneration.



M 10 »Der jugoslawische Staatschef Josip Broz Tito mit seinem Berater Bogdan Crnobrnja (l) während der Eröffnungssitzung der »Konferenz der Blockfreien Staaten«. Als Marschall führte Tito im Zweiten Weltkrieg die kommunistischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer Jugoslawiens. Nach dem Krieg wurde er zunächst Ministerpräsident (1943–63) und schließlich Staatspräsident (1953–80) Jugoslawiens. Er verfolgte eine von der Sowjetunion unabhängige Politik und galt seit den 1950er Jahren als einer der führenden Staatsmänner der Bewegung der Blockfreien Staaten. © dpa, picture alliance

Wahlsieger im April 1990 wurde die HDZ, die »Kroatische demokratische Gemeinschaft« unter Franjo Tuđman, einem einstigen General der Jugoslawischen Volksarmee, der in Ungnade gefallen und zum Dissidenten geworden war. Die Verfassung vom 22. Dezember 1990 stellte Kroatien in die Tradition kroatischer Staatlichkeit seit dem Mittelalter und ging noch vom möglichen Verbleib innerhalb eines reformierten jugoslawischen Staatsverbandes aus. Der direkt vom Volk gewählte Präsident erhielt eine – bis zur Verfassungsreform im Jahr 2000 – starke Stellung. Gewiss verstörte die nationale Euphorie bei den Kroaten viele Serben in der Republik. Doch wichtiger für deren Radikalisierung war die Verbindung mit der Bewegung in Serbien. Schon seit der »Baumstamm-Revolution« im August 1990 blockierten serbische Kräfte den direkten Weg zwischen Zagreb und Dalmatien.

Die Gespräche zwischen den Teilrepubliken bis Mitte 1991 verliefen ergebnislos: Während Slowenien und Kroatien die Umwandlung Jugoslawiens in eine »Konföderation unabhängiger Staaten« vorschlugen, zielte Milošević auf die Dominanz Serbiens. Die Weigerung des serbischen Vertreters im Staatspräsidium, turnusgemäß den Vorsitz an den kroatischen Vertreter abzugeben, gab dann den Anlass zur Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991.

Hierauf griff die Jugoslawische Volksarmee in Slowenien ein, doch traf sie auf unerwartet harten Widerstand der slowenischen Territorialverteidigung. Im von der Europäischen Gemeinschaft vermittelten Waffenstillstand war ein Moratorium von drei Monaten für eine Verhandlungslösung vorgesehen. Stattdessen eskalierte nun die Gewalt in Kroatien, bald stellte sich die Armee offen auf die Seite der serbischen Freischärler. Bekannteste Kriegsschauplätze wurden Vukovar an der Donau und Dubrovnik.

Ungefähr ein Drittel des Territoriums gelangte unter serbische Kontrolle und wurde zur »Republik Serbische Krajina« proklamiert. An die 200.000 Kroaten flohen oder wurden vertrieben. Doch Kroatien konnte sich militärisch so weit behaupten, dass schließlich am 2. Januar 1992 ein stabiler Waffenstillstand geschlossen und die Stationierung von UN-Truppen beschlossen wurde. Dies war auch die Folge einer veränderten außenpolitischen Konstellation: Nach langem Zögern hatte die Europäische Gemeinschaft für den 15. Januar die Anerkennung Kroatiens und

Sloweniens in Aussicht gestellt, Deutschland und andere Staaten hatten sie bereits Ende Dezember 1991 vollzogen.

Die folgenden Jahre waren weit von Normalität entfernt: Flüchtlinge waren zu versorgen; das Land war durch die Waffenstillstandslinie zerrissen. Gegenüber dem Krieg in Bosnien-Herzegowina ab Mai 1992 schwankte die kroatische Politik, 1993 begannen sogar Kämpfe zwischen Kroaten und Bosniaken. Erst das Washingtoner Abkommen zwischen den Regierungen in Zagreb und Sarajevo von März 1994 beendete diesen Konflikt. Vorgesehen war nun die Gliederung des Staates in zwei Entitäten: die Serbische Republik und die Föderation Bosnien-Herzegowina. Doch die Entitätsgrenzen ergaben sich erst aus den Kämpfen im Herbst 1995.

Da sich die »Republik Serbische Krajina« kompromisslos zeigte, ergriff Kroatien schließlich am 1. Mai 1995 die militärische Initiative und gewann in der Aktion Bljesak (Blitz) die serbisch kontrollierten Gebiete in Westslawonien zurück. Es folgte die viel größere Operation Oluja (Sturm) vom 4. bis zum 6. August, als alle Gebiete der Krajina entlang der bosnisch-kroatischen Grenze im Westen wieder unter kroatische Kontrolle gelangten. Der größte Teil der serbischen Bevölkerung floh vor den heranrückenden kroatischen Truppen, wie schon vorher aus Westslawonien – insgesamt etwa 130.000 Menschen. Ein »Nebenergebnis« der Verhandlungen in Dayton, die 1995 den Krieg in Bosnien-Herzegowina beendeten, war der Vertrag von Erdut an der Donau vom 12. November, als sich Kroatien und Serbien auf die friedliche Reintegration des noch immer serbisch kontrollierten Ostslawoniens in das kroatische Staatsgebiet einigten. Sie war 1998 abgeschlossen, seitdem leben hier wieder Kroaten und Serben nebeneinander.

Die jüngste Zeit

Die 1990 eingeleitete politische und wirtschaftliche Transition in Kroatien wurde bis 1995 durch den Kriegsverlauf überlagert. Von Juli 1991 bis August 1992 bestand eine Allparteienregierung. Bei den Wahlen im August 1992 und im Oktober 1995, kurz nach Oluja, konnte die HDZ ihre Vormachtstellung weiter ausbauen. Doch danach wuchs die Unzufriedenheit mit dem autoritären Amtsstil von Präsident Tudjman und dem Klientelismus in seinem Umfeld.

Die Wahlen im Januar 2000, kurz nach dem Tod von Franjo Tudjman am 11. Dezember 1999, brachten einen klaren Sieg der bisherigen Oppositionsparteien. Die Sozialdemokratische Partei, Nachfolgepartei der Reformkommunisten, und die Liberalen, unter ihnen Akteure des »Kroatischen Frühlings«, bildeten eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Ivica Račan. Seitdem hat Kroatien weitere zwei Regierungswechsel erlebt. Aus den Wahlen 2003 und 2007 ging erneut die HDZ als stärkste Partei hervor. Regierungschef der von der HDZ dominierten Koalitionsregierung war Ivo Sanader bis zu seinem überraschenden Rücktritt am 1. Juli 2009. Noch unter seiner Nachfolgerin Jadranka Kosor wurde Sanader erst wegen parteischädigenden Verhaltens aus der HDZ ausgeschlossen und schließlich im Dezember 2010 verhaftet. Inzwischen steht er wegen Korruptionsverdacht vor Gericht. Seit den Wahlen im Dezember 2011 hat Kroatien wieder eine sozialdemokratisch geführte Regierung, nun unter Ministerpräsident Zoran Milanovic. Auch bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 setzte sich mit Stjepan Mesic ein Vertreter der früheren Opposition durch, er blieb zwei Legislaturperioden im Amt. 2009 löste ihn Ivo Josipovic, Kandidat der Sozialdemokraten, ab.



M 11 Der serbische Präsident Slobodan Milosevic (l) und sein kroatischer Kollege Franjo Tudjman (m) reichen sich nach der Unterzeichnung die Hand. Rechts der bosnische Präsident Alija Izetbegovic. Dahinter u.l. US-Präsident Bill Clinton, Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac, Bundeskanzler Helmut Kohl und der britische Premierminister John Major. Dreieinhalb Jahre nach Beginn des blutigen Krieges in Bosnien unterschrieben die Präsidenten Bosniens, Serbiens und Kroatiens am 14.12.1995 in Paris den Friedensvertrag (Dayton-Abkommen). © dpa, picture alliance

Schon die Unabhängigkeitserklärung 1991 sprach vom Ziel des Eintrittes in die Europäische Gemeinschaft. Doch der lange Weg in die Europäische Union begann erst nach dem Ende der Ära Tudjman: von der Einladung, den Antrag auf Verhandlungsbeginn zu stellen im Jahr 2002 bis zur Annahme des Beitrittsvertrages durch das Europäische Parlament im Dezember 2011 und zum noch laufenden Ratifizierungsprozess. Die Aufnahme in die NATO ist schon 2008 erfolgt. Fortschritt und Stillstand in den EU-Beitrittsverhandlungen waren häufig eng verflochten mit der Frage, ob Kroatien angemessen mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zusammenarbeite; denn gerade in den Wochen nach Oluja war es zu Gewaltakten und Plünderungen gekommen. Der Prozess gegen die Generäle Gotovina und Markac bezog sich jedoch auf die unmittelbare Vorgeschichte und den Verlauf der Offensive selbst. Das Urteil vom April 2012 ließ sich als Kriminalisierung der Operation selbst lesen. Da die Legitimität der Kriegshandlungen in Kroatien parteiübergreifender Konsens ist, wurde der Freispruch der Generäle im November 2012 nach dem Revisionsverfahren einhellig begrüßt. Unberührt hiervon bleibt die Berechtigung strafrechtlicher Verfolgung individueller Verletzungen von Kriegsrecht.

Ähnlich wie in anderen postsozialistischen Ländern ist die gegenwärtige Gesellschaft in Kroatien geradezu gespalten in der Frage, wie die Ära des Sozialismus in der eigenen Geschichte zu verorten ist. Für die einen war das Regime wegen seiner Gewalttaten bei Kriegsende und wegen seiner ideologischen Intoleranz von Anfang an ein historischer Irrweg trotz aller späteren Milderung. Die anderen verbinden mit der Zeit den Sieg über den Faschismus, die Schaffung Kroatiens in seinen gegenwärtigen Grenzen, Aufbauleistungen und den sozialen Aufstieg der eigenen Familie. Über alle inneren Differenzen und unbefriedigenden Wirtschaftsdaten hinweg bleibt für die meisten Bürgerinnen und Bürger Kroatiens die Erfahrung wachsenden Wohlstandes und größerer Frei-räume der Lebensgestaltung. Alle Zweifel an der Existenzfähigkeit und -berechtigung des Staates sind längst gewichen. Am wichtigsten aber: Kroatien ist zu einem Land der offenen Grenzen und weitgehend problemlosen Beziehungen zu allen seinen Nachbarn geworden, der EU-Beitritt kann dies nur fördern.

© www.bpb.de/apuz/158166/ein-kurzer-gang-durch-die-geschichte?p=all

4. Der westliche Balkan: So nah und doch so fern – Beitritts- debatte um die Balkanstaaten

HOLGER-MICHAEL ARNDT

Die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union beherrscht seit geraumer Zeit die Schlagzeilen der Medien. Täglich erscheinen neue Meldungen, die den Fortbestand der Union in Frage stellen. Alle möglichen Zweifel an der Stabilität des Euro haben inzwischen weite Teile der europäischen Bevölkerung – nicht nur innerhalb der Europäischen Union – erreicht. In Deutschland haben sie sogar zur Entstehung einer ganz neuen Partei, der ADF (»Alternative für Deutschland«), beigetragen. Das zuweilen ungewohnt reißerische Interesse an der Politik der Europäischen Union ist derzeit aber fast vollständig begrenzt auf die so genannte Krise einzelner Mitgliedstaaten. Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union findet so fast unbemerkt statt. Es wird häufig sogar der Eindruck erweckt, es gebe sie überhaupt nicht. Aussagen in Presse und Politik tragen dazu bei, dass sich die Meinung verbreitet, der Erweiterungsprozess der Europäischen Union sei bereits abgeschlossen. Der europäische Integrationsprozess war jedoch vom Beginn der Europäischen Gemeinschaft(en) an nicht nur von der Diskussion um eine Vertiefung der Politiken der Mitgliedstaaten geprägt; als zweites wichtiges europäisches Instrument wurde von Anfang an der kontinuierlich verlaufende Prozess der Erweiterung, getragen vom Gedanken an ein voranschreitendes Zusammenwachsen der Völker Europas, betrachtet.

Bereits in den Gründungsverträgen war die prinzipielle Erweiterungsmöglichkeit als Instrument zur Friedenssicherung der damaligen Europäischen Gemeinschaft angelegt. Jean Monnet, Vordenker der ersten Europäischen Gemeinschaft, hat bewusst die geografische Finalität der Europäischen Integration offen gelassen. Mehr noch, in der Präambel der ersten Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ist der Auftrag verankert, die Völker Europas dazu einzuladen, sich dem Integrationsprojekt anzuschließen. Bis heute ist dieser Passus in der Präambel des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der einen Teil des 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon bildet, unverändert enthalten. In der mehr als fünfzigjährigen Geschichte des Erweiterungsprozesses wurden insgesamt sechs Erweiterungsrunden vollzogen. Bereits mit den als historisch anzusehenden Beitritten im Mai 2004 konnte der ehemalige »Eiserne Vorhang«, der Europa in einen östlichen und einen westlichen Teil geteilt hatte, in vielerlei Hinsicht überwunden werden. Die Erweiterung um Kroatien 2013 war noch einmal von ganz besonderer Bedeutung, da mit ihr das Ende der jahrzehntelangen Teilung des europäischen Kontinents weiter vorangetrieben werden konnte, auch wenn dieser Prozess noch nicht beendet ist. Obwohl die jüngste Erweiterung erst im Jahr 2013 erfolgte, steht die Frage der vollständigen Einbettung der Staaten



Abb. 1 Von links: Der Präsident von Montenegro Filip Vujanovic, der Präsident von Bosnien und Herzegowina Zeljko Komsic, Albaniens Präsident Bujar Nishani, Kroatiens Präsident Ivo Josipovic, Ehrengast Francois Hollande, französischer Präsident, Sloveniens Präsident Borut Pahor, der Präsident des Kosovo Atifete Yahyaga, Mazedoniens Präsident Gjorge Ivanov und der serbische Präsident Tomislav Nikolic – auf einer Konferenz des »Brdo Prozesses« in Brdo, Slowenien am 10.7.2013.

© Midhat Poturovic/Anadolu Agency, dpa, picture alliance

des westlichen Balkans in die Europäische Union, beinahe unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit, bereits seit längerer Zeit auf der Agenda der europäischen Akteure in Brüssel. Immer noch sind weitere Länder des europäischen Kontinents eingeladen, selbst Mitglieder der Europäischen Union zu werden. Die Anforderungen für einen Beitritt steigen allerdings ständig an.

Entscheidende Weichenstellungen für den Westbalkan werden 2014 erfolgen

Das erste Halbjahr des Jahres 2013 war aus der Sicht der Staaten des sogenannten westlichen Balkans durch eine Reihe weitreichender Entscheidungen gekennzeichnet. Mit dem Beitritt Kroatiens als Vollmitglied in die Europäische Union zum 1. Juli 2013 wurde das erste Land aus dieser Region in die Europäische Union aufgenommen. Den Befürchtungen, die Länder des westlichen Balkans könnten, was ihre weitere Integration in die EU angeht, womöglich aufs Abstellgleis gestellt werden, wurde damit eine klare Absage erteilt.

Die Europäische Union hat für diese Staaten ein wichtiges Zeichen gesetzt: Die Beschlüsse des Europäischen Rats von Thessaloniki aus dem Jahr 2003 werden auch zehn Jahre später noch eingehalten, jedes Land in der Region wird individuell nach seinen Erfolgen und Fortschritten bewertet. Damals hatte der Europäische Rat jedem einzelnen Land des westlichen Balkans eine klare Beitrittsperspektive zugesichert, sobald bestimmte Kriterien erfüllt würden. Auf diese Weise wurde allerdings auch jedes Land dieser Region zum potenziellen Kandidaten für eine Vollmitgliedschaft

in der Europäischen Union. Kroatien hat es nun geschafft und möchte als Zugpferd für die gesamte Region, zusammen mit Slowenien, auch die anderen Länder des ehemaligen Jugoslawien sowie Albanien auf dem Weg in die Europäische Union unterstützen. Dazu starteten der slowenische Präsident Borut Pahor und sein kroatischer Amtskollege Ivo Josipovic eine Initiative: Sie luden die Länder des ehemaligen Jugoslawien, inklusive die Republik Kosovo und Albanien, zu einem Treffen in den slowenischen Ort Brdo ein; ein symbolträchtiger Ort, wo sich in der Vergangenheit häufig der ehemalige Staats- und Parteichef Jugoslawiens, Josip Broz »Tito« in seiner Villa aufhielt. Diese Regionalinitiative geht sie von zwei Staaten aus, die noch bis vor kurzem selbst ein bilaterales Problem zu lösen hatten, und nun mit positivem Beispiel vorangehen können.

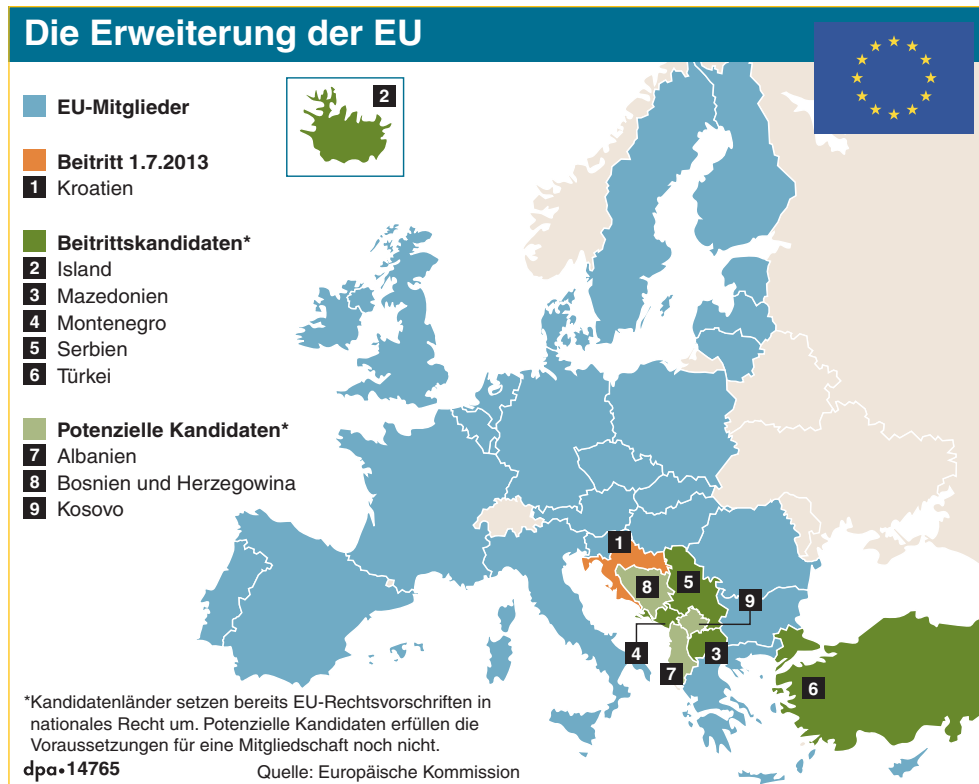


Abb. 2 Die EU und ihre Beitrittskandidaten, Stand 2013

© dpa, picture alliance

Situation der Länder des Westbalkans im Hinblick auf ihre EU-Integration

100 Jahre nach dem Ende der zwei Balkankriege und dem sich anschließenden Ersten Weltkrieg ist die Region in vielerlei Hinsicht immer noch zerrüttet und geprägt von historischen Reminiszenzen, Nationalismen sowie ethnischen und religiösen Vorurteilen. Ein flagrantes Beispiel ist Bosnien-Herzegowina. Hier tobte der ethnische Konflikt zwischen den verfeindeten Parteien in den 1990er Jahren besonders heftig, das Massaker in der Nähe der ehemaligen UN-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995, bei dem über 8.000 Muslime von serbischen Militärs exekutiert worden waren, ist ein exemplarisches Beispiel für die Grausamkeit der Kriegsverbrechen, die in einigen Regionen des ehemaligen Jugoslawien verübt wurden. 20.000 Menschen suchten Schutz vor den angreifenden serbischen Truppen im Camp von Potocari, das von niederländischen UN-Blauhelsoldaten bewacht werden sollte. Aber nur 5.000 konnten dort bleiben. Obwohl Srebrenica von den Vereinten Nationen zur Schutzzone erklärt worden war, in die Zivilbevölkerung vor Übergriffen (para-)militärischer Einheiten geschützt werden sollte, verwandelte sich die Gegend in das größte Massengrab nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier zeigte sich in besonders tragischer Weise das Versagen der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der westlichen Staatengemeinschaft. Srebrenica unterstreicht die besondere Verpflichtung, die die Europäische Union gegenüber diesem Land und der gesamten Region hat. Mittlerweile hat der serbische Präsident

Tomislav Nikolic für das Massaker um Verzeihung gebeten, allerdings bewertet er es nach wie vor als »Verbrechen« und nicht als Völkermord. Noch vor seinem Amtsantritt galt Nikolic als nationalistisch und arbeitete mit Ultranationalisten zusammen, die jedwede Schuldanerkennung für das Massaker in Srebrenica ablehnten und sich solchen Tendenzen massiv widersetzen. Sein Amtsvorgänger Tadic, selbst in Sarajevo geboren, hatte dagegen 2005 an der Trauerfeier für die Opfer von Srebrenica teilgenommen und die Angehörigen der Opfer um Verzeihung gebeten. Innerhalb seiner Amtszeit verabschiedete das serbische Parlament zudem eine Resolution, in dem das Massaker in Srebrenica verur-



Abb. 3 Protest vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Im bosnischen Srebrenica ermordeten im Juli 1995 bosnisch-serbische Truppen rund 8.000 Männer und Jungen. Unter Leitung von General Mladic hatten die Serben die damalige UN-Schutzzone am 11. Juli 1995 eingenommen. Die niederländischen Blauhelme »Dutchbat« hatten den Angreifern die Enklave kampfflos überlassen. Es war der größte Völkermord (Genozid) in Europa nach 1945. Ex-General Mladic muss sich zur Zeit vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal zum früheren Jugoslawien in Den Haag verantworten. © Robin Utrecht, ANP, dpa, picture alliance

teilt wurde. Serbien hat damit während der Amtszeit Tadic unerlässliche Schritte für die weitere Aussöhnung mit Bosnien-Herzegowina unternommen, jedoch sollte kritisch beachtet werden, wie sich sein Nachfolger Nikolic in diesem Zusammenhang positioniert und äußert.

Kopenhagener Kriterien

Die EU wendet umfassende Prüfverfahren an, die sicherstellen, dass neue Mitgliedstaaten nur aufgenommen werden, wenn sie nachweisen können, dass sie ihre Rolle als Mitglieder in vollem Umfang wahrnehmen können. Dazu müssen sie: alle EU-Standards und -Regeln erfüllen; die Zustimmung der EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten erlangen; die Einwilligung ihrer Bürger einholen (entweder in Form der Genehmigung durch das nationale Parlament oder im Rahmen einer Volksabstimmung).

Der Vertrag über die Europäische Union besagt, dass jedes europäische Land einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen kann, wenn es die demokratischen Werte der EU achtet und sich für ihre Förderung einsetzt. In einem ersten Schritt muss das Land die wichtigsten Kriterien für den Beitritt erfüllen. Diese wurden zu einem großen Teil 1993 vom Europäischen Rat in Kopenhagen aufgestellt und werden als »Kopenhagener Kriterien« bezeichnet. Beitrittswillige Länder müssen somit folgende Eigenschaften aufweisen:

- (1) Das »**politische Kriterium**«: Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten;
- (2) Das »**wirtschaftliche Kriterium**«: eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten; sowie die
- (3) Das »**Acquis-Kriterium**«: die Fähigkeit, die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und effektiv umzusetzen, d. h. die Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Rechts, des »gemeinschaftlichen Besitzstandes« (Acquis communautaire) sowie sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen.
- (4) Die EU muss zudem in der Lage sein, neue Mitgliedstaaten zu integrieren.

Bosnien-Herzegowina

Bosnien und Herzegowina gilt seit dem Europäischen Rat von Thessaloniki im Juni 2003 als potenzieller Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft. Seitdem sind eine Reihe von Vereinbarungen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina in Kraft getreten: Abkommen über Visaerleichterung, Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen (2008). Die EU setzt im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) weiterhin beträchtliche Ressourcen in Bosnien und Herzegowina ein. Die EUFOR-Operation Althea in Bosnien und Herzegowina wird noch immer fortgesetzt. Aufgrund der verbesserten Sicherheitslage wurden die EUFOR-Althea-Kräfte der EU von 6 000 auf etwa 2 000 Soldaten verringert. Das Mandat der Polizeimission der EU (EUPM) wurde bis Ende Juni 2012 verlängert. Die EUPM konzentriert sich weiterhin auf die Polizeireform sowie den Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption. Bosnien-Herzegowina stellt heute auf der Grundlage des Daytoner Abkommens aus dem Jahre 1995 einen komplexen Föderal-

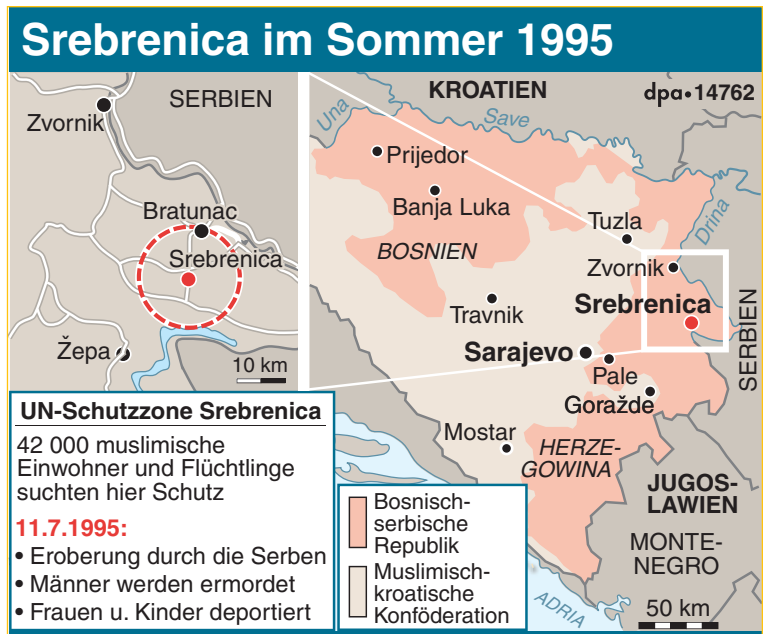


Abb. 4 Das Verbrechen von Srebrenica und die komplexe föderale Struktur von Bosnien-Herzegowina nach dem Dayton-Abkommen © dpa, picture alliance

staat dar, der aus zwei Entitäten und einem Sonderverwaltungsgebiet besteht, das von beiden Entitäten verwaltet wird. Das politische Parteienspektrum ist stark ethnisch gefärbt und lässt sich inhaltlich kaum in eine politisch-ideologische Richtung einordnen. Dennoch hat Bosnien-Herzegowina erste Schritte in Richtung EU-Integration unternommen: Es hat 2008 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet, das für jedes Land des westlichen Balkans als erste Etappe auf dem Weg in die Europäische Union gilt. Ein weiterer Meilenstein auf dem Integrationsweg Bosnien-Herzegowinas ist die Möglichkeit des visafreien Reisens für seine Bürgerinnen und Bürger seit 2010. Bosnien-Herzegowina ist potenzielles Kandidatenland für die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union, aufgrund der komplexen politischen Lage bleibt jedoch abzuwarten, mit welcher Dynamik und Schnelligkeit sich die weiteren Integrationsschritte entwickeln werden.

Mazedonien

Der Prozess der Annäherung Mazedoniens verläuft derzeit seitens der Europäischen Union sehr zurückhaltend. Beim Gipfel des Europäischen Rats im Juni 2013 ist der Beschluss über eine weitere Annäherung Mazedoniens zum wiederholten Mal nicht auf der Tagesordnung gewesen. Dabei hat Mazedonien mit der Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen bereits im Jahr 2005 den begehrten Status eines Beitrittskandidaten erreicht und könnte Verhandlungen über einen Beitritt aufnehmen. Dies ist in den letzten vier Jahren von der Europäischen Kommission bereits vier Mal empfohlen und durch einen fünften, außerordentlichen Bericht der Kommission in den ersten Monaten dieses Jahres noch einmal bestätigt worden. Dieser Bericht war notwendig geworden, weil es Ende Dezember 2012 im mazedonischen Parlament bezüglich der Verabschiedung des Staatsbudgets für das nächste Jahr zu massiven Protesten eines Teiles der Oppositionsabgeordneten kam und diese den Plenarsaal blockierten. Der Sicherheitsdienst des Parlaments griff ein, um den anderen Abgeordneten den Weg in den Plenarsaal zu ermöglichen, wobei es zu tumultartigen Szenen kam und der Parlamentspräsident aus Sicherheitsgründen aus dem Plenarsaal gebracht werden musste. Die EU kritisierte diesen Vorfall scharf und forderte eine Untersuchung der Ereignisse, die durch eine eigens dazu gebildete Untersuchungskom-

mission des Parlaments, bestehend aus Regierungs- und Oppositionsabgeordneten, durchgeführt wird und bis heute andauert. Nichtsdestotrotz wurde in dem außerordentlichen Bericht der Europäischen Kommission die Erfüllung der Kriterien für den Beginn der Beitrittsverhandlungen weiterhin bestätigt. Abgesehen von diesem innenpolitischen Problem wird der Beginn der Beitrittsverhandlungen durch eine Blockade Griechenlands massiv verhindert, da dieses das Nachbarland kennen will. Die Europäische Union verwendet daher ausschließlich die provisorische Bezeichnung »die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien«. Sie lehnt sich dabei an das Interimsabkommen an, das Griechenland und Mazedonien im September 1995 in New York geschen haben. Es sieht vor, dass Griechenland einem Beitrittsantrag oder einer Mitgliedschaft Mazedoniens in einer internationalen Organisation bis zu einer Lösung im Namensstreit nicht widerspricht, wenn dies unter der Bezeichnung »die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien« erfolgt.

Unter diesem provisorischen Namen wurde Mazedonien auch in die Vereinten Nationen aufgenommen, der Staatsname nach mazedonischer



Abb. 6 Namensstreit um »Mazedonien« -bzw. »Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien«. Griechenland sperrt sich gegen den Namen »Republik Mazedonien« u. a., weil es in Zukunft möglicherweise mazedonische Gebietsansprüche gegen die gleichnamige nordgriechische Region Makedonien geben könnte. Inzwischen hat der überwiegende Teil der Nationen »Mazedonien« als Namen anerkannt.

© Petar Jankov, 2013, <http://makedon.eu/bilder/2012/10/Karikatur-Makedonien-vs-Griechenland-1024x754.jpg>



Abb. 5 Am 24. Dezember 2012 war es im Parlament in Skopje, Mazedonien, bei der Verabschiedung des kontrovers diskutierten Staatshaushalts 2013 zu Tumulten innerhalb und außerhalb des Parlaments gekommen. Die gewaltsame Entfernung von Abgeordneten der Opposition und Journalisten aus dem Parlamentssaal durch das Sicherheitspersonal führte dazu, dass die größte Oppositionspartei, die Sozialdemokratie, das Parlament boykottierte und mit dem Rücktritt ihrer Abgeordneten sowie einem Boykott der Kommunalwahlen drohte. Die Parteien überwand den Stillstand schließlich durch eine Vereinbarung vom 1. März 2013, die eine Rückkehr zur normalen Arbeitsweise des Parlaments, die Durchführung der Kommunalwahlen und die Verpflichtung auf strategische Prioritäten und Reformen ermöglichte.

© HaloPix/PIXSELL, dpa, picture alliance

Verfassung lautet »Republik Mazedonien«. Mehr als 100 Staaten weltweit haben diesen Verfassungsnamen bereits anerkannt, darunter viele Staaten der Europäischen Union – nicht jedoch die Bundesrepublik Deutschland. Am 5. Dezember 2011 urteilte der Internationale Gerichtshof, dass Griechenland mit seinem Veto gegen einen mazedonischen Nato-Beitritt im Jahr 2008 gegen das Interimsabkommen verstoßen hat. Es hätte nicht gegen einen Beitritt Mazedoniens unter der provisorischen Bezeichnung stimmen dürfen.

Auf die Initiative des tschechischen Erweiterungskommissars Stefan Füle hin konnte mit einem neuen »Dialog auf hohem Niveau« jedoch vorläufig eine Lösung gefunden werden, um den bestehenden Stillstand des Beitrittsprozesses aufzuheben und zumindest inhaltlich eine weitere Annäherung Mazedoniens an die Europäische Union zu ermöglichen. Von den 35 Kapiteln, die im Rahmen eines Beitritts in die Europäische Union verhandelt werden, können nun erste Gespräche in den Bereichen der Kapitel 23 (Judikative und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) begonnen werden. Mit diesen beiden Kapiteln beginnen üblicherweise die Beitrittsgespräche zwischen der Europäischen Kommission und einem Beitrittskandidatenland. Die Europäische Kommission

würdigt mit diesem besonderen Vorgehen vor allen Dingen die erzielten Ergebnisse Mazedoniens in den fünf Schlüsselbereichen freie Meinungsäußerung, Rechtsstaatlichkeit, Reformen der öffentlichen Verwaltung, Wahlordnung und Kampf gegen die Korruption. Gerade im letzten Bereich rangiert das Land in internationalen Vergleichen bereits vor einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Deutschland ist einer der wichtigsten Unterstützer und Förderer Mazedoniens in wirtschaftlicher und in technischer Hinsicht.

Serbien und Kosovo

Im März 2012 wurde Serbien, dem größten Land auf dem westlichen Balkan, der Kandidatenstatus verliehen. Noch kurz zuvor aufgetauchte Vorbehalte des Nachbarn Rumänien in Bezug auf die Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen konnten ausgeräumt werden. Der Beschluss der Europäischen Union, mit den Vorbereitungen für Beitrittsverhandlungen mit der serbischen Regierung in Belgrad zu beginnen, fußt auf den maßgeblichen Fortschritten in allen vormals als kritisch eingeschätzten Bereichen, insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Als entscheidend wurde das Dialogabkommen mit Kosovo angesehen, einer ehemals serbischen Provinz mit autonomem Status während der Zeit Jugoslawiens, die seit vier Jahren unabhängig ist und selbst Ambitionen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union verfolgt. Serbien erkennt die Unabhängigkeit der Republik Kosovo nicht an, sondern betrachtet diese als Bestandteil des serbischen Staatsgebiets. Das Land konnte sich im Jahr 2008 bei den Vereinten Nationen mit dem Antrag auf eine Überprüfung der völkerrechtlichen Legitimität der Unabhängigkeitserklärung der Republik Kosovo durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) durchsetzen. Dabei wurde festgestellt, dass die Unabhängigkeitserklärung der Republik nicht gegen das geltende Völkerrecht verstoßen hat; allerdings äußerte sich das Gericht nicht über den völkerrechtlichen Status der Republik Kosovo und erkannte weiterhin die UN-Resolution 1244 als bindend an, die die Übergangsverwaltung durch die Vereinten Nationen regelt, aber keine rechtlich bindenden Aussagen zum künftigen Status macht. Für die endgültige Festlegung des völkerrechtlichen Status' der Republik Kosovo ist eine neue UN-Resolution notwendig, für die allerdings auch die Zustimmung Serbiens benötigt wird. Zur Lösungsfindung sind hier die politischen Akteure gefragt.

Das Dialogabkommen, das unter Vermittlung der Europäischen Union zustande gekommen ist, stellt dazu einen wichtigen Beitrag dar. In dem Abkommen wurde festgelegt, dass in den Beziehungen zwischen beiden Ländern der Name der »Republik Kosovo« mit einem Sternchen bzw. einer Fußnote versehen wird, in der erläutert wird, dass Serbien die Unabhängigkeit nicht anerkennt. De facto ändert sich rechtlich gesehen kaum etwas in den Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina, allerdings hat die

Grenzkonflikt Serbien – Kosovo



Abb. 8 Bevölkerungsgruppen in der »Republik Kosovo«
© dpa, picture alliance, 2013

Europäische Union eine Machbarkeitsstudie für die Integration der Republik Kosovo in die Union angekündigt. Dies bedeutet allerdings noch nicht, dass damit die Vereinbarung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens vorbereitet wird. Dies ist zurzeit ebenfalls nicht möglich, da nicht alle EU-Mitgliedsländer die Unabhängigkeit der Republik Kosovo anerkennen, da sie selbst Autonomiebestrebungen auf ihren Territorien befürchten (z. B.: Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern), einem Beschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens aber alle Mitgliedsländer zustimmen müssten. Kosovo erhofft sich aufgrund des Abschlusses des Dialogabkommens mit Serbien die Anerkennung weiterer EU-Mitgliedsländern, was langfristig zur Einführung eines anderen rechtlichen Rahmens in den Beziehungen zur Europäischen Union führen könnte, doch zeichnet sich dies momentan noch nicht ab. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen in dieser Frage keine geschlossene Haltung, obwohl gerade hier im Sinne einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine einheitliche Stimme die Position der EU auf dem westlichen Balkan massiv stärken würde. Serbien hat durch den Abschluss des Dialogabkommens mit Pristina seine Interessen weitestgehend gewahrt: Es erkennt die Unabhängigkeit der »Republik Kosovo« weiterhin nicht an, erhielt aber in der Sitzung des letzten Europäischen Rates die konkrete Aussicht auf den Beginn von Beitrittsverhandlungen. Die Bedingung ist allerdings, dass sich die Beziehungen zwischen Pristina und Belgrad weiter stabilisieren und die Gespräche weiter fortgesetzt werden. Unabhängig von der zukünftigen Entwicklung ist die »Republik Kosovo« ein potenzielles Kandidatenland für den Beitritt in die Europäische Union, auch wenn hierbei noch viele Hindernisse zu überwinden und Probleme zu lösen sein werden. Neben diesem gewichtigen Problem wird Belgrad dem sozialen, strukturellen und ökonomischen Sektor in Zukunft besondere



Abb. 7 Eine von Serben errichtete Barrikade auf der Brücke über den Ibar-Fluss in Mitrovica im Norden des Kosovos, aufgenommen am 14.2.2013. Im Hintergrund sind serbische Fahnen zu sehen. Der Nato-Angriff auf die damalige »Bundesrepublik Jugoslawien« (Serbien) hatte 1999 die Abspaltung des Kosovos von Serbien ermöglicht. 2008 erklärte sich Kosovo für selbstständig. Serbien erkennt Kosovo als selbstständigen Staat nach wie vor nicht an.

© Thomas Brey, dpa, picture alliance

Aufmerksamkeit und Anstrengungen widmen müssen. In anderen Bereichen, wie der allgemeinen Annäherung an die Europäische Union, sind Fortschritte zu verzeichnen. Von dem Kandidatenstatus und der Aussicht auf den Beginn der Beitrittsverhandlungen erhofft sich Serbien nicht zuletzt positive ökonomische Auswirkungen infolge eines prognostizierten Anstiegs von Auslandsinvestitionen. Damit steht Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Serbien nichts mehr im Weg. Sollte Serbien die Vereinbarungen mit der »Republik Kosovo« gar bis Ende 2013 umsetzen, könnten Beitrittsverhandlungen bereits im Januar 2014 beginnen. Dazu müssten die bei den Gesprächen mit dem Kosovo erzielten Fortschritte jedoch zunächst von der EU überprüft werden.

Montenegro

Den Status eines Beitrittskandidaten hat Montenegro bereits seit 2010 – die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro haben im Juni 2013 begonnen. Verschiedene Themen, wie zum Beispiel die Unterrichtssprache im montenegrinischen Bildungswesen oder eine den europäischen Standards entsprechende Rahmengesetzgebung der Repräsentation ethnischer Minderheiten im Land, ziehen die Aufmerksamkeit internationaler Organisationen auf sich. Im Jahr 2009 würdigte der Rat der Außenministerinnen und Außenminister der Europäischen Union die Fortschritte Montenegros in vielen Bereichen. Die Parlamentswahlen entsprachen nahezu allen internationalen Standards, und auch den Empfehlungen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte wurde grundsätzlich nachgekommen. Montenegro wird dennoch auch weiterhin größere Anstrengungen bei der Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit – einschließlich der Unabhängigkeit der Justiz – unternehmen und nachhaltige Ergebnisse bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption vorweisen müssen. Die Stärkung der Verwaltungskapazitäten, insbesondere in qualitativer Hinsicht, zur wirksamen Durchsetzung des geltenden Rechts ist eine weitere wichtige Aufgabe Montenegros. Verstärkte Bemühungen sind zudem in Bezug auf die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und dabei besonders der Medienfreiheit



Abb. 9 Basisdaten zu Montenegro

© dpa, picture alliance

notwendig. Vier Jahre lang war die Änderung des Wahlgesetzes beraten worden, bevor sie am 7. September 2011 schließlich mit 71 von 81 Stimmen im Parlament angenommen wurde. Das Wahlgesetz, das noch aus Zeiten der »Bundesrepublik Jugoslawien« stammte, musste an die Verfassung aus dem Jahr 2007 angepasst werden, vor allem im Hinblick auf die darin erwähnte »authentische Repräsentation« der Minderheiten. Die Änderung war ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Europäische Union. Die Reformbemühungen dürfen jedoch noch nicht als abgeschlossen angesehen werden. Besonders das ordnungsgemäße Funktionieren der nationalen Verwaltung ist, wie auch in den übrigen Staaten des westlichen Balkans, gerade erst dabei, sich an die Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten anzugleichen, wie es im »Acquis communautaire« (Gemeinsamer Besitzstand, die Summe aller Regelungen und Gesetze der Europäischen Union) vorgesehen ist. Montenegro erhofft sich von der Europäischen Union nun einen konkreten Termin, zu dem die Gespräche für einen Beitritt aufgenommen werden.

37

Planspiel in der politischen Bildung: »Fokus Balkan – 28 plus!« Südosteuropa im Unterricht:

Die EU wird wachsen! Der Frage nach den Grenzen der Integrationspolitik der Europäischen Union und der konkreten Möglichkeit der Aufnahme neuer Staaten geht das Planspiel »Fokus Balkan – 28 plus« auf den Grund, das gemeinsam von der LpB-Baden-Württemberg und dem »Civic-Institut für internationale Bildung« entwickelt wurde.

Sieben Staaten Südosteuropas, darunter u. a. Albanien, Mazedonien, Serbien und die Türkei, möchten in die Europäische Union aufgenommen werden. Die besondere Dynamik eines Erweiterungsprozesses erklärt den Sinn und die historische Dimension der europäischen Einigung und öffnet den unverstellten Blick auf eine oftmals noch unbekanntere Region Europas, den Balkan. Mit dieser Methode gelingt es, sowohl Fragen der traditionellen Außenpolitik als auch Aspekte des europäischen Integrationsgefüges zu erschließen und erfahrbar zu machen. Planspiele eignen sich wie kaum eine andere Lehr- bzw. Lernmethode zur Vermittlung auch komplexer politischer Zusammenhänge. Die Teilnehmenden europabezogener Planspiele übernehmen vor dem Hintergrund einer realen Ausgangslage für die

Dauer des Planspiels realitätsnahe Rollen politischer Akteure der Europäischen Union und verinnerlichen hierbei die Problemlagen einzelner Akteure. So entsteht ein besseres Verständnis für die Prozesse innerhalb der Europäischen Union. Zudem lernen die Beteiligten den Entscheidungsablauf und die Politikfelder der EU persönlich kennen. Dadurch wird die Europäische Union greifbarer und durchschaubarer.

Die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg bietet dieses und andere Planspiele regelmäßig Schulklassen zur Durchführung an. Kontakt über die LpB-Außenstelle Heidelberg:
wolfgang.berger@lpb.bwl.de

Das Planspiel findet sich als PDF online unter:

www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/planspiel/pl_fokus_balkan.pdf (4.8 MB)

In der D&E-Ausgabe 57/2009 »Jugend und Europa« finden sich weitere Informationen sowie exemplarische Rollenkarten:

www.deutschlandundeuropa.de/57_09/jugend_eu.htm

Albanien

Albanien war ebenso wie alle anderen Länder des westlichen Balkans beim Europäischen Rat in Thessaloniki im Jahre 2003 als potenzielles Kandidatenland identifiziert worden. Allerdings gab es zunächst Schwierigkeiten bei der Annäherung an die Europäische Union: Im Jahr 2009 reichte Albanien schließlich offiziell den Antrag für die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union ein, aber die Europäische Kommission konnte zunächst keine Empfehlung für die Zuerkennung des Kandidatenstatus aussprechen.

Die Kommission legte in ihrer Stellungnahme im November 2010 fest, dass Albanien zunächst in zwölf Schlüsselbereichen Anstrengungen unternehmen müsse, um sich den Beitrittskriterien anzunähern. Tatsächlich war es z. B. in Albanien bis 2009 bei Wahlen immer wieder zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Insbesondere bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005 kam es zu massiven Abweichungen, außerdem zu kurzfristigen Änderungen des Wahlrechts im Jahr 2007 während der Kommunalwahl. Diese und andere Ereignisse führten dazu, dass die Europäische Kommission Albanien die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien nicht bescheinigen konnte.

Die letzte Parlamentswahl im Jahr 2009 wurde von der Europäischen Union dann allerdings als »ordnungsgemäß und demokratisch durchgeführt« bewertet, dennoch kam es im Anschluss zu Protesten seitens der Opposition, der Vorwurf der Wahlfälschung stand im Raum. Oppositionelle traten in den Hungerstreik und nahmen nicht an der Arbeit im Parlament teil, es kam sogar zu



Abb. 11 Albanien Ministerpräsident Edi Rama im Parlament am 15.9.2013. Ramas links-orientierte Koalition schlug im Juni 2013 die bis dato regierende konservative Koalition unter Sali Berisha. Das NATO-Mitglied Albanien strebt unter Rama die rasche Mitgliedschaft in der EU an. © dpa, picture alliance

gewaltsamen Ausschreitungen. Langfristig beruhigte sich jedoch die Lage, die Opposition kehrte ins Parlament zurück und man begann, weiter an der Agenda der EU-Integration des Landes zu arbeiten. Im November 2011 konnte ein Abkommen zwischen der Regierungsmehrheit und der Opposition vereinbart werden, das eine Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen für die EU-Integration vorsieht. Des Weiteren wurde 2012 ein nationaler Aktionsplan mit der Europäischen Kommission abgestimmt, sodass mittlerweile von einer erfreulichen Entwicklung gesprochen werden kann. Als Resultat dieser Bemühungen empfahl die Kommission im Oktober 2012 die offizielle Verleihung des Kandidatenstatus für Albanien, wenn in den Bereichen Justiz und Verwaltung weitere Reformen durchgeführt und die Bestimmungen über die Arbeit des Parlaments reformiert würden.

Seit der Unabhängigkeit des Kosovo im Februar 2008 hegen Teile der albanischen und kosovarischen Elite Bestrebungen zur Vereinigung beider Staaten. Eine Vereinigung des Kosovo mit Albanien widerspricht jedoch dem vom Westen und der kosovarischen Führung akzeptierten »Ahtisaari-Plan« zur Unabhängigkeit des Kosovo. Vor den Parlamentswahlen in Kosovo 2010 wurden diese Bestrebungen jedoch offen von der jungen politischen Protestpartei »Vetëvendosje!« in den Wahlkampf eingebracht, die zumindest die Möglichkeit einer Vereinigung nicht ausschließen wollen. Der griechische Außenminister Dimitris Avramopoulos sagte deshalb wegen Bemerkungen des albanischen Ministerpräsidenten Sali Berisha seine Teilnahme an der Hundertjahrfeier Albanien kurzfristig ab. Berisha hatte erklärt, die Gründerväter Albanien hätten einen Staat »von Preveza bis Preševo, von Skopje bis Podgorica« schaffen wollen.

Literaturhinweise

Europäische Kommission (2013) Strategiepaare und Fortschrittsberichte zum EU-Beitrittsverfahren. http://ec.europa.eu/enlargement/countries/strategy-and-progress-report/index_de.htm

Gerhards, Jürgen (2/2006): Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union: Ein Vergleich Zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei. VS-Verlag, Wiesbaden

Otto, Robert (2013) Expansion der EU – Chancen und Risiken: Auswertung potentieller Beitrittskandidaten am Beispiel Island, Kroatien, Montenegro, Mazedonien, Türkei. Diplomica Verlag, Hamburg.



Abb. 10 Ethnische Verteilung von Albanern auf dem westlichen Balkan. Die politischen Strömungen nach einem »Großalbanien« befinden sich in den einzelnen Siedlungsgebieten derzeit deutlich in einer Minderheitenposition.

© dpa, picture alliance

MATERIALIEN

M 1 Dušan Reljic: EU-Orientierung auf dem Westbalkan hat trotz Euro-Krise Bestand, Tagesspiegel 2012

Zum ersten Mal, seitdem es das Eurobarometer gibt, lehnt die Mehrheit der Befragten aus den EU-Mitgliedstaaten die Aufnahme weiterer Länder in die Europäische Union ab. Derzeit sprechen sich 53 Prozent gegen eine erneute Erweiterung der EU aus. Am stärksten ausgeprägt ist die Ablehnung in Deutschland: Nur 20 Prozent würden die Aufnahme weiterer Staaten in die EU begrüßen. Allein in Polen gibt es mit 62 Prozent weiterhin eine eindeutige Mehrheit für die Erweiterung.

Angesichts der Zuspitzung der Eurozonenkrise geht die Bereitschaft der EU-Bürger zur Solidarität mit den »armen Verwandten« in Südosteuropa, die sich als Beitrittskandidaten vor den Toren der EU aufgestellt haben, offenbar abhanden.

Dabei hätten gerade die ökonomisch schwer angeschlagenen Westbalkanländer die ausgestreckte Hand der EU dringend nötig – wie vormals die postsozialistischen Staaten Mitteleuropas oder seinerzeit die postautoritären Staaten Südeuropas (Portugal, Spanien, Griechenland). Immerhin ist die Krise auf dem Westbalkan nur partiell hausgemacht, der überwiegende Teil der akuten Probleme ist die Folge der »Ansteckung« durch das enge Verhältnis zur EU. Seitdem die Wirtschaftskonjunktur in den wichtigsten EU-Partnerländern schwächelt, befinden sich die Volkswirtschaften der Westbalkanländer im freien Fall. Im Außenhandel, den sie zu etwa 60 Prozent mit der EU betreiben, bei den Kapitalinvestitionen sowie im Bankwesen ist die Region weitgehend, in absteigender Reihenfolge, von Deutschland, Italien, Österreich, Griechenland, Frankreich und Ungarn abhängig. Die Krise in der Eurozone hat dazu geführt, dass die Exporte aus Südosteuropa in die EU und die Investitionen von Unternehmen aus der EU schrumpfen. Die Banken auf dem Westbalkan sind weitgehend in italienischer, österreichischer, griechischer und französischer Hand. Viele von ihnen sind gefährdet und weichen daher vor der Vergabe von neuen Krediten zurück.

Die wirtschaftliche Transition ist in den meisten Westbalkanstaaten gescheitert. In den meisten Westbalkanstaaten hat das von der EU, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen internationalen Partnern gepriesene Transitionsmodell versagt. Zwar sind die Wirtschaftssysteme in der Region in den letzten zwei Jahrzehnten liberalisiert worden, Industrieproduktion und internationale Wettbewerbsfähigkeit sind aber zugleich gesunken, Auslandsverschuldung und Haushaltsdefizite gestiegen. Die weitgehende Privatisierung der Wirtschaft und die massive Aufnahme von Krediten im Ausland haben nicht den versprochenen Modernisierungs- und Exportschub bewirkt. Im Gegenteil: Weite Teile der Realwirtschaft sind untergegangen, und der aufgeblähte Handels- und Dienstleistungssektor ist nicht ertragreich genug, um die Schulden zu bezahlen und neues Wachstum zu ermöglichen. (...)

Mangels realistischer Alternativen wird man in Südosteuropa dennoch den bisherigen Wirtschaftskurs fortsetzen müssen: Die Westbalkanstaaten werden den IWF um neue »Überbrückungskredite« ersuchen. Frisches Geld aus Washington gibt es allerdings erst dann, wenn sie weitere Einsparungen im Haushalt, vor allem bei den ohnehin geringen Sozialleistungen, durchsetzen.



M 2 Die mazedonische Bevölkerung feierte am 17.12.2005 in der Hauptstadt Skopje den »Beitrittskandidatenstatus« Mazedoniens zur Aufnahme in die EU
© dpa, picture alliance

Die wenigen übrig gebliebenen rentablen Unternehmen im Staatseigentum, beispielsweise in den Bereichen der Telekommunikation und der Energieversorgung, sowie die Maut-Autobahnen und Flughäfen werden sie früher oder später an transnationale Investoren verkaufen müssen. Im Grunde kann ganz Südosteuropa nur hoffen, dass es in der EU wirtschaftlich bald wieder bergauf geht. Dann könnten die Länder der europäischen Peripherie erneut mehr in die Kernstaaten der EU exportieren; von dort gelangten wieder Investitionen in die Region, und die lokalen Ableger der westlichen Banken würden erneut mehr Kapital in den Wirtschaftskreislauf pumpen. (...)

Zwei politische Tendenzen in den Westbalkanstaaten überraschen jedoch. Eigentlich sollte man meinen, dass die dramatische Wirtschaftskrise das Vertrauen der Bevölkerung in die postsozialistische politische Ordnung und die Mitgliedschaft in der EU als einzig sinnvolle Zukunftsperspektive erschüttert hat. Aber zum einen finden fast überall in der Region weiterhin passable demokratische Wahlen und, wie jüngst in Serbien, undramatische Machtwechsel statt. Die regionale Stabilität – ein Kernanliegen der EU-Erweiterungspolitik in Südosteuropa seit dem Ende der jugoslawischen Nachfolgekriege – ist trotz des Schiffbruchs bei der Übernahme des westlichen marktwirtschaftlichen Modells bisher nicht grundsätzlich beschädigt. Zum anderen ist der Wunsch nach einem EU-Beitritt in den meisten Westbalkanstaaten mehrheitlich noch vorhanden – trotz der »Ansteckung« durch die Wirtschaftsmalaise der EU und trotz der offenen Ablehnung seitens der meisten EU-Bürger, neue »Mitbewohner« ins »europäische Haus« aufzunehmen. In den Parlamenten werden die von der EU empfohlenen Reformgesetze weiterhin vorbehaltlos verabschiedet. Zwar liegt die Unterstützung eines EU-Beitritts nicht mehr bei 50 Prozent, aber die Zahl der Befürworter hat sich, laut Eurobarometer, zwischen 50 und 60 Prozent gehalten.

Die Stabilität der Demokratie und die Bewahrung der EU-Orientierung im Westbalkan sind frohe Botschaften für die EU. Es muss nun Aufgabe der Politiker sein, sie laut zu verkünden und die EU-Bürger an das zentrale, strategische Ziel der EU zu erinnern: die Festigung des Friedens auf dem Kontinent durch die Aufnahme neuer Staaten in die Brüsseler Gemeinschaft. Gerade in Zeiten der Schuldenkrise muss der europäische Gedanke gestärkt und weiterverfolgt werden. Mit dem Rückhalt der EU-Bevölkerung.

© Dušan Reljic: EU-Orientierung auf dem Westbalkan hat trotz Euro-Krise Bestand, Tagesspiegel 28.8.2012, www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/beitrittskandidaten-eu-orientierung-auf-dem-westbalkan-hat-trotz-euro-krisebestand/7064558.html

M 3 Pressemitteilung des EP vom 23.5.2013: EU-Beitritt – Unterschiedliche Aussichten für Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien

Während Bosnien und Herzegowina noch weit davon entfernt ist, die Bedingungen für den Start des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses zu erfüllen, ist die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bereit, Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen. Dies bekräftigten die Abgeordneten in zwei getrennten Abstimmungen (...). Sie bestanden darauf, dass sich der Umgang mit den Bewerberländern und den potenziellen Kandidaten beim Integrationsprozess nach ihren jeweiligen eigenen Leistungen richten sollte. (...)

»Bosnien und Herzegowina bleibt leider immer noch hinter anderen Ländern in der Region zurück. Um dies zu ändern, brauchen wir ein viel stärkeres Engagement und die Bereitschaft der politischen Eliten, gemeinsam eine klare Vision für Bosnien und Herzegowina zu erarbeiten und umzusetzen«, sagte die Berichterstatterin für Bosnien-Herzegowina, Doris Pack (EVP, DE). »Im Interesse der Bürger müssen wir auch das Geschwür der Korruption entschieden bekämpfen«, fügte sie hinzu.

In der mit Handzeichen verabschiedeten Resolution unterstreichen die Abgeordneten die dringende Notwendigkeit umfassender Verfassungsreformen auf Ebene des Staates wie der Körperschaften, um das Land in eine voll funktionierende Demokratie zu verwandeln. Bosnien und Herzegowina müsse endlich auch das Urteil von 2009 des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Gleichberechtigung beim passiven Wahlrecht umsetzen. (...)

»Die EU begrüßt mit Recht die Fortschritte zwischen Serbien und dem Kosovo. Der Mut, den die Regierungen dieser beiden Länder aufgebracht haben, wird heute auch von den politischen Führungen in Athen und Skopje gebraucht. Der Europäische Rat muss verstehen, dass jemand, der in einer Warteschlange steht keinen Schritt weiterkommt, irgendwann wieder geht«, sagte Richard Howitt (S&D, UK), Berichterstatter für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, der die Mitgliedstaaten der EU dazu aufforderte, die Beitrittsgespräche mit Skopje unverzüglich zu starten. (...)

Die Resolution über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wurde mit 505 Stimmen verabschiedet, bei 61 Gegenstimmen und 31 Enthaltungen.

© www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/2013052...erschiedliche-Aussichten-für-Bosnien-Herzegowina-und-Mazedonien

M 4 Anja Czymmek: Ein kleiner Schritt nach vorn für Mazedonien. Konrad-Adenauer-Stiftung

Mazedonien hat positive Nachrichten aus Brüssel erhalten. Der Fortschrittsbericht 2012 der Europäischen Kommission bedeutet für das Land einen Schritt nach vorne und lässt bei vielen Mazedoniern wieder Hoffnung auf den baldigen Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen aufkommen, weil zum ersten Mal die Verhandlungen zur Lösung des Namensstreits mit Griechenland, auf Anregung der EU-Kommission, parallel zu den Beitrittsverhandlungen geführt werden sollen.

Der Medienberichterstattung und den Statements von Politikern war nach der Veröffentlichung des EU-Fortschrittsbericht 2012 eine positive Resonanz anzumerken. Diese ist besonders wichtig in einer Phase, in der die Frustration im Land über den schleppenden Fortgang des EU-Integrationsprozesses die positive EU-Stimmung zunichte zu machen droht. Nach der Vorstellung des Berichts und den Statements des EU-Erweiterungskommissars, Stefan Füle, und des EU-Botschafters in Mazedonien, Aivo Orav, keimt Hoffnung auf, dass endlich wieder Bewegung in Mazedoniens Integrationsprozess kommt. Dieser begann im April 2001 mit der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsab-

kommen mit der Europäischen Union und setzte sich seit 2005 mit der Erlangung des Kandidatenstatus fort. Bereits im Jahr 2009 war von der Europäischen Kommission erstmals eine Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ausgesprochen worden, die seither jährlich wiederholt, aber von Griechenland wegen des sogenannten Namensstreits verhindert wurde. In dem jetzt vorgelegten Bericht, der mit 70 Seiten einen deutlich geringeren Umfang hat als der Bericht 2011, werden die Ergebnisse der Reformbemühungen der mazedonischen Regierung sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Parameter ausführlich erfasst. Dem Fortschrittsbericht vorausgegangen war seit dem 15. März 2012 der Beginn eines so genannten Beitrittsdialogs auf hohem Niveau (High Level Accession Dialogue – HLAD), der einen Mechanismus darstellt, um die Reformbemühungen in Gang zu halten, ohne dass ein Termin für die Beitrittsverhandlungen feststeht. Die Gespräche zwischen der EU und Mazedonien finden seither in fünf Schlüsselbereichen statt. Dies sind: 1) Freie Meinungsäußerung und ethische Standards in den Medien; 2) Stärkung des Rechtsstaats; 3) Reform der öffentlichen Verwaltung; 4) Wahlrechtsreform und 5) Fortentwicklung der Marktwirtschaft.

© www.kas.de/mazedonien, 22.10.2012

M 5 Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Durchführung von Reformen im Rahmen des Dialogs auf hoher Ebene und Förderung gutnachbarlicher Beziehungen. Straßburg 16.4.2013

(...) Im Berichtszeitraum entstand eine politische Krise, nachdem es am 24. Dezember 2012 im Parlament bei der Verabschiedung des kontrovers diskutierten Staatshaushalts 2013 zu Tumulten gekommen war. Die gewaltsame Entfernung von Abgeordneten der Opposition und Journalisten aus dem Parlamentsaal durch das Sicherheitspersonal führte dazu, dass die größte Oppositionspartei das Parlament boykottierte und mit dem Rücktritt ihrer Abgeordneten und einem Boykott der Kommunalwahlen drohte. Durch die darauffolgende politische Blockade wurden das Funktionieren des ohne Opposition weiterarbeitenden Parlaments und die Organisation der Kommunalwahlen beeinträchtigt. Die Parteien überwand den Stillstand durch eine Vereinbarung vom 1. März, die eine Rückkehr zur normalen Arbeitsweise des Parlaments, die Durchführung der Kommunalwahlen und die Verpflichtung auf strategische Prioritäten und Reformen ermöglichte. (...) Im November 2012 wurden Änderungen zum Strafgesetzbuch verabschiedet, mit denen die Tatbestände Verleumdung und Beleidigung entkriminalisiert wurden. Außerdem wurde ein neues Gesetz über die zivilrechtliche Haftung für Beleidigungen und Verleumdungen verabschiedet, in dem unter anderem das Höchstmaß an Schadensersatz festgelegt wird, das Zivilgerichte in Verleumdungsfällen zuerkennen können. Die Gesetzesreformen standen im Einklang mit den europäischen Standards. Sie wurden durch Gespräche zwischen der Regierung und dem Journalistenverband im Rahmen des 2011 eingeführten Medienrundtischs und der zugehörigen Arbeitsgruppe erleichtert, wobei auch den Ratschlägen eines Experten des Europarats Rechnung getragen wurde. Bis Ende 2012 nahmen über 200 Richter, Rechtsanwälte, Journalisten und andere Akteure an Schulungen zur freien Meinungsäußerung teil und 2013 wird ein spezifisches Schulungsprogramm für alle mit Verleumdungsfällen befassten Richter durchgeführt, dessen Schwerpunkt auf Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention liegt. (...) Es bedarf erheblicher Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Gerichte die neuen Rechtsvorschriften im Einklang mit den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention umsetzen.

© Europäische Kommission, Fortschrittsbericht über Mazedonien (2012), http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/mk_rapport_2012_de.pdf

M 6 Deutsche Welle: Bericht Serbien: Beginn der Verhandlungen 2014

Seit zehn Jahren gibt es die Zusage für eine Mitgliedschaft in der EU. Jetzt ist klar: Serbien darf verhandeln, spätestens im Januar 2014. Doch der Weg in den Klub ist noch lang.

Serbien hat den nächsten Schritt zur angestrebten Mitgliedschaft in der Europäischen Union gemacht. Die 27 Staats- und Regierungschef der EU legten beim Gipfeltreffen fest, dass Verhandlungen über einen Beitritt spätestens im Januar 2014 beginnen sollen. Der Balkanstaat Serbien ist seit März 2012 Kandidat für einen Beitritt. Bereits seit 2008 bemüht sich Serbien aktiv um die Aufnahme in die Union. Der Beginn konkreter Verhandlungen hatte sich immer wieder verzögert, weil das Verhältnis zum Staat Kosovo geklärt werden musste. Kosovo hatte sich 2008 für unabhängig erklärt. Serbien betrachtet Kosovo aber als abtrünnige Provinz.

Nicht alle EU-Staaten haben die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt. Spanien zum Beispiel fürchtet bei einer Anerkennung eine Verstärkung der Bestrebungen nach Unabhängigkeit im eigenen Landesteil Katalonien. In diesem schwierigen Umfeld hatte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton monatelange Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo moderiert, um eine Annäherung der beiden Staaten zu erreichen. Schließlich wollen beide irgendwann in der Europäischen Union sein. Das von Ashton vermittelte Abkommen regelt vor allem den Status der serbischen Minderheit im nördlichen Kosovo sowie die Beteiligung der Serben im Kosovo an Polizei und Justiz. Das Abkommen wurde unmittelbar vor dem EU-Gipfel vom kosovarischen Parlament gebilligt. Allerdings haben Vertreter der Serben im Nordkosovo bereits erklärt, sie wollten sich nicht an das Abkommen halten und deshalb die für November vorgesehene Kommunalwahl im Norden boykottieren. (...)

Im Kosovo protestierten nationalistische gesinnte Kräfte gegen das Abkommen und für eine Vereinigung mit dem Nachbarstaat Albanien. Angesichts dieser Spannungen rät der deutsche Außenminister Guido Westerwelle zur Vorsicht. Er will die Umsetzung des Annäherungsabkommen zwischen Serbien und Kosovo erst einmal beobachten und dann Verhandlungen über einen EU-Beitritt Serbiens im Januar aufnehmen.

Andere EU-Staaten hatten wie Serbien für einen Starttermin im Oktober plädiert. Der serbische Regierungschef Ivica Dacic sagte am Mittwoch bei einem Besuch in Brüssel, sein Land werde das Abkommen mit Kosovo erfüllen. »Ich hoffe, dass die Beitrittsverhandlungen nicht zehn Jahre dauern, sondern dass wir in vier oder fünf Jahren in der EU sein können«, sagte Dacic bei einer Pressekonferenz mit der EU-Außenbeauftragten Ashton. (...)

Wann Kosovo Verhandlungen mit der EU über einen möglichen Beitritt aufnehmen kann, ist ungewiss. Noch stehen 5500 NATO-Soldaten im Kosovo, um das Land zu stabilisieren. Die EU unterhält eine zivile Mission (EULEX) zum Aufbau des Justizwesens und einer rechtsstaatlichen Verwaltung im Kosovo. Die EU-Außenbeauftragte Ashton hatte im April empfohlen, Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit Kosovo zu beginnen. Die Staats- und Regierungschefs billigten in Brüssel diesen weiteren konkreten Schritt zur Annäherung Kosovos an EU-Standards.

1999 hatte die NATO Kosovo und Serbien angegriffen, um Gewalttaten serbischer Truppen gegen die albanisch-stämmige Bevölke-



M 7 Der EU-Kommissar für »Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik«, Stefan Füle, links, Republik Tschechien, beim serbischen Präsidenten Tomislav Nikolic in Belgrad, Serbien am 18.7.2013. Mit Serbien sollen im Frühjahr 2014 die offiziellen Beitrittsverhandlungen zur EU begonnen werden.

© epa, Koca Sulejmanovic, dpa, picture alliance

rung in der damaligen serbischen Provinz Kosovo zu beenden. Serbien ging gegen die Kämpfer der kosovarischen »Befreiungsarmee« UCK vor. Nachdem der serbische Machthaber Slobodan Milosevic im Jahr 2000 gestürzt wurde, dauerte es noch drei Jahre bis die Europäische Union dem westlichen Balkan, und damit auch dem ehemaligen Kriegsgegner Serbien, beim Gipfeltreffen von Thessaloniki die Mitgliedschaft in Aussicht stellte. (...)

Neben Serbien sind die Türkei, Montenegro, Island und Mazedonien Kandidaten für einen EU-Beitritt. Verhandelt wird im Moment nur mit dem Kleinstaat Montenegro. Die Verhandlungen mit der Türkei stocken. Die Eröffnung eines weiteren Verhandlungskapitels wurde wegen der Polizeigewalt gegen Demonstranten in der Türkei in den Herbst verschoben. Die isländische Regierung will von sich aus die bereits weit gediehenen Verhandlungen aussetzen, weil es in der Fischereipolitik Schwierigkeiten gibt und die Skepsis gegenüber der EU auf der Atlantikinsel stark anwächst.

Zu den potentiellen Kandidaten, die in Zukunft beitreten könnten, gehören nach Angaben der EU-Kommission neben Kosovo auch Bosnien-Herzegowina und Albanien. Die Europäische Union hat allen Staaten auf dem westlichen Balkan die Aufnahme in die Europäische Union versprochen. Die Geschwindigkeit hänge von der Entwicklung bei den jeweiligen Kandidaten ab, so EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle.

Die Beitrittskandidaten müssen eine Reihe von Reformen vollziehen, um Politik, Verwaltung und Justiz an EU-Vorgaben anzupassen. Besonderes Augenmerk legt Erweiterungskommissar Füle auf die Eindämmung von Korruption und Justizwillkür. (...)

© Deutsche Welle, 28.6.2013, www.dw.de/serbien-beginn-der-verhandlungen-2014/a-16913639

5. Die Türkei und ihre EU-Perspektive – Eine journalistische Betrachtung

MICHAEL MATTING

Die 50-jährige Geschichte der vertraglichen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei ist seit Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen beiden, 1963 (»Abkommen von Ankara«), reich an Rückschlägen, Irritationen und Störungen. Zwar deutet ein Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, den die Außenminister Deutschlands und der Türkei, Westerwelle und Davutoglu, gemeinsam geschrieben haben (FAS 12.5.2013), in eine ganz andere Richtung. Sein Titel: »Seite an Seite in die Zukunft«. Damit ist auch gemeint: In eine europäische Zukunft. Wörtlich heißt es in dem Artikel: »Wir haben das gemeinsame Ziel, der Annäherung zwischen Europäischer Union und Türkei neues Leben einzuhauchen. (...) Deshalb wollen wir dem türkischen Beitrittsprozess neuen Schwung geben, die EU und die Türkei müssen ihn voranbringen.« Aber kurz nach Veröffentlichung dieses Artikels geschah zunächst das Gegenteil: Jeglicher Schwung war raus aus der Annäherung zwischen der EU und der Türkei. Die für den Herbst 2013 geplante Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei nach 3 Jahren des Stillstands – wurde zunächst um Monate verschoben und soll Ende 2013 wieder aufgenommen werden.



Abb. 1 Protestierende errichten beim Eingang des Gezi-Parks in Istanbul Barrikaden. Der Gezi-Park wurde im Mai 2013 Ausgangspunkt für landesweite Proteste, in denen sich die allgemeine Unzufriedenheit zunächst mit einer geplanten Bebauung, später mit der türkischen Regierung ausdrückte. Die Grünanlage wurde vom 15. auf den 16. Juni 2013 von der Polizei gewaltsam geräumt, was heftige Proteste gegen den Polizeieinsatz im In- und Ausland auslöste. © 13.6.2013, dpa, picture alliance

42

■ Verschiebung der Beitrittsverhandlungen

Die Grund dafür war das international kritisierte, harte Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte gegen Demonstranten, die gegen die von der Regierung geplante Abholzung des Istanbuler Gezi-Parks demonstrierten, aber auch gegen den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan.

Der türkische Minister für EU-Angelegenheiten, Egemen Bagis, reagierte auf die verschobene Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei brüskiert. »Die Türkei hat auch noch andere Optionen«, erklärte er gegenüber der Süddeutschen Zeitung (24.6.2013). In dieser Formulierung spiegelt sich eine Haltung, die in der Türkei in den vergangenen Jahren immer weitere Verbreitung fand, eine selbstbewusste Distanz zur EU nach dem Motto »Die Türkei kann auch ohne EU.« Aus der Gegenrichtung klang das kurz darauf so: »Wir sollten die Türkei nicht als Vollmitglied aufnehmen«, sagte Bundesfinanzminister Schäuble am 3. Juli 2013 bei einer CDU-Veranstaltung in Düsseldorf.

In der Geschichte der Annäherung zwischen der EU und der Türkei gab es immer wieder Irritationen wie die gerade beschriebenen, die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sind nach wie vor extrem störungsanfällig. Aber es gibt aktuell einen gravierenden Unterschied zu früher. Die Türkei war – vor dem Hintergrund eines in ihrer jüngeren Geschichte beispiellosen wirtschaftlichen Erfolgs – noch nie so selbstbewusst gegenüber der EU wie zur Zeit. Davon kündet vor allem die Nicht-Anerkennung des EU-Mitglieds Republik Zypern. Ein beachtlicher Affront gegenüber der EU, der bis heute nachhaltig die Annäherung zwischen EU und

Türkei bremst. Allerdings ist es bei weitem nicht die einzige Hürde auf dem Weg zur Anerkennung der Türkei als EU-Mitglied.

■ Die Position der EU gegenüber der Türkei

In der jährlich aktualisierten Mitteilung der EU-Kommission zur Erweiterungsstrategie, die von der Kommission selbst als wichtigste Zustandsbeschreibung der Beitrittskandidaten bezeichnet wird, heißt es am 10.10.2012 über die Türkei unter anderem: »Die Besorgnis wegen des Mangels an substanziellen Fortschritten der Türkei bei der vollständigen Erfüllung der politischen Kriterien wächst. Erhebliche Bedenken bestehen weiterhin hinsichtlich der Achtung der Grundrechte im Land. (...) Die Rechte auf Freiheit und Sicherheit sowie auf ein faires Gerichtsverfahren sowie die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit werden durch die unverhältnismäßige Anwendung der Gesetze über Terrorismus und organisierte Kriminalität immer wieder verletzt.«

Die EU-Kommission kritisiert darüber hinaus, dass die Türkei im zweiten Halbjahr 2012 ihre Beziehungen zum Vorsitz des Rates der EU (Zypern) eingefroren hat und sich weigerte, »an jeglicher Sitzung des zypriischen Vorsizes teilzunehmen«. Das sei inakzeptabel. Die EU-Kommission forderte deshalb von der Türkei, »dass die Rolle des Vorsizes des Rates, die ein im Vertrag verankertes grundlegendes institutionelles Merkmal der EU ist, uneingeschränkt geachtet wird.« Diese Forderung erfüllte die Türkei jedoch nicht. Weiter heißt es in der Mitteilung der EU-Kommission, dass »die kurdische Frage« für die Demokratie in der Türkei weiterhin »eine zentrale Herausforderung« sei. Eine politische Lösung sei dringend notwendig. Die EU-Kommission kommt zu dem Schluss: »Insgesamt muss die Türkei noch beträchtliche Anstrengungen unternehmen, um in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte höchste Standards zu erreichen.«

26 Jahre liegen zwischen dieser kritischen Beurteilung durch die EU und dem Beitrittsgesuch der Türkei (1987), immerhin 8 Jahre sind es seit Beginn der Beitrittsverhandlungen (2005). Erkennbar ist der Weg der Türkei in die EU immer noch sehr weit.

Die rechtlichen Bestimmungen der EU in allen Lebensbereichen, die von der Türkei als EU-Beitrittskandidat vollständig übernommen werden müssen, sind in 35 Verhandlungskapiteln zusammengefasst (u. a.: Justiz und Grundrechte, Bildung und Kultur, Sozialpolitik, Umwelt). Von den insgesamt 35 Kapiteln konnte bislang nur ein einziges abgeschlossen werden: »Wissenschaft und Forschung«.

Aber selbst wenn es eines fernen Tages zum Abschluss aller 35 Verhandlungskapitel kommen sollte, stünde die Türkei vor einer erneuten Hürde. Darauf hat der damalige EU-Beitrittskommissar Günter Verheugen einmal mit folgenden Worten hingewiesen: »Wenn irgendwann (...) Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vor dem Abschluss stehen sollten, brauchen wir die Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Mitgliedsstaaten. Wie die endgültige Entscheidung ausfallen wird, weiß heute niemand.« (Stuttgarter Zeitung, 10.1.2004)

Die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Türkei als EU-Beitrittskandidat

Das deutsch-türkische Verhältnis ist aus mehreren Gründen entscheidend für den Fortgang der Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei. Zum einen gehört Deutschland ohne Zweifel zu den politisch einflussreichsten Staaten innerhalb der EU. Zum anderen wird die Türkei in keinem anderen EU-Staat so unmittelbar erlebbar wie in Deutschland. 3 Millionen türkischstämmige Menschen leben laut aktuellem Migrationsbericht der Bundesregierung hier.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat seit ihrem Amtsantritt immer wieder ihre Skepsis gegenüber einem Beitritt der Türkei zur EU betont. Merkel äußerte sich dazu schon am 5. Juni 2005, wenige Monate bevor sie Bundeskanzlerin wurde und wenige Monate vor Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, in einem Interview gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung mit folgenden Worten: »Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist beschlossene Sache. Doch es müssen tatsächlich ergebnisoffene Verhandlungen geführt werden. CDU und CSU werden ihre Überzeugung in die Verhandlungen einbringen, dass eine privilegierte Partnerschaft statt einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei das richtige Verhandlungsergebnis ist.« Auf die Nachfrage »Schließen Sie eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU grundsätzlich ein für allemal aus?«, antwortete die Bundeskanzlerin: »Wir wollen die privilegierte Partnerschaft.«

Wesentlich deutlicher als Bundeskanzlerin Merkel drückte Wolfgang Schäuble (CDU) seine Meinung zur EU-Anwartschaft der Türkei aus. Was er kurz und knapp am 3. Juli 2013 bei einer CDU-Veranstaltung in Düsseldorf formulierte (»Wir sollten die Türkei nicht als EU-Vollmitglied aufnehmen [...] die Türkei ist nicht mehr Europa«), hat er zuvor schon ausführlicher begründet.

»Sechs Gründe gegen die Aufnahme der Türkei in die EU« war ein Namensartikel von Schäuble in der BILD-Zeitung am 15. Dezember 2004 überschrieben. Darin erklärte Schäuble unter anderem: »Vorrangiges deutsches Interesse ist das Gelingen der europäischen Einigung. (...) Unsere Zukunft liegt in der Europäischen Union als einer wirklichen politischen Einheit. Dazu müssen wir die Menschen in Europa gewinnen, und das gelingt nicht, wenn man Europa ins Grenzenlose überdehnt. Europa hat nämlich sehr wohl geographische Grenzen. Niemand käme im Ernst auf die Idee, an der türkischen Grenze zu Syrien, Iran



Abb. 2 Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan am 25.2.2013 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Ankara. © Kay Nietfeld, dpa

oder Irak befände er sich noch in Europa. Niemand will unsere türkischen Freunde zurückstoßen. Wir sind an möglichst engen und partnerschaftlichen Beziehungen zur Türkei stark interessiert. Aber nicht jedes Land, zu dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten, gehört deswegen auch schon zu Europa.«

Zweifellos ist diese Position Schäubles bis heute unverändert und ebenso zweifellos repräsentiert er damit die Mehrheitsmeinung in der CDU.

In die gleiche Richtung geht, was das Auswärtige Amt, wenn auch wesentlich diplomatischer, als »Die Position der Bundesregierung« beschreibt (www.auswaertiges-amt.de, dort unter dem Stichwort »EU-Erweiterung: Türkei«): Deutschland habe ein besonderes Interesse an der Heranführung der Türkei an die Europäische Union. Die Bundesregierung stehe zur Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei »als ergebnisoffenem Prozess«. Bevor es zum EU-Beitritt der Türkei komme, müsse sie aber die Kopenhagener Kriterien erfüllen, das Ankara-Protokoll vollständig umsetzen, außerdem müsse die »Aufnahmefähigkeit« der Europäischen Union gewährleistet sein.

Die Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem EU-Beitrittskandidaten Türkei schwankt, ist deutlich von tagesaktuellen Ereignissen abhängig. Nach dem gewaltsamen Vorgehen der türkischen Polizei gegen Demonstranten im Juni 2013 sprachen sich 66 Prozent der Deutschen gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aus, nur 29 Prozent dafür. Das ergab eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Magazins »stern« (20. Juni 2013). Zum Vergleich: Kurz vor Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005 waren immerhin noch 43 Prozent der Deutschen für eine Aufnahme der Türkei in die EU.

Die Türkei und ihre EU-Ambitionen

Die Haltung der Türkei zur EU ist aktuell am umfangreichsten im »2012 Progress Report prepared by Turkey« dokumentiert.

Die türkische Regierung veröffentlichte ihn im Dezember 2012, also zwei Monate nach dem Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg in die EU (»Turkey 2012 Progress Report«). Im Vorwort des türkischen Fortschrittsberichts erklärt der türkische Minister für EU-Angelegenheiten, Egemen Bağış: »Wie Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan betont, ist der Beitrittsprozess der Türkei an die EU das wichtigste Modernisierungsprojekt der Türkei seit der Gründung der Republik. Also setzen wir unsere intensiven und systematischen Anstrengungen in dieser Richtung fort. (...) Unsere Regierung ist zweifellos die reformorientierteste in Europa. (...) Die Türkei erlebt die demokratischste, transparenteste und wohlhabendste Periode ihrer Geschichte.«

Dann betont der türkische Minister für EU-Angelegenheiten, dass dieser von der Türkei selbst verfasste Fortschrittsbericht »die beste Antwort« an die sei, die behaupteten, dass die Türkei derzeit auf dem Weg in die EU keine Fortschritte mache. Gemeint ist die EU-Kommission.

Im selben Bericht wird von türkischer Seite dann jedoch durchaus konzidiert, dass der Verhandlungsprozess zwischen Türkei und EU – sieben Jahre nach Verhandlungsbeginn – »leider nicht am gewünschten Punkt« sei. Das sei aber nicht der Türkei anzukreiden, sondern liege an den »politischen Blockaden durch einige EU-Mitgliedsstaaten«. Die Türkei ihrerseits habe die notwendigen Reformen mit Nachdruck verwirklicht und setze den Reformprozess kontinuierlich fort. Schließlich sei die EU auch der wichtigste Handelspartner der Türkei. Fast 40 Prozent ihres Außenhandels wickle sie mit der EU ab. Und 85 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei kämen aus EU-Staaten.

Ein halbes Jahr nach diesem von der Türkei in selbstbewusstem Ton verfassten EU-Fortschrittsbericht ließ die türkische Regierung im Juni 2013 gegen sie und ein Bauprojekt in Istanbul gerichtete Proteste brutal niederschlagen. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte dazu (laut Süddeutscher Zeitung vom 18. Juni 2013 gegenüber RTL): »Das, was im Augenblick in der Türkei passiert, entspricht nicht unseren Vorstellungen von Freiheit der Demonstration, der Meinungsäußerung.«

Sie war nicht allein mit dieser deutlichen Kritik. »Die Türkei, die heute durch Erdogan vertreten wird, hat keinen Platz in Europa«, meinte der Fraktionschef der Sozialisten im Europaparlament, Hannes Swoboda (laut Süddeutscher Zeitung vom 13. Juni 2013 – Seite 1: »Erdogan setzt EU-Beitrittsgespräche aufs Spiel.«



Abb. 4 Taksim Platz vor dem Gezi-Park, Istanbul, am 11.6.2013 – Die Polizei versuchte am 11.6.2013 den Taksim Platz mit Gewalt zu räumen. Mehrere 1.000 Personen protestierten im Gezi-Park und Umgebung und leisteten Widerstand. Wenige Tage später erfolgte die gewaltsame Räumung.

© Thomas Rassloff, dpa

Der türkische Minister für EU-Angelegenheiten, Egemen Bagis, schrieb daraufhin im Juli 2013 einen offenen Brief an die New York Times, offensichtlich bemüht, beruhigend auf die internationale Öffentlichkeit einzuwirken. Unerwähnt lässt er die vielfach kritisierte, brutale Niederschlagung der Proteste in Istanbul. Bagis schreibt: »Zweifelloso hat die Türkei die notwendigen Schritte in Richtung einer weiteren Demokratisierung unternommen, indem sie die Rechte und Freiheiten ihrer Bürger erweitert hat. Wir werden als Regierung weiterhin die Nachhaltigkeit eines demokratischen Umfeldes gewährleisten, wie in anderen europäischen Demokratien, in denen unterschiedliche Stimmen friedlich zu hören sind.« (»Turkey's Democratic Path«, New York Times, 29. Juli 2013)

Mit diesen Worten reagierte Bagis auf einen Türkeikritischen Kommentar, der kurz zuvor in der New York Times erschienen war (»Turkey's E. U. Bid« – »Die Türkei und ihre EU-Bewerbung« – 26. Juli 2013) Darin hieß es, Ministerpräsident Erdogans »harte, sogar gefährliche Angriffe gegen Europa und ausländische Journalisten« stünden im Widerspruch zum Ziel der Mitgliedschaft in einer Wirtschafts-Gemeinschaft, deren 35 (Aufnahme-)Kriterien unter anderem den Respekt vor Bürgerrechten, vor der Pressefreiheit und andere demokratische Werte einschlossen. Ministerpräsident Erdogans müsse zeigen, dass er willens sei, »Meinungsverschiedenheiten in einer Demokratie zu akzeptieren und dass er weitere Reformen auf den Weg bringen kann.«

In der Internet-Ausgabe der größten türkischen Tageszeitung Hürriyet (www.hurriyetdailynews.com) erschien am 4. Juli 2013 ein Kommentar des Kolumnisten Mustafa Aydin. Er ist in vieler Hinsicht aufschlussreich, denn er spiegelt die aktuellen Probleme in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, enthält aber trotzdem ein klares Bekenntnis zur EU-Perspektive der Türkei.

Der Kolumnist meint, die harte Kritik des Europäischen Parlaments und von Bundeskanzlerin Merkel nach den jüngsten Unruhen in der Türkei im Sommer 2013 und »die harten Worte«, die zwischen hochrangigen türki-

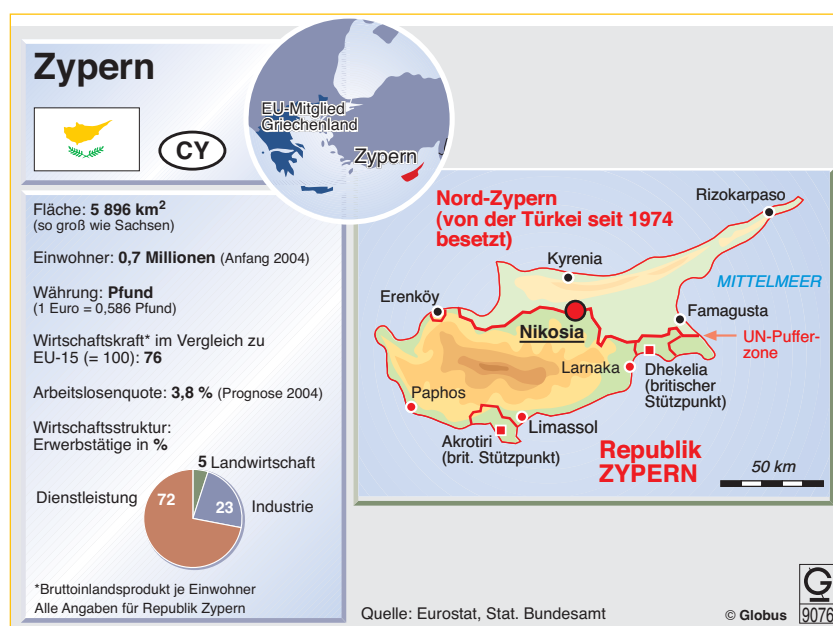


Abb. 3 Die Insel Zypern ist seit 1974 geteilt. Der größere Südteil wird von der »Republik Zypern«, seit 2004 Mitgliedstaat der EU, beherrscht, die völkerrechtlich die ganze Insel umfasst (außer den britischen Militärbasen). Der Nordteil steht unter Kontrolle der »Türkischen Republik Nordzypern«, die nur von der Türkei anerkannt wird, die den Norden 1974 militärisch besetzte. Zwischen Nord- und Südteil liegt eine Pufferzone, die als »Grüne Linie« die Hauptstadt Nikosia teilt und von Friedenstruppen der Vereinten Nationen überwacht und verwaltet wird.

© dpa, picture alliance

schen und EU-Offiziellen gefallen seien, seien »nicht hilfreich« gewesen. Sie hätten gezeigt, wie »brüchig« der Annäherungsprozess zwischen Türkei und EU sei. »Anscheinend respektieren sich viele Politiker – auf türkischer und auf EU-Seite – nicht mehr«, meint der Kommentator und fügt hinzu: »Das muss sich schnell ändern wenn die Türkei zumindest eine kleine Hoffnung auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft aufrechterhalten will.« Denn die EU-Perspektive bringe der Türkei »wichtige Vorteile – politisch, sozial und wirtschaftlich«, schreibt der Kommentator und folgert: »Die Türkei muss in der Spur bleiben – gegen alle Widerstände.« Er lässt dabei offen, ob das derzeit auch der Wille der politischen Führung der Türkei, also der Wille von Ministerpräsident Erdogan ist. Dieser habe bei einem öffentlichen Auftritt vor Anhängern der Regierungspartei AKP die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die das Vorgehen der türkischen Polizei kritisiert hatten, beschimpft, berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 17. Juni 2013 (Michael Martens: »Volkstribun und Demagoge«). Die Europäer sollten sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. Es sind unter anderem Äußerungen wie diese, die innerhalb der EU den Eindruck verfestigen, dass der Wille der Türkei zur Annäherung an die Europäische Union derzeit eher unterentwickelt ist.

Die Hürden der Türkei auf dem Weg in die EU

1. Menschenrechte

Der Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« kommt das Verdienst zu, seit Jahrzehnten gut belegt auf Verletzungen der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit in der Türkei hinzuweisen. Damit ist es »Amnesty International« gelungen, den Opfern eine Stimme zu geben und damit auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Insofern hat der jährlich von Amnesty International veröffentlichte »Länderbericht Türkei« eine besondere Bedeutung.

Der aktuelle Jahresbericht 2013 (mit Rückblick auf das Jahr 2012) liest sich EU-perspektivisch ernüchternd (www.amnesty.de). Da heißt es unter anderem, dass die Meinungsfreiheit weiterhin eingeschränkt sei. Wer zu kontroversen Fragen, vor allem der Kurdenfrage, eine von der staatlichen Linie abweichende Meinung äußere, sei häufig strafrechtlich verfolgt worden. Weiter berichtet Amnesty International, dass es auch 2012 wieder Vorwürfe wegen Folter und anderen Misshandlungen in Gefängnissen gegeben habe. Und dass in diesem Zusammenhang Untersuchungen und Strafverfahren wegen mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen durch Staatsbedienstete »mit Mängeln behaftet« gewesen seien. Und Amnesty International kritisiert, dass es – auf Grundlage der umstrittenen sogenannten Anti-Terror-Gesetze – unfaire Gerichtsverfahren gegeben habe.

2. Zypern

Bis heute weigert sich die Türkei, zyprischen Schiffen, Flugzeugen und LKW freien Zugang auf türkisches Hoheitsgebiet zu gewähren, verletzt also aus EU-Sicht die in der Zoll-Union geltende Warenverkehrsfreiheit. Die Türkei begründet ihre Haltung damit, dass sie die Republik Zypern nicht anerkenne. Deshalb erneuerte der Rat der Europäischen Union seit 2006 regelmäßig seinen Beschluss, keine weiteren Verhandlungskapitel mit der Türkei zu eröffnen. Die EU wertete es als Vertragsverletzung des Ankara-Protokolls durch die Türkei, dass sie zwar mit neun der 2004 der EU

Die Kurdengebiete

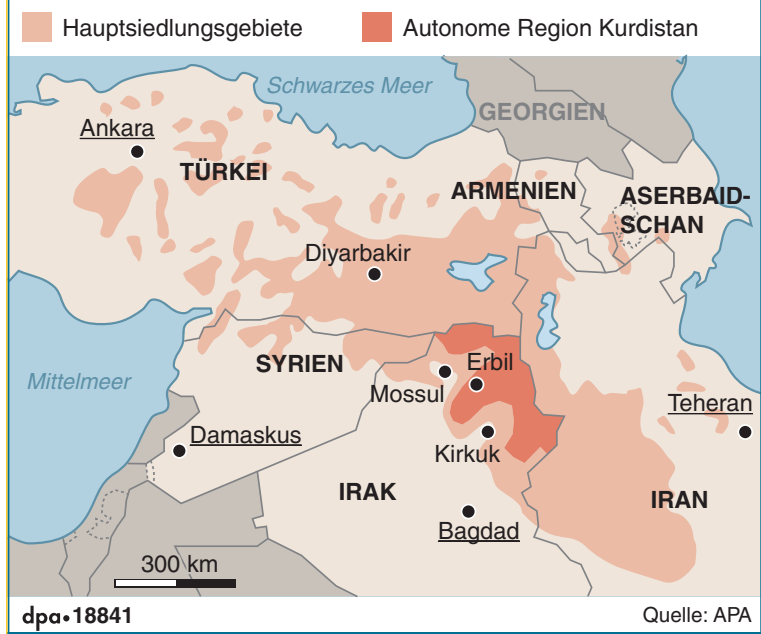


Abb. 5 Die Karte zeigt die Staaten, über die sich das Siedlungsgebiet der ethnischen Kurden erstreckt. Die betroffenen Staaten vermeiden zumeist die Bezeichnung »Kurdistan« oder verbieten den Gebrauch des Begriffes sogar. Kurdische Nationalisten fördern dagegen seinen Gebrauch. Die Kurden in der Türkei stellen mit schätzungsweise 20 Prozent der Gesamtbevölkerung (ca. 15 Millionen) die größte ethnische Minderheit in der Türkei dar. Da bei den Volkszählungen in der Türkei seit 1985 nicht mehr nach der Muttersprache gefragt wird, gibt es keine exakten Angaben zur Anzahl der Kurden in der Türkei. © dpa, picture alliance

beigetretenen Staaten die Bedingungen der Zoll-Union erfüllt, nicht aber mit dem ebenfalls beigetretenen Zypern. Und obwohl die Türkei bis heute an dieser Position festhält, plante die EU für den Sommer 2013 die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Sie wurden jedoch erneut – ohne Nennung eines konkreten Termins – vertagt: Auf den Herbst 2013.

3. Kurden

Die »kurdische Frage« sei weiterhin eine zentrale Herausforderung für die Demokratie in der Türkei und brauche dringend eine politische Lösung: So formulierte es die EU-Kommission in einer Mitteilung zur Erweiterungsstrategie und den wichtigsten Herausforderungen in den Jahren 2012/2013.

Geschätzte 20 Prozent der türkischen Bevölkerung sind Kurden, d. h. jeder Fünfte. Bei einer Gesamtbevölkerungszahl der Türkei von 75 Millionen wären als rund 15 Millionen kurdischer Abstammung. Das Kurdische ist eine eigene Sprache. Das aber hat die Türkei bis heute in nicht umfänglich anerkannt. Die Geschichte der Kurden in der Türkei ist eine Geschichte von Gewalt (Unterdrückung der Kurden durch den türkischen Staat) und Gegengewalt (Angriffe der PKK gegen türkische Sicherheitskräfte).

Seit die kurdische Untergrund-Organisation PKK 1984 ihren Kampf für mehr Rechte der Kurden gegen den türkischen Staat begonnen hat, kamen mindestens 45.000 Menschen ums Leben. Angehörige der türkischen Armee, der Sicherheitskräfte, kurdische Untergrundkämpfer und Zivilisten. Dass diese tödlichen Auseinandersetzungen ein Ende finden müssen, fordert die EU seit Jahrzehnten sowohl von der PKK, die die EU seit 2002 als Terror-Organisation einstuft, als auch vom türkischen Staat. Genauso, wie die EU seit Jahrzehnten schon mehr Rechte für die Kurden fordert.

Zu einer bemerkenswerten, weil in dieser Form bislang einzigartigen Friedensinitiative kam es Anfang des Jahres 2013. Nach Ge-

heim-Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Öcalan erklärte dieser am 21. März 2013 in einer schriftlichen Erklärung: »Heute beginnt eine neue Ära (...). Wir sind an dem Punkt zu sagen: Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen. (...) Die Zeit ist gekommen, unsere bewaffneten Kräfte hinter die Grenze zurückzuziehen.«

Der türkische Regierungschef Erdogan reagierte mit den Worten, wenn es von Seiten der PKK keine bewaffneten Aktionen mehr gebe, werde auch die türkische Armee keine bewaffneten Aktionen ausführen. Bundesaußenminister Westerwelle meinte, ein Waffenstillstand würde »Raum für politische Vereinbarungen schaffen, mit denen (...) auch Vorstellungen der kurdisch-stämmigen Bürger der Türkei auf legitime Weise im Rahmen des türkischen Staates abgebildet würden.«

Die PKK begann nach eigenen Angaben am 8. Mai 2013 mit dem Abzug ihrer Kämpfer vom Boden der Türkei über die Grenze in den kurdisch dominierten Norden des Irak. Die von ihr geforderten politischen Gegenleistungen der türkischen Regierung (Unterricht in kurdischer Sprache, regionale politische Autonomie) blieben jedoch nach Einschätzung der PKK aus. Deshalb drohte sie, ab 1. September 2013 die Kämpfe wieder aufzunehmen.

Im Gegenzug warf der türkische Regierungschef Erdogan der PKK vor, lediglich 20 Prozent ihrer Kämpfer hätten die Türkei verlassen. Das sei ein Bruch der Vereinbarung, zumal die vom türkischen Regierungschef Erdogan am 30. September 2013 vorgelegten Vorschläge zur »Demokratisierung der Türkei« die Kurden in keiner Weise zufriedenstellten. Nur an Privatschulen, nicht an öffentlichen, sei Unterricht in kurdischer Sprache denkbar, erklärte Erdogan. Auch sei die Aufhebung des Verbots der Buchstaben »Q, W und X« (die es im Kurdischen gibt, nicht aber im Türkischen) vorstellbar, kündigte der türkische Ministerpräsident an. So könnten zwangsweise ins Türkische umbenannte Ortschaften ihre kurdischen Namen wieder annehmen. Und kurdische Eltern könnten ihren Kindern wieder kurdische Namen geben, was derzeit verboten ist.

Die Kurden reagierten ablehnend auf die Vorschläge der türkischen Regierung. Sie seien keine Antwort auf das Demokratisierungsbedürfnis der Türkei, meinte Gültan Kisanak, die stellvertretende Vorsitzende der kurdischen Partei für Frieden und Demokratie, BDP. Skeptisch reagierte auch die EU auf die Vorschläge des türkischen Ministerpräsidenten, die dieser selbst »historisch« nannte. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte laut Nachrichten-Agentur dpa: »Wir werden sehr genau die Umsetzung der Maßnahmen im richtigen Leben beobachten.«

■ Ausblick: Wann wird die Türkei EU-Mitglied?

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) warf in einem Interview mit der Zeitung »Die Welt« (27. Juni 2013) einen schonungslos realistischen, desillusioniert anmutenden Blick auf die EU-Perspektive der Türkei, als er sagte:

»Wir führen seit Jahren Verhandlungen mit der Türkei, ohne dass sich die Mitgliedstaaten darauf verständigt hätten, ob sie die Türkei tatsächlich wollen. Zypern und damit Griechenland können nicht zustimmen, solange der Grenzkonflikt nicht gelöst ist. In mehreren EU-Mitgliedsstaaten gibt es eine enorme Skepsis. Und die deutsche Regierungschefin spricht von einem ergebnisoffenen Ausgang der Verhandlungen. Ich war immer der Meinung, dass Beitrittsverhandlungen so heißen, weil sie den Beitritt zur Folge haben. Ansonsten müsste man es ja Erkundungsgespräche über Formen des Zusammenlebens nennen.«



Abb. 6 Rund zwei Millionen Kurden feiern am 21. März 2013 in Diyarbakir, Türkei, das kurdische Neujahrsfest »Newruz«. Auf der Kundgebung wurden auch Fotos des inhaftierten PKK-Chefs Abdullah Öcalan gezeigt sowie Reden von ihm abgespielt. Die kurdische Arbeiterpartei PKK ist in der Türkei verboten und wird auch von der EU als terroristische Organisation eingestuft. © DIHA, ABACAPRESS, dpa

Er sei, erklärte EU-Parlamentspräsident Schulz, »immer für den EU-Beitritt der Türkei« gewesen. Aber er sehe, »dass innerhalb der EU keine Bereitschaft dafür besteht. Und ich muss zu meiner eigenen Enttäuschung beobachten, dass diese Bereitschaft auch in der Türkei abnimmt.« Man müsse »den Europäern« sagen: »Ihr könnt nicht permanent Verhandlungen führen, wenn ihr sie eigentlich nicht wollt.«

In einem der wenigen politikwissenschaftlichen Bücher, die in den vergangenen Jahren zum Thema »EU-Türkei« erschienen sind (»Turkey and the European Union«, 2012, Hrsg.: Cigdem Nas, Yonca Özer), kommen die Autoren zu dem Schluss, dass es seit 2010 einen Stillstand in den türkisch-europäischen Beziehungen gebe. Die Politik der EU gegenüber der Türkei habe die türkische Gesellschaft und die politische Elite des Landes desillusioniert. Verbreitet sei das Gefühl, von der EU ungerecht behandelt zu werden. Immer weniger Türken glaubten deshalb an die EU-Perspektive ihres Landes. Außerdem hätten – unter anderem – die wirtschaftliche Dynamik der Türkei und die Stabilität der Regierung Erdogan seit 2002 zu der weit verbreiteten Ansicht geführt, dass die Türkei »den EU-Anker« nicht brauche.

Allerdings gebe es in der Türkei immer noch den Wunsch nach mehr Demokratie und eine deutliche Mehrheit der Zivilgesellschaft betrachte die EU als äußeren Impuls, Motivation und Anreiz für eine Demokratisierung. Die Geschichte der Türkei und der EU sei noch nicht abgeschlossen (»Turkey's EU narrative is still not finished«).

Literaturhinweise

APuZ (2009): Türkei, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31722/tuerkei

BpB (Hrsg.) (2012): Türkei. Informationen zur politischen Bildung Heft. Bonn www.bpb.de/shop/zeitschriften/informationen-zur-politischen-bildung/77026/tuerkei

Cigdem Nas/Yonca Özer (2012): Turkey and the European Union. Ashgate. Marmara University, Türkei

Ermagan, Ismail (Hrsg.) (2010): Die Europäische Union und der Beitritt der Türkei. LIT-Verlag. Münster.

Leggewie, Claus (Hrsg.) (2004): Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt.

Die Geschichte der Annäherung zwischen Türkei und der EWG/EG/EU

1959 stellte die Türkei bei der EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, einen Antrag auf Assoziierung.

1963 wurde das Assoziierungsabkommen geschlossen, das sogenannte »Ankara-Abkommen«. In Kraft trat es 1964 und schon damals, vor 49 Jahren, war von der Option »Vollmitgliedschaft« die Rede.

Allerdings wirkten unter anderem die Militärputsche in der Türkei, 1971 und 1980, wie Bremsklötze auf die Beziehungen zwischen der EWG und der Türkei. Nach dem Putsch von 1980 forcierte die EG die Beziehungen zur Türkei sogar ein. Und 1982 wurde das 19 Jahre zuvor geschlossene »Ankara-Abkommen« ausgesetzt.

1987 kam die Türkei der Europäischen Gemeinschaft wieder näher, sie stellte den Antrag auf Beitritt. Daraufhin wurde 1988 zwar das sechs Jahre zuvor ausgesetzte Ankara-Abkommen wieder in Kraft gesetzt. Allerdings stellte die EG 1989 den Beitrittsantrag der Türkei zurück. 30 Jahre nach der ersten engeren Kontaktaufnahme durch die Türkei gab es also Stillstand in den politischen Beziehungen zwischen Brüssel und Ankara.

1993 definierte die EU die »Kopenhagener Kriterien«, die jeder Beitrittskandidat zu erfüllen hat, bevor er Mitglied werden kann. Dabei handelt es sich um drei Gruppen von Kriterien: Politische, wirtschaftliche und rechtliche. Mit Blick auf die Türkei steht bis heute vor allem die Forderung der EU, ein Beitrittskandidat müsse die Einhaltung der Menschenrechte garantieren, im Mittelpunkt.

Seit 1996 gilt zwischen der EU und der Türkei das Abkommen über die Zoll-Union, das den Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten einen deutlichen Schub gab. Diese Zoll-Union hatte zum Zeitpunkt ihrer Vereinbarung insofern eine besondere Bedeutung, als es das erste Abkommen dieser Art zwischen der Europäischen Union und einem ihr nicht angehörenden Staat war.

1997 entschied sich die EU beim Gipfel in Luxemburg zu einem diplomatischen Spagat: Sie erklärt, dass die Türkei für einen Beitritt prinzipiell in Frage kommt, verwehrt der Türkei aber den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten.

1998 findet in London ein EU-Gipfel statt, an dem elf Beitrittskandidaten teilnehmen, die Türkei gehört nicht dazu, wird aber trotzdem eingeladen. Allerdings sagte der damalige türkische Ministerpräsident Yılmaz – offensichtlich verärgert – die Teilnahme ab.

1999 ist es dann soweit: Der EU-Gipfel in Helsinki markiert den Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. Sie wird zum Beitrittskandidaten ernannt, der aber eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen habe. Genannt werden unter anderem die Kopenhagener Kriterien mit besonderer Betonung der Einhaltung der Menschenrechte. Trotzdem kalkulierte der damalige türkische Ministerpräsident Ecevit den EU-Beitritt der Türkei auf das Jahr 2004. Die größte türkische Zeitung »Hürriyet« kommentierte am Tag des Helsinki-Gipfels mit Blick auf die von Seiten der EU in Zukunft zu erwartenden Ansprüche an die Türkei skeptisch: »Die Forderungen werden kein Ende nehmen, auf diese entnervende Phase müssen wir uns einstellen. Wenn man uns ernstwüdigem will, sollten wir bereit sein, an der Tür wieder umzukehren. Schon bald wird Europa fordern, dass die Militärs den Nationalen Sicherheitsrat verlassen sollen, die werden weder auf unsere Verfassung, noch auf unsere Gesetze oder auf unsere besondere Situation Rücksicht nehmen.« (Hürriyet, 11. Dezember 1999, Kommentar von Emin Cölasan)



Abb. 7 Abgeordnete des Europäischen Parlaments am 15. Dezember 2004. Sowohl das EP als auch der Europäische Rat stimmten Ende 2004 der Forderung der Europäischen Kommission zu, der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zu erteilen. © dpa, picture alliance

Nach der Ernennung zum Beitrittskandidaten unterzeichneten die Türkei und die EU im Jahr 2000 beim EU-Gipfel in Nizza die sogenannte Beitrittspartnerschaft. Angemahnt wird von EU-Seite eine Lösung des Zypern-Konflikts und eine (nicht ausdrücklich so genannte) Entmachtung des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei, in dem das Militär zu diesem Zeitpunkt de facto eine dominierende Position gegenüber der Politik einnahm.

2004 – Ein weiteres entscheidendes Jahr im Verhältnis EU-Türkei. Zunächst wurde im Frühjahr – neben neun anderen Ländern – die international (jedoch nicht von der Türkei) anerkannte Republik Zypern in die EU aufgenommen, der griechische Teil der Insel. Der Konflikt mit dem Beitrittskandidaten Türkei, der als einziger Staat die »Türkische Republik Nord-Zypern« anerkennt, war programmiert. Trotzdem entschied der Europäische Rat Ende 2004: Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen 2005 beginnen. Die EU ist hoffnungsvoll, das Thema Zypern werde sich im Laufe der Beitrittsverhandlungen bewältigen lassen. Bis heute – 2013 – gibt es dafür keinerlei Anzeichen.

Wie im Jahr zuvor beschlossen, nehmen die EU und die Türkei am 3. Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen auf, die als ergebnisoffen interpretiert werden. Denn nach diesen (auf zehn bis fünfzehn Jahre kalkulierten) Beitrittsverhandlungen soll nicht nur geprüft werden, ob die Türkei die Beitrittsbedingungen erfüllt. Sondern auch umgekehrt, ob die EU die Aufnahme der Türkei wirtschaftlich und politisch verkräften würde.

2006 beschließt der Rat wegen Zypern die teilweise Aussetzung der Beitrittsverhandlungen. Bis zur Lösung des Zypern-Konflikts sollen acht von 35 Verhandlungskapiteln ungeöffnet bleiben.

2009 ernannt die Türkei Egemen Bagis zum Staatsminister für Europafragen und hauptamtlichen EU-Chefunterhändler. 2011 wird er zum Minister für EU-Angelegenheiten ernannt.

2012 beschließt die Europäische Kommission gegenüber der Türkei eine sogenannte »Positive Agenda«.

Die für den Juni 2013 von der EU geplante Öffnung des Verhandlungskapitels 22 (»Regionalpolitik und Koordination strukturpolitischer Instrumente«) wurde nach der brutalen Niederschlagung von Protesten gegen die Regierung auf Herbst 2013 vertagt.

MATERIALIEN

M 1 Selmin Caliskan: »Erdogan kann die Uhr nicht mehr zurückdrehen«, 25.6.2013

Um die Proteste und Polizeigewalt in Istanbul aus der Nähe zu beobachten, ist Selmin Çaliskan, die Chefin von Amnesty-International Deutschland, in die Türkei gereist. Interview: Oliver Das Gupta.

SZ.de: Seit drei Wochen erschüttern Proteste und das gewaltsame Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten die Türkei. Sie sind gut vernetzt, Frau Caliskan. War es absehbar, dass es zu solch einer Eskalation kommt?

Selmin Caliskan: Überhaupt nicht, das massive Losschlagen der Sicherheitskräfte hat alle überrascht. Freunde und Bekannte von mir sind in ihren Sommerkleidchen in den Gezi-Park gegangen, weil die Protestbewegung völlig friedlich war. Niemand hat damit gerechnet, dass die Polizei mit brutaler Gewalt gegen friedliche Bürger vorgeht. Ein Teil der Demonstranten wäre sonst sicherlich gar nicht in den Gezi-Park gegangen. Und ein anderer Teil hätte Helme und Gasmasken mitgenommen.

SZ: Wie kann die Protestbewegung gegen eine drastisch agierende Regierung bestehen?

Selmin Caliskan: Die Gruppe ist völlig heterogen, auch deshalb stehen die Chancen gut, dass sie überlebt und sich weiterentwickelt. Es sind eben nicht die üblichen Demonstranten, die da auf die Straße gehen und zusammengeknüppelt werden. Da mischen sich mehrere Gesellschaftsschichten und Generationen, auch Senioren und an sich völlig unpolitische Menschen sind dabei. Die Protestbewegung knüpft inzwischen an Oppositionstraditionen aus den 1980er Jahren an. Damals bildeten sich Volksräte – heute sind es Gezi-Park-Räte, die sich in verschiedenen Parks treffen, um zu diskutieren und sich austauschen. Sie sprechen über eigene Erfahrungen und reden auch darüber, welche Türkei sie in Zukunft haben wollen. (...)

SZ: Die Regierung lässt inzwischen immer mehr Menschen festsetzen, die Rede ist von einer »Verhaftungswelle«. Ist das noch Demokratie?

Selmin Caliskan: Der Staat Türkei hat eine demokratische Basis, doch wie diese Regierung agiert, ist von Grund auf falsch. Das Land wird überzogen mit Drohungen und Angst. Die Sicherheitsorgane verfolgen Menschen, die stumm auf dem Taksim-Platz demonstrieren, sogar Ärzte, die sich engagieren, bekommen die Wut der Regierung zu spüren. Es gibt sogar ein Internet-Video, auf dem ein Wasserwerfer das deutsche Krankenhaus hier in Istanbul attackiert. Dies alles und die bislang 8000 Verletzten und vier Toten zeigen den Bürgern auf bittere Weise, dass dieses Land noch einen weiten Weg vor sich hat.

SZ: Warum kuschen viele türkische Medien vor der Regierung und berichten kaum über die Proteste?

Selmin Caliskan: Es handelt sich einerseits um vorausseilenden Gehorsam. Auf der anderen Seite sind viele kritische Journalisten schon im Gefängnis oder warten auf ihren Prozess. Amnesty International hat auf die Verfolgung unliebsamer Pressevertreter und der Verletzung der Meinungsfreiheit schon im Frühjahr hingewiesen.

SZ: Wegen dieser Knebelung der Pressefreiheit brach allerdings kein Massenprotest los. Die AK-Partei von Premier Erdogan hat bislang breiten Rückhalt in der Bevölkerung.

Selmin Caliskan: Mal sehen, was davon noch übrig ist bei den nächsten Wahlen. Was gerade passiert, verändert die Türkei. Die Leute wachen auf. Die Solidarität wächst – und das lagerübergreifend. Auch unpolitischen Menschen wird plötzlich der Wert von Freiheit und Bürgerrechten klar. Auf die Pressebeschränkungen reagiert die Protestbewegung mit einem eigenen Fernsehkanal, der über das Internet abrufbar ist. Die Regierung hat mit ihrer Gewalt das Gegenteil ihrer Ziele erreicht. Premier Erdogan kann die Uhr nicht mehr zurückdrehen.

© www.sueddeutsche.de/politik/amnesty-deutschland-chefin-alkan-erdoan-kann-die-uhrenicht-mehr-zurueckdrehen-1.1702135, 25.6.2013



M 2 Der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan sprach am 16.6.2013 in Kazil Cesme, Istanbul, vor Tausenden von Anhängern, nachdem Stunden zuvor Polizeikräfte die Proteste gegen seine Regierung auf dem Taksim Platz gewaltsam aufgelöst hatte.

© Tolga Adanall/Dephotos, Abacapress, dpa, picture alliance

M 3 Achim Wagner, StZ, Ankara: »Der Beginn einer wehrhaften Zivilgesellschaft«

Was vor eineinhalb Wochen als überschaubarer Protest gegen ein Bauvorhaben der Regierung am Taksim-Platz im Istanbul Gezi-Park begann, hat sich zu landesweiten Unruhen ausgeweitet. Bilder und Nachrichten vom heftigen Vorgehen der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas verbreiteten sich über die sozialen Netzwerke, ließen den Protest rasch wachsen und trugen ihn weiter in andere Städte, wo es nun schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei gibt: Stadtzentren unter Tränengasbeschuss – Hausfrauen, die mit Kochlöffeln auf Töpfe schlagen und den Rücktritt des türkischen Premiers fordern, in abgelegeneren Vierteln. Die Türkei erlebt seit Jahren einen wirtschaftlichen Aufschwung, dessen Zentrum Istanbul ist. Lange konnte sich die Regierung einer Unterstützung durch weite Teile der Bevölkerung sicher sein. Diese droht ihr nun wegzubrechen. Jüngere Vorhaben wie der Bau der dritten Bosphorusbrücke finden die Kritik von Umweltschützern, die geplante Einschränkung des Alkoholkonsums stößt auf den Widerstand etwa der kemalistischen Opposition, und doch lässt sich allein damit dieser anhaltende Ausbruch des Unmuts nicht erklären. »Wir Türken warten und sitzen, fast egal, was geschieht, wir sind ein sehr geduldiges Volk«, sagt ein älterer Demonstrationsteilnehmer. »Aber wenn wir aufstehen, dann setzen wir uns so schnell nicht mehr hin.«

Die Unruhen zeigen die Schattenseiten des Erfolgs, in den großen Städten findet eine umfangreiche Gentrifizierung statt, alte gewachsene Nachbarschaften lösen sich auf, neue entstehen. Die Privatisierung staatlicher Betriebe führt zu Entlassungen und Lohnsenkungen. Einzelhandelsgeschäfte in guter Lage weichen den Filialen großer Ketten. Menschen, die bisher von dem Aufschwung und dem Konsumprofitiert haben, wie die Besitzer von Buden, die Alkohol verkaufen, fühlen sich und ihre Familien plötzlich in der Existenz bedroht.

Die betroffenen Menschen finden sich in den Demonstrationen zusammen mit den Mitgliedern der zahlreichen linken Splitterparteien, Schülern, Studenten, Umweltaktivisten, Feministinnen, mit Anhängern der kemalistischen Oppositionspartei aus der Ober- und Mittelschicht und mit immer mehr Menschen, die sich aus schlichter Solidarität den Protesten anschließen, fernab von politischem Aktivismus, Radikalität, von der Zugehörigkeit zu einer bestimmaren politischen Richtung. Es ist diese letzte Gruppe, die dem gegenwärtigen Protest das Fundament bietet und das politische Gefüge zu verändern mag (...).

Wie auch immer die Unruhen ausgehen werden, die vergangenen Tage scheinen den Beginn einer wehrhaften Zivilgesellschaft in

der Türkei zu markieren. Wie oben bereits erwähnt, sind es die sozialen Medien, in denen sich die Proteste ungefiltert spiegeln, wo von der jüngeren und mittleren Generation Videos und Fotos geteilt werden, ununterbrochen berichtet wird. Die beständig hochgehaltenen Mobiltelefone während der Kundgebungen als Symbol für die Präsenz und Relevanz des virtuellen Raums zeigen die enorme Bedeutung der Netzwerke, die diesen Raum zur Verfügung stellen. Über Tage fanden sich in den großen türkischen Medien keine Berichte über die gegenwärtigen Proteste. Sie wurden schlicht verschwiegen, was einerseits nur wieder zu weiterem Unmut führte und andererseits dem Einzelnen eine doppelte Bedeutung als Teilnehmer und Berichterstatte gibt.

© Achim Wagner: Der Beginn einer wehrhaften Zivilgesellschaft, in: Stuttgarter Zeitung, 5.6.2013

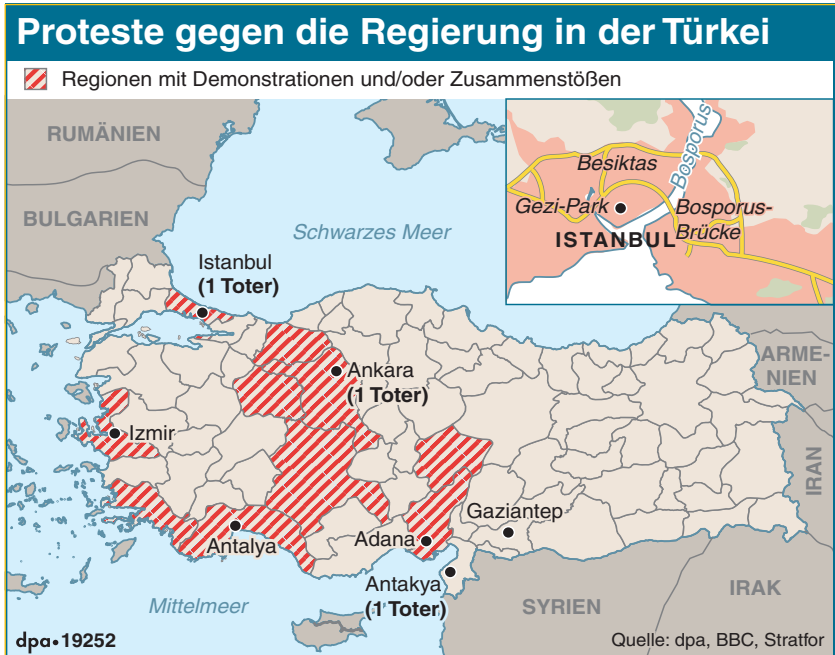
M 4 Wolfgang Günter Lerch: »Osmans Wiederkehr. Der Gegensatz zwischen »weißen« und »schwarzen Türken« sitzt tief und scheint derzeit nicht überwindbar«

Seit Gründung der modernen Türkei unter Kemal Pascha Atatürk im Jahr 1923 ist das Land nach Westen »orientiert«, seit 1952 ist es sogar Mitglied der Nato. An dieser außenpolitischen Ausrichtung, die – neben dem türkischen Nationalismus – die »raison d'être« der Republik ausmacht, hat keine der zahlreichen Regierungen gerüttelt. Als im Jahr 1996 in der Person von Necmettin Erbakan (1926–2010) erstmals ein Politiker Ministerpräsident wurde, dessen politische Vorstellungen im Koran und in der islamischen Tradition wurzeln, musste die Öffentlichkeit erleben, dass seine erste Auslandsreise nicht nach Amerika oder Europa führte, sondern in das Libyen des Despoten Gaddafi. Die veröffentlichte Meinung war empört, die Generalität nicht weniger, auch wenn sie zunächst eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Erbakan an den Tag legte. Doch nach nicht ganz einem Jahr musste der Islamist sein Amt verlassen und ging in die Opposition zurück. In einem kaum wahrnehmbaren »sanften Putsch« hatte die Armeeführung des Landes ihn seines Amtes enthoben. Direkt wollte man nicht intervenieren, denn das hatte man schon drei Mal getan: 1960, 1971 und 1980.

Heute regieren Erbakans geistige Erben das Land. Die 2002 erstmals an die Regierung gewählte »Partei für Gerechtigkeit und Aufbau« (Adalet ve Kalkinma Partisi, AKP) ist zwar nicht mehr islamistisch im strengen Sinne, sieht ihre Wurzeln jedoch im politischen Islam. Ihre Gründer, Ministerpräsident Erdogan und der Staatspräsident Gül, sind Zöglinge Erbakans. Auch Außenminister Davutoglu gehört der AKP an.

Der Aufstieg der Partei hat viele verstört, nicht allein in der Türkei, sondern auch in Europa, wo man das islamistische Schreckgespenst vielleicht noch mehr fürchtete als in der Türkei selbst. Doch die AKP überraschte zunächst viele. Die Wirtschaft florierte, die Partei setzte so viele demokratische Reformen ins Werk, dass sie im Jahr 2007 ein Drittel Stimmen mehr bekam als im Jahr 2002 und ihre Herrschaft weiter stabilisierte. Zwar zeigten sich bald Verschleißerscheinungen und Verkrustungen, auch eine gewisse Arroganz der Macht war zu spüren; doch auch im Jahr 2011 blieb sie mit annähernd der Hälfte der Stimmen stärkste Partei.

In Europa hat man lange gebraucht, um zu verstehen, was seit 2001 in der Türkei geschah. Für den Westen waren die weltlichen Kemalisten die Fortschrittlichen und Guten, die »Islamisten« hingegen die Strenggläubigen, also hinterwäldlerisch und schlecht. Die Türken selbst sind bis heute in dieser Angelegenheit gespal-



M 5 Proteste gegen die Regierung Erdogan im ganzen Land, nachdem die Demonstrationen auf dem Taksim-Platz in Istanbul gewaltsam von der Polizei aufgelöst wurden. © 2013, dpa, picture alliance

ten. Es verwirrte die westliche Öffentlichkeit, dass die »islamistische« AKP all jene Gesetze wenigstens ein Stück weit veränderte oder gar abschaffte, um die sich die »Kemalisten« jahrzehntlang nicht gekümmert hatten: Der AKP ist es zu verdanken, dass die Todesstrafe in Friedenszeiten abgeschafft wurde und Vorschriften gelockert wurden, die mit der Kurden-Frage zu tun haben. Heute dürfen Kurden sich in einer Weise kulturell bemerkbar machen, die unter früheren, »fortschrittlich-weltlichen« Regierungen undenkbar gewesen war.

Die Türkei hat mittels des Stimmzettels eine Umwälzung erlebt, die nicht nur eine äußere, gesellschaftliche Seite hat, sondern auch eine innere, tiefere Seite, in der die Kulturgeschichte des Landes und damit die Geschichte des Islams insgesamt steckt. Zum ersten Mal seit der Staatsgründung hat eine Schicht die Macht inne, die bisher von ihr ferngehalten worden war. Das sind die frommen Anatolier und all jene, die von dort in die großen Ballungsräume der Städte gezogen sind, die Opfer der Landflucht oder der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen PKK und der Armee. Hinzu kommen die Kleinbürger in den Städten, die bis heute fest im islamischen Milieu gründen, während Angehörige der kemalistischen Oberschicht sich häufig nur noch als »Kulturmuslime« verstehen. (...) Die türkische Soziologin Nilüfer Göle verwendete für diese Spaltung die Begriffe »weiße Türken« und »schwarze Türken«. Ein wenig schematisch kann man in den »weißen Türken« jene gebildeten Leute sehen, die in osmanischer Zeit auf dem Balkan lebten, vor allem in Städten (...). Dort wurden sie mehr als die Anatolier mit europäischen Ideen und Anschauungen bekannt. (...) In den vergangenen Dekaden nun hat ein Prozess sein Ende gefunden, den man als politische Emanzipation der »schwarzen Türken« aus Anatolien charakterisieren kann. Der traditionellen Elite ist das alles andere als recht, obwohl ihr Versagen in den neunziger Jahren sehr viel dazu beigetragen hat. Denn der Kemalismus, wenn es ihn als geschlossene Ideologie überhaupt geben sollte, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht weiterentwickelt. Als »modern« und »westlich« gelten immer noch Denk- und Verhaltensnormen, die in Europa längst überholt sind: Nationalismus, autoritäres Gebaren, Hochschätzung alles Militärischen, Gehorsam sowie die Nachahmung eines westlichen Lebensstils, der sich längst gewandelt hat.

© Wolfgang Günter Lerch: Osmans Wiederkehr, in: FAZ vom 1.7.2013, S. 7

M 6 Der türkische Minister für EU-Angelegenheiten Egemen Bagis (2012)

As Prime Minister Recep Tayyip Erdogan underlines, the EU accession process is the most important modernisation project for Turkey following the proclamation of the Republic. Thus, we continue our intensive and systematic efforts in line with this philosophy. Attaining best standards in all areas and further enhancing the fundamental rights and freedoms of our citizens is of utmost importance. With this understanding, we are currently undertaking efforts to overcome the political blockages in the negotiations through political and diplomatic contacts while continuing the reform process with determination.

Since the year 2002, around 2000 primary and secondary legislation have been enacted for alignment with the EU acquis. This silent revolution has substantially transformed Turkey. Our government undoubtedly has become the most reformist government in Europe. At a time when EU Member States have been struggling with crises, Turkey is experiencing the most democratic, transparent and prosperous period of its history. The “2012 Progress Report prepared by Turkey” is a document that lists the reforms realised in Turkey from an objective perspective. This Report is doubtless the best response to those who claim that Turkey’s progress on the EU path has virtually come to a halt. (...)

Although seven years have passed since the start of the negotiations and Turkey has realised the necessary reforms on this path with determination, unfortunately the process is not at the desired stage because of the political blocks posed by some Member States. Turkey is steadily continuing for the reform process despite the difficulties in the negotiation process. When this Report, summarising only the work carried in the past year, is examined carefully, it can be seen that the process has resulted in significant achievements for our country. The EU process supports democratisation and accelerates reforms in this context in Turkey. The scope of citizens’ individual rights and freedoms has been expanded, values such as transparency, accountability and participation which are the fundamental principles of contemporary democracies have become a part of our daily lives. (...)

Turkey is undergoing a process of socio-economic transformation with the contribution of the reforms carried out in the EU process. Every step taken within the scope of alignment with the EU is taken with consideration of whether this step is beneficial for increasing the welfare and raising the living standards of our citizens.

The EU process, in addition to this change and transformation, plays a significant role in the maintenance of a stable environment for growth in Turkey. Despite the current crisis, the EU is still the largest economy in the world and Turkey’s most important trade partner. Nearly 40% of our external trade is with the EU Member States. The EU is the source of 85% of foreign direct investment and technological capital in Turkey. It should not be overlooked that the continuity of economic benefit is ensured by Turkey’s commitment to the EU process as a candidate country and the environment of stability and opportunities brought by this process.

© Egemen Bagis (2012), Minister for EU Affairs and Chief Negotiator, in: 2012 Progress Report prepared by Turkey (Vorwort)



M 7 Öffentliche Rede Erdogans in Istanbul am 12.10.2005, nachdem die EU die Türkei offiziell zum Beitrittskandidaten erklärt hatte und die ersten Beitrittsgespräche geführt wurden.

© dpa, picture alliance

M 8 Mitteilung der EU-Kommission an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat (2013): Erweiterungsstrategie 2013–2014 – zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Die Türkei ist ein Kandidatenland und ein strategischer Partner der Europäischen Union. Mit ihrer großen und dynamischen Wirtschaft ist die Türkei ein wichtiger Handelspartner und im Rahmen der Zollunion eine wichtige Komponente der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Aufgrund ihrer strategischen Lage, auch im Bereich der Energiesicherheit, spielt die Türkei eine wichtige Rolle in der Region. Die Kommission betont, dass der laufenden Zusammenarbeit und dem Dialog über außenpolitische Fragen große Bedeutung zukommt. Die im Jahr 2012 auf den Weg gebrachte positive Agenda unterstützt und ergänzt weiterhin die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, ist aber kein Ersatz für Verhandlungen. Das volle Potenzial der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei kommt am besten im Rahmen eines aktiven und glaubwürdigen Beitrittsprozesses zur Entfaltung, bei dem die EU weiterhin den Anker für die wirtschaftlichen und politischen Reformen der Türkei bildet. Verstärkte Kontakte auf hoher Ebene zwischen der Türkei und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten würden zu einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit führen. In den letzten zwölf Monaten wurden wichtige Fortschritte bei den Reformen erzielt. Das vierte Justizreformpaket stärkt den Schutz der Grundrechte, einschließlich in Bezug auf das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Bekämpfung von Straflosigkeit bei Folter und Misshandlung. Die Regierung hat einen historischen Friedensprozess eingeleitet, dessen Ziel es ist, Terrorismus und Gewalt im Südosten des Landes zu beenden und den Weg für eine Lösung der Kurdenfrage zu ebnen. Die im »Demokratiepaket« vom September 2013 angekündigten Maßnahmen umfassen Reformen in einer Reihe wichtiger Fragen, so etwa hinsichtlich der Verwendung anderer Sprachen als Türkisch, der Minderheitenrechte, der derzeit hohen Sperrklauseln für die Vertretung im Parlament sowie der Finanzierung politischer Parteien aus den Staatshaushalt. Die Umsetzung der Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gruppen und im Einklang mit den europäischen Standards ist nun von entscheidender Bedeutung. Der parteienübergreifende Vermittlungsausschuss des Parlaments,

der mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt wurde, hat bei einer Reihe von Artikeln eine Einigung erzielt. Die Annahme eines umfassenden Gesetzes über Ausländer und internationalen Schutz bedeutet einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem angemessenen Schutz von Asylsuchenden. Die Ombudsstelle wurde eingerichtet und nimmt ihre Rolle bereits aktiv wahr. Über Themen, die zuvor als sensibel galten, wird öffentlich diskutiert. Die Türkei hat auch lebenswichtige humanitäre Hilfe für eine große Zahl von Syrern geleistet, die aus ihrem Land geflohen sind. Zu den sonstigen positiven Entwicklungen zählt u. a. die Ratifizierung des Abkommens über die transanatolische Pipeline durch die Türkei. Diese Pipeline soll an die transadriatische Pipeline angeschlossen werden, um Erdgas vom Kaspischen Meer über die Türkei in die EU zu befördern.

Die übermäßige Gewaltanwendung durch die Polizei und das allgemeine Fehlen eines Dialogs während der Proteste im Mai/Juni gaben Anlass zu ernster Besorgnis. Dies unterstreicht die Notwendigkeit weiterer Reformen, eines Dialogs aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte sowie der Achtung der Grundrechte auch in der Praxis. Im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Polizei während der Proteste wurde eine Reihe von Verwaltungsmaßnahmen und gerichtlichen Ermittlungen eingeleitet. Diese Maßnahmen und Ermittlungen sollten im Einklang mit den europäischen Standards durchgeführt und die Verantwortlichen zu Rechenschaft gezogen werden. Das Innenministerium hat in zwei Runderlässen verbesserte Verfahren für das Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen festgelegt. Es ist wichtig, mit der geplanten Einrichtung eines Monitoringmechanismus für die Strafverfolgungsbehörde fortzufahren, um die unabhängige Überwachung der Polizei sicherzustellen. Weitere Änderungen der türkischen Rechtsordnung sind erforderlich, um vor allem die Meinungs-, Medien-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu stärken; die gerichtliche Praxis muss vollständig mit die europäischen Standards übereinstimmen.

Das vierte Justizreformpaket sollte vollständig umgesetzt werden. Die Protestwelle des Monats Juni ist auch das Ergebnis der im vergangenen Jahrzehnt vollzogenen umfassenden demokratischen Reformen und der Formierung einer lebendigen und vielgestaltigen Zivilgesellschaft, die respektiert und unabhängig von den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen systematischer als bisher auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung konsultiert werden muss. All diese Entwicklungen unterstreichen, wie wichtig es ist, dass die EU sich weiter engagiert und als Bezugsrahmen für die Reformen in der Türkei dient. Zu diesem Zweck müssen die Beitrittsverhandlungen – unter Einhaltung der von der EU gemachten Zusagen und der vereinbarten Auflagen – wieder an Dynamik gewinnen. In diesem Zusammenhang stellt die Eröffnung der Verhandlungen zu Kapitel 22 – Regionalpolitik einen wichtigen Schritt dar; die Kommission hofft, dass die entsprechende Regierungskonferenz baldmöglichst stattfindet. Die Türkei hat auch bei einer Reihe anderer Kapitel Fortschritte erzielt. Das Land kann das Tempo der Verhandlungen erhöhen, indem es die entsprechenden Benchmarks und die Anforderungen des Verhandlungsrahmens erfüllt und seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der EU nachkommt. Die Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen und die Fortschritte bei den politischen Reformen in der Türkei sind zwei Seiten derselben Medaille. Es liegt im Interesse sowohl der Türkei als auch der EU, dass die Benchmarks für die Eröffnung der Verhandlungen zu Kapitel 23 – Justiz und Grundrechte und 24 – Recht, Freiheit und Sicherheit so bald wie möglich beschlossen und der Türkei mitgeteilt werden, damit die Verhandlungen zu die-



M 9 »Beitrittsschritte auf der Straße der Demokratie«

© Burkhard Mohr, 2012

sen beiden Kapiteln aufgenommen werden können. Dies wird sowohl zu einem verstärkten Dialog der EU mit der Türkei in Bereichen von entscheidendem Interesse für beide Seiten als auch zu den laufenden Reformanstrengungen beitragen. Die Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens EU-Türkei und die gleichzeitige Aufnahme des auf die Visaliberalisierung zielenden Visadialogs würden den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei neue Dynamik verleihen und beiden Seiten konkrete Vorteile bringen. Es ist wichtig, dass diese beiden Prozesse voranschreiten und die Türkei das Rückübernahmeabkommen unterzeichnet und zügig ratifiziert. Die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit der EU mit der Türkei im Energiebereich und Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen würden den Verbund und die Integration der Energiemärkte der EU und der Türkei erleichtern.

Die EU hebt die Hoheitsrechte der EU-Mitgliedstaaten hervor; hierzu zählt unter anderem, dass sie bilaterale Abkommen schließen und ihre natürlichen Ressourcen im Einklang mit dem Besitzstand der EU und dem Völkerrecht – einschließlich des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen – erforschen und ausbeuten können. Im Einklang mit den wiederholten Stellungnahmen des Rates und der Kommission aus den Vorjahren muss die Türkei nun dringend ihrer Verpflichtung nachkommen, das Zusatzprotokoll vollständig umzusetzen, und bei der Normalisierung der Beziehungen zur Republik Zypern weiter vorankommen. Dies könnte dem Beitrittsprozess neue Impulse verleihen und damit insbesondere Fortschritte bei den Verhandlungen zu den acht von den Ratsschlussfolgerungen vom Dezember 2006 abgedeckten Kapiteln ermöglichen. Die Kommission ruft zudem zur Vermeidung jeglicher Drohung, Irritation oder Handlung auf, welche die gutnachbarlichen Beziehungen und die friedliche Streitbeilegung beeinträchtigen könnte. Das Engagement der Türkei und ihre konkreten Beiträge zu einer umfassenden Lösung der Zypern-Frage sind von entscheidender Bedeutung.

Was die Zypernfrage anbelangt, so erwartet die Kommission, dass die griechisch-zyprische und die türkisch-zyprische Gemeinschaft die offiziellen Verhandlungen über eine umfassende Lösung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen wieder aufnehmen. Die Kommission erwartet, dass beide Seiten rasch auf substantielle Fragen eingehen, damit die Verhandlungen zügig zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden können.

Europäische Kommission (2013): Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2013–2014. Brüssel, 16.10.2013, S. 25ff. – (erscheint einmal jährlich), http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/strategy_paper_2013_de.pdf

M 10 Guido Westerwelle, Ahmet Davutoglu: Seit an Seit in die Zukunft, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11.5.2013. Ein Gastbeitrag des deutschen und türkischen Außenministers.

Türkische Zeitungen liegen jeden Morgen an Berliner Kiosken aus. Ein frisch gedrucktes deutsches Magazin ist in Izmir oder Antalya ohne Probleme zu bekommen. Drei Millionen Menschen türkischer Herkunft leben in Deutschland, fast fünf Millionen Deutsche bereisen Jahr für Jahr die Türkei, mehr als zehntausend Deutsche haben dort einen Wohnsitz. Das alles bildet ein starkes Band zwischen den Menschen, das den Beziehungen zwischen unseren Ländern eine einmalige Dimension verleiht.

Nach mehr als 50 Jahren türkischer Migration nach Deutschland dürfen wir feststellen, dass weitestgehend Eintracht und Friedlichkeit die Präsenz der türkischen Gemeinschaft in Deutschland geprägt hat. Türkischstämmige Künstler, Sportler oder Unternehmer bereichern heute das Leben in Deutschland. Sie sind wesentlicher Teil eines pluralen und wohlhabenden Deutschlands geworden.

Die Vielfalt in unseren Ländern fördern – diesem Ziel messen wir beide, Deutschland und die Türkei, großen Wert bei. Der gegenseitige Respekt und das Verständnis füreinander, die aus den Jahren des Zusammenlebens in Deutschland gewachsen sind, dürfen nicht durch Extremisten am Rande der Gesellschaft aufs Spiel gesetzt werden. Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit dürfen nirgendwo einen Platz haben. (...)

Das zwischenmenschliche Band wird ergänzt durch die Dynamik unseres Handels, die alle bisherigen Rekorde bricht. Die türkische und die deutsche Wirtschaft haben sich wie wenige andere Länder als widerstandsfähig und dynamisch in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt. Nie zuvor war das Leben von Deutschen und Türken enger miteinander verwoben als heute. Als Bündnisfreunde und Partner haben wir über Jahrzehnte eine solides Fundament gebaut, um eine gemeinsame Vision für die Zukunft zu schaffen. In dieser Zeit des Wandels stehen unsere gemeinsamen Werte und Ziele hoch im Kurs. Die konstruktive Partnerschaft zwischen der Türkei und Deutschland hat durch die Entwicklungen von historischer Tragweite nördlich und südlich des Mittelmeers an zusätzlicher Bedeutung gewonnen. Beide Länder sind einer aktiven und verantwortungsvollen Rolle in diesen Prozessen verpflichtet.

Die Türkei ist als funktionierende pluralistische Demokratie mit robuster Wirtschaftsentwicklung eine Quelle der Inspiration für die Länder, die sich in Nordafrika und dem Nahen Osten im Umbruch befinden. Deutschland erweist sich in Europa als Stabilitätsanker, der große Anstrengungen unternimmt, verantwortungsvoll zur Überwindung der aktuellen Wirtschafts- und Schuldenkrise beizutragen. Vor diesem Hintergrund geben wir gemeinsam den Startschuss für einen deutsch-türkischen Strategischen Dialog. (...) Freundschaft, Verständnis und Austausch zwischen den jungen Menschen unserer Länder liegt uns ganz besonders am Herzen. Wir legen deshalb nun die Basis dafür, dass sie einander noch näher kommen. Das ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Unsere Beziehungen bewegen sich auch in einem europäischen Rahmen. Wir haben das gemeinsame Ziel, der Annäherung zwischen Europäischer Union und Türkei neues Leben einzuhauchen. (...)

Deshalb wollen wir dem türkischen Beitrittsprozess neuen Schwung geben, die EU und die Türkei müssen ihn voranbringen. Die Türkei hat einen weitreichenden Reformprozess eingeleitet, den sie engagiert fortsetzt. Diese Reformen sind unseren gemeinsamen Grundwerten verpflichtet: Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. In diesem Prozess hat es große Fortschritte gegeben. Reformfolge in Ankara sollten sich auch positiv im Verhandlungsprozess über den EU-Beitritt der Türkei niederschlagen.

Aus dieser Überlegung heraus entwickeln wir gemeinsam eine deutsch-türkische Europa-Partnerschaft. Wir setzen darauf, dass



M 11 Außenminister Guido Westerwelle (FDP, rechts) und sein türkischer Amtskollege Ahmet Davutoglu geben am 22.8.2013 in Berlin im Anschluss an ein Treffen eine gemeinsame Pressekonferenz. © Tim Brakemeier, dpa

wir damit positiven Einfluss auf die öffentliche Debatte in Europa und der Türkei über die europäische Bestimmung der Türkei erzielen. Gemeinsam wollen wir den Visa-Dialog zwischen der EU und der Türkei, der die Visaliberalisierung für türkische Bürger bringen soll, voranbringen. Das wäre ein Beitrag für ein besseres Verständnis zwischen unseren Völkern. Verbesserungen in der Mobilität helfen, viele Hürden zwischen Europa und der Türkei abzubauen, die eine Annäherung behindern. In diesem Zusammenhang setzen wir unsere Zusammenarbeit fort, um den Problemen der irregulären Migration zu begegnen. (...)

© Guido Westerwelle, Ahmet Davutoglu: Seit an Seit in die Zukunft, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11.5.2013.

M 12 Die Position der Bundesregierung (2013) zur EU-Mitgliedschaft der Türkei

Die Bundesregierung hat sich für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eingesetzt und steht zu ihrer Fortsetzung als ergebnisoffenem Prozess. Als Voraussetzung für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union unterstreicht die Bundesregierung die Bedeutung einer strikten Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, der vollständigen Umsetzung des Ankara-Protokolls sowie der Gewährleistung der Aufnahmefähigkeit der Union. Aufgrund der engen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei hat Deutschland ein besonderes Interesse an ihrer Heranführung an die Europäische Union. Deutschland hat auch ein Interesse an fortgesetzten Reformprozessen in der Türkei, für die die »europäische Perspektive« des Landes ein wichtiger Motor ist. Die Türkei ist von zentraler Bedeutung für die Stabilität in der europäischen Nachbarschaft und für die energiepolitische Versorgung der Union. Sie spielt ferner eine wichtige Rolle im interkulturellen Dialog zwischen Europa und den Nachbarstaaten im Nahen- und Mittleren Osten sowie in Nordafrika.

© www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Tuerkei_node.html (Zugriff 12.9.2013)

M 13 Wolfgang Schäuble: Sechs Gründe gegen die Aufnahme der Türkei in die EU, BILD-Zeitung vom 15.12.2004

1. Vorrangiges deutsches Interesse ist das Gelingen der europäischen Einigung. Wenn wir eins aus der Geschichte gelernt haben, dann das: Deutsche Sonderwege führen ins Unheil, unsere Zukunft liegt in der Europäischen Union als einer wirklichen politischen Einheit. Dazu müssen wir die Menschen in Europa gewinnen, und das gelingt nicht, wenn man Europa ins Grenzenlose überdehnt. Europa hat nämlich sehr wohl geographische Grenzen. Niemand käme im Ernst auf die Idee, an der türkischen Grenze zu Syrien, Iran oder Irak befände er sich noch in Europa.
2. Niemand will unsere türkischen Freunde zurückstoßen. Wir sind an möglichst engen und partnerschaftlichen Beziehungen zur Türkei stark interessiert. Aber nicht jedes Land, zu dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten, gehört deswegen auch schon zu Europa.
3. Ob in der Türkei ein auskömmliches Miteinander von islamischer Religion mit Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten wirklich so gelingt, dass die Türkei damit ein gutes Beispiel für andere islamische Staaten abgibt, kann auch nicht davon abhängen, ob sie Vollmitglied in der Europäischen Union wird. Sonst müssten wir aus demselben Grund demnächst Pakistan oder Indonesien in die EU aufnehmen. Schon jetzt wird die Entwicklung in der Türkei im arabischen Raum sehr argwöhnisch betrachtet. Als EU-Vollmitglied könnte die Türkei jedenfalls ihre so gern beschworene »Brückenfunktion« noch viel weniger wahrnehmen. Denn eine Brücke gehört nie ganz nur zu einer Seite.
4. Wer sagt, die Integration der bei uns in Deutschland lebenden Türken sei gefährdet, wenn die Türkei nicht in die EU aufgenommen werde, der zündelt am friedlichen Zusammenleben von Deutschen und Türken. (...)
5. Man hilft der Türkei auch nicht, wenn man die Probleme dort verschweigt oder beschönigt. So lange es Christen in der Türkei nicht möglich ist, Kirchen zu bauen oder auch nur zu renovieren oder ihre eigenen Priester zu haben, so lange kann niemand ernsthaft behaupten, in der Türkei gelte die Religionsfreiheit so, wie wir sie in Europa verstehen. Da wird das diffamierende Getöse (»Christen-Club«) von Ministerpräsident Erdogan sehr schnell zum Eigentor.
6. Wie schwach die Argumente der Befürworter in Wahrheit sind, wird spätestens durch ihren ständigen Hinweis darauf offenbar, dass es jetzt doch nur um die Aufnahme von Verhandlungen gehe, der Beitritt der Türkei jedoch noch in weiter Ferne liege. Das ist so wenig ehrlich wie große Teile der Türkei-Politik der letzten 40 Jahre. Es ist besser, wenn wir der Türkei jetzt anbieten, auch über eine privilegierte Partnerschaft zu verhandeln. Ein Scheitern nach zehn Jahren Verhandlungen wäre für die Türkei so verhängnisvoll wie das Scheitern der politischen Einigung für Europa

© www.wolfgang-schaeuble.de/fileadmin/user_upload/PDF/041215bild.pdf

M 14 Mustafa Aydın, Kommentar aus Hürriyet (online), 4.7.2013

Turkey's long and slow journey toward European Union membership has long been denoted by many, by both proponents and skeptics, as a dream. It has turned into a nightmare many times,



M 15 »Man bleibt wählerisch!« – (Vor dem Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel weist der türkische Ministerpräsident Erdogan auf den großen Wert hin, den die Türkei mit ihrer florierenden Wirtschaft für die EU haben könnte.)
© Heiko Sakurai, 1.11.2012

but has never ended. This has been an analogy even many Turkish decision-makers have employed. Maybe it is time now to wake up from the sleep, regardless of whether it is from a dream or a nightmare, to face the reality.

Croatia, which started accession negotiations on the same day with Turkey in 2005, became the 28th member of the EU on July 1, 2013. It is an important message from the EU amid financial crisis and political turmoil for the future of Europe: The EU project is still attractive. Becoming a full member is also an important achievement for Croatia, despite the fact that after several unpopular reforms, Euro-enthusiasm is predictably low: Only 44 percent of eligible voters participated in the referendum in 2012, and only 66 percent of them supported membership. (...)

Turkey's negotiation process slowed from 2007 onwards and came to a standstill in 2010. The unresolved Cyprus problem has been the main obstacle so far, resulting in the suspension of eight chapters as a result of Turkey's refusal to implement the Additional Protocol that extends the Ankara Agreement. France and the Republic of Cyprus blocked additional chapters for political reasons. Former French President Nicholas Sarkozy led the opposition to Turkey's membership to the EU, closely followed by Angela Merkel of Germany, who now, in the absence of Sarkozy, has had to take leadership on the issue. They have ably used Cyprus for a long time as an excuse.

Turkey's changing foreign policy priorities no doubt also affected the process. Though hopes were raised with the election of François Hollande as French president in 2012 and France's decision to lift its block on Chapter 22, it also proved hollow. The latest crisis confirmed the need for a radical reassessment and a change.

The heavy criticism from the European Parliament and Merkel after the recent disturbances in Turkey, as well as the harsh words expressed between high-level Turkish and EU officials, did not help. The minister for EU Affairs, Egemen Bagis, was sidelined during the crisis, and the combined effort of Turkey-supporters within the EU, the Foreign Ministry, representatives from business, opposition parties and civil society organizations managed to avert a complete rupture. This is obviously not sustainable. (...) The EU perspective provides important gains for Turkey politically, socially and economically. Turkey needs to keep the process on track against all the odds. For this, a clear EU vision/policy is needed. (...)

© Mustafa Aydın, Kommentar In: Hürriyet (online), 4.7.2013, hurriyetdailynews.com

M 16 Der türkische Europaminister Bagis: »Wir brauchen die EU, und die EU braucht uns«

Egemen Bagis galt einst als besonnener Mann. Wohl auch deshalb ernannte der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan den studierten Ökonom 2009 zum Europaminister seines Landes. Bagis' Aufgabe ist seit her klar definiert: der Türkei den Weg in die Europäische Union zu ebnen. Lange Zeit als Schönredner verschrien, tat der 43-Jährige sich in der Krise um den Istanbuler Gezi-Park als Scharfmacher hervor. Ausgerechnet die Äußerungen des 43-jährigen Europaministers könnten die türkischen Bemühungen um einen EU-Beitritt zurückwerfen. Die Bundesregierung hat bereits Vorbehalte gegen die eigentlich (...) vorgesehene Eröffnung des Verhandlungskapitels »Regionalpolitik« in Brüssel geltend gemacht. Bagis warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel daraufhin davor, aus dem Beitritt der Türkei zur EU ein Thema für die Bundestagswahl zu machen. Angesichts der Gewalt in der Türkei wollen indes auch andere Länder die Beitrittsverhandlungen derzeit nicht vortreiben. Mit der Süddeutschen Zeitung sprach Bagis über Drohungen, Missverständnisse und die Grenze zwischen friedlichen Demonstranten und Terroristen. Interview: Frederik Obermaier.

SZ: Herr Bagis, im Streit über die EU-Beitrittsgespräche Ihres Landes sagten Sie, dass es Folgen haben werde, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Haltung bis zu diesem Montag nicht ändere. Wie genau ist diese Drohung zu verstehen?

Egemen Bagis: Ich wurde komplett falsch verstanden. Ich habe Kanzlerin Merkel nicht gedroht. Ich war nur traurig, zu hören, dass Deutschland die Blockade des nächsten Verhandlungskapitels betreibt, obwohl wir alle geforderten Voraussetzungen erfüllen. Aber ich bin nicht in der Position, Frau Merkel zu drohen, ich will sie lediglich daran erinnern, dass das Prinzip »pacta sunt servanda« (»Verträge sind einzuhalten«, Anm. d. R.) ein Prinzip ist, auf das sie sich selbst stets bezogen hat.

SZ: Vor einigen Tagen haben Sie sich noch ganz anders angehört. Unter anderem aufgrund Ihrer Äußerungen wurde der türkische Botschafter in Berlin einbestellt. Warum rudern Sie jetzt zurück?

Egemen Bagis: Das tue ich nicht. Ich erkläre nur, was ich wirklich meinte.

SZ: Bundeskanzlerin Merkel hat Ihren Zorn auf sich gezogen, weil sie das harte Vorgehen gegen Demonstranten im Gezi-Park und auf dem Taksim-Platz kritisiert hatte. War das Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte Ihrer Ansicht nach angemessen?

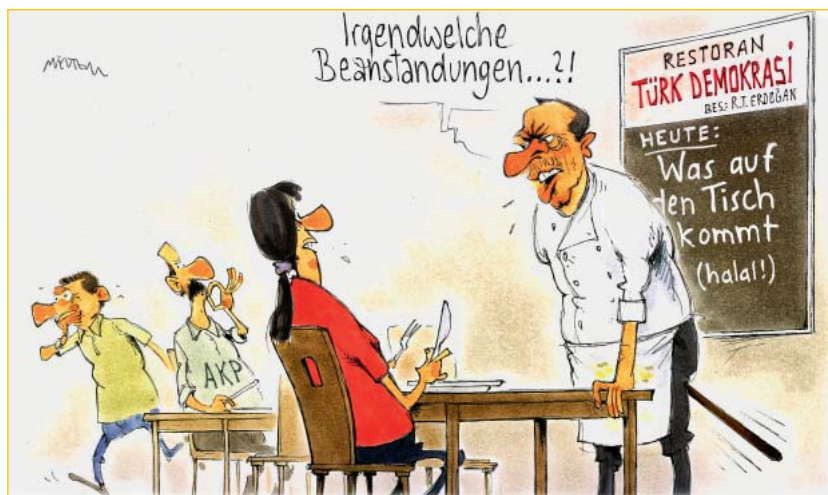
Egemen Bagis: Die Sicherheitskräfte haben ihren Job gemacht, so wie sie das in jedem anderen europäischen Land auch tun würden. Wir untersuchen gerade, ob einzelne Beamte dabei ihre Befugnisse überschritten haben. Sollte dies der Fall sein, werden sie bestraft – sowie in jedem anderen demokratischen Staat auch.

SZ: Sie selbst haben gesagt, dass jeder, der den Taksim betrete, ein Terrorist sei. Sind Sie noch immer dieser Meinung?

Egemen Bagis: Dazu muss ich etwas ausholen: Nach den ersten Demonstrationen hat sich Premier Erdogan mit Künstlern, mit Aktivisten, mit Journalisten zu Gesprächen getroffen. Danach hat er versprochen, dass es eine Volksabstimmung geben werde über die Zukunft des Gezi-Park. Bis das Volk entschieden hat, werde die Polizei nichts unternehmen. Deshalb habe ich die Demonstranten gebeten, nun bitte heimgzugehen, damit sie nicht von den Terroristen instrumentalisiert werden.

SZ: Von welchen Terroristen?

Egemen Bagis: Mehrere Terrorgruppen haben auf dem Taksim-Platz ihre Banner geschwungen. Vor ihnen wollte ich die friedlichen und unschuldigen Demonstranten schützen. Ich habe sie deshalb aufgefordert, zu gehen. Wer aber nicht geht, so habe ich



M 17 Erdogan zum Gast: »Irgendwelche Beanstandungen?«

© Gerhard Mester, 18.6.2013

erklärt, der könnte als jemand angesehen werden, der Terroristen unterstützt. Es waren schließlich elf Terrorgruppen auf dem Taksim-Platz aktiv.

SZ: Welche Gruppen sollen das gewesen sein?

Egemen Bagis: Die PKK und die DHKP-C.

SZ: Die verbotene kurdische Arbeiterpartei also und türkische Linksextremisten. Wer waren die anderen neun Gruppen?

Egemen Bagis: Die Namen der anderen weiß ich nicht mehr. Ich bin schließlich nicht der Innenminister. Da müssen Sie schon mit der Polizei sprechen.

SZ: Die Demonstranten in Istanbul hatten anfangs lediglich gegen das Abholzen eines Stadtparks demonstriert. Die Polizei aber ist mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen gegen sie vorgegangen. Ist es das, was sich die türkische Regierung unter Gewährung von Demonstrationsfreiheit versteht?

Egemen Bagis: Ich kann Ihnen versichern, wenn es solche einen Monat andauernden Proteste irgendwo sonst in Europa gegeben hätte, wäre das noch schlimmer ausgefallen. Ich kann den türkischen Polizisten nur für ihre Geduld danken.

SZ: Für ihre Geduld? Mindestens vier Demonstranten sind gestorben, Tausende wurden verletzt.

Egemen Bagis: Am Anfang war es ein friedlicher Protest. Aber dann haben sich Krawallmacher und Terroristen unter die Demonstranten gemischt. Mit denen, die bereit sind für einen friedlichen Dialog, spricht die türkische Regierung gerne. Aber mit Terroristen werden wir so umgehen, wie jedes andere europäische Land auch.

SZ: Was wollen Sie tun, sollte die Europäische Union das nächste Verhandlungskapitel (...) nicht wie geplant eröffnen?

Egemen Bagis: Wir arbeiten an einer Antwort. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Nur so viel: Die Türkei hat auch noch andere Optionen.

SZ: Die EU brauche die Türkei mehr als umgekehrt, haben Sie einmal gesagt. Warum regen Sie sich dann jetzt so auf?

Egemen Bagis: Wir brauchen die EU, und die EU braucht uns. Es ist nicht fair, die Eröffnung des neuen Verhandlungskapitels, das vor allem ein technisches ist, wegen politischer Zwänge zu blockieren.

© »Wir brauchen die EU, und die EU braucht uns« – Süddeutsche Zeitung, 24.6.2013, S. 7

M 18 Christiane Schlötzer: Mehr Freiheiten für die Kurden in der Türkei. Premier Erdogan legt sein lange erwartetes Reformpaket vor. Süddeutsche Zeitung vom 1.10.2013

In der Türkei soll das Kopftuchverbot in großen Bereichen des Staatsdienstes fallen. Dies ist Teil eines »Demokratisierungspakets«, das Regierungschef Recep Tayyip Erdogan (...) in Ankara vorstellte. Polizistinnen, Lehrerinnen, Soldatinnen, Staatsanwältinnen und Richterinnen dürfen aber weiterhin keine Kopftücher tragen. Zu den zahlreichen von Erdogan präsentierten Reformen gehören auch Erleichterungen für die rund 13 Millionen Kurden in der Türkei. Sie sollen künftig kurdische Privatschulen eröffnen dürfen und ihre alten Ortsnamen zurückerhalten. Die Verwendung der Buchstaben des kurdischen Alphabets q, w, x – die es im Türkischen nicht gibt – sind kein Grund mehr für Strafanzeigen. Auch dürfen Wahlkämpfe auf Kurdisch geführt werden.

In einer ersten Reaktion zeigte sich die Vorsitzende der Kurdenpartei BDP, Gültan Kisanak, enttäuscht, weil staatliche Schulen weiterhin nur auf Türkisch unterrichten dürfen.

Abgeschafft wird an allen Schulen der aus dem Jahr 1933 stammende militaristische Schülereid, der bisher täglich zu Beginn des Unterrichts aufgesagt werden musste. Die Formel beginnt mit den Worten: »Ich bin Türke, ich bin aufrecht.« Die Schüler versprechen darin, die Nation mehr zu lieben als sich selbst. Das Demonstrationsrecht soll erweitert, die Mitgliedschaft in Parteien erleichtert werden.

Zur Senkung der Zehnprozenthürde im Parlament – von der EU immer wieder als undemokratisch kritisiert – machte Erdogan verschiedene Vorschläge, über die das Parlament entscheiden soll. Die hohe Hürde war einst eingeführt worden, um die Kurden vom Parlament fernzuhalten. Parteien, die mindestens drei Prozent der Stimmen erhalten, kommen nun in den Genuss staatlicher Unterstützung.

Der Rechtsstreit um das syrisch-orthodoxe Klosters Mor Gabriel im Südosten der Türkei soll beendet werden. Das 397 gegründete Kloster soll seine Ländereien zurück erhalten. Dies war eine Forderung der EU. Erdogan sagte, das Paket könne »nicht alle Probleme« des Landes anpacken. Aber es sollte zeigen, dass seine seit elf Jahren regierende konservative Partei AKP die Demokratisierung der Türkei nicht aufgegeben habe. Dies war offensichtlich auf die Kritik der anhaltenden Protestbewegung gegen die Regierung gemünzt. Erdogans Auftritt wurde live ins Englische, Arabische und Kurdische übersetzt. Vertreter regierungskritischer Medien klagten, dass sie zu der Präsentation nicht eingeladen wurden.

Der Abgeordnete der größten Oppositionspartei CHP, Osman Kocotürk, kritisierte die geplanten Vorschriften gegen »Hassreden«. Sie seien »offen für eine antidemokratische Auslegung«.

© Christiane Schlötzer: Mehr Freiheiten für die Kurden in der Türkei. Süddeutsche Zeitung vom 1.10.2013, S. 4



M 19 »Sultan Erdogan: Und bewerbe mich hiermit um die Aufnahme in die EU«

© Klaus Stüttmann, 18.6.2013

M 20 Markus Bernath: Reformpaket in der Türkei: Demokratie von oben, Der Standard, Österreich

Das Problem mit dem jüngsten »Demokratiepaket« in der Türkei sind nicht die Reformen, die Regierungschef Tayyip Erdogan vorgestellt hat. Sie mögen manchen zu halbherzig sein, anderen zu weit gehen; sie machen historisches Unrecht gut, öffnen den Weg zu einer friedlicheren Gesellschaft; sie leisten einmal mehr, was Regierungen und die Armee vier Jahrzehnte lang, seit der Hinrichtung des Reformpremiers Adnan Menderes 1961, versäumt oder blockiert haben. Das Problem mit Erdogans Demokratisierung ist eben das: Sie ist Erdogans Entscheidung. Demokratie kommt in der Türkei von oben.

Auch das fünfte Reformpaket ist der Ausfluss autoritären Denkens. Erdogan bestimmt, was in das Paket kommt und wann die geeignete Zeit ist, um es der Öffentlichkeit mitzuteilen. Natürlich wird es eine Parlamentsdebatte geben – auch über den Vorschlag, die Sperrklausel auf fünf Prozent abzusenken. Die Annahme der Reformen ist gleichwohl Formsache: Erdogans AKP hat die absolute Mehrheit.

Wie sehr aber hätte es die Demokratisierung aufgewertet, wenn die Bürger auch etwas zu sagen gehabt hätten! Erdogan traut ihnen nicht, er braucht nicht ihre Meinung, nur ihre Stimme am Wahltag. Denn Kritik verstehen die Regierenden in der Türkei als Bedrohung, den Kompromiss als Schwäche. Und Erdogans Demokratie hat auch einen Preis: Sie macht die Türkei noch islamischer. Das Kopftuchverbot in der öffentlichen Verwaltung wird nun fallen.

© Markus Bernath: Reformpaket in der Türkei: Demokratie von oben, Der Standard, 1.10.2013

6. »In or out?« Mehr Fragen als Antworten in der britischen Europapolitik

GEORG WEINMANN

Die EU-Politik Großbritanniens wird derzeit besonders stark von integrationskritischen Strömungen beeinflusst. Die Staatsschuldenkrise in Europa hat auf der Insel dazu beigetragen, Ressentiments zu verstärken und die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union in Zweifel zu ziehen. Dabei sieht sich der konservative Premierminister David Cameron vor zahlreiche Herausforderungen gestellt: Er darf zum einen den EU-skeptischen Flügel seiner Parlamentsfraktion nicht zu einer Gefahr für die eigene Machtbasis werden lassen. Andererseits muss er versuchen, den Erwartungen des liberalen Koalitionspartners gerecht zu werden. Darüber hinaus gilt es, die Conservative Party in der nationalen Politik so zu positionieren, dass sie sich im Parteienwettbewerb behaupten kann. Vor diesem Hintergrund zeigt die taktisch-pragmatische Haltung des Regierungschefs, dass die britische Innenpolitik zu einem großen Teil das aktuelle Profil des Landes in der Europäischen Union bestimmt. Ein zentrales Element ist dabei die Debatte über eine Zukunft Großbritanniens außerhalb der EU. Diese Kontroverse steht für das grundlegende Nachdenken über den künftigen Kurs der Insel in Europa und in der Welt.



Abb. 1. Der britische Premierminister David Cameron hielt am 23.1.2013 eine »Rede zu Europa«, in der er für 2017 eine Volksabstimmung im Vereinigten Königreich zum weiteren Verbleib in der EU ankündigte, falls die Konservativen die nächsten Unterhauswahlen 2015 gewinnen sollten. Er selbst wolle sich für eine Reform der EU einsetzen. © Stefan Rousseau, dpa, picture-alliance

56

■ Was ist das Beste für Großbritannien?

Als die Europäische Union im Dezember 2012 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, nahm für Großbritannien der Stellvertreter des Premierministers, Nick Clegg, an der Zeremonie in Oslo teil. Andere EU-Staaten hatten ihre Staatsoberhäupter oder Regierungschefs entsandt. London wollte mit dieser Protokollentscheidung einerseits der Anerkennung für die EU als Friedensfaktor Tribut zollen. Andererseits ließ Downing Street No 10 verlauten, die Auszeichnung gebühre in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern der EU und weniger ihren Institutionen. Diese werden in Großbritannien nicht selten als zu schwach legitimiert, bürgern fern, überfinanziert und ineffizient wahrgenommen. Die Deutung der Europäischen Union als kostspieliger bürokratischer Moloch, der immer mehr Befugnisse an sich reißen möchte, spielt für EU-Kritiker in der aktuellen Austrittsdiskussion eine große Rolle. Umfragen zeigen zwar, dass die meisten Briten »Europa« auf der politischen Tagesordnung eine untergeordnete Bedeutung beimessen. Dennoch äußern sich immer mehr Stimmen kritisch über den Nutzen, den die EU-Mitgliedschaft für Großbritannien mit sich bringe. Dabei wirkt die Finanz- und Staatsschuldenkrise wie ein Katalysator: Vielfach wird die Europäische Union eher als Teil von Problemen denn als Teil von Lösungen betrachtet.

Simon Usherhood von der Universität Surrey weist in einer Studie darauf hin, dass integrationskritische Strömungen in allen Segmenten der britischen Politik und Gesellschaft zu finden sind. Entsprechende Belege liefern programmatische Aussagen von Parteien, Stellungnahmen verschiedener Verbände, Beiträge in

Massenmedien oder die Meinungsumfragen der Demoskopien. Zwei Formen von Europakritik lassen sich dabei als Konfliktmuster erkennen: Zum einen kann die grundsätzliche Ausrichtung des europäischen Integrationsprozesses an der »Verwirklichung einer immer engeren Union« (Artikel 1 des Lissabon-Vertrags) Gegenstand von Kontroversen sein. Zum anderen gaben und geben konkrete Einigungsschritte wie die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) den Anstoß zu Debatten. Im Falle der WWU sollte beispielsweise die Einführung des Euros in Großbritannien durch weitere Sonderregelungen im europäischen Vertragswerk (»opt-outs«) verhindert werden.

Sowohl das integrationsfreundliche als auch das EU-skeptische Lager orientieren sich in ihrer Argumentation an bestimmten Vorstellungen über den besten Weg zur Wahrung nationaler Interessen. Die Formel »What is best for Britain?« zieht sich deshalb wie ein roter Faden durch die derzeitige Austrittsdiskussion. Als erster Anwalt seines Landes betrachtet sich Premierminister David Cameron. Sein ehrgeiziges Ziel ist es, durch einen innerparteilichen, nationalen und europäischen Interessenausgleich die Europäische Union zu reformieren und Großbritannien eine Perspektive in der EU zu verschaffen. Dieses Unterfangen ist nicht zuletzt deshalb mit vielen Unwägbarkeiten verbunden, weil die integrationskritische Stimmung inzwischen weite Teile Großbritanniens erfasst hat und Szenarien zur Zukunft des Landes außerhalb der Europäischen Union selten so intensiv diskutiert wurden wie in der aktuellen Auseinandersetzung.

■ »Better off without Europe«

Zu einem Zentrum der antieuropäischen Strömungen hat sich in den letzten Jahren (erneut) die Fraktion der Konservativen Partei im Unterhaus entwickelt. Kaum vorhersehbares Abstimmungsverhalten führte in der Vergangenheit deshalb mehrfach dazu, dass die Berechenbarkeit britischer Europapolitik durch instabile Mehrheitsverhältnisse eingeschränkt wurde. Dieser Zustand geht

auf eine bestimmte Taktik zahlreicher Fraktionsmitglieder zurück. Ihr Ziel ist es, durch Stimmenthaltungen oder Gegenstimmen Einfluss auf das EU-Profil der konservativ-liberalen Koalition zu nehmen. So verbuchten Europagegner einen beachtlichen Erfolg, als sich Großbritannien Ende 2012 als einziges EU-Mitglied weigerte, Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in das europäische Vertragswerk aufzunehmen. Für die »Sceptics« war dieses Ergebnis kein Zeichen von Isolation, sondern eine Manifestation eigener Stärke: David Cameron sei in der Lage, britische Interessen selbstbewusst gegen die Erwartungshaltung anderer EU-Staaten zu verteidigen. Ähnliches lässt sich auch für die Verhandlungen zum mittelfristigen Finanzrahmen der EU (2014 bis 2020) feststellen. Die britische Verhandlungsstrategie war stark von den Vorgaben geprägt, die integrationskritische Abgeordnete dem Premierminister mit auf den Weg gaben. Die Tatsache, dass sich auch andere Mitgliedstaaten für eine Kürzung des EU-Budgets aussprachen, stärkte in dieser Gruppe die Auffassung, den richtigen Kurs zu verfolgen. Für die EU-Gegner war die erstmalige Kappung des Haushalts ein längst fälliger Schritt auf dem Weg Großbritanniens aus der EU. Herbe Kritik von Seiten der Integrations skeptiker zog sich der Premierminister allerdings durch die Entscheidung zu, die Ausrichtung der britischen Europapolitik mit keinem Wort in der Thronrede für die Queen Mitte Mai 2013 verankert zu haben. Dies erschien zahlreichen konservativen »Members of Parliament« umso bemerkenswerter, als sie den Regierungschef vor geraumer Zeit zur Festlegung eines Fahrplans für das EU-Referendum im Jahr 2017 gedrängt hatten. Auf Betreiben des EU-freundlichen liberalen Koalitionspartners entschloss sich der Regierungschef jedoch dazu, das Problemthema auszuklammern. Um die Wogen zu glätten, kam er den Rebellen mit dem Angebot entgegen, eine weitere gesetzliche Grundlage für das Referendum zu schaffen. Dieser Befriedigungsversuch wurde allerdings durch zwei Kabinettsmitglieder unterlaufen: Verteidigungsminister Philip Hammond und Bildungsminister Michael Gove bekannten vor Journalisten, dass sie gut ohne eine EU-Mitgliedschaft Großbritanniens leben könnten. Diese Konflikte zeigen, dass die EU-Gegner einflussreiche Fürsprecher im Zentrum der Macht haben. Darüber hinaus wird deutlich, dass ein zerbrechlicher Koalitionsfrieden, illoyale Minister mit Aufstiegsambitionen und die schwache Fraktionsdisziplin für David Cameron mit großen Risiken verbunden sind. Sie haben seine Vertrauensbasis in Parlament, Partei und Öffentlichkeit wiederholt negativ beeinflusst. Wesentlich gestärkt wird das anti-europäische Lager derzeit durch den Aufstieg der United Kingdom Independence Party (UKIP). Bei den letzten Kommunalwahlen konnte sie mit ihrer populistischen Programmatik und der Forderung nach einem EU-Austritt Großbritanniens ein Viertel aller Sitze für sich verbuchen – vor allem auf Kosten der Konservativen Partei. Lange Zeit als vorübergehende Erscheinung belächelt, hat sich die UKIP unter ihrem Vorsitzenden Nigel Farage v.a. für die Conservative Party zu einem ernsthaften Konkurrenten entwickelt. Die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 werden deshalb auch als Testlauf für das künftige Gewicht des bisherigen Außenseiters im britischen Machtgefüge betrachtet. So haben finanzstarke Sponsoren wie der konservative Abgeordnete Lord Kalms ihren Wechsel zur UKIP für den Fall angekündigt, dass sich die britische Europapolitik – ihrer Wahrnehmung nach – zu sehr an den Belangen anderer EU-Staaten orientiere. In der Austrittsallianz spielen aber auch Massenmedien eine große Rolle. Sie bieten den Akteuren wichtige Plattformen zur Selbstdarstellung und sind sich ihrer meinungsbildenden Breiten-



Abb. 2 »In or out?«

© Gerhard Mester, 20.1.2013

wirkung sehr wohl bewusst. In der Vergangenheit hat insbesondere der australische Medienmogul Rupert Murdoch integrationsfeindliche Positionen bezogen. Zeitungen wie die »Daily Mail« sind darüber hinaus wichtige Verbündete von Lobby-Gruppen wie der »Campaign Against Euro-Federalism«, »Campaign for an Independent Britain«, »Open Europe«, »Vote UK out of EU« oder »The Freedom Association«. Allerdings sind in diesem Lager zum Teil erhebliche Unterschiede in den programmatischen Grundlagen des EU-Skeptizismus zu erkennen. Inhaltliche Schnittmengen lassen sich deshalb in manchen Fällen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des EU-Austritts reduzieren, sodass Kooperationen oft von einer kurzen Halbwertszeit gekennzeichnet sind.

■ »Britain in (a reformed) Europe«

Obwohl das EU-feindliche Lager in der Parlamentsfraktion der Konservativen Partei durch einen Generationenwechsel deutlich gestärkt wurde, gibt es dort auch Kräfte, die sich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU einsetzen. Sie sehen in der Isolation des Landes, die mit dem Abschied aus der Europäischen Union verbunden sein könnte, eine wirtschaftliche und politische Schwächung. Auch die Einbindung in internationale Organisationen wie die UNO oder die NATO könne einen derartigen Schritt nicht kompensieren. Vielmehr sei es wichtig, als EU-Mitglied aktiv an der Reform des europäischen Einigungsgefüges mitzuwirken und die Europäische Union nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Erfahrung der Vergangenheit habe gezeigt, dass die Opt-out-Politik Großbritanniens die Berücksichtigung nationaler Interessen in ausreichendem Maße gewährleisten könne und ein Rückzug mit der leichtfertigen Aufgabe wichtiger Einflussphären verbunden wäre.

Neben inhaltlichen Differenzen heben sich Angehörige dieses Lagers im Vergleich zu ihren integrationskritischen Gegenspielern insbesondere durch eine ausgeprägte Dialogbereitschaft auf europäischer und zwischenstaatlicher Ebene ab. Offene Kommunikationskanäle sollen dem Meinungsaustausch dienen und im Falle verhärteter Fronten das Ausloten von Kompromissen ermöglichen. So hat die Parlamentariergruppe »Fresh Start« im Zuge des britischen Vetos zum Fiskalpaket die Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen anderer Parlamente intensiviert, um Reformvorstellungen auszutauschen und zu bündeln. Derzeit lässt sich allerdings nicht sicher sagen, ob der Einfluss dieser gemäßigt-pragmatischen Strömung über genug Dynamik verfügt, um die integrationspolitischen Machtverhältnisse in Großbritannien neu auszurichten. Netzwerke wie »Fresh Start« sind jedoch ein



Abb. 3 »Kurs Cameron«

© Burkhard Mohr, 20.5.2013

deutlicher Hinweis darauf, dass die europapolitische Debatte auf der Insel in den letzten Jahren neue Impulse erhalten hat.

Einen EU-Austritt Großbritanniens lehnen auch prominente Konservative ab, die in der Vergangenheit hohe politische Ämter bekleidet haben. Interventionen dieser Art verdeutlichen den Mobilisierungseffekt der Austrittsdebatte. Ein herausragendes Beispiel dafür ist die Einlassung des ehemaligen Außenministers und stellvertretenden Premierministers Sir Geoffrey Howe in einem Beitrag für den »Observer« vom 19. Mai 2013. Der »elder statesman« warnt davor, weiterhin – aus seiner Sicht – orientierungslos Europapolitik zu betreiben und die Vorzüge einer EU-Mitgliedschaft gering zu achten. Gerade mit Blick auf das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sei Großbritannien ein wichtiger Makler. Sowohl politisch als auch ökonomisch könne es als EU-Mitglied von der engeren Verzahnung zweier Mega-Märkte profitieren. Auch die Pflege bestehender und die Schaffung neuer Allianzen gehören nach seiner Meinung zu den ureigensten Interessen des Landes.

Diese Sichtweise findet auch Unterstützung in der Liberalen Partei, die momentan als Juniorpartner der Regierung Cameron fungiert. Die »Liberals« sind traditionell integrationsfreundlich ausgerichtet und unternahmen bislang mehrere – meist erfolglose – Versuche, europapolitische Akzente zu setzen. Das angestrebte Referendum zur Fortsetzung der britischen EU-Mitgliedschaft stellte für sie lange Zeit eine falsche Politikoption dar. Aus ihrer Sicht ist das Bekenntnis Großbritanniens zur EU alternativlos und kann deswegen nicht Gegenstand einer Volksabstimmung werden. Dieser Schritt sei vielmehr ein taktisches Manöver des Premierministers, um seine Position in der eigenen Partei zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund erscheint es einleuchtend, dass die gegensätzlichen integrationspolitischen Auffassungen in der britischen Regierung gelegentlich zu ernsthaften Belastungsproben für den Koalitionsfrieden führen: Mehrfach hat Nick Clegg dem Premierminister vorgeworfen, eigenmächtig vorzugehen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Unlängst haben sich die »Liberals« jedoch für die Durchführung eines Referendums ausgesprochen. Sie wollen dadurch dem Vorwurf entgegen, die britische Bevölkerung von einer wichtigen politischen Entscheidung auszuschließen.

Viele liberale »Members of Parliament« fühlen sich in ihrer europapolitischen Haltung nicht nur durch konservative Abgeordnete und zahlreiche Interessengruppen wie den Wirtschaftsdachverband »Conferation of British Industry« (CBI) oder die Initiative »Business for New Europe« bestätigt. Auch der wichtigste

Verbündete Großbritanniens, die USA, haben sich in der Person des US-Präsidenten im Mai 2013 ungewöhnlich deutlich für einen Verbleib des Landes in der EU ausgesprochen. Der transatlantische Partner ist sehr am Fortbestand dieses Einflusskanals in Europa interessiert. Die Vereinigten Staaten sind somit Teil der EU-freundlichen Allianz, zu der auch Organisationen wie »Network Europe« gehören. In ihrem Namen setzen sich u. a. prominente Labour-Politiker wie Peter Mandelson oder Tony Blair dafür ein, die Früchte einer über 40-jährigen EU-Mitgliedschaft nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Im Hinblick auf ein Referendum verstehen sich diese Lobbygruppen auch als Entscheidungshilfe für die britische Bevölkerung. Sie stellen in erster Linie die negativen Folgen eines EU-Austritts in den Mittelpunkt und steuern Antworten zu der Frage bei, welche Rolle Großbritannien in der Welt des 21. Jahrhunderts spielen sollte. Diese Perspektive legt großen Wert auf die internationale Dimension der britischen EU-Mitgliedschaft und befasst sich weniger mit parteiinternen Konflikten oder dem taktischen Vorgehen von Koalitionspartnern.

■ Britische Europapolitik: zwischen allen Stühlen?

Die beschriebenen Rahmenbedingungen in der europapolitischen Debatte Großbritanniens bilden ein Kräftefeld, das die Spielräume des Premierministers und seiner Regierung erheblich beeinflusst. In der aktuellen Austrittskontroverse ist es David Cameron noch nicht gelungen, die Meinungsführerschaft zu übernehmen: Er sieht sich mit Zielkonflikten auf verschiedenen Ebenen konfrontiert. Beobachter deuten deshalb seine Reaktionen auf Widerstand nicht selten als Schwäche und den Verlust politischer Kontrolle. Aus ihrer Sicht zeigen beispielsweise das britische Veto zum Fiskalpakt und der Fahrplan für ein Referendum, wie sehr der Premierminister durch die Forderungen aus dem Lager der »Sceptics« in eine bestimmte Richtung gedrängt wird. Die oppositionelle Labour Party sieht in der EU-Politik der Koalition eine Schwachstelle und nutzt das uneinheitliche Erscheinungsbild zur programmatischen und personellen Selbstdarstellung.

Der Premierminister versucht derartiger Kritik entgegenzuwirken, indem er auf die erfolgreiche Durchsetzung britischer Interessen in Europa verweist. So regte London unlängst an, Maßnahmen zur Eindämmung der Armutsmigration aus Rumänien und Bulgarien in die Wege zu leiten und EU-weit zu koordinieren. Als Prestigegewinn kann David Cameron des Weiteren den Besuch bei der deutschen Bundeskanzlerin im April 2013 verbuchen. Auf Schloss Meeseburg wurden im halbprivaten Rahmen Fragen der europäischen Integration und der Weltpolitik erörtert. Angela Merkel machte bei diesem Anlass deutlich, dass sie der Insel eine wichtige Rolle bei der künftigen Gestaltung der EU beimisst. Für David Cameron bedeutet dieses Bekenntnis auch eine Bestätigung des britischen Selbstverständnisses in der Europäischen Union: Das Land sieht sich bei der Thematisierung von integrationspolitischen Problemen nicht selten als Pionier, der sich auch im Namen anderer Staaten ein bestimmtes Anliegen zu eigen macht. Vor allem kleinere EU-Mitglieder sehen in Großbritannien ein Sprachrohr für eigene Interessen und einen wichtigen strategischen Partner bei der Umsetzung eigener Ziele. Entsprechende Allianzen sollen aus Sicht der Regierung Cameron die Profilierung Großbritanniens in der EU vorantreiben und der Bevölkerung den Eindruck vermitteln, die Vertretung nationaler Anliegen in Europa sei bei der konservativen Führung in guten Händen. Diese »indirekte Kommunikation« mit der potenziellen Wählerschaft zeigt die momentane Bedeutung europapolitischer Themen für die britische Innenpolitik. Darüber hinaus legt sie Tiefenstrukturen der

britischen Machtmechanik frei. Übertragen auf die Austrittsdebatte wird dieser Umstand an folgenden Punkten besonders deutlich:

- 1.) Der Einfluss europäischer Institutionen auf Großbritannien wird zur Zeit in einer sehr breit angelegten Untersuchung erfasst und bewertet (Bestandsaufnahme zum Europäisierungsgrad).
- 2.) Nach der Auswertung dieser Studie ist geplant, Kompetenzen »aus Brüssel« wieder nach Großbritannien zurückzuverlagern (Renationalisierung).
- 3.) Die Entscheidung über den weiteren Verbleib Großbritanniens in der EU soll auch in die Hände der Bevölkerung gelegt werden, obgleich das Parlament das letzte Wort haben würde (konsultatives Referendum).
- 4.) Diesem Schritt vorgeschaltet ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs, in dem Regierung schon heute versucht, ihre Vorstellungen von einer tragenden Rolle Großbritanniens in einer reformierten EU mehrheitsfähig zu machen (Majorisierung durch Mobilisierung).

Diese Maßnahmen sollen aus Sicht David Camerons integrationspolitischen Druck kanalisieren und gleichzeitig die Legitimation für das eigene Vorgehen erhöhen.

■ Offene Fragen

Die lebhafteste Debatte um die Frage »In or out of Europe?« wird auf absehbare Zeit nichts von ihrer Aktualität und Kontroversität einbüßen: Der politische Kalender Großbritanniens hält für die nächsten Jahre Termine bereit, die auch die Auseinandersetzung mit dem Thema »EU« prägen werden. So gelten die Wahlen zum Europäischen Parlament Mitte 2014 bereits heute als wichtiges Stimmungsbarometer und als Popularitätsindikator für die Koalitionsregierung. Ob sich die Parteien in der Austrittsfrage als Einheit präsentieren können, ist v. a. im Hinblick auf die Conservative Party fraglich. Das große Gewicht der »membership question« könnte jedoch dafür sorgen, dass in diesem Wahlkampf ein genuin integrationspolitisches Thema vorübergehend in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rückt. Dabei ist die paradoxe Situation entstanden, dass ausgerechnet im politischen Wettbewerb um die Besetzung einer EU-Institution Austrittsszenarien an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf den Aufstieg der UKIP zurückzuführen. Sie konnte bislang ihre Präsenz im Europäischen Parlament stetig auszubauen, sodass einige Beobachter weitere Stimmengewinne für wahrscheinlich halten. Noch haben die etablierten Parteien auf diese ernst zu nehmende politische Herausforderung keine wirksamen Antworten gefunden. Die UKIP wird die Austrittsdebatte aller Voraussicht nach weiterhin polarisieren und vor allem der Konservativen Partei zusätzliche Profilierungszwänge auferlegen.

Ein weiterer Fixpunkt für die »Exit«-Kontroverse ist das Referendum zur Unabhängigkeit Schottlands am 18.9.2014. Sollten sich die Schotten für eine Abspaltung vom Vereinigten Königreich entscheiden, muss geklärt werden, ob diese souveräne Einheit eine EU-Mitgliedschaft neu beantragen muss und die formale Aufnahme-prozedur zu durchlaufen hat. Sollte Schottland allerdings weiterhin Teil des »United Kingdom« bleiben und 2017 der EU-Austritt Großbritanniens beschlossen werden, ist derzeit noch offen, welcher Status der integrationsfreundlichen Region in Europa dann zukommen soll. Antworten auf diese Frage hängen nicht zuletzt vom Ausgang der Parlamentswahlen 2015 ab. Erst nach einem Wahlsieg der Konservativen Partei würde die Volksbefra-



Abb. 4 David Cameron im Gespräch mit dem US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama am 13. Mai 2013. Obama sprach sich nachdrücklich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU aus. Cameron betonte, dass das Votum der beiden mitgereisten Kabinettsmitglieder für einen Austritt Großbritanniens aus der EU nur »hypothetisch« sei, falls es tatsächlich bei der geplanten Volksabstimmung im Jahre 2017 zu einem Austrittsvotum komme sollte. © dpa, picture alliance

gung zur EU-Mitgliedschaft Großbritanniens in greifbare Nähe rücken. Bislang steht die genaue Fragestellung, über die die Briten dann zu entscheiden hätten, noch nicht fest. Der Wortlaut müsste berücksichtigen, dass die Konturen der Europäischen Union des Jahres 2017 aus heutiger Sicht noch recht unscharf sind. Bis dahin lautet die Kernfrage aus der Perspektive Großbritanniens: Gelingt es einem wiedergewählten Premierminister David Cameron, im Vorfeld des Referendums das europäische Vertragswerk nach seinen Vorstellungen zu formen und sich dafür die Zustimmung von nunmehr 27 Partnerländern zu sichern?

Literaturhinweise

Bendel, Petra (2013): Wie viel Europa, wessen Europa, welches Europa? Plädoyer für ein Europa der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, in: Klaus Brummer/Heinrich Pehle (Hrsg.): Analysen nationaler und supranationaler Politik. Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto, S. 397–405.

Grosse-Hüttmann, Martin/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.) (2013): Das Europa-Lexikon. Begriffe, Namen, Institutionen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Verlag Dietz Nachf., Bonn.

House of Commons (2013): Leaving the EU. Research Paper 13/42. House of Commons Library, London.

Oliver, Tim (2013): Europe without Britain. Assessing the Impact on the European Union of a British Withdrawal. SWP Research Paper, Berlin.

Sandschneider, Eberhard (2011): Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen. Carl Hanser München (Lizenzabgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band Nr. 1166).

Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs (2012): Review of the Balance of Competences between the United Kingdom and the European Union. The Foreign & Commonwealth Office, London.

Usherwood, Simon (2013): The Shifting Focus of Opposition to the European Union, in: Journal of Contemporary European Research 9, Nr. 2, S. 279–296.

Weinmann, Georg (2013): »A Referendum on Europe may be necessary«. Britische Europapolitik im Spannungsfeld von Parlamentssoveränität und direkter Demokratie, in: Klaus Brummer/Heinrich Pehle (Hrsg.): Analysen nationaler und supranationaler Politik. Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto, S. 229–242.

Materialien

M 1 Die ZEIT: Europapolitik als Partei- und Innenpolitik in GB

Als sich David Cameron im Oktober 2006 als frisch gewählter Parteichef der britischen Konservativen vorstellte, gab er sich als ein Mann des Wandels. Er redete von Werten, Prinzipien und Vernunft, er redete von seiner Liebe für seine Partei. Die Fehler der Vergangenheit wollte er vermeiden. Vor allem eines sollte nicht wieder passieren: Die Tories sollten sich nicht über Europa zerstreuen. Sie sollten aufhören, dauernd auf dem Thema »herumzureiten«. Geschehen ist genau das Gegenteil. Camerons Partei zerfleischt sich (...) wegen Europa, genauer: wegen der Frage, wie und warum der Premier endlich eine Volksabstimmung über die Mitgliedschaft in der EU abhalten soll. Das Schicksal des Premierministers steht auf dem Spiel – und die politische Zurechnungsfähigkeit seiner Partei, der stärksten politischen Kraft Großbritanniens. Provoziert hat den Streit Cameron selbst. Im Januar [2013] stellte er in einer Grundsatzzrede seinen Landsleuten ein EU-Referendum in Aussicht. Ganz freiwillig tat er das nicht. Im Zuge der Euro-Krise waren die Briten plötzlich unter Druck geraten. Die Kontinentaleuropäer hatten die Fiskalunion beschlossen – Großbritannien machte als einziges Land nicht mit. Cameron stand isoliert da. Das verlangte nach Erklärung und einem Befreiungsschlag. Der britische Premier zeichnete in seiner Rede eine ziemlich klare Idee von Europa: Die Union solle wie ein Netzwerk funktionieren. Jedes Mitgliedsland solle sich so weit integrieren, wie es möchte. Diese Idee von Europa, über die sich diskutieren ließe, wurde schnell von der Frage überlagert, ob denn Großbritannien nun aus der EU austreten solle oder nicht. Die Referendumsdebatte begrub Camerons europäische Visionen unter sich. Als bei den Kommunalwahlen Anfang Mai [2013] die rechtspopulistische UK Independence Party (UKIP) fast ein Viertel der Stimmen holte, brach der Sturm erst richtig los. (...) Ihr Erfolg hat viele Briten überrascht, weil die Briten in Umfragen immer wieder angeben, dass ihnen das Thema EU nicht besonders wichtig ist. Tatsächlich ging es den meisten UKIP-Wählern darum, die Einwanderung zu begrenzen und die etablierten Parteien abzustrafen. Dennoch hat der Erfolg der UKIP den europaskeptischen Flügel der Tories in Kampfmodus versetzt. Angegriffen wird dabei allerdings nicht nur die EU – sondern auch der eigene Parteichef. Cameron scheint die Kontrolle über die eigene Partei zu verlieren. Ein ehemaliger und zwei amtierende konservative Minister erklärten, dass sie bei einem Referendum über die Mitgliedschaft in der EU für einen Austritt stimmen würden. Im Unterhaus votierten mehr als 100 Abgeordnete für eine Änderung der Thronrede der Königin, weil darin das Wort »Referendum« nicht vorkam. (Thronreden werden vom Premierminister geschrieben). Ein konservativer Abgeordneter brachte den Gesetzentwurf ein, um das von Cameron versprochene Referendum gesetzlich festzuschreiben. Es soll 2017 stattfinden. (...) Der Premier selbst hat ein pragmatisches Verhältnis zur EU. Er glaubt, dass die Vorteile überwiegen. Trotzdem hat er dem Austritt den Weg bereitet, seit er an der Macht ist. Nach seiner Amtsübernahme hat er seine Partei aus dem europäischen Verbund der konservativen Parteien geführt; dann kam das Nein zur Fiskalunion und das Versprechen auf ein Referendum. Jeder dieser Schritte war als Beruhigungsmittel für seine Partei gedacht. Doch je länger die Euro-Krise andauert, desto hysterischer werden die Tories. (...) David Cameron fällt es schwer, seine Partei zu kontrollieren. Am Ende könnte es dahin kommen, dass er sein Land aus der EU führt – nicht weil er es will, sondern weil er von anderen getrieben wird,

© Khuê Pham: Der Chef der Spinner, in: Die Zeit vom 23.5.2013, S. 5



M 2 Der Vorsitzende der »UK-Independence Party« (UKIP) und Europaabgeordnete Nigel Farage reagiert erheitert auf die Rede des finnischen EU-Kommissars Olli Rehn zur beabsichtigten Kontrolle der nationalen Budgets durch die EU am 13.3.2013 in Straßburg. Die UKIP stellt derzeit 13 Abgeordnete im Europäischen Parlament.

© Lucas Schifres, picture alliance

M 3 FAZ: Was verbirgt sich hinter der »UKIP«?

Seinen Anfang nahm das Ukip-Projekt vor gut zwanzig Jahren, mit dem Vertrag von Maastricht, der Großbritannien zum Mitglied einer »Europäischen Union« machte. In der neuen Protestbewegung sammelten sich viele, vor allem enttäuschte Konservative, denen die Integration zu weit ging. Jahrelang fristeten die Rebellen ein Leben am politischen Rand, als unbeachtete Ein-Punkt-Partei. Dann gelang ihnen im Jahr 2009 – unter ihrem neuen Führer [Nigel] Farage – ein beachtlicher Erfolg bei den Europawahlen: Zwölf Abgeordnete durfte Ukip nach Brüssel schicken, angeführt von Farage persönlich, der seither den Tiger in der Höhle des Löwen gibt. Die folgenden Wahlen zum Unterhaus endeten enttäuschend – Ukip erreichte nur drei Prozent –, aber bald lenkte den Populisten die anhaltende Wirtschaftskrise Wasser auf ihre Mühlen. Vielen Briten gilt die EU heute nicht nur als Ursache der Rezession, sondern als Quelle kommenden Ungemachs: des Zustroms aus den neuen Mitgliedsländern Rumänien und Bulgarien. (...) Verbindung stiftet, unter Funktionären wie im Fußvolk, ein Ressentiment – gegenüber den »Brüsseler Bürokraten«, aber auch gegen »die in London«. Manche können gar nicht erläutern, was sie so aufregt und wiederholen nur immer wieder, dass sie »betrogen« und »belogen« würden. Andere haben sehr eigene Wege zu Ukip gefunden: der Soldat, der in Ukip die einzige Partei fand, die gegen Kürzungen im Wehretat eintritt; die Rentnerin aus Eastleigh, der vor Jahren ein Flugblatt die Augen für den »EU-Fischerei-Wahnsinn« geöffnet hat; der Golfplatzbetreiber aus London, den die EU-Arbeitszeitrichtlinie umtreibt, weil sie Kleinunternehmen zerstöre; nicht zuletzt die schwarze Doktorandin aus Cheddar, die sagt, dass sie zu Hause in Kenia auch protestieren würde, wenn zu viele französischsprachige Flüchtlinge ins Land kämen. Farage, inzwischen Stammgast im politischen Fernsehen und Gegenstand respektvoller Magazin-Geschichten, glaubt, dass er den Zeitgeist auf seiner Seite hat. Aufmerksam wurde wahrgenommen, dass sich der politisch einflussreiche Medienunternehmer Rupert Murdoch neulich mit ihm zum Essen traf. Natürlich sei das Gespräch streng vertraulich, sagt Farage, aber soviel möchte er doch verraten: »Die Konservativen verlieren in allen gesellschaftlichen Bereichen an Unterstützung.«

© Jochen Buchsteiner: Camerons patriotische Jäger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.2013, S. 5

M 4 SZ-Interview mit dem britischen Premierminister David Cameron, 8.4.2013

Süddeutsche Zeitung (SZ): Herr Premierminister, wären Sie nach einem Referendum auch bereit, die EU zu verlassen?

David Cameron (DC): Das möchte ich nicht. Ich möchte eine Reform der Europäischen Union erreichen. Darum geht es. Diese Organisation ist reif dafür. Wir stehen im globalen Wettrennen mit den Indiens, Chinas, Indonesiens und Malaysias dieser Welt. Wir brauchen ein Europa, das offener, wettbewerbsfähiger, flexibler ist, das mehr über die Kosten nachdenkt, die es seiner Wirtschaft aufbürdet, vor allem den kleinen Betrieben. Wir wollen ein Europa, das aufwacht und diese moderne Welt aus Wettbewerb und Flexibilität erkennt.

SZ: Europa wandelt sich doch ständig.

DC: Wir haben erfolgreich mit einigen Reformen begonnen. Zum ersten Mal nimmt die Europäische Kommission Vorlagen zurück, sie betreibt Deregulierung und will Unternehmen von Kosten befreien. Zum ersten Mal sinkt das Budget und steigt nicht. Wir alle müssen weniger Geld ausgeben, und Europa sollte dabei nicht immun sein.

SZ: In Ihrer Reformrede ging es Ihnen vor allem um den gemeinsamen Markt.

DC: Das ist keine faire Wiedergabe. Der Binnenmarkt ist für Großbritannien der wichtigste Teil Europas. Wir sind eine Handelsnation, der europäische Kontinent ist unser wichtigster Markt. Also lassen Sie ihn uns vollenden – bei Energie, Digitales und Dienstleistungen. Aber Großbritannien tut mehr. Wer führt die Politik gegen ein effektives Öl-Embargo gegen den Iran an? Großbritannien und seine Alliierten. Wer führt bei der Unterstützung der syrischen Opposition und bei der Isolation Assads? Großbritannien. Wir sind eine wichtige europäische Macht. Aber wir glauben, dass sich die Europäische Union manchmal übernehmen hat mit Direktiven und Einmischungen. Das muss sich ändern.

SZ: Selbst wenn Sie mit Herz und Seele in der Union bleiben wollen – Sie vergessen, dass Herz und Seele der Mehrheit Ihrer Partei die EU verlassen wollen.

DC: Nein, das vergesse ich nicht. Aber so denke ich auch nicht. Die beste Lösung für unser Land wäre eine Mitgliedschaft in einer reformierten EU. Dabei müssen wir anerkennen, dass die Zustimmung für die britische Mitgliedschaft hauchdünn ist. Wenn Politiker ihren Job richtig machen wollen, dann sollten sie das anerkennen, statt es unter den Teppich zu kehren. Jahr für Jahr haben Parteien und Regierungen ein Referendum versprochen, es aber nicht abgehalten. Das hat der Zustimmung geschadet. Wenn Sie ein Problem haben, müssen Sie sich damit auseinandersetzen. (...)

SZ: In einer groß angelegten Revision wollten Sie die Kompetenzverteilung in der EU überprüfen. Kaum ein anderes Land prüft mit. Wird das nun eine Übung für die Briten alleine?

DC: Wir haben angekündigt, dass wir das für Großbritannien tun werden. Jeder ist willkommen, der mitmachen möchte. Wenn Sie viele Jahre lang Mitglied in einer Organisation sind, ist es doch nur vernünftig, dass Sie überprüfen, was gut und was weniger gut funktioniert.

SZ: Selbst wenn Sie die Verträge nur begrenzt ändern wollen – das weckt doch jede Menge Begehrlichkeiten bei anderen Staaten.

DC: Als ich vor drei Jahren Premierminister wurde, sagte mir jemand, ich müsse keine Sorge vor Vertragsänderungen haben. Die werde es nicht geben. Bis heute hatten wir drei Vertragsänderungen. Zwei hat Großbritannien umgesetzt.

SZ: ... also wollen Sie an das Herzstück, den Lissabon-Vertrag?

DC: Wenn Sie Verträge ändern, werden alle Verträge geöffnet. Ich bin absolut überzeugt davon, dass es zu einem bestimmten Zeitpunkt nötig sein wird, die Verträge zu öffnen, auch um die Prob-



M 5 »Cameron befragt das Volk

© Gerhard Mester, 26.1.2013

leme der Euro-Zone zu lösen. Wenn sich die Eurozone für Vertragsänderungen einsetzt, ist es nur legitim, dass Länder außerhalb der Euro-Zone ebenfalls Vertragsänderungen bekommen. (...)

SZ: Welche drei Komponenten sollten zurück in die Obhut der Nationen?

DC: Ich möchte keine Einkaufsliste nennen. Wir sollten überall diskutieren, wie Europa flexibler gemacht, wie Zuständigkeiten hin nach Europa, aber auch weg von Europa wandern können. Es ist viel wichtiger, dass wir uns über diese Prinzipien verständigen.

SZ: Sind Sie besorgt, dass Sie in die Geschichte eingehen könnten als Premier, der Großbritannien aus der EU geführt hat?

DC: Um die Geschichtsschreibung müssen sich andere Leute kümmern. Für mich ist es das Wichtigste, den Briten zu ihrem Recht zu verhelfen: Sie sollen darüber abstimmen können, ob sie Teil einer reformierten EU bleiben wollen.

SZ: In Ihrer Rede waren Sie ja geradezu optimistisch über Europa ...

DC: ... oh ja, das ist eine sehr positive Rede ...

SZ: ...stellt sich die Frage, was eigentlich so viele Jahre lang schief lief, dass sich die britische Wahrnehmung von Europa so sehr unterscheidet vom Bild auf dem Kontinent.

DC: Ich wäre mir da nicht so sicher, wie viele Menschen in diesen Ländern wirklich den rosigen Blick auf die Europäische Union haben. Hier geht es außerdem nicht um britische Eigenbrötlerei. Wir sind sehr pragmatische, bodenständige, sensible Leute. Wenn jemand den großen Wurf vorschlägt, mahnen wir immer: Moment mal, warum brauchen wir das? Macht das Sinn? Wir sind im besten Sinne skeptisch. (...) Wir sind immens positiv für Europa.

SZ: Die Wahrnehmung ist unterschiedlich – anderswo gilt das als Rosinenpickerei.

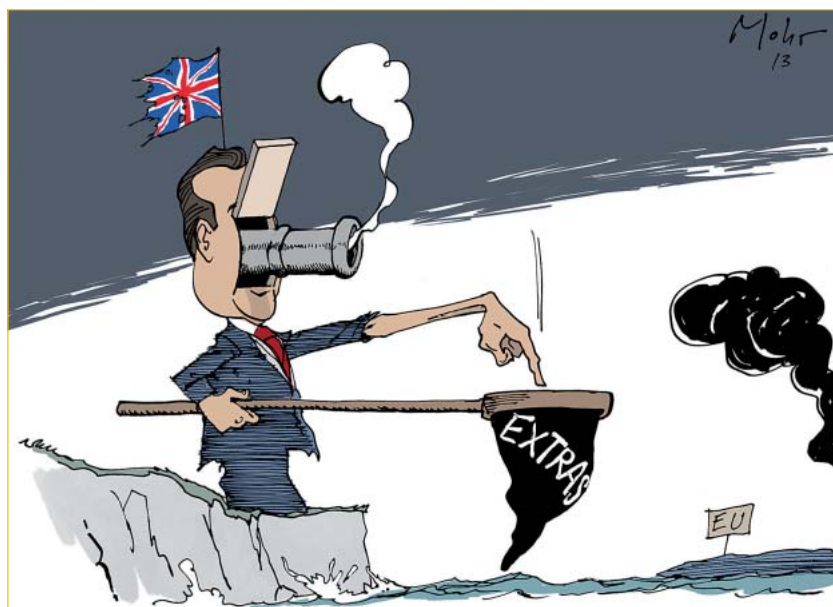
DC: Das akzeptiere ich nicht. Erstens möchte ich einen Wandel, von dem ganz Europa profitieren kann. Und zweitens geht es nicht um Rosinenpickerei, sondern um Flexibilität. Wer sagt, dass es kein flexibles Europa geben kann, der liegt falsch. Großbritannien ist nicht im Euro und wird ihm nicht beitreten. Schweden, Polen und andere Staaten sind nicht im Euro. Für viele gibt es dieses Mantra: Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Entschuldigung – das ist er nicht. Er ist die Währung eines Teils der Europäischen Union. Großbritannien hat die »Opt-out-Klausel«, wir müssen dem Euro also nicht beitreten. Wir gehören dem Schengenraum nicht an. Frankreich war jahrelang nicht Vollmitglied der Nato. Manche Länder führen eine meiner Meinung nach falsche Finanztransaktionssteuer ein. Wir haben also bereits ein flexibles Europa. Wenn Europa wächst, wird es noch mehr Anlass zu Flexibilität geben. (...)

© David Cameron: Wir sind eine wichtige europäische Macht, in: Süddeutsche Zeitung, 8.4.2013, S. 7, Interview mit Stefan Kornelius

M 6 SWP-Analyse: »Europa light« für Großbritannien?

Da auch Cameron weiß, wie wichtig die Union wirtschaftlich für Großbritannien ist, hat er sich klar für dessen Verbleib in der EU ausgesprochen. Noch ungewöhnlicher, er hat die Mitwirkung in der Union deutlich wie selten als bessere Alternative gegenüber einem Außenseiterstatus nach dem Schweizer oder Norweger Modell gepriesen. Aber: Cameron will für Großbritannien einen loseren Mitgliedschaftsstatus in der EU aushandeln. Sein Land soll neben dem Binnenmarkt nur an einzelnen Bestimmungen teilnehmen und vom Pfad der »immer engeren Union« endgültig abgekoppelt werden. Um dieses Ziel auch gegen den Widerstand seiner Partner durchzusetzen, will er das Austrittsreferendum auf EU-Ebene gleichsam als Drohmittel nutzen. Drei Motive stehen dabei im Vordergrund: Erstens will Cameron die wirtschaftliche Integration im Sinne einer Stärkung des Freihandels vorantreiben. Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den USA, Japan oder Indien sollen forciert und der Binnenmarkt im Bereich der Dienstleistungen, der Energie oder digitaler Güter vollendet werden. Zweitens will er erreichen, dass EU-Kompetenzen wieder auf die nationale Ebene zurückgeholt werden, wenn nötig in Form von neuen Opt-outs für Großbritannien. Welche Bereiche »repatriiert« werden sollen, hat die britische Regierung jedoch bislang noch nicht konkret benannt. Doch kursieren in London bereits Wunschlisten. Ziel ist vor allem die Sozialpolitik. Die Arbeitszeitrichtlinie etwa ist für die Tories immer wieder ein beliebtes Beispiel, um europäische Überregulierung darzustellen. Aber auch die Bereiche Finanzmarktregulierung, Umwelt und Energiepolitik stehen auf den Repatriierungsagenda. Letztlich sollen laut Cameron – mit Ausnahme der vier Freiheiten des Binnenmarkts – alle Kompetenzen der EU zur Debatte stehen. Nicht zuletzt fordert der britische Premier, dass die EU nach dem Prinzip der Flexibilität umgestaltet wird. Bereits in der Schuldenkrise beschloss Großbritannien unter seiner Führung, an allen Formen einer engeren Integration der Eurostaaten nicht teilzunehmen. Nach dem Willen Camerons soll der Grundsatz verankert werden, dass Großbritannien (und andere Staaten) der Vertiefung rund um die Eurozone dauerhaft fernbleiben können. Im Zentrum der britischen Mitgliedschaft soll vielmehr der Binnenmarkt stehen. Zum Schutz ebendieses unabhängigen Status im Binnenmarkt will der Premier zudem einen Absicherungsmechanismus etablieren, dank dessen die Nicht-Eurostaaten ihre Interessen gegenüber den enger integrierten Euro-Strukturen im gemeinsamen Markt durchsetzen können. Im Kern will Cameron also schon vor der Befragung seiner Landsleute einen neuen Status für Großbritannien erreichen, bei dem das Land zwar weiterhin über den Binnenmarkt mitbestimmt und den Zugang dazu genießt, aber von Regelungen im Sozial-, Umwelt- und Finanzbereich befreit ist. Im Tausch dafür will er der Eurozone den Weg zu Vertragsänderungen für eine engere Integration freimachen. Großbritannien würde sich so aus eigenem Willen in einen dritten Rang der europäischen Integration begeben.

© Nicolai von Ondarza: Rote Linien und eine ausgestreckte Hand, in: SWP-Aktuell 12, Februar 2013, S. 2-3, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin



M 7 »Britischer Humor«

© Burkhard Mohr, 23.1.2013

M 8 FAZ: Neue Bündnispartner für Großbritannien?

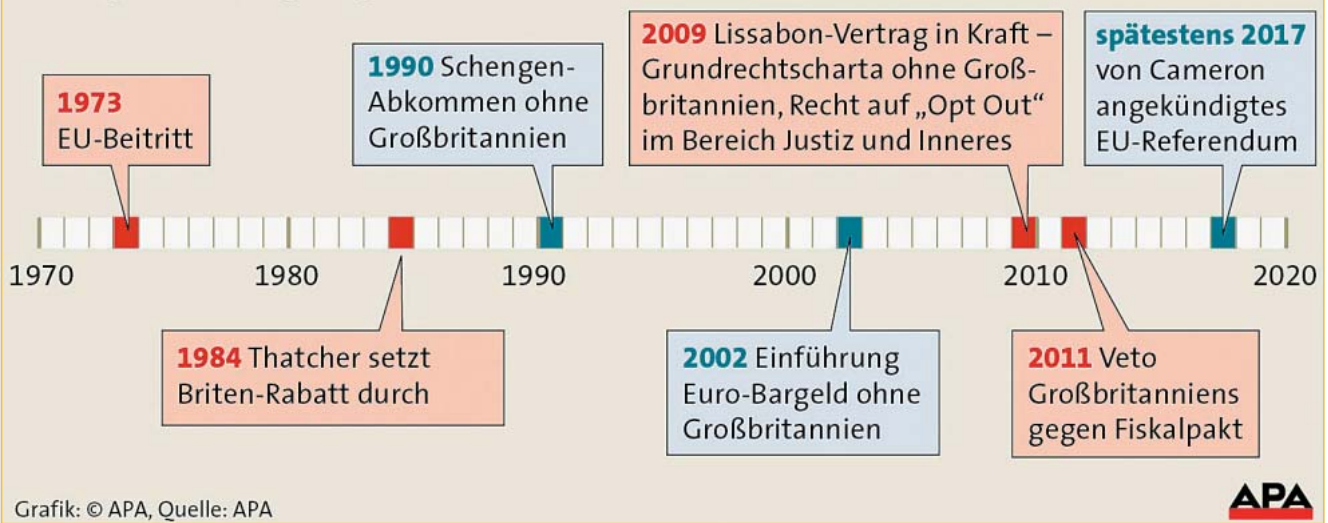
Die britische Regierung plant offenbar, schon im Herbst [2013] eine Reformdebatte in der Europäischen Union anzustoßen. In den Mittelpunkt würden die Sozialleistungen für EU-Ausländer gerückt, über die wieder von nationalen Regierungen entschieden werden müsste, berichtete die Zeitung »Times« mit Verweis auf Regierungskreise. Das Kabinett von Premierminister David Cameron beschleunige seine Pläne, seit es aus Berlin Signale der Zustimmung empfangen habe, hieß es in dem Bericht weiter. Abermals wurde eine Passage aus einem Fernsehinterview von Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert, in der sie über eine Rückverlagerung von EU-Befugnissen an die Nationalstaaten nachdenkt. London kündigt schon seit geraumer Zeit an, in Brüssel über eine Neuverteilung der Kompetenzen verhandeln zu wollen. Bisher waren sowohl der Zeitrahmen als auch die Hauptthemen vage geblieben. Die Sozialleistungen für Einwanderer aus anderen EU-Staaten werden im Vereinigten Königreich seit langem kritisch diskutiert. Seit britische Behörden EU-Ausländern Sozialleistungen vorenthalten haben, streitet sich die Europäische Kommission mit London vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. »Die ursprüngliche Interpretation der EU-Verordnung wurde bewusst vage gehalten, um den Mitgliedstaaten Entscheidungen zu ermöglichen – jetzt versucht die Europäische Kommission, eine Interpretation zu oktroyieren, mit der wir nicht einverstanden sind«, sagte ein ranghoher Tory der »Times«. Man wolle Brüssel diese Kompetenz »wegnehmen« und mache dabei Fortschritte. Arbeitsminister Ian Duncan Smith reiste unlängst nach Berlin (...). In (einem) Interview hatte Merkel unter anderem gesagt: »Mehr Europa ist mehr als nur die Verlagerung einer Kompetenz vom Nationalstaat nach Europa«, und »Wir können auch überlegen: Geben wir wieder einmal etwas zurück?« In Berlin wurde mit Erstaunen registriert, dass diese Äußerungen der Kanzlerin als Schützenhilfe für die Bestrebungen der britischen Regierung gewertet wurden, Kompetenzen aus Brüssel zurück in die Nationalstaaten zu verlagern. Es hieß im Kanzleramt, die Äußerungen Merkels über freiwillige Koordinierungen einzelner Mitgliedsländer und über die Möglichkeit, Zuständigkeiten wieder aus europäischen Instanzen an die Nationalstaaten zurückzugeben, stellten keine neue Position dar.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung, London treibt EU-Debatte voran, 17.8.2013, S. 5

Großbritannien – Mit einem Fuß außerhalb der EU



Wichtigste Sonderregelungen



M 10 Großbritanniens Sonderrolle in der EU

© APA

M 9 William E. Paterson: Decline of European Solidarity?

Political communities rely on solidarity and over a number of decades the EU demonstrated a considerable degree of solidarity alongside national preferences. (...) It will not be my purpose to suggest that solidarity has disappeared but that it has declined. What is not clear is whether this decline is irreversible. At least within the Eurozone, if not in the wider EU, there are significant pressures for solidarity alongside others pointing towards fragmentation (...). Let me suggest six systemic reasons for the decline in solidarity.

1. (...) Attachment to the European idea has survived better among elites than mass public but it has suffered considerable erosion even among political elites (...).
2. Deeper European integration has changed the external/domestic balance and by domestication I understand the more obvious politicization of EU issues and the empowerment of domestic actors in national decision making. This domestication tends to weaken the solidarity and privilege the sovereignty reflex.
3. The enlargement of the EU has also tended to weaken the solidarity impetus (...)
4. Solidarity rests on the idea of shared identity of “we-feelingness.” At its height in the original “founding six” construction this perception has been weakened by successive enlargements.
5. Those who thought the EU would defend the solidarity of the European peoples in the face of globalisation have been greatly disappointed.
6. Finally, the Eurozone crisis has dealt a huge blow to solidarity. It has divided the creditor nations from the debtor nations (...)

© William E. Paterson 2013: Solidarity versus Sovereignty. The British View, in: Klaus Brummer/Heinrich Pehle (Hrsg.): Analysen nationaler und supranationaler Politik. Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto, S. 225–226

M 11 Interview mit Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, Esslinger Zeitung vom 24.1.2013

Esslinger Zeitung: Der britische Premier David Cameron droht mit einer Volksabstimmung über einen EU-Austritt seines Landes, sollte sich Europa nicht grundlegend reformieren. Wären Sie traurig über eine Europäische Union ohne Großbritannien?

Schulz: Großbritannien gehört zu Europa und es hat historisch, politisch und kulturell wichtige Impulse für unseren Kontinent gegeben. Deshalb sehe ich Großbritanniens Platz in der EU und nicht außerhalb. Aber das müssen die Briten letztlich selbst entscheiden. Fakt ist, dass David Cameron sein derzeitiges Manöver veranstaltet, weil er die Anti-Europäer in seiner Partei ruhigstellen will. Aber das ist eine gefährliche Taktik, die am Ende dem Land mehr schaden als nützen kann. Denn Großbritannien als Nicht-Euro-Land, das sich aus wesentlichen Integrationsbereichen der EU heraushält, hat große wirtschaftliche Probleme und eine hohe Arbeitslosigkeit.

EZ: Cameron warnt vor Denkverboten, fordert weniger Kompetenzen für Brüssel und mehr für die Mitgliedstaaten – was spricht eigentlich dagegen?

Schulz: In der EU muss der Grundsatz gelten, dass in Brüssel nur das gemacht wird, was die Nationalstaaten und die Regionen nicht besser können. Dabei gibt es keine Denkverbote. Ich wehre mich beispielsweise schon immer dagegen, dass manche in der EU-Kommission gegen das deutsche Sparkassenmodell arbeiten. Aber genauso richtig ist, dass wir im 21. Jahrhundert als Kontinent keine Chance haben werden, wenn wir uns in unsere Einzelteile zerlegen. Nur wenn wir in Europa eng beieinander bleiben, werden wir unseren Wohlstand und unsere Sicherheit im Wettbewerb mit anderen aufstrebenden Weltregionen verteidigen können. Das, was Cameron vorschlägt, würde Europa in die Bedeutungslosigkeit führen.

© Martin Schulz, Interview: Großbritannien gehört zu Europa. Esslinger Zeitung vom 24.1.2013, S. 3

7. Rechtspopulismus und Euroskepsis

FLORIAN HARTLEB

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, äußerte in seiner Grundsatzrede zur »Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011« am 28. September 2011 im Europäischen Parlament in Straßburg seine Sorge: »Populistische Bewegungen stellen die größten Errungenschaften der Europäischen Union in Frage – den Euro, den Binnenmarkt, ja sogar den freien Personenverkehr« (Barroso 2011). Die Sorge geht um, dass vor allem rechtspopulistische Parteien die Krisengewinnler sind, da sie immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene erzielen. So zogen neue Herausforderparteien in die Parlamente ein, etwa bei den Parlamentswahlen im September 2010 in Schweden (»Schwedendemokraten«) und im April 2011 in Finnland (»Wahre Finnen«, mittlerweile in »Die Finnen« umbenannt). Inzwischen kann man von einer »zweiten Generation« des Rechtspopulismus sprechen, da sich in Frankreich und Österreich mit Marine Le Pen (Front National) und Heinz-Christian Strache (Freiheitliche Partei Österreich, kurz FPÖ) erfolgreich die auf die Parteiführer ausgerichteten Parteien erneuert haben. Das Bild ist freilich nicht einheitlich. So mussten die Rechtspopulisten auch Einbußen verzeichnen, zuletzt in den Niederlanden. Bei der von ihr forcierten vorgezogenen Neuwahl vom September 2012 kam die »Partei für die Freiheit« von Geert Wilders nur noch auf 10,1 Prozent. Sie büßte nicht nur 5,4 Prozentpunkte, sondern auch ihre komfortable Position als »Tolerierer« der Minderheitsregierung ein.

Relevanz und Begriff

Auch in Osteuropa entfaltet der Rechtspopulismus seine Wirkung. Mitunter wird er durch den starken patriotischen Bezug zur Nation auch als Nationalpopulismus bezeichnet. Populistische Züge weist die mit einer satten Zweidrittelmehrheit ausgestatteten Fidesz-Partei von Viktor Orbán in Ungarn auf. In Polen weist die ebenfalls nationalkonservative Partei »Recht und Gerechtigkeit« manch populistische Merkmale auf. Besonders in ihrer Regierungszeit zwischen 2005 und 2007 unter Einschluss zweier mittlerweile verschwundenen Parteien sorgten die Zwillingsbrüder Jarosław und der mittlerweile tragisch verunglückte Lech Kaczyński für Unruhe in Europa. Bei den Wahlen in Litauen im Oktober 2012 bekam die Partei »Ordnung und Gerechtigkeit« von Rolandas Paksas 7,8% und ist als Juniorpartner an der sozialdemokratisch geführten Regierung beteiligt. Neben diesem häufig als Parteienfamilie apostrophierten Rechtspopulismus (Decker/Lewandowsky 2012) lässt sich das Aufkommen eindeutig neofaschistisch-antisystemischer Formationen verzeichnen, die bei den letzten Wahlen in Griechenland im Mai und Juni 2012 (»Goldene Morgenröte«) und Ungarn im April 2010 (»Jobbik«) sogar in die Parlamente einzogen. Besonders krass ist der Fall »Ungarn«, da die antisemitische und roma-feindliche Jobbik auf fast 17% kam.



Abb. 1 Großdemonstration für die »nationalpopulistische« Fidesz-Regierung von Viktor Orbán in Ungarn am 21.1.2012. Die Demonstranten fühlen sich als Opfer der EU. Die Fidesz-Partei erhielt bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 2010 rund 52 % der Stimmen und 68 % der Sitze im ungarischen Parlament. Im Hintergrund ein Spruchband der rechtsradikale Zeitschrift Demokrat: »Mit Herz und Seele«.

© dpa, picture alliance

Populistische Parteien von links sorgen für eine neue Buntscheckigkeit der europäischen Parteienlandschaft. Bei der Parlamentswahl in Polen im Oktober 2011 kam eine anti-konservative Palikota, benannt nach ihrem Parteivorsitzenden und Namensgeber Ruch Palikota, auf 10,1%. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Slowakei im März 2012 erreichte eine antilittäre »Partei der gewöhnlichen Leute und unabhängigen Personen« 8,6%. Besonders in Deutschland ist die eher linksalternative Piratenpartei, die einen Neuanfang von »digitalisierter Politik in Echtzeit« verfolgt, zumindest zeitweise erfolgreich; sie zog in zahlreiche Landesparlamente ein. Mehr und mehr zeigt die allgemeine Entwicklung, dass schillernde Figuren – Nicht-Politiker, Geschäftsleute oder öffentlich bekannte Figuren wie in Italien der Komiker Beppe Grillo – in die Politik drängen. In Österreich versucht der Geschäftsmann und Milliardär Frank Stronach wie einst erfolgreich Silvio Berlusconi den Einstieg in die Politik. Gemeinsam ist den Tendenzen, dass die etablierten Vertreter von Politik ebenso wie die tradierten Formen von Demokratie unter Druck geraten sind. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die genuin rechtspopulistischen Parteien, hinterfragt nach einer Begriffsklärung ihre thematischen Erfolgsbedingungen – die »winning formula« (Kitschelt 1995) – den Faktor »Persönlichkeit« und ihr Wählerklientel. Am Ende stehen ein Fazit und Perspektiven. Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger bezeichnete die EU in einer Rede in Luxemburg im Mai 2013 als »Sanierungsfall«. Manche Mitgliedsländer würden schlecht regiert werden, zudem grassiere ein Euroskeptizismus. Statt die Wirtschafts- und Schuldenkrise zu bekämpfen, zelebriere Europa »Gutmenschentum« und führe sich als »Erziehungsanstalt« für den Rest der Welt auf (Oettinger 2013). Die derzeitigen Debatten wie der Blick auf das Meinungsklima von den nationalen Medien und Bürgern zeigen, dass bei den Bürgern noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist – in den neuen, aber auch in den alten Mitgliedstaaten der EU.

Dort zeigen sich mittlerweile ganz neue Problemlagen, die durch die Krise vor allem der Südländer entstanden und neue Debatten um Eurobonds und Wendungen wie die »Vereinigten Staaten von Europa« oder »Transferunion« zur Folge haben. Offenkundig geht es nun in der Eurokrise um die ganze Konstruktion der EU und die Finalitätsfrage. Daher sind neben der Zentralität von ökonomischen Debatten Dimensionen von politischer und sogar kultureller Tragweite angesprochen.

Die Solidaritätsfrage stellt sich gerade im »Fall Griechenland« neu – ein Land, das gar als »failing state« bezeichnet werden kann und beträchtlichen Einfluss auf die Eurozone hat. So ist die EU mit einem Rettungsschirm eingesprungen, als Staaten wie Ungarn und Lettland, dann vor allem Griechenland, Irland und Portugal als (un-)mittelbare Folge der Finanzkrise von 2008 in arge finanzielle Probleme gerieten. Dieses Szenario, Ausstieg aus der Eurozone, wurde zumindest offiziell nicht diskutiert, und unter den Wirtschaftsexperten gibt es Optimisten wie Pessimisten mit Blick auf die Zukunft des Euro. Durch die schwere Eurowährungskrise von 2011 an gewinnt auch der Euroskeptizismus an Zulauf, und die Betrachtung verlagert sich weg von den ostmitteleuropäischen Staaten hin zu einem gesamteuropäischen Problem (Hartleb 2012). Mehr und mehr wird der Rechtspopulismus in die Debatte um die Zukunft der europäischen Integration im weiteren und der Europäischen Union im engeren Sinne einbezogen. Offenkundig gibt es Konstruktionsfehler, wie die Schuldenkrise durch zahlreiche in Not geratene Länder in der Eurozone beweist. Trotz der nach außen kommunizierten Harmonie gibt es also durchaus existente Konfliktlinien oder Missklänge, die den österreichischen Politikwissenschaftler Anton Pelinka von »cleavages« innerhalb der EU (Pelinka 2007) sprechen lassen – die Cleavage-Theorie (Lipset/Rokkan 1967) wird bis heute für die gesellschaftliche Entstehung von Parteiensystemen herangezogen. Pelinkas Auffassung nach gibt es durch tiefe Gräben (»Konfliktlinien«) Tendenzen von Euroskeptizismus. Immer noch sei die EU ein Elitenprojekt, wie sich in der Ablehnung des Verfassungsvertrags in den Niederlanden und Frankreich, später des jetzt gültigen Reformvertrags von Lissabon in Irland zeigte. Es gebe kein europäisches Parteiensystem, vielmehr nationale Parteiensysteme. Widersprüchliche Erwartungen der Mitglieder zeigen sich in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr noch in der Definition dessen, was eigentlich Identitätskern der EU sei. Diese ungelöste Frage wirke sich auf künftige Erweiterungen aus, insbesondere in der Türkeifrage. Die Intensität des Euroskeptizismus ist offenkundig ein mächtiges, einflussreiches Merkmal in der politischen Landschaft der EU.

Überträgt man diese Gedanken auf den Parteienwettbewerb, liegt nahe, dass dort Kritik gegen die EU im engeren und gegen Europa im weiteren Sinne artikuliert, mobilisiert und programmatisch festgesetzt wird. Die Frage lautet, ob sich eine wie auch immer geartete euroskeptische Parteienfamilie orten lässt. In den Öffentlichkeiten der Mitgliedstaaten findet im Gesamtdurchschnitt mit 49 Prozent nicht einmal die Hälfte die Mitgliedschaft in der EU für begrüßenswert, wie das Eurobarometer Anfang 2006 ermittelte (Eurobarometer 2006: 27). Die Zahlen sind gleichwohl, besonders in den neuen Mitgliedsländern, sehr schwankend, was auch von der jeweiligen Definition und Operationalisierung des Euroskeptizismus abhängt. Denkt man an die Rolle der Parteien im intermediären Bereich, der Artikulation, Aggregation, Selektion und Integration von bestehenden Interessen, müsste es logischerweise eine euroskeptische Kraft innerhalb der EU geben.



Abb. 2 Traditionelle Demonstration des rechtspopulistischen »Front National« am 1. Mai 2013 in Paris. In der Mitte die Parteivorsitzende Marine Le Pen. Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Jahre 2012 hatte sie im ersten Wahlgang 13,6% der Stimmen erhalten. Meinungsumfragen im Oktober 2013 sagen voraus, der Front Nationale habe Chancen, als stärkste Kraft bei den Eurowahlen 2014 in Frankreich abzuschneiden. © Ian Langsdon, epa, dpa, picture alliance

Euroskeptizismus ist ein sehr umfassender Begriff, der eine ganze Bandbreite unterschiedlicher inhaltlicher Positionen anspricht. Seine Ursprünge hat er, wenig überraschend, im traditionell euroskeptischen Großbritannien, wo er im politischen und journalistischen Sprachgebrauch Mitte der 1980er Jahre Eingang fand. Das Oxford English Dictionary definierte dann auch einen »Euroskeptiker« als eine Person, die sich über die Machtzunahme der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union wenig begeistert zeigt. In den politischen Debatten um die Zukunft Europas verschwimmen die Ebenen »Europäische Integration« und »Europäische Union« häufig, obwohl diese keineswegs Hand in Hand gehen müssen. Weite Beachtung hat wohl auch daher die phänomenologische Unterscheidung von »hartem« und »weichem« Euroskeptizismus gefunden. Die »weiche« Form bedeutet die qualifizierte Ablehnung bestimmter Aspekte des Integrationsprojektes oder der EU in seiner gegenwärtigen institutionellen Form. Geläufig ist hier das Argument, nationale Interessen stünden dem supranationalen Vertragswerk entgegen. Die »harte« Form lehnt die »Idee Europa« hingegen in ihren Grundsätzen ab, damit folgerichtig auch den Beitritt oder die Mitgliedschaft zur EU (Szczerbiak/Taggart 2008). Inspiriert von der Debatte entwickelte der Brite Chris Flood durchaus mit semantischer Spielerei sogar sechs verschiedene Positionen; die ersten drei sind dabei als euroskeptisch anzusehen (Flood 2002):

- **Ablehner:** Positionen, die entweder gegen die Mitgliedschaft in der EU oder die institutionelle Beteiligung gerichtet sind;
- **Revisionisten:** Positionen, die ein Zurück des Integrationsprozesses anstreben, mit Blick auf das jeweils gültige Vertragswerk oder einzelne Policies;
- **Minimalisten:** Positionen, die den Status quo akzeptieren, aber weiterer Integration und Vertiefung ablehnend gegenüberstehen;
- **Gradualisten:** Positionen, die weitere Integration in kleinen und behutsamen Schritten unterstützen.
- **Reformisten:** Positionen, die Reformen konstruktiv unterstützen und affirmativ begleiten.
- **Maximalisten:** Positionen, die sich klar für ein Mehr an Integration, Erweiterung oder Vertiefung aussprechen.



Abb. 3 FPÖ-Bundesparteiobmann und Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache während der Wahlkampf-Abschlussveranstaltung der FPÖ am Freitag, 27. September 2013 in Wien. Bei den Nationalratswahlen kamen die rechtspopulistischen Freiheitlichen (FPÖ) auf 21,4 %, weitere 5,8 % erhielten die Euroskeptiker des kanadisch-österreichischen Milliardärs Frank Stronach. © dpa, picture alliance

■ Euroskeptizismus in West- und Osteuropa

Dadurch, dass der westeuropäische rechtspopulistische Parteyentypus oder gar die rechtspopulistische Parteienfamilie häufig auf Euroskeptizismus zurückgreift, könnte man unter Umständen »Euroskeptizismus« als Exklusivmerkmal einer rechtspopulistischen Parteienfamilie deuten. Einfach ausgedrückt: Euroskeptizismus ist ein Kriterium für einen spezifisch rechtspopulistischen Parteyentypus. Rechtspopulistische Parteyentypen, die sich nicht nur von den etablierten Parteien, sondern durch ihre grundsätzliche Systembejahung auch von rechtsextremistischen Parteien abgrenzen lassen, bedienen Anti-Parteyen-Affekte, greifen zu einer simplifizierenden Politikformel und schüren Ressentiments der Bevölkerung. Damit eignet sich prinzipiell die europapolitische Bühne als Projektionsfläche, da diese als »komplex und bürgerfern« stereotypisch aufgeladen werden kann.

Der Rechtspopulismus bekundet seine Skepsis gegenüber einem zusammenwachsenden Europa. Rechtspopulistische Parteien bedienen die in der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von EU bzw. EG regiert werde. Die Europäische Union beäugen sie gemäß dem Slogan »Europa ja – EU nein!« misstrauisch. Rechtspopulisten warnen vor einem massiven Einschnitt in die nationale Souveränität und Identität durch die Brüsseler Institutionen, denen es offensichtlich an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt: Der EU-Politik mangelt es tatsächlich an demokratischer Rechenschaftspflicht, auch wenn der Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments stärkte. Die Schattenseiten des Brüsseler Bündnisses – der Zentralismus und die »Regelungswut der Eurokraten« – bilden in der Argumentation der Rechtspopulisten einen Gegensatz zu dem, was sie selber verkörpern wollen: »Volksnähe« und schnelles, unbürokratisches Reagieren auf die Bedürfnisse der eigenen nationalen Bevölkerung.

Wie stark der westeuropäische Rechtspopulismus und der Euroskeptizismus miteinander verquickt sind, illustrieren Aussagen des rechtspopulistischen »Prototypen«, des mittlerweile verstorbenen Österreicher Jörg Haider. Das einstige Aushängeschild der bis hin zur Regierungsbeteiligung kommenden Freiheitlichen Partei Österreichs, welche im Jahr 2000 als bis heute einmaligem Vorgang Sanktionen der damaligen EU-Mitgliedsländer zur Folge hatte, agitierte immer wieder gegen die EU, sah sie als Sündenbock. Die EU galt Haider als Symbol für ausufernde Bürokratie und Angriff auf die Souveränität des lange neutralen Österreichs. Jörg Haider war es auch, der 1999 ein Referendum gegen den EU-Beitritt des Landes initiierte. Beim Niederländer Geert Wilders spielte das Thema »Europa« lange nur eine Nebenrolle. 2012 änderte sich das Bild aber drastisch, als er, der pikanterweise seit Jahren mit einer Ungarin verheiratet ist, einen »Meldepunkt« Ost-

europa im Internet eröffnete, wo Niederländer Probleme mit Mitbürgern aus Osteuropa melden können. So fragt die Seite »Haben Sie Beschwerden über Menschen aus Mittel- und Osteuropa? Oder haben Sie Ihren Job an einen Polen, Bulgaren oder Rumänen verloren? Wir möchten dies gerne hören.« Das Formular enthielt fünf Fragen zu osteuropäischen Einwanderern, darunter die nach Trunkenheit, Ruhestörung und Verwahrlosung. Mehr und mehr, gerade auch für den Wahlkampf, mutierte Europa in den Kampagnen zum Quell allen Übels. Wilders forderte dann auch den Euroausstieg und die Einführung eines neuen Guldens.

Im Unterschied zu rechtsextremen Positionen lehnen Rechtspopulisten den europäischen Einigungsprozess jedoch nicht ab. Vorrangig kritisieren sie das »Wie«, nicht das »Ob«. Das EU-Thema lässt sich in verschiedenen Variationen transparent machen. Auf diese Weise können Populisten die Schwäche der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik anprangern und damit in ihrer typischen Schwarz-weiß-Malerei ein christlich-abendländisches Bollwerk gegen den Islam propagieren. Oder sie prangern den freien Warenverkehr im Binnenmarkt an und machen ihn für die organisierte Kriminalität verantwortlich. Sie bauen darauf, dass es ein gewaltiges Potential an antieuropäischen Ressentiments gibt, welches politisch nutzbar ist. Manche rechtspopulistischen Parteien verhalten sich gegenüber der EU ambivalent, insbesondere in Immigrationsfragen, wo sie die »Festung Europa« herbei beschwören. Populisten, die längerfristig »überleben« wollen, werden allem Anschein nach nicht zum Boykott der EU aufrufen, sondern vielmehr »eine ökonomische und kulturelle Festung Europa« anpreisen und vermarkten.

Bei der Europawahl des Jahres 2009 sorgten euroskeptische Kräfte von »rechts« für Furore: In den Niederlanden kam die neu gegründete Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders (PVV) auf knapp 17 Prozent der Stimmen und damit auf Platz zwei. In Österreich konnten die Freiheitlichen (FPÖ) im Jahre 2009 ihren Stimmanteil auf 13,1 Prozent verdoppeln; zudem kam das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), einst von Jörg Haider aus Rache an seiner »alten« Partei FPÖ gegründet, auf 4,7 Prozent. Zählt man dazu die 17,7 Prozent für die genuin euroskeptische Liste des EU-Rebellen Hans-Peter Martin, bedeutet das zusammengenommen Platz eins für die Euroskeptiker. Bei den Nationalratswahlen 2013 erzielte die FPÖ 21,4 % der Stimmen.

Für Deutschland beispielsweise hat das Issue »Europa« eine geringere Rolle in der praktischen Parteyenauseinandersetzung. Aber auch hier gibt es gegenläufige Tendenzen, die in Zukunft eine stärkere Bedeutung des EU-Themas vermuten lassen. Immerhin hat sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 eine genuin euroskeptische Partei namens »Alternative für Deutschland« (AfD) gegründet, welche zumindest die Parteyenkonkurrenz aufhorchen ließ und breiten Raum in der Medienberichterstattung fand. Für die im Mai 2014 stattfindende Europawahl ist es wahrscheinlich, dass zahlreiche populistische und euroskeptische Gruppierungen

erfolgreich sein werden, zumal es in Deutschland hier nur eine 3%-Hürde zum Einzug ins Parlament geben wird..

Bei der Parlamentswahl in Finnland vom 18. April 2010 wurde das Thema »Portugalhilfe durch die EU-Konjunkturpakete« zum zentralen Wahlkampfthema, das der euroskeptischen Partei »Wahre Finnen« (inzwischen »Die Finnen«) damals an die 20 Prozent bescherte. Ihr »weicher« Euroskeptizismus richtete sich vor allem gegen Subventionierungsmaßnahmen der EU. Finnland hat sich, wie sonst nur noch Luxemburg, von Anfang an strikt an die Euro-Kriterien gehalten und glänzte mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt. Deshalb halten viele Finnen nicht viel vom Euro-Schutzschirm für Länder wie Griechenland, Irland und Portugal, »die nicht rechnen können«. Die letzten Wahlen in Frankreich (2012) und Italien (2013) zeigten, dass das Thema »Euroskeptizismus« in seiner ganzen Bandbreite zur Mobilisierung verhilft. Kräfte von »rechts« und »links« gleichermaßen machten »gegen Brüssel« Stimmung, in Frankreich vom Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon bis hin zur radikalen Rechtspopulistin Marine Le Pen, in Italien vom linken Komiker Beppe Grillo bis hin zum wendigen Silvio Berlusconi. Beleuchtet man das Verhältnis zwischen dem westeuropäischen Rechtspopulismus und dem Euroskeptizismus, stellen sich zwei Fragen, die jeweils zu verneinen sind:

(1.) Euroskeptizismus als fixes Merkmal des Rechtspopulismus? – Nein.

Euroskeptizismus ist häufig ein Kriterium für Rechtspopulismus. Beide Phänomene müssen aber nicht Hand in Hand gehen. Rechtspopulistische Parteien greifen durchaus auf andere Mobilisierungsthemen als Euroskeptizismus zurück, beispielsweise auf eine Ablehnung von Islamisierung, Immigration oder soziale Versprechungen zu Lasten von Exkludierten. Freilich können diese Themen anschlussfähig für eine umfassende Kritik der EU sein.

(2.) Rechtspopulismus als konstitutives Merkmal für Euroskeptizismus? – Nein.

Euroskeptizismus kann theoretisch von allen politischen Lagern, auch von politischen Eliten vorgetragen werden. Hier spielt auch die politische Kultur eine Rolle. Länder wie Großbritannien und Österreich sind traditionell euroskeptisch ausgerichtet, wie sich in Bevölkerungsumfragen zeigt. Der politische Elitendiskurs ist dadurch stark beeinflusst. Die populistische Logik »Wir gegen die da oben« eignet sich gleichwohl gut für das Thema »EU«. Die nicht-xenophoben »Wahren Finnen« (inzwischen »Die Finnen«) kritisierten die nationale Regierung ebenso wie die Rettungspakete der EU für Portugal, ohne eine weitere rechtspopulistische Agenda vorzutragen. So distanzierte sich die Partei deutlich von den Schwedendemokraten, die 2010 ebenfalls erstmalig in das nationale Parlament einziehen konnten. Der Rechtspopulismus hat den Charakter eines Primärmerkmals, Euroskeptizismus höchstens den des Sekundärmerkmals. So brauchen rechtspopulistische Formationen häufig sogar Europa, wenn es um Fragen eines Schutzwalles gegen Immigration geht.

Euroskeptizismus ist nicht allein »rechts« zu orten. So brach in der deutschen Partei Die Linke vor der Europawahl 2009 ein Streit bei der Kandidatenaufstellung aus. Europafreundliche Politiker wie die einstige Spitzenkandidatin zu den Europawahlen 1994, 1999 und 2004, Sylvia-Yvonne Kaufmann, und der einstige Vordenker der Partei, André Brie, wurden nicht in den Listenvorschlag der Partei für die Listenaufstellung zu den Europawahlen 2009 aufgenommen, da sie entgegen der Parteilinie den Vertrag von Lissa-



Abb. 4 Angesichts der Krise Ungarns fordert die rechtsextreme »Jobbik-Partei« den Austritt Ungarns aus der EU und eine neue Ostorientierung des Landes. Hier eine Demonstration vor der Vertretung der EU-Kommission in der Lövözh utca. Verbrennen der EU-Flagge durch den Parlamentarier Előd Novk (rechts mit Benzinflasche). Plakataufschrift: »Sollen wir Mitglied sein oder frei?« Budapest, Ungarn, 14.1.2012 © dpa, picture alliance

bon befürworteten. Oskar Lafontaine selbst engagierte sich gegen den Europäischen Verfassungsvertrag. 2013 empfahl der Politiker die Rückkehr einzelner Länder zu nationalen Währungen, fand aber parteiintern keine Mehrheit, zumal er nicht mehr selbst an vorderster Front agiert. Auch im Wahlprogramm schlug sich trotz der Bejahung des europäischen Integrationsprozesses Euroskeptizismus nieder – in Form eines düsteren Bildes der Europäischen Union. In der Konsequenz lehnt die Linke jegliche wirtschaftliche und soziale Vertiefung der ihrer Meinung nach neoliberalen Union ab. So stimmte die Bundestagsfraktion auch gegen die Rettungsschirme.

EU-Themen haben in den osteuropäischen Beitrittsländern durch ihre Zentralität in den Legislativen sowie die neuen außenpolitischen Ambitionen der postkommunistischen Staaten eine hohe, weitaus größere Bedeutung als in Westeuropa. In den 1990er Jahren wurde »Europa« durch das Prisma nationaler Politik stärker in den postkommunistischen Staaten als in Westeuropa betrachtet. Die verlockende Erlangung der Mitgliedschaft in den europäischen Club galt als essentiell, um die eigene nationalstaatliche Entwicklung zu fördern. Das Paket der Kopenhagener Kriterien von 1993 korrelierte daher in hohem Ausmaß mit den meisten reformorientierten Parteien in Osteuropa. Der Wunsch nach Verankerung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ebenso wie nach der Garantie der Menschenrechte und eines Minderheitenschutzes, schien mit dem Willen nach einer funktionierenden Marktwirtschaft einherzugehen.

Erst nach dem EU-Beitritt traten Konflikte auf, und zwar in durchaus ernst zu nehmender Form. So spricht der ungarische, international renommierte Politikwissenschaftler Attila Ágh von einem »neuen wertegeladenen Konflikt« zwischen Euroskeptikern und Eurounterstützern, den auch Meinungsumfragen mehr und mehr verdeutlichten. Für den ungarischen EU-Experten sind EU-Themen eines der am meisten diskutierten Felder in den Medien und den Parlamentsdebatten geworden. Der Euroskeptizismus in den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten speist sich aus grundlegend unterschiedlichen Motivlagen. Ein derzeit viel diskutiertes »Post-EU-Beitrittssyndrom« (Ágh 2008) in Ostmitteleuropa ist die Folge von enttäuschten Erwartungen, vor allem im Bereich der Wirtschaft, was sich auf den politischen Wettbewerb auswirkt. Um die fehlenden nationalen Handlungsspielräume zu kompensieren, wird der »weiche« Euroskeptizismus häufig als strategisches Instrument nationaler Kraftmeierei oder innenpolitischen Muskel-

spiels gebraucht – neben dem existenten, besonders von extremistischen Parteien artikulierten »harten« Euroskeptizismus. Nach dem Status quo, der Ratifizierung von Lissabon, ebte die Euroskeptizismusdebatte in Tschechien und Polen ab. Insgesamt lässt sich zum Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Parteienkonstellation festhalten: Häufig deckt sich der Euroskeptizismus der Parteien mit Einstellungen in der Bevölkerung. Dabei spielt wohl der auf die Bevölkerung wirkende Elitendiskurs eine besondere Rolle, die personalisierte Artikulation von Kritik, Skepsis bis hin zur Ablehnung. Verbreitet man den Untersuchungsraum auf das gesamte Osteuropa, ist das Thema »Europa« etwa in den baltischen Staaten parteipolitisch nur von peripherer Bedeutung. »Weiche« euroskeptische Positionen werden von Parteien vertreten, die entweder kulturell-gesellschaftlich autoritäre Positionen einnehmen und/oder sich für protektionistische Positionen aussprechen. Für Ostmitteleuropa trifft das auf eine Reihe von bürgerlichen Parteien zu. Als Erklärungsfaktor für »weichen« Euroskeptizismus darf der strategische Aspekt nicht übersehen werden. Empirisch bedeutsam ist vor allem eine enge Beziehung der Oppositionsrolle mit der Option, eurokritische Potentiale in der Parteienkonkurrenz strategisch zu mobilisieren.

■ Bilanz und Perspektiven

Die Unterscheidung zwischen Eurobefürwortern und Euroskeptikern hat große Bedeutung für die Entwicklung der Parteiensysteme in Europa, obwohl das »issue« Europa nur in wenigen Fällen »das« Mobilisierungsthema darstellt, meist im Kontext rechtspopulistischer Mobilisierung. Sie erlaubt eine bessere Verbindung zwischen der Zuordnung zu tradierten »Partiefamilien« und der europäischen Dimension. Dennoch lässt sich, trotz der Mobilisierungsversuche durch populistische Kräfte, eine »parteilpolitische Nebenrolle Europas in den nationalen Parteiensystemen der EU-Staaten« feststellen, mit Indikatoren wie »die geringe Zahl von EU-Spezialisten in den Parteiorganisationen der Mitgliedstaaten und deren Fehlen in wichtigen Parteiämtern« (Pehle/Sturm 2010: 294f.). Dem wollen aber die europäischen Parteienverbände entgegen wirken, die größere Kompetenzen, mehr Budget und eigene Stiftungen bekommen haben. Mehr und mehr wird aber aus dem Nicht-Thema »Europa« und »EU« ein zentrales im Parteienwettbewerb – eine der Lehren aus der Eurowährungs- und Eurozone-Krise. Generell umfasst die euroskeptische Agenda von Europas Populisten drei Komplexe, erstens den Euro und die Eurozone, zweitens die Strukturen der EU sowie drittens den Bereich der nationalen, kulturellen und regionalen Identität:

- **Bereich Euro und Eurozone** (zugespitzt durch die Eurowährungskrise)
 - (1) Zurückweisung des Solidaritätsprinzips innerhalb der EU (innerhalb der Geberländer);
 - (2) Kritik an der Fiskal- und Austeritätspolitik; Schüren der Angst vor der Fremdbestimmung (innerhalb der Südländer);
 - (3) zugespitzt durch die Eurowährungskrise: Überlegungen, die EU oder zumindest die Eurozone zu verlassen; Ablehnung der Währung »Euro«;
- **EU-Strukturen generell**
 - (4) Präferenz eines Modells des Europas der Nationen oder Vaterländer; Zurückweisung eines regulativen Superstaates oder von Visionen wie »Vereinigte Staaten von Europa«; mitunter Anspruch eines starken Europas nach außen;
 - (5) Wendung gegen die »Mehr-Europa«-Rhetorik (Integrationsprozess als Einbahnstraße);
 - (6) Wendung gegen den diplomatischen Verhandlungsdiskurs in der EU, der nach Meinung der Populisten schwierige Fragen ausklammert oder mit dem Prinzip des Kompromisses löst;

- (7) Anklage in Richtung der EU, zu zentralistisch, bürokratisch, kostspielig, technokratisch oder ineffizient zu sein (zu viel Geld für europäische Beamte);
 - (8) Vorwurf des in der Tat vorhandenen demokratischen Defizits (Frage der Verantwortlichkeit von politischen Entscheidungen);
 - (9) Vorwurf der Überkomplexität, die für gewöhnliche Menschen nicht verständlich ist;
- **Nationale, kulturelle und regionale Identität**
 - (10) Erhalt des traditionsreichen Nationalstaats (nicht ersetzbar durch eine bürokratisierte EU);
 - (11) Verantwortung der EU für Masseneinwanderung und etwa Schleuserkriminalität (durch die Grenzöffnung via Schengen);
 - (12) Multikulturalismus und kosmopolitische Werte als feste Bestandteile der EU-Ideologie;
 - (13) Gefahr der regionalen Identität durch Brüsseler Zentralismus;
 - (14) Angst vor einer erneuten Fremdbestimmung (Brüssel als neues Moskau; in den postkommunistischen Staaten).

Die Behauptung eines dezidierten EU-Cleavage ist aber zu hoch gegriffen und lässt sich empirisch nicht stützen. Zunächst erscheint der gerne, mitunter beliebig zugeschnittene Cleavage-Begriff (Lipset/Rokkan 1967) – die Rede von gesellschaftlich-parteilpolitischen Konfliktlinien – ohnehin wenig geeignet, um die noch immer, bedingt durch kontextuelle Faktoren sehr volatile Wähler-Partei-Bindung angemessen zu benennen. Zweitens sind Parteipositionen zur Europäischen Integration kein konstitutives Element des räumlichen Parteienwettbewerbs in den einzelnen Staaten, sondern allein die abgeleitete Komponente bzw. Variable der jeweils nationalen Konkurrenzmuster, besonders der Spaltung zwischen Transformationsgewinnern und -verlierern, wie sich bei der Ablehnung von Reformen im sozialen Bereich seitens der Bevölkerung zeigt. In der Regel steht die EU-Kritik auch dort nicht im Zentrum des Diskurses.

Inzwischen gewinnen euroskeptische Parteien weiter an Boden. Selbst in Deutschland, wo noch in den 1990er Jahren Versuche gescheitert waren (»Bund freier Bürger« und »Pro DM-Partei«), bildete sich vor der Bundestagswahl 2013 mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) eine genuin euroskeptische Partei. Unabhängig vom Ergebnis der wie die Vorläufer elitär-professoral ausgerichteten Partei zeigt sich, dass der proeuropäische Konsens bröckelt, wie sich bereits in der Öffentlichkeit widerspiegelt. Der hohe Professorenanteil der AfD weist darauf hin, dass die Intellektuellenkritik zunimmt.

Ob der Euroskeptizismus, sei es als Ideologie oder Strategie, eine Zukunft hat, hängt also auch maßgeblich von der Strategie der politischen Eliten auf nationaler und europäischer Ebene ab, für Europa und die EU erfolgreich zu werben und konkrete Schritte für eine europäische Öffentlichkeit nicht nur bei jungen karrierebewussten und vielsprachigen Kosmopoliten einzuleiten. Die Elitenzentrierung ergibt sich auch dadurch, dass sich in den streng formalisierten Auswahlverfahren in den politischen Institutionen mehrheitlich die Kosmopoliten durchsetzen. Die Durchschnittsbevölkerung ist daher personell kaum verankert. In der aktuellen Eurowährungskrise zeigen sich zudem Ressentiments, die man überwunden zu haben schien. Der durch die Wirtschaftskraft angelegte Dominanz Deutschlands wurde in den krisengeplagten Südländern, insbesondere Griechenland und Zypern, mit Abbildungen von Angela Merkel etwa mit Hitler-Bart etc. begegnet, nicht nur medial. Dabei geht es um den hiesigen Protest gegen die von Brüssel angeordnete Sparpolitik als *conditio sine qua non* für die Rettungsschirme und -pakete.

Die Ansicht, dass die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch bevorstehen, ist in den Bevölkerungen der EU sehr weit verbreitet, im Durchschnitt bei 62 Prozent. Auf der anderen Seite ist die Mehrheit der Bürger davon überzeugt, dass sich die EU in die richtige Richtung bewegt und die Krise meistern wird (Eurobarometer 2012).

Euroskeptizismus kann dann zu einem Mobilisierungsthema werden, wenn die EU, oder besser ein Mitgliedsland von ihr, in finanzielle Nöte gerät und nach europäischer Solidarität gefragt wird. Generell dürften derartige (finanzielle) Solidaritätsbekundungen innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten schwer zu kommunizieren sein, sodass, bei Häufung derartiger Fälle, einer euroskeptischen Mobilisierung Tür und Tor geöffnet wäre. Die Zukunft der Europäischen Union mitten in der Krise geht in Richtung Fiskal- und Bankenunion («Vereinigte Staaten von Europa»). Ohne Mühe lassen sich aber ein demokratisches Defizit sowie eine Kluft zwischen den Eliten und den europäischen Bevölkerungen ausmachen: »Mit ihren für Nichtgeweihte kaum zu entschlüsselnden Fachkürzeln wie ESM oder EFSF halten diese Herrschaftszirkel das Volk schon semantisch auf Abstand. Gegen die Sonntagsredenrhetorik der politischen Eliten und das Paralleluniversum in Brüssel regt sich freilich Widerstandsgeist, nicht nur durch Europas Populisten. Wendet sich der gegenwärtige europäische Populismus nicht auch gegen die repräsentativen Demokratien, die von gut ausgebildeten, akademischen Professionals dominiert werden? Und gegen die postnationale »Maßstabvergrößerung« von Repräsentanz in der Europäischen Union? (Cuperus 2011). Ein Problem sind auf der Arbeitsebene die administrativen Strukturen, gepaart mit nationalen Egoismen und Proporzdenken, die hinter der angeblichen europäischen Idee hervor lugen und Insidern deutlich werden. Zudem ist ein gesunder Wettbewerbscharakter unter den inzwischen 28 Mitgliedsländern nicht wirklich gegeben. Die Transferunion scheint wohl Realität, die mit Sachzwang und einer Ausrichtung als »gemeinsamer Markt« im globalen Wettbewerb zu rechtfertigen versucht wird. Das britische Desinteresse am europäischen Projekt lähmt die allgemein gewollte europäische Integration ebenso wie die Dissonanz zwischen dem vermeintlichen Führungsduo Deutschland und Frankreich. Technokratie beschwört die Sehnsucht nach Visionen und politischer Führung geradezu herbei. Renationalisierungstendenzen werden daher eine Begleiterscheinung der europäischen Integration bleiben – eine verzweifelte Reaktion, den Nationalstaat inmitten des europäischen Mehrebenensystems nicht nur symbolisch zu erhalten. Rechtspopulistische Parteien halten gerade in ökonomischen Fragen keine Rezepte bereit und können in den brennenden Fragen der Gegenwart wie Austerität und der Suche nach Wachstumsmöglichkeiten wenig bereitstellen. Das heißt, es wird auch im Zuge der Eurowährungskrise zu keiner populistischen Internationalen kommen. Dazu kommen die begrenzten Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene: Euroskeptische Formationen können innerhalb der EU-Institutionen und -Organe ihren Einfluss und ihre Position hauptsächlich und unmittelbar allein im Europäischen Parlament artikulieren. Dort gibt es durch Zersplitterung in unterschiedliche Gruppen und Allianzen mit europafreundlichen Kräften allerdings keine größere euroskeptische Fraktion. Nach der Europawahl von 2009 etwa zeigte sich ein disparates, höchst unüberschaubares und sich schnell wandelndes Bild. Die Zukunft der Europäischen Union mitten in der Krise geht in Richtung Fiskal- und Bankenunion («Vereinigte Staaten»). Dagegen regt sich freilich Widerstandsgeist, nicht nur durch Europas Populisten. Technokratie erzwingt die Sehnsucht nach Visionen und politischer Führung, Renationalisierungstendenzen werden daher eine Begleiterscheinung der europäischen Integration bleiben – eine verzweifelte Reaktion, den Nationalstaat inmitten des europäischen Mehrebenensystems nicht nur symbolisch zu erhal-



Abb. 5 Anhänger der euroskeptischen und für viele Beobachter ebenfalls rechtspopulistischen Partei »Alternative für Deutschland«, AfD, am 16.9.2013 bei einer Wahlkampfveranstaltung vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Bei der Bundestagswahl 2013 hatte die AfD bundesweit 4,7 % der Stimmen erhalten. Ihre Hochburgen lagen bei Protestwählern in den neuen Bundesländern. © Bernd von Jutrczenka/dpa

ten. Rechtspopulistische Parteien haben gerade in ökonomischen Fragen keine Rezepte bereit und können in den brennenden Fragen der Gegenwart wie Austerität und der Suche nach Wachstumsmöglichkeiten wenig bereitstellen. Das heißt, es wird auch im Zuge der Eurowährungskrise zu keiner populistischen Internationalen kommen.

Literaturhinweise

- Ágh, Attila (2008): Hungarian Politics in The Early 21st Century: Reforms and Post-EU Accession Crisis, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 48 (2), S. 68–81.
- Cuperus, René (2011): Der populistische Dammbbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck, in: Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hrsg.): Populismus in den Niederlanden und in Deutschland im Vergleich, Münster, S. 163–178.
- Flood, Chris (2002): Problematising Euroscepticism, Unpublished paper presented at Queen's University Belfast, Belfast (zitiert mit der Erlaubnis des Autors).
- Hartleb, Florian (2012): Euroskeptische Parteienfamilie, in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen, Berlin & Toronto, S. 302–325.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in: Dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives, New York, S. 1–64.
- Pehle, Heinrich/Sturm, Roland (2010): Die europäische Integration – ein relevanter Bezugsrahmen des nationalen Parteienwettbewerbs?, in: Zeitschrift für Politik, 57 (3), S. 294–306.
- Pelinka, Anton (2007): Bestimmungsfaktoren des Euroskeptizismus, in: Ders./Fritz Plasser (Hrsg.): Europäisch Denken und Lehren. Festschrift für Heinrich Neisser, Innsbruck, S. 233–247.
- Taggart, Paul/Szczerbiak, Aleks (2008): Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe, in: Aleks Szczerbiak/Paul Taggart (Hrsg.): Opposing Europe? Comparative and Theoretical Perspectives, Vol. 1, Oxford, S. 1–15.
- Walter, Franz (2012): Zivilgesellschaft und Partizipationsdebatte, in: indes, 2 (4), S. 135–143

MATERIALIEN

M 1 José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission: » Die Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011«

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, Wir müssen die Lage der Europäischen Union ehrlich und ohne Umschweife analysieren. Wir stehen vor der größten Herausforderung in der Geschichte der Europäischen Union. Es handelt sich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise mit großen gesellschaftlichen Auswirkungen, jedoch auch um eine Vertrauenskrise, eine Krise des Vertrauens sowohl in unsere Politiker als auch in Europa und in unseren Fähigkeiten, die Dinge zum Besseren zu wenden.

Die Ursachen der Krise sind klar: Europa hat in der Frage der Wettbewerbsfähigkeit nicht die richtigen Antworten gefunden. Einige Mitgliedstaaten haben über ihre Verhältnisse gelebt. Auf den Finanzmärkten haben sich unverantwortliche und inakzeptable Verhaltensweisen durchgesetzt. Wir haben nichts gegen die Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und insbesondere innerhalb des Euroraums getan.

Diese Probleme wurden durch die gewaltigen Veränderungen der Weltordnung und die Auswirkungen der Globalisierung noch verschärft. Das alles führt zu tiefer Besorgnis in unserer Gesellschaft. Viele Bürger haben Angst vor der Zukunft. Mehr denn je besteht die Gefahr eines Rückzugs in nationale, um nicht zu sagen nationalistische Denkgewohnheiten.

Populistische Bewegungen stellen die größten Errungenschaften der Europäischen Union in Frage – den Euro, den Binnenmarkt, ja sogar den freien Personenverkehr. Mit Fug und Recht kann man sagen, dass die Staatsschuldenkrise mittlerweile in erster Linie eine politische Vertrauenskrise ist.

Nicht nur unsere Bürger, sondern auch die Außenwelt schauen auf uns und fragen sich: Sind wir wirklich eine Union? Verfügen wir wirklich über den Willen zur Stützung der einheitlichen Währung? Sind die schwächeren Staaten wirklich gewillt, die unerlässlichen Reformen durchzuführen? Sind die wohlhabenderen Staaten wirklich bereit für Solidarität? Ist Europa wirklich in der Lage, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen?

Ich, ja ich sage Ihnen heute: Die Lage ist tatsächlich ernst, aber die Krise ist lösbar. Europa hat Zukunft. Wenn wir das Vertrauen wiederherstellen. Und dafür brauchen wir Stabilität und Wachstum, aber auch politischen Willen und Führungsstärke. Gemeinsam müssen wir unseren Bürgern eine europäische Erneuerung vorschlagen. (...) Vor genau 50 Jahren schlossen sich 12 Länder in Europa zusammen, um die Sozialcharta zu unterzeichnen. Bis heute sind der Charta 47 Staaten, darunter alle EU-Mitgliedstaaten, beigetreten. (...) Um diese Grundwerte in Europa zu sichern, müssen wir die Qualität des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene verbessern. Die Erneuerung Europas kann nur mit dem Engagement und der verantwortungsvollen Beteiligung der Sozialpartner – der Gewerkschaften, der Arbeitnehmer, der Unternehmen, der Zivilgesellschaft schlechthin – erfolgreich gestaltet werden. (...) Unser Mandat läuft im Jahr 2014 ab – genau 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs, einen der dunkelsten Zeiten unserer Geschichte, dem mit dem Zweiten Weltkrieg eines der dramatischsten Kapitel der europäischen und der Weltgeschichte folgte. Die Schrecken von damals sind wohl heute in Europa unvorstellbar. Sie sind unvorstellbar, nicht zuletzt weil wir die Eurpä-



M 2 Der Rechtspopulist Geert Wilders, Vorsitzender der »Partei der Freiheit« in den Niederlanden, im Gespräch mit Pressevertretern bei einer Aktion vor der rumänischen Botschaft in Den Haag. Wilders übergab einen Brief in niederländischer und rumänischer Sprache mit dem Titel: »Kein Zugang« aus Protest dagegen, dass rumänische Arbeitskräfte ab dem 1.1.2014 auch in den Niederlanden freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben werden. © Robin Utrecht, epa, dpa, picture alliance

ische Union haben, die durch wirtschaftliche und politische Integration den Frieden auf unserem Kontinent garantiert hat. (...) Die derzeitige Krise ist in ihrem Kern eine politische Krise, die unsere Bereitschaft zum Zusammenleben auf die Probe stellt. Deswegen müssen wir die Europäische Union vertiefen, deswegen haben wir gemeinsame Institutionen ins Leben gerufen, deswegen müssen wir das europäische Interesse wahren. Zwischenstaatliche Zusammenarbeit reicht heute nicht aus, um Europa aus der Krise zu führen und die Zukunft zu gestalten. Vielmehr kann gerade das Modell einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu Renationalisierung und Teilung führen. Dieses Modell könnte dem Europa, das wir anstreben, den Todesstoß versetzen.

© José Manuel Barroso, 28.9.2011, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-11-607_de.htm?locale=en

M 3 EU-Kommissar für Energiefragen Günther Oettinger, CDU: »Europa ist ein Sanierungsfall«, Focus vom 29.5.2013

EU-Kommissar Günther Oettinger hat die EU als Sanierungsfall bezeichnet. Manche Mitgliedsländer seien kaum regierbar und Brüssel habe die schlechte Lage nicht genügend erkannt. Auch an der Bundesregierung übt Oettinger Kritik.

EU-Kommissar Günther Oettinger hat sich in einer Rede vor der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer (debelux-AHK) sehr besorgt über die Lage in Frankreich und anderen EU-Ländern geäußert, wie die Zeitung »Bild« in ihrer Mittwochs Ausgabe berichtet. »Europa ist ein Sanierungsfall«, zitierte das Blatt Oettinger. »Mir macht Sorge, dass derzeit zu viele in Europa noch immer glauben, alles werde gut.« Brüssel habe »die wahre schlechte Lage noch immer nicht genügend erkannt«. Statt die Wirtschafts- und Schuldenkrise zu bekämpfen, zelebriere Europa »Gutmenschentum« und führe sich als »Erziehungsanstalt« für den Rest der Welt auf.

Auch die Lage in einigen EU-Mitgliedsländern sei besorgniserregend. »Mir machen Länder Sorgen, die im Grunde genommen kaum regierbar sind: Bulgarien, Rumänien, Italien«, zitierte die Zeitung Oettinger. Dazu komme, dass in vielen Ländern EU-kritische Bewegungen stärker würden. In Großbritannien regiere Pre-

mier Cameron mit einer »unsäglichen Hinterbank, seiner englischen Tea-Party«. (...) Besorgt äußerte sich Oettinger dem Blatt zufolge auch zur wirtschaftlichen Lage Frankreichs. Das Land sei »null vorbereitet, auf das, was notwendig ist«, sagte der deutsche EU-Kommissar. Frankreich brauche eine Agenda 2010 »mit Rentenreform, was in Wahrheit Rentenkürzung heißt, längere Lebensarbeitszeit, Staatsquote runter«. Frankreich habe eine Staatsquote von 57 Prozent, die Zahl der Staatsdiener sei doppelt so hoch wie im EU-Schnitt. Aber es gebe »keinen Mittelstand und wenig Innovation«.

Heftige Kritik übte Oettinger der Zeitung zufolge an der Situation in Deutschland. »Deutschland ist auf dem Höhepunkt seiner ökonomischen Leistungskraft. Stärker wird Deutschland nicht mehr.« Das habe auch mit der Tatsache zu tun, dass in Berlin »mit Betreuungsgeld, Frauenquote, Mindestlohn und Nein zum Fracking die falsche Tagesordnung« bearbeitet werde. Dadurch drohe »ein Teil dessen, was an Wettbewerbsfähigkeit und Agenda 2010 im Zuge der letzten Jahre erreicht worden ist«, wieder preisgegeben zu werden.« (...)

© www.focus.de/politik/ausland/europa-ist-ein-sanierungsfall-eu-kommissar-oettinger-haelt-einige-eu-staaten-fuer-kaum-regierbar_aid_1000811.html

M 4 EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, SPD: »Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance« (2013)

Wir können uns dazu entscheiden, die europäische Einigung wieder zurückzudrehen, und den Weg der Renationalisierung einzuschlagen. Das ist möglich und ist im Zuge der Krise auch immer wieder diskutiert worden. Es gibt im rechten wie im linken politischen Lager viele Menschen, die das aus sehr unterschiedlichen Gründen befürworten. Den einen passt es nicht, dass der Nationalstaat an Einfluss verliert, der ihnen bislang ein Gefühl der Sicherheit in einer immer unüberschaubaren Welt vermittelte. Ich verstehe, dass dies als Verlust empfunden wird, denn wahrscheinlich bleibt der Nationalstaat auch in den kommenden Jahren einer der entscheidenden Referenzpunkte, wenn es um die Identität und das Zusammengehörigkeitsgefühl von Menschen geht. (...) Andere wenden sich gegen die europäische Integration, weil sie ein Aushöhlen demokratischer und sozialer Grundrechte durch Europa befürchten und in der EU ein neoliberales Projekt sehen. In den Nationalstaaten hat es Jahrzehnte und unzählige politische Kämpfe gebraucht, um unsere heutigen Grundrechte und das derzeitige hohe Niveau an sozialer Sicherheit zu etablieren – manche sehen diese Errungenschaften nun durch ein Europa gefährdet, das Deregulierung, Privatisierung und die Ökonomisierung vieler Lebensbereiche vorantreibt. Auch diese Sorge kann ich zunächst verstehen, denn innerhalb der EU tobt ebenso wie in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten ein Kampf darum, ob und wie wir unser Sozialstaatsmodell verteidigen können und wollen. Und vor allem in der Kommission sitzt mancher Beamter, der vom Deregulierungswahn noch immer geradezu besessen ist. (...)

Ich dagegen will, dass wir die EU besser machen. Warum sollten wir das weitverbreitete Unbehagen über dieses Europa nicht aufnehmen und konstruktiv nutzen können? (...)

Hierfür müssen wir Richtungsentscheidungen treffen. Es geht nicht um die Frage, ob wir »mehr Europa« wollen – das ist zu simpel. Wir müssen uns schon die Mühe machen, genauer zu definieren, an welcher Stelle wir mehr Europa wollen. Aus meiner Sicht brauchen wir mehr Europa vor allem bei Handels- und Währungs-



M 5 Der Vorsitzende der britischen UKIP, UK Independence Party, Nigel Farage leitet eine Sitzung von EU-Parlamentariern der Fraktion EFD, »Europa der Freiheit und Demokratie«, im Europäischen Parlament in Straßburg am 12.4.2013. Umstritten ist, ob es eine stabile rechtspopulistische Parteiengruppierung auf europäischer Ebene gibt bzw. geben kann.
© Lucas Schifres, Pictobank, dpa, picture alliance

fragen, bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik und bei der Umwelt- und Migrationspolitik. Wir werden uns auch Gedanken machen müssen, wie wir die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte wieder bändigen und unsere sozialen Sicherungssysteme im 21. Jahrhundert bewahren können. In keinem dieser Felder kann ein einzelner europäischer Staat allein noch effektiv etwas erreichen. Auch in der Außenpolitik brauchen wir Europa, wenn unsere Vorstellungen von einer gerechten und friedlichen Welt in der globalen Diskussion gehört werden sollen. (...)

Um all das Genannte zu tun, werden wir die Struktur der EU deutlich effizienter machen müssen. Die Politik muss wieder in die Lage versetzt werden, gegenüber multinationalen Konzernen und Fonds, die Milliardenbeträge zur Verfügung haben, ihren Primat durchzusetzen und zu behaupten. Das können wir nur, wenn die einzelnen EU-Mitgliedsländer sich nicht mehr so einfach wie bisher von anderen Staaten oder großen ökonomischen Playern gegeneinander ausspielen lassen. Dafür müssen die EU-Gemeinschaftsinstitutionen gestärkt werden, also das Europäische Parlament, die Kommission und der Ministerrat. Die Kommission wird dann zur europäischen Regierung und der Kommissionspräsident in Personalunion der Präsident des Europäischen Rats. (...) Wenn wir diese Reformen anpacken, werden wir dies über einen neuen europäischen Vertrag regeln müssen. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, um über Strukturen und Kompetenzordnungen zu entscheiden. Der neue Vertrag muss von einem Konvent ausgearbeitet werden, in dem die europäischen Institutionen, nationale Parlamentarier, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen eingebunden sind. Diejenigen Länder, die den Vertrag nicht ratifizieren, sollten dann automatisch aus der EU ausscheiden. (...) Ich würde mir wünschen, dass dann in den Gesellschaften eine ernsthafte Debatte darüber geführt wird, ob ein Austritt aus der EU eine ernsthafte Option ist.

© Schulz, Martin (2013): Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance. Rowohlt. Berlin. S. 249–260

D&E – Autorinnen und Autoren – Heft 66

»Beitritts- und Austrittsdiskussionen in der Europäischen Union«



Abb. 1 Professor Dr. Dieter Fuchs, Lehrstuhl an der Universität Stuttgart



Abb. 2 Dr. Dietmar Dirmoser, Leiter des Regionalbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kroatien und Slowenien



Abb. 3 Holger-Michael Arndt, Civic-Institut für Internationale Bildung, Düsseldorf



Abb. 4 Michael Matting, SWR, ehemaliger Korrespondent der ARD für die Türkei



Abb. 5 Dr. Georg Weinmann, Studiendirektor, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim



Abb. 6 Dr. Florian Hartleb, Universität Bonn, Katholische Universität Eichstätt, Hochschule für Politik, München



Abb. 7 Jürgen Kalb, Studiendirektor, Fachreferent LpB, Fachberater RP Stuttgart, Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Stuttgart

72

»Don@u-Online: Europawahlen im Donauraum«

Im Frühjahr 2014 bieten die Landeszentrale für politische Bildung und das Europazentrum Baden-Württemberg mit Unterstützung des Kultusministeriums ein internetgestütztes länderübergreifendes Schulklassenprojekt zu den Europawahlen 2014 an. Ziel des Projekts ist die Begegnung und der länderübergreifende Austausch der Schülerinnen und Schüler Baden-Württembergs mit Schulklassen der Donauanrainerstaaten im Vorfeld der Europawahlen.

Das Projekt startet im Februar 2014 mit einer Einführungsveranstaltung und einer Straßburgfahrt der mitwirkenden Lehrkräfte aus Baden-Württemberg und den Donauanrainerstaaten in Bad Urach. Zentrales Thema der Veranstaltung sind die Planung und didaktische Umsetzung der späteren Zusammenarbeit der Schülerinnen und Schüler. Im Anschluss an das Treffen werden jeweils drei Schulklassen aus unterschiedlichen Ländern über einen Zeitraum von vier bis fünf Wochen mit der Unterstützung von Tutorinnen und Tutoren über die Lernumgebung »Moodle« im Internet zusammenarbeiten. Die Schulklassen werden in ihrem Umfeld Befragungen zu den Europawahlen durchführen, auswerten und die Ergebnisse im Internet präsentieren. Das Projekt wendet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 10. Klassenstufe, die Projektsprache ist deutsch. Zum Abschluss tref-

fen sich ausgewählte Schülerinnen und Schüler der beteiligten Schulklassen vom 3. bis zum 10. Juli 2014 bei einem Donau-Jugendcamp in Ulm. Das Camp wird vom Donaueschwäbischen Zentralmuseum und dem Donaubüro Ulm organisiert. Teilnehmenden Lehrkräften bietet das Projekt die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen der Donauanrainerstaaten, eine gemeinsame Fahrt nach Straßburg und den Besuch des Europäischen Parlaments sowie didaktisch aufbereitete Unterrichtsmaterialien zu den Europawahlen und die tutorielle Betreuung der virtuellen Begegnungen.



Zeitplan

- Anmeldung bei der Landeszentrale für politische Bildung bis Ende November 2013.
- Vom 3. bis 6. Februar 2014 findet die Auftaktveranstaltung in Bad Urach statt.
- Trinationales Zusammenarbeiten der Schulklassen im Zeitraum von Februar bis Mai 2014.
- Donau-Jugend-Camp vom 3. bis zum 10. Juli 2014 in Ulm.

Weitere Informationen unter www.donau-online-projekt.de

Anmeldung bei der Landeszentrale für politische Bildung – möglichst bis Ende November: Susanne.Meir@lpb.bwl.de

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Tempel -40

Stabsstelle Kommunikation und Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Felix Steinbrenner -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Kai-Uwe Hecht -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: Sabrina Gogel -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Klaudia Saupe -49
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiterin/Gedenkstättenarbeit: Sibylle Thelen* -30
Politische Landeskunde: Dr. Iris Häuser* -20
Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner* -25
Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/-32
Jugend und Politik: Angelika Barth* -22
Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel* -35
Alexander Werwein-Bagemühl* -36
Charlotte Becher*, Stefan Paller* -34, -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Tempel -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Unterrichtsmedien: Michael Lebisch -47
E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb Tel.: 07125/152-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Thomas Schinkel -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Julia Telegin -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Thomas Waldvogel -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Robby Geyer -13

Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich
Thomas Franke -83
Stuttgart: Staffenbergstraße 38

Projekt Extremismusprävention

Stuttgart: Staffenbergstraße 38
Leiterin: Regina Bossert -81
Assistentin: Friederike Hartl -82

* Paulinenstraße 44–46, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-0, Fax -55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-10
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-11
Dienstag, 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter »einblick«
anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter.html

DEUTSCHLAND & EUROPA IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum kostenlosen Herunterladen:

www.deutschlandundeuropa.de

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden bei:

Landeszentrale für politische Bildung, Stabsstelle Kommunikation und Marketing

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 07 11/164 099-77

marketing@lpb.bwl.de oder im Webshop: www.lpb-bw.de/shop

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 0,5 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über 0,5 kg sowie bei Lieferungen kostenpflichtiger Produkte werden Versandkosten berechnet.

KOSTENPFLICHTIGE EINZELHEFTE UND ABONNEMENTS FÜR INTERESSENTEN AUSSERHALB BADEN-WÜRTTEMBERGS

Abonnements für 6,- Euro pro Jahr (2 Hefte) über:

LpB, Redaktion »Deutschland & Europa«, sylvia.roesch@lpb.bwl.de,

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart.

www.lpb-bw.de